



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 89. Sitzung
- endgültige Fassung -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 17. Oktober 2024, 10.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal 4.900 (Europasaal)
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

| Einzigiger Tagesordnungspunkt | Seite |
|---|--------------|
| <i>Öffentliche Zeugenvernehmung</i> | |
| Antje Leendertse Staatssekretärin im Auswärtigen Amt a. D. (Beweisbeschluss Z-103) | 9 |
| Miguel Berger Staatssekretär im Auswärtigen Amt a. D. (Beweisbeschluss Z-104) | 101 |

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt.
Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 10.01 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 89. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode, die zugleich unsere 42. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Der Ausschuss hat sich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes dafür entschieden, Namen von Zeuginnen und Zeugen nicht in der Tagesordnung zu veröffentlichen, soweit diese nicht ohnehin aufgrund ihrer Funktion öffentlich bekannt sind. Bei den Angaben zur Person werden die Namen zwar in öffentlicher Sitzung genannt. Das bedeutet aber nicht, dass der Persönlichkeitsschutz der Zeugen damit aufgehoben würde. Ich bitte daher darum, in der Berichterstattung über die Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses angelehnt an die Regeln des Presskodex die Namen der Zeugen nicht zu veröffentlichen, soweit sie nicht in der Tagesordnung genannt sind.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme auch weiterhin nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung

Antje Leendertse

Staatssekretärin im Auswärtigen Amt
a. D.
(Beweisbeschluss Z-103)

Miguel Berger

Staatssekretär im Auswärtigen Amt a. D.
(Beweisbeschluss Z-104)

Dr. Christoph Hübner

Ehemaliger Leiter des Ministerbüros im
Bundesministerium des Innern und für
Heimat
(Beweisbeschluss Z-109)

Wir werden die Zeugen in dieser Reihenfolge vernehmen.

Wir werden heute die Vernehmungen voraussichtlich wegen mehrerer namentlicher Abstimmungen gegen 11.30 Uhr, 13.00 und 15.30 Uhr unterbrechen müssen. Wir versuchen, Pausen und sonstige Unterbrechungen so gut wie möglich zu koordinieren.

Vernehmung der Zeugin Antje Leendertse

Ich begrüße unsere erste Zeugin, Antje Leendertse, die bereits Platz genommen hat.

Ich stelle fest, dass die Zeugin ordnungsgemäß geladen ist. Frau Leendertse, Sie haben den Erhalt der Ladung am 22. April 2024 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeugin zur Verfügung stehen.

Ich bin zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeugin aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz vor, und sie ist wortgleich für jede Zeugin und jeden Zeugen.

Sie sind als Zeugin geladen worden. Als Zeugin vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeugin Antje Leendertse: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen, und bitte laut und deutlich sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen könnte, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Es handelt sich hierbei jedoch um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein, und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

Zeugin Antje Leendertse: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nun komme ich zum Ablauf der Vernehmung.

Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie dann nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich dabei nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Haben Sie noch Fragen zum Ablauf?

Zeugin Antje Leendertse: Nein, danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeugin Antje Leendertse: Danke schön. - Mein Name ist Antje Leendertse. Ich bin 61 Jahre alt, bin Beamtin des Auswärtigen Dienstes, und die ladungsfähige Anschrift wäre das Auswärtige Amt, Werderscher Markt mit 10179, glaube ich, Postleitzahl, Berlin.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. Das Auswärtige Amt ist uns auch bekannt, die Anschrift.

Wenn Sie wünschen, könnten Sie jetzt im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeugin Antje Leendertse: Danke schön. - Der Gegenstand der Vernehmung ist der Untersuchungsgegenstand des Ausschusses, denke ich. Und ich würde gerne am Anfang vielleicht noch mal sagen: Ich bin ja eine der beiden Staatssekretäre zum Zeitpunkt - - Untersuchungszeitraum gewesen, die im Auswärtigen Amt tätig waren. Wir hatten eine Aufteilung, die Ihnen wahrscheinlich, auch den Fragenden, bekannt ist, aber



Nur zur dienstlichen Verwendung

die ich noch mal in Erinnerung rufen will. Das war: Ich war zuständig für die Zentralabteilung, also Budget, Personal, für die Rechtsabteilung, die Kulturabteilung, das Protokoll und auch die Abteilung für Vereinte Nationen und der Kollege, der heute Nachmittag vernommen wird, für die restlichen, also regionalen. Das heißt nicht, dass ich irgendwie - - Das bedeutet für den Untersuchungsgegenstand, dass ich vor allen Dingen vor dem Zeitraum der unmittelbaren Vorbereitung und dann auch Durchführung der Evakuierungsoperation - - dass ich da vor allen Dingen gefordert war für den Bereich Ortskräfteverfahren, allerdings auch nicht in dem Umfang, dass ich dann sozusagen letztendlich auf Staatsekretersebene abgestimmt hätte zwischen den Ressorts. Das war ja eine der Fragen, die, glaube ich, jetzt auch in den Untersuchungsausschuss gehören, wie die Ressortabstimmung gelaufen ist. Das ist in den Staatssekretärsrunden „Afghanistan“ gemacht worden, die dann mein Kollege wahrgenommen hat. Aber natürlich habe ich in allen Jours fixes, allen regelmäßigen Besprechungen und auch gegenüber dem Minister zu dem Bereich Ortskräfteverfahren gearbeitet, also mit den Mitarbeitern und dann auch mit dem - - und auch in Teilen natürlich Haushalt und Personal. - So, das wollte ich einfach nur sagen.

Ich war am Ende, was die Evakuierungsoperation angeht - ich denke, das ist auch klar - - Da war ja eine der Fragen: Wie werden die Informationen, die von verschiedenen Stellen kommen, zur Entscheidung vorbereitet, was spielen die für eine Rolle? Ich möchte eigentlich dazu nur sagen, dass ich in dieser Zeit versucht habe - und das habe ich auch als meine Verantwortung und Pflicht gesehen -, alle mir zugänglichen Informationen über den derzeitigen Stand - das war eine sehr schnell sich bewegende Lage, vor allen Dingen in den letzten Tagen - auch zu erhalten und dann bewerten zu können.

Wenn man es im Nachhinein betrachtet - und ich habe natürlich hier jetzt auch meine Akten noch mal durchgelesen, die ja auch dem Ausschuss vorliegen -, dann sieht man schon, dass wir - das würde ich selbstkritisch sagen - zu langsam gehandelt haben damals, also zu wenig, also viel-

leicht zu viel Zeit darauf verwandt haben, irgendwie die Lage zu eruieren, statt dann einfach Konsequenzen daraus zu ziehen. Andererseits war für mich, also was jetzt die Evakuierung der Botschaftskollegen angeht, auch die Frage der Handlungsfähigkeit der Botschaft vor Ort eine wichtige, also dass man eben verbleibt, bis die Bundeswehr oder das KUT, was wir ja bestellt hatten, also das Krisenunterstützungsteam, da ist.

Ansonsten vielleicht noch zu der Frage Ortskräfteverfahren. Da war es von Anfang an sehr klar - und wir haben uns ja da, als klar wurde, dass der Abzug ansteht, wobei das auch ein Problem war, dass es eben sehr spät erst klar war, dass nun der Abzug kommt, und zwar nicht konditioniert, sondern fristenbezogen - - dass wir, weil ja der Regierungswechsel war in den Vereinigten Staaten - - Da haben wir aber trotzdem, glaube ich, von Anfang an gesehen, dass es schwierig sein würde, diese Anzahl von Ortskräften, insbesondere mit Angehörigen, mit Visa zu versehen. Das war auch - auch das habe ich jetzt noch mal so empfunden bei der Lektüre der Akten - etwas, was man schneller hätte sozusagen auf eine operative und auf eine - wie soll man sagen? - Handlungsgrundlage hätte führen müssen. Man hätte den Punkt früher erreichen können, wo man dann etwas operativ auch tut und Ortskräfte ausfliegt. Es war aber von Anfang an klar, dass bei den großen Anzahlen und beim Festhalten an der natürlich vom BMI verantworteten Visa - an dem Visaprozedere, weil sie natürlich auch zuständig sind für das Aufenthaltsgesetz, für die Einreise und die Durchführung dann über die Auslandsvertretung - in dem Fall hatten wir ja noch nicht mal eine - - auch erfolgt, aber dass ansonsten die Voraussetzungen nicht hätten geschaffen werden können, ohne dass es eben das berühmte Visa on Arrival gegeben hätte. Das ist meine feste Auffassung. Und das habe ich auch in allen Vermerken, wo ich beteiligt war oder wo die Kollegen von der Rechtsabteilung beteiligt waren, wo es um Abstimmungen geht - - haben wir diesen Punkt gemacht, und zwar seit Anfang - - also im Grunde schon auch seit Ende 20, als die Vorlage gemacht wurde, wie man denn jetzt mit diesem Ortskräfteverfahren umgehen soll.



Nur zur dienstlichen Verwendung

So, das war vielleicht mein Statement. Ansonsten hoffe ich, dass ich, weil ich auch sehe - das habe ich auch gesehen in der Lektüre noch mal die letzten paar Tage, als ich aus New York eingeflogen bin und das hier noch mal rekapituliert habe - - die Anerkennung für das, was da geleistet worden ist, also nicht nur in den Wochen - und das waren ja vorher schon Monate und Jahre -, wo die Kollegen in Kabul im Grunde in einer sehr feindlichen Umgebung - also sie konnten nicht raus, es gab diese Rotation der Tandems usw. - - was die dort geleistet haben, aber was dann nachher auch kurz vor der Evakuierung an 24/7-Arbeit geleistet worden ist im Auswärtigen Amt, bei den Krisenstäben, aber auch natürlich bei allen anderen Beteiligten, also im Krisenzentrum, bei allen anderen Beteiligten, aber auch gerade in der Botschaft und was dann das Kernteam, das verblieben ist - - und natürlich - wir sind ja weiter auch Kollegen im Auswärtigen Amt und haben uns auch darüber unterhalten können - - Das war schon schwierig, wie da die - - also, wie man - - unter welchen Umständen die dann verblieben sind und eben ohne Unterbringung usw. am Flughafen. Auch das wäre wahrscheinlich was gewesen, was man vielleicht früher hätte regeln können, dass eben vom Flughafen aus operiert wird. Aber ich will jetzt nicht zu weit gehen.

Was ich denke: Lehren gezogen? Würde ich denken, es ist sehr wichtig, die Handlungsfähigkeit vor Ort und auch im Krisenzentrum herbeizuführen, dass es eben immer genügend Leute gibt, die diese ungeheuren - - bei den Krisen, wenn die aufkommen, dann eben auch eintreten zu können - - die man dann mobilisieren kann. Und das hoffe ich - und das, denke ich auch, habe ich jetzt auch bei der Evakuierung Libanon gesehen - - da sind Lehren gezogen worden. Also noch sind wir ja noch nicht so weit, es könnte sich ja auch noch verschärfen, die Lage.

Ja, damit möchte ich eigentlich aufhören. Ich würde gerne - - oder würde darum bitten, dass, wenn Dokumente besprochen werden, dass ich die noch mal vorgelegt bekomme, damit ich einfach noch mal präsent habe, um was es genau geht und welcher Zeitraum da betroffen ist. - Danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Frau Zeugin. - Das wäre meine nächste Bemerkung gewesen, dass Sie, wenn Ihnen Vorhalte aus Akten gemacht werden, das Recht haben, die einzusehen. So handhaben wir das.

An die Kolleginnen und Kollegen habe ich zwei Hinweise; den einen, den ich immer gebe, dass Sie bitte so freundlich sind, wenn Sie Fragen stellen, zu Beginn die MAT zu nennen - das erleichtert uns allen die Betrachtung - und, wenn zitiert wird, bitte auch Zitate korrekt darzulegen, weil es manchmal schwierig ist, das unmittelbar zu überprüfen. Wir gehen also davon aus, dass Fragesteller das von sich aus korrekt tun.

Und ich erlaube mir noch einen zweiten Hinweis. Die Frau Zeugin [REDACTED]. Von daher sozusagen schätzen wir das besonders, dass Sie hier sind, und das bedeutet aber für uns ein bisschen, dass wir in der Pausengestaltung möglicherweise darauf ein wenig Rücksicht nehmen. Jedenfalls, wenn Sie irgendetwas brauchen, melden Sie dies bitte rechtzeitig bei uns auch an. Und ansonsten handhaben wir das hier so kollegial, wie wir das können.

Mit den Vorbemerkungen würde ich dann in die Befragung einsteigen wollen, und die erste Frage geht an den Herrn Kollegen Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch von mir noch mal: Herzlich willkommen bei uns im Untersuchungsausschuss! Schön, dass Sie heute da sind und für die Fragen von mir und den Kolleg/-innen zur Verfügung stehen.

Eine Frage ganz zu Beginn - und die ist uns im Rahmen der Bearbeitung der Unterlagen aufgefallen, dass viele E-Mails von Ihrer Büroleiterin, Frau M., vorbereitet und versandt wurden -: Können Sie uns die Rolle Ihrer Büroleiterin kurz darstellen, weil es doch im Verhältnis zu den anderen Aktenfunden bei anderen Stellen etwas auffällig war?

Zeugin Antje Leendertse: Gerne, ja. - Das ist auch mir aufgefallen, dass ich sehr wenig selber geschrieben habe. Aber ehrlich gesagt ist das der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Normalfall; also jedenfalls für mich war der das und soweit ich weiß, auch - - Es gibt eben unterschiedliche Handhabungen, wie man umgeht mit Eilbedürftigkeit, also ob man selber zum - - Angesichts der Größe des Apparats ist es, glaube ich, schon sinnvoll, dass man Büros unterhält und dass man die dann auch benutzt oder dass die auch dann Dinge weitergeben. Das habe ich eigentlich während meiner ganzen Zeit so gemacht als Staatssekretärin, und ich denke, das ist auch eher der übliche Fall.

Auf der anderen Seite kommt noch hinzu, dass Frau Merks ja in Kabul auf Posten war. Das heißt, das hat mir auch immer sehr viel geholfen, wenn ich zum Beispiel - also ich war ja selber nie vor Ort - - und hat mir auch geholfen, da einfach Dinge schneller zu erledigen. - Das wäre meine Antwort.

Jörg Nürnberger (SPD): Und die zweite, eher organisatorische Frage: Sie haben ja erwähnt, dass Sie zwei beamtete Staatssekretäre waren. Wie war denn die Zusammenarbeit, das Zusammenspielen zwischen den beiden Staatssekretären untereinander, aber auch im Verhältnis auf den Minister in Bezug auf Afghanistan? Und ganz konkret möchte ich die Frage noch stellen, wie sich das dargestellt hat in dem Zeitraum vom 4. bis 15. August 2021, weil sich da aus unseren Akten ergibt, dass Staatssekretär Berger zu diesem Zeitpunkt im Sommerurlaub war.

Zeugin Antje Leendertse: Also, die Zusammenarbeit war sehr gut, persönlich sowieso; aber ich meine, sie war auch gut, was zum Beispiel Zuständigkeiten anbetrifft. Ich weiß nicht, wie in anderen Häusern das läuft. Wir hatten ja - das ist, glaube ich, schon sehr, sehr lange her, dass wir einen nur hatten, also einen Staatssekretär - - Wir haben dann eben diese zwei. Im Grunde liest man alles mit, was der andere macht, hat aber natürlich nicht die Tiefe und will sich auch nicht ein- - also kann auch keine Dossiers weiterverfolgen. Also, man kann jetzt nicht - - man kann dann schon mal auf dem Flur sagen: „Also, ich finde das“ usw. Aber das ist ja eher im informellen Bereich.

Wenn Sie jetzt auf diese Verantwortung und „Wer steht dafür?“, gehen, dann gibt es eben jeweils bei Dossiers, wo es Überschneidungen gibt, eine Vereinbarung, wie man das händelt. Und natürlich haben wir auch Dinge, wo zum Beispiel nur einer gebilligt hat, weil Urlaub war oder weil der andere - - weil eine Vertretungssituation war - - Danach sind die Vorlagen dann zu dem anderen gekommen. Also es ist - - Im Grunde ist es eine - - Die Zusammenarbeit ist eine gegenseitig sich unterstützende, aber anerkennende, dass eben Bereiche von dem anderen dann vorangetrieben werden oder auch nicht.

Der 04. bis 15.08. war in der Tat Urlaubs- - war ein Urlaub. Also, ich hatte zuerst Urlaub in diesem Sommer, und wir haben es ja als Staatssekretäre auch immer so gehalten, dass die Wochenenden mitzählen, weil Sie natürlich am Wochenende auch Staatssekretärsverfügbarkeit haben müssen. Also müssen Sie - - war klar, dass ich bis zum 15.08. einschließlich die Staatssekretärsfunktion - - die Geschäfte führe und er dann eben ab dem 16. das wieder tut. Das hat sich durch die Krisensituation - - hat er sich natürlich dann versucht auch am Wochenende und vorher dann auch vorzubereiten, was da eigentlich passiert, und hat natürlich auch telefoniert und sich briefen lassen und Dinge sich geben lassen; aber die Verantwortung war bis zum 15.08. - also, da gab es ja abends, ich denke, 18 Uhr war das, die Krisenstabssitzung - - also, bis dahin war die natürlich ganz klar bei mir.

Jörg Nürnberger (SPD): Nur interessehalber: Gab es zu Beginn seinesurlaubes und nach Ihrer Rückkehr aus Ihrem Urlaub so etwas wie eine Übergabe, ein Gespräch gerade zu diesem Thema, weil Sie ja selber gerade dargestellt haben, dass eine krisenhafte Situation auch zu diesem Zeitpunkt schon bestanden hat?

Zeugin Antje Leendertse: Das war ja natürlich früher als der 4. Also, die Übergabe jetzt in meinen Urlaub rein gab es, ja, gab es kurz. Zu der Frage - da muss man natürlich jetzt auch aufpassen - „Afghanistan“ war die nicht so umfänglich, wie man jetzt im Nachhinein denken würde, weil wir das damals nicht wissen konnten. Also, das war ja damals die Einschätzung, wie Sie ja auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

aus den Akten gesehen haben, dass man da noch sehr viel Zeit hatte, also jedenfalls noch bis - - weil es geisterte ja da immer der 11.09. rum usw. Also, wir hatten nicht den - - Als wir Übernahme- - oder als wir uns austauschten, hatten wir nicht den Stand, den Informations- und Einschätzungsstand, dass wir da jetzt über eine Evakuierung in der Zeit hätten nachdenken müssen. Das war einfach nicht unsere Erwartung. Das war nicht die Einschätzung.

Jörg Nürnberger (SPD): Noch eine kurze Nachfrage zu meiner vorherigen Frage. Das Verhältnis der Staatssekretäre untereinander haben Sie beschrieben. Wie war Ihr Zugang zum Minister selbst? Konnten Sie direkt vortragen? Haben Sie - - Führen Sie bitte aus, wie sich diese Zusammenarbeit ausgestaltet hat.

Zeugin Antje Leendertse: Ja, der Minister war ja bis Ende Juli in Urlaub und dann wieder da. Also, es waren Pandemiezeiten; das muss man vielleicht auch noch mal sagen. Also, wir waren natürlich nicht so präsent, dauernd da, wie normalerweise. Aber wir waren auf jeden Fall, weil es ja auch immer noch Regelungen gab, wie viele Leute kommen in einen Raum usw. - - erinnern Sie sich dran. Das heißt, es wurde viel telefonisch gemacht, obwohl man im Amt war, also selber im Büro saß. Aber ich - - Also der Zugang war jederzeit gegeben, natürlich.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben das Thema Sicherheitslage - -

Zeugin Antje Leendertse: Entschuldigung, zweimal in der Woche gab es traditionell sowieso einen Jour fixe - das war dann in dieser Zeit häufig telefonisch - der beiden Staatssekretäre oder des jeweiligen - wenn der andere in Urlaub war, eben dann des einzelnen. Und da war dann auch das Ministerbüro dabei.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben ja bereits angeführt, dass die Sicherheitslage sich als krisenhaft dargestellt hat. Können Sie Ihre Wahrnehmung aus dieser Zeit, in diesen Tagen zu Beginn August 2021, hier für den Ausschuss noch einmal im Verlaufe dieser Tage, dieser zehn Tage für uns zusammenfassen? Welche Quellen hatten Sie

zur Verfügung, um die Sicherheitslage zu bewerten? Sie haben das auch bereits angedeutet. Und können Sie darstellen, was Ihre eigene Einschätzung war zur Sicherheitslage, aber auch die Position des Auswärtigen Amtes als Organisation darstellen?

Zeugin Antje Leendertse: Das versuche ich sehr gern. Für mich ist im Nachhinein wirklich der 4., den Sie ja auch nennen, als Datum im Grunde auch der Beginn sozusagen einer wirklichen krisenhaften Entwicklung. Als ich kam aus - - Also, mein erster Arbeitstag dann war ja der 27. - - gab es - - Also, die Amerikaner flogen Luftunterstützung für die ANDSF. Es waren einige oder viele Provinzen schon eingenommen, aber es war, glaube ich, so ein Drittel oder etwas über ein Drittel, wenn ich mich recht erinnere - - der Taliban. Es gab also ein Vorrücken, und es gab natürlich die Ankündigung der Taliban, sich nicht mit dem Abzug sozusagen zufriedenzugeben bzw. jetzt auf den Abzug zu drängen, ohne einer inklusiven Regierung - was ja das Ziel war der Friedensverhandlungen - nähertreten zu wollen oder es einfach nicht zu wollen und eben auch der Republik zu sagen: ohne Regierungsbildung, nur durch Wahlen, nicht durch Vereinbarungen mit den Taliban. Das war ja der Stand.

Und für mich war, als ich kam, das schon eine Lage, wo ich dachte, ich brauche eine Besprechung. Ich habe dann auch, glaube ich, am 8., weil ich einfach jetzt von allen hören möchte - der neue Afghanistan-Beauftragte war ja gerade in der Region, wurde dann zugeschaltet, und auch die Botschaft; da hat es Gespräche gegeben - - Und da hatte ich das Gefühl: Da rührt sich was, da ist auch politisch sozusagen diese Hoffnung auf „Dann gibt es ja vielleicht eine inklusive Regierung, und dann wird man das umgehen können, dass die Taliban dann die Macht ergreifen“, diese Option.

Es gab ja eine Vorlage vom, ich glaube, 23.06., wo die Option „militärische Machtübernahme durch die Taliban“ als von Beobachtern „unwahrscheinlich“, ich glaube sogar, „sehr unwahrscheinlich“ - ich weiß jetzt nicht - - es war jetzt nicht; diese BND-Einschätzung, sondern einfach ganz normal geschrieben als AA-Beamter - - also



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht zu ernst nehmen - - wie es genau formuliert war - - Aber ich hatte den Eindruck, das war auch immer noch der Mindset, als ich kam. Und es war eben auch der - - Ich hatte das Gefühl, ich habe nicht genügend Informationen. Ich habe dann versucht, durch eine Reihe von Besprechungen mit allen Beteiligten herauszufinden - es gab sogar eine Besprechung in der Woche ab dem 9., wo ich die Leute, die vorher - - also die gar nicht aktuell für Afghanistan zuständig waren, sondern diejenigen, die dort schon mal vor zehn Jahren, also ältere Beamte auch, erfahrene Beamte - - die gefragt habe, die dazugeladen habe und gefragt habe: Was ist denn da los, haben wir denn überhaupt noch eine Chance? - Denn das war ja der Stand, dass man in den Doha-Gesprächen zu was kommt. Und da war eben, glaube ich, die Einschätzung - - Dann kippte in diesen zwei Wochen, die Sie beschrieben - - die kippte eben immer stärker zu „Es wird diese militärische Machtübernahme geben“. Nur, wann es sie geben würde - - Da gab es dann eben auch noch immer Nuanc- - jeden Tag wieder eine neue Nuancierung.

Und die Sicherheitslage war aus meiner Sicht - - Wir hatten ja dann jeden Tag wieder Meldungen: Dann noch mal vier Provinzhauptstädte usw. Es war aber alles immer noch, bevor Kunduz und Masar eingenommen wurden - - war alles immer noch mit: Na ja, dann wird das so bleiben. - Es konnte ja niemand sagen, dass das so schnell vorrückt. Und insbesondere, was Kabul betraf, hatten wir eben auch sowohl von der amerikanischen Seite als auch von unseren eigenen Erkenntnissen aus dem AA, aber auch aus dem BND die Einschätzungen: Das wird sozusagen eine Bastion sein, das wird als Letztes fallen, und da steht eben der Fall nicht unmittelbar bevor.

Gut, die Quellen waren natürlich auch die Botschaft. Der 4. ist deswegen interessant - - eigentlich ist es sogar eher der 3., denn am 3. hatten wir ja die Attacke, und zwar eine komplexe, geplante aus mehreren Ecken, nicht irgendwas - wie soll ich sagen? - einfach Gestrücktes, sondern ein Angriff auf den Verteidigungsminister in Kabul. Und das führte ja zu der Hintanstellung oder - damals noch gedacht - Verschiebung des Rückführungsfluges, den das BMI geplant hatte

für den 4. Das heißt, für mich war der 3 - das war ja auch ein Telefonat - - war an dem Abend gemacht worden - -Aber der 3. war für mich so ein Einstieg auch in einen wirklich noch mal verstärkten Versuch, Informationen abzugleichen, immer unter dem Eindruck: Wir haben da noch ein paar Wochen. Ich bereite das jetzt vor für die Zeit, wenn Herr Berger wieder da ist. - Das war vielleicht auch sozusagen ein Aspekt; das kann schon sein.

Auf jeden Fall fand ich, es war immer auch noch zu viel Zweckoptimismus da. Ich zitiere da jetzt auch, wie eine sehr geschätzte Kollegin das in einem Bericht, der, glaube ich, Vertraulich Ihnen vorliegt, auch mal genannt hat, allerdings bezogen auf Khalilzad. Ich glaube, das ist schon auch so gewesen, dass es bei uns einen Zweckoptimismus gegeben hat. Und ich hatte den Eindruck, dass wir den in diesen zwei Wochen - waren es ja dann eben am Ende nur - ziemlich schnell ablegen mussten und es aber auch getan haben und am Ende vielleicht einen halben Tag, einen Tag, zwei Tage hätten schneller sein können, also wenn Sie jetzt nur diesen Zeitraum betrachten. Aber ansonsten gibt es natürlich noch viele andere Sachen, die man erwägen kann, aber ansonsten das schon ganz in Ordnung war. Und vielleicht noch ganz kurz zu dem - - oder unabänderlich war, weil es ja auch im Grunde weltweit so war, also, Niederlande, USA, Großbritannien usw. Das war jetzt keine Besonderheit.

Ich will jetzt nicht zu lang sein. Vielleicht noch eine Sache, weil das auch gesagt worden ist: Ernst nehmen, man muss die Warnungen aus Kabul ernst nehmen. - Natürlich, wir haben die sehr ernst genommen. Das heißt aber nicht, dass wir nicht Rückfragen stellen können. Auch das hatte ich als meine Verantwortung empfunden. Das heißt ja nicht, dass man nicht Rückfragen stellen soll oder Dinge hinterfragen muss und auch andere Stimmen hören muss. Im Grunde hat man dann eben - - Also, das bedeutet eben sogar noch mehr, dass man das ernst nimmt. Abgetan hat das keiner - wirklich nicht! Gut.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Ich möchte jetzt ganz konkret werden und Ihnen gerne eine Ministervorlage geben. Die haben Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

mitgezeichnet. Die stammt vom 11. August und ist unter MAT A AA-9.116 VS-NfD, die Blätter 45 und 46. Dort steht ganz ausdrücklich, dass eine militärische Machtübernahme der Taliban sehr realistisch sei. Das haben Sie inzwischen auch beschrieben. Und auf Blatt 47 auch eine Prophezeiung, die sich dann als richtig erwiesen hat. Ich zitiere das:

(Der Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

„Die schnellen Raumgewinne der
TLB bergen die Gefahr eines
„Domino Effekts“.“

Es herrschen Zweifel darüber, dass die ANSDF das Vorrücken der Taliban stoppen könne. - Sie haben jetzt ja schon ausgeführt, dass Sie von diesen Vorlagen Kenntnis hatten und dass Sie sie auch bewertet haben. Können Sie vielleicht noch einmal ganz dezidiert darstellen, wie Ihre Einschätzung zur Machtübernahme der Taliban in Kabul um den Zeitpunkt der Erstellung dieser Ministervorlage, also dann schon wieder eine Woche später, nach dem 4. Mai, also dann am 11. Mai, war?

Zeugin Antje Leendertse: Also, diese Vorlage geht ja zurück - - Die habe ich erbeten am 9., glaube ich, in dieser Besprechung, wo wir eben auch ehemalige Afghanistan-Beauftragte dazugeladen hatten und gefragt haben: Könnt ihr vielleicht noch einmal eure Einschätzung - - Geht da noch was? Ist das überhaupt realistisch in Richtung inklusive Regierung? - Die haben wir da bestellt. Das heißt, die Kollegen haben natürlich vom 9. - das war dann irgendwann abends, 17 Uhr oder so - - die haben sehr schnell eigentlich gearbeitet. Und ich kann mich auch noch erinnern, dass während der Besprechung am 9. - da war unter anderem auch - - Ach, für Stabilisierung bin ich auch zuständig gewesen, für die Abteilung S; das habe ich eben gar nicht genannt. Die hatte bestellt von Oxford Analytica - - hatten die vor geraumer Zeit - ich glaube, das war Anfang 21 - eine Analyse bestellt so mit Szenariendarstellungen. Und da war eben natürlich auch eines der Szenarien das positive, nämlich alles geht gut, und es gibt einen Friedensabschluss,

und dann gibt es eine inklusive Regierung usw. - - und haben dann Handlungsmöglichkeiten ohne Rückhalt der Bundeswehr, also wenn die Bundeswehr abgezogen worden sei, für die Stabilisierungsmaßnahmen, die natürlich wie die humanitären und EZ sozusagen dann die zivilen Maßnahmen der Bundesregierung sein würden - - Und da gab es eben vier, und da waren zwei positiv und zwei negativ, und die negativste war natürlich die militärische Machtübernahme. Und während dieser Besprechung am 9. ist auch gesagt worden: Wir brauchen im Grunde diese beiden positiven gar nicht mehr groß beleuchten; der Minister muss jetzt was haben, was er quasi seit - - muss jetzt eine Vorlage haben, wo drinsteht: Es gibt eigentlich nur noch die zwei negativen. - Und am Ende ist dann sogar der Worst Case im Grunde eingetroffen. Das war der Sinn dieser Vorlage, das auch noch mal zusammenhängend aufzuschreiben. Gebriefet worden ist er natürlich. Und dass es aber so - - Tja, wir haben hier geschrieben: „mindestens neun Provinzhauptstädte“, aber es sind natürlich dann noch sehr viel mehr geworden und auch mehr Fläche geworden und dann am Ende auch Kabul bis - - vier Tage später.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Ich würde jetzt in der verbleibenden Minute, die ich noch habe, ganz kurz hinleiten und vorbereiten meine zweite Runde. Mit Blick auf die Krisenstabsitzung, die am 13.08. dann einberufen worden ist: Dort gab es ja von dieser Darstellung, wie wir sie jetzt aus Ihrer internen Bewertung gehört haben, eine völlig abweichende Darstellung vonseiten der Vizepräsidentin des BND, die in den Zeitlinien zumindest dort etwas anderes angeführt hat. Können Sie uns einen kurzen Einblick drüber geben, wie diese Situation vonseiten des AA bewertet worden ist und wie Sie auf den BND-Bericht reagiert haben?

(Der Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Antje Leendertse: Danke schön. - Natürlich gab es auch vorher schon BND-schriftlich und auch -mündlich sozusagen Briefings und



Nur zur dienstlichen Verwendung

Erkenntnisse, die uns zur Verfügung gestellt worden sind. Und ich glaube nicht, dass wir da so weit auseinanderlagen, wenn Sie gerade den 13.08. angucken. Also der 13.08., da gab es ja Vorträge. Erst kam der Herr van Thiel, also der Leiter der Botschaft, natürlich Stellvertreter, aber eben der, der die Botschaft damals geleitet hat, zu Wort, hat die Lage geschildert. Ich glaube, da waren dann über Nacht, natürlich von dem 12. auf den 13., schon wieder Provinzhauptstädte gefallen usw. Hat die Lage geschildert. Dann kam der BND, der BND mit der Einschätzung in der Tat, die wir damals aber auch teilweise - - also die haben wir mitvollzogen -, dass es eben noch Tage, Wochen, wie auch immer dauern würde, bis dann das zum Tragen kommt, also bis das Kabul betrifft. Und dann war ja der BND zu dritt da, glaube ich. Und dann hat nach der Vizepräsidentin - - haben ja noch zwei - einer oder zwei; das weiß ich jetzt gar nicht mehr genau und habe es jetzt auch nicht genau nachgelesen in dem Vermerk noch mal - noch mal gesagt: Es kann aber auch schneller gehen, und zwar gibt es folgende Triggerpunkte oder Entwicklungen, die das Ganze beschleunigen, krisenhaft beschleunigen können. - Und das ist ja vorgetragen worden. Und dann hat auch Herr van Thiel noch mal das Wort bekommen, was ich betonen möchte, weil er ja sich sozusagen - - er sei dann nicht mehr zu Wort gekommen. Das ist nicht wahr. Ich habe ihn, weil er konnte nicht sehen - - Er hat - wir haben nachher auch darüber gesprochen - - Er konnte nicht sehen, weil er ja nur telefonisch zugeschaltet war, dass der BND - und ich habe es auch nicht gesagt: und jetzt hören wir drei Statements vom BND - - hat sich deswegen unterbrochen gefühlt, oder er hat dann direkt was sagen wollen auf die Einschätzung von Frau von Uslar-Gleichen, war aber nicht, aber eigentlich nicht im Sinne der Sitzungsführung, weil dann ja noch zwei BND-Leute sprechen mussten. Und insofern hat er dann noch mal das Wort bekommen.

Und im Prinzip war schon klar nach diesen Einlassungen: Es kann sein, dass es noch Wochen dauert, es kann aber auch sein, dass es sich beschleunigt. Nur, wenn Sie jeden in dieser Sitzung gefragt hätten: „Kann es sein, dass es morgen ist und bevor das KUT eintrifft?“, hätte jeder gesagt: Nein, das glaube ich nicht. Wir haben auf jeden

Fall noch bis Montag Zeit, bis das KUT da ist. - Und wir haben ja dann auch übers Wochenende oder damals schon an dem 13. von dem Bundeswehrevakuierungseinsatz gesprochen. Allerdings hatten wir da noch die Mandatsfrage, mussten wir ja noch 24 Stunden haben, um die zu klären.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt jetzt das Fragerecht. Herr Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, Frau Botschafterin, vielen herzlichen Dank, dass Sie uns heute als Zeugin zur Verfügung stehen. - Ich würde mit Ihnen gerne einen Fragenkomplex erörtern, der in Ihrem Eingangsstatement auch eine Rolle gespielt hat, nämlich Ihre Verantwortung für das Ortskräfteverfahren, und würde Ihnen da auch gleich einen Vorhalt machen anhand MAT A AA-8.357 VS-NfD, Blatt 65; das ist unser Dokument 3.5. Wir legen Ihnen das mal eben vor. Ich kann schon mal kurz sagen, worum es mir geht in dem Dokument. Da steht in der letzten Ziffer, 6 - - Also es ist ein Bericht aus einem Jour fixe, der am 9. Juni 2020 stattgefunden hat. Also es ist ein zeitlicher Sprung gegenüber dem, worüber wir eben geredet haben. Also ich bin jetzt mit Ihnen im Juni 2020. Da gab es einen Jour fixe, und da wurde darüber gesprochen, wie in Zukunft mit steigenden Zahlen von Aufnahmeinteressierten umgegangen werden soll.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Und da sagen Sie - Zitat; also Sie sollen gesagt haben, ausweislich dieser Mail -:

„Es soll nicht zu einer Situation kommen, in der die Ressorts Aufnahmeersuchen befürworten, eine Aufnahme aber am Visumverfahren scheitert bzw. praktisch nicht umsetzbar ist (in diesem Zusammenhang Skepsis StSin“

- also Sie -

„bzgl. Teheran) ...“



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zitat Ende. - Wir wissen aus den Unterlagen und bisherigen Vernehmungen, dass es schon kurz im Anschluss an das Doha-Abkommen in der Visa-Abteilung Überlegungen gegeben hat, wie man mit einer steigenden Anzahl von Ausreisewünschen im Zusammenhang mit dem Abzug umgehen wolle. Es wurde auch darüber gesprochen, Kapazitäten in anderen Botschaften auszuweiten, um sich auf ein steigendes Visageschehen vorzubereiten. Können Sie dem Ausschuss berichten, was Sie von dieser Diskussion im Sommer 2020 noch erinnern und insbesondere, welche Anstrengungen das Auswärtige Amt übernommen hat, um auf eine steigende Zahl von Visaanträgen vorbereitet zu sein?

Zeugin Antje Leendertse: Gut. Also, zum konkreten Dokument hier: Das ist natürlich immer schwierig, weil das - - Also, wir haben ja jede Woche - - habe ich mit allen meinen Abteilungsleitern, also von den Abteilungen, für die ich zuständig war, die sogenannten Jours fixes gehabt. Und das war One-on-One. Ich denke, meine Büroleiterin war dabei meistens, aber auch nicht immer. Und da ging es im Grunde um laufende Dinge, die die Abteilungen anstoßen sollen usw., also einfach eine Möglichkeit für die Abteilungsleiter, auch Rücksprachen zu halten, oder von mir, irgendwas loszuwerden.

Das, was hier aufgeschrieben ist, habe ich ja nicht sozusagen verfasst und auch nicht gebilligt. Das weiß ich jetzt nicht mehr. Mir scheint es auch ein bisschen unklar. Aber ich will dazu jetzt nichts sagen. Das ist halt das, was er seinen Leuten weitergibt aus diesem Jour fixe. Insofern kann ich das konkret jetzt nicht, glaube ich, kommentieren, selbst wenn ich es noch genau in Erinnerung hätte, wie es war. Also, ich war - - Zu der damaligen Zeit wussten wir - weil wir hatten ja die Erfahrung mit dem alten Ortskräfteverfahren, das seit 2013 lief -, dass es schwierig sein würde, gerade wegen auch sicherheitsgefährdender Personen, die aus Afghanistan kommen könnten, die sich dann quasi - - also dass es eben einfach auch ein Sicherheitsproblem sein würde und dass es für uns ganz klar ein Kapazitätsproblem sein würde, weil wir ja seit 2017 keine Vertretung mehr da hatten, keine RK-Abteilung, weil man sich im Land nicht bewegen konnte und weil es

für die Leute, also für die Afghanen, die dann an anderen Vertretungen, wie zum Beispiel Teheran oder Islamabad oder Neu-Delhi, Visa beantragen würden, schwer werden würde, sich durchzuschlagen und auch alle Dokumente dann parat zu haben usw. So. Das heißt, die Ortskräfte schon, ohne dass es eine sehr krisenhafte, quasi die Prä- - die Juni-Lage oder sogar die 2020er-Jahre war schon ein - - verursachte ein sehr großes Bottleneck bei den betroffenen Visastellen.

Wir haben ja immer wieder, auch hier vom Deutschen Bundestag, Stellen bekommen. Wir hatten aber dann natürlich - - Also erstens mal müssen Sie die Leute erst mal in die Lage versetzen - - Also, ich kann auch kein Visum ausstellen, ich wäre auch nicht dazu ermächtigt, weil ich keine Volljuristin bin und, selbst wenn, müsste man das dann tun. Also man kann jetzt nicht jeden einfach, jeden Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes - - muss auch ein Entsandter sein, also das sind ja dann auch nicht so viele. Also, man muss ein Deutscher sein, kann jetzt kein Lokalbeschäftigter sein; die können höchstens nur Vorarbeiten machen. Aber diese Visaentscheiderstellen, die sind wie Goldstaub bei uns. Das heißt, wir haben versucht natürlich immer - und das hat der Kollege wahrscheinlich hier auch aus dem Gespräch mitgenommen - - Seht zu, dass ihr die - - auch Teheran, aber auch andere Auslandsvertretungen, jetzt schon mal - - dass ihr überlegt: „Wie sind die Kapazitäten?“ - das steht ja auch hier: „Aufnahme“ -, also die Zahlen quasi parat habt, und dass wir dann darüber, über dieses aufkommende Kapazitätsproblem sprechen können. Dieser Zeitpunkt war ja ein Zeitpunkt, von dem - - wo es darauf ankam, sozusagen jetzt die Zahlen, die ohnehin schon schlechten Zahlen - weil da gab es ja auch damals schon viele Beschwerden darüber, dass die Visastellen nicht mehr nachkommen - - dass man die Zahlen parat hat. So empfinde ich jetzt dieses Dokument, was Sie mir vorlegen, dass wir darüber gesprochen haben, dass sie eben Zahlen liefern sollen.

Was wir unternommen haben, war in der Tat, alles in unserer Macht Stehende - und Teheran war ja dann nicht die Vertretung, auf die es hinauslief bei der IOM-Regelung, sondern da haben wir ja mit Istanbul gearbeitet, also IOM,



Nur zur dienstlichen Verwendung

die wir dann genommen haben. Weil wir gesehen haben, wir haben nicht genügend Kapazitäten, ansonsten diese Gefährdungsanzeigen, aber auch die Visumsanträge und die Dokumente entgegenzunehmen, haben wir versucht, über diese Krücke zu bauen, über IOM. Aber ehrlich gesagt, schon in der Vorlage im Dezember derselben Abteilung, Rechtsabteilung, stand ja schon drin: Das wird sozusagen nicht die großen Zahlen bringen; wir können hier tun, und wir tun natürlich auch auf Bitten der Leitung alles, auch weil es notwendig ist, um die Kapazitäten zu erhöhen - - Das war aber am Ende - - war von Anfang an klar, meines Erachtens, im Dezember schon bei dieser Grundsatzvorlage, dass wir das nicht schaffen würden, diese großen Zahlen zu produzieren, ohne dass es an der Schraubstelle oder an der Stelle BMI quasi ein Einlenken gab und man sagt: Okay, jetzt müssen wir eben bestimmte Sachen vereinfachen und pragmatischer handhaben als im normalen Visumsverfahren.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Meine Frage geht eher dahin, ob dieses Thema „begrenzte Kapazitäten für Visaanträge“ bei Ihnen bereits im Zusammenhang mit dem Doha-Abkommen und der prognostizierten steigenden Zahl erkennbar war und welche konkreten Maßnahmen Sie ergriffen haben. Kannten Sie denn die Einschätzung der Visa-Referate aus dem Frühjahr 2020, also noch vor dem Juni 2020, dass ab Ende 2020/Anfang 2021 mit einer Welle von Visumanträgen der rund 1 900 afghanischen Lokalbeschäftigten und ihrer Familienangehörigen zu rechnen sei? Also, es gab schon Zahlen, schon im Frühjahr 2020 in Ihrem Hause, die erheblich waren. Und wir wissen - und Sie haben es eben noch mal kurz bestätigt -, die Visaerteilung war jetzt schon sehr kompliziert zu diesem Zeitpunkt und langwierig. Wir haben hier Aussagen gehört, dass es bis zu 18 Monate gedauert hat, bis man von einer Aufnahmezusage zu einer Visaerteilung kam und die Ausreise möglich war. Also Sie wussten, es ist sowieso prekär, und Sie wussten, wir werden eine steigende Zahl haben. Meine Frage ist jetzt: Haben Sie konkret - - oder welche Anstrengungen haben Sie konkret veranlasst oder unternommen, um diese auf sich zukommende Welle dann tatsächlich auch bewältigen zu können?

Zeugin Antje Leendertse: Also, auch das ist ja - - 2020 fällt das ja in einen Gesamtbereich der Probleme bei der Visaerteilung. Jetzt noch mal: Also, die Aufenthaltsgesetze, was genau abgefordert wird und wie langwierig zum Beispiel, weil ja die Ausländerbehörden beteiligt werden müssen, so eine Sache ist, liegt nicht daran, weil irgendwie Visabeamte - da muss ich mich, glaube ich, auch mal vor die stellen - in ihren Visastellen sitzen und irgendwie zu faul sind oder zu langsam oder ganz - - viel zu wenige, sondern es liegt daran, weil das ja bewusst von der Politik und auch vom - - Also, das hat ja auch seine Gründe; ich will das gar nicht bewerten also hier. Es ist einfach so, dass, wenn alle gesetzlichen Dinge eingehalten werden müssen, dann muss - - dann dauert das manchmal 18 Monate.

Also, ich will auch so ein bisschen das von, als wenn das jetzt die Verantwortung der Visastellen und in Teilen auch des Auswärtigen Amtes nur wäre - - sondern da gibt es ja eine gemeinsame - - oder da gibt es ja eine Regierungshaltung zu, und wir haben in jedem Haushaltsverfahren - dafür war ich ja auch zuständig - versucht, mehr Stellen zu bekommen und auch bauliche Verbesserungen, dafür Geld zu bekommen. Sie können aber nicht endlos, wenn Sie sozusagen so eine große Anzahl haben, auch aus einem Bereich, wo es vielleicht auch besonders wichtig ist, Sicherheitsüberprüfungen zu machen - - können Sie das nicht ohne Vereinbarung tun mit dem BMI. Das ist hier jetzt eben zum Beispiel dieses Visa on Arrival. Das bedeutet ja nicht, dass wir sagen - - Damit hat man natürlich die Kapazitätsfrage auf andere - - Also, das wäre dann ja das BAMF gewesen, also wie beim Bundesaufnahmeverfahren. Also, die Kapazitätsfrage kriegen Sie nicht weg. Nur, die dann sozusagen festzumachen am „Das war irgendwie Unwille, oder da hat man nicht genug reagiert“ - - Natürlich hatten wir die Zahlen, natürlich wussten wir, wie viele Ortskräfte auf uns zukommen würden. Nur, das hat eben sehr lange gedauert. Also, es ist am Ende ja dann erst am 14. oder 15. gesagt worden: Ja, wir machen - - wir gehen von diesem Erfordernis, dass wir eben dieses langwierige Verfahren vonseiten des BMI durchführen müssen, weg. - Das hat sehr lange gedauert, und im Grunde - - Sie haben ja gesehen, dass es diese Vorschläge von uns gab:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann lasst uns doch mal definieren, wann der Trigger ist, wann wir wirklich so wenig Zeit noch haben, dass wir auf eine andere Ebene, in dieses Alternativszenario gehen müssen. Und da ist es ja eben eigentlich auch erst an dem 14./15. so gewesen, dass gesagt worden ist: Okay, dann versuchen wir eben dieses Visa on Arrival oder dann bei - wie sagt man? - an der Grenze durchzuführen.

Es gab meines Erachtens von Anfang an bei den großen Zahlen keine andere Möglichkeit, und das ist nicht - - Auch hätten Sie durch Aufwuchs - - Sie hätten ja trotzdem nicht verhindert, dass Sie in Kabul keine Visastelle aufmachen können. Hätte man das gemacht, ja, das wäre wahrscheinlich noch viel, viel - - Also, ich glaube, es wäre unzu- - also es wäre - - Aus 2017 war ja bekannt, dass es eine Anschlaggefahr gab. Man hätte diese Visaentscheider da natürlich hinsetzen können; aber dann hätten wir jetzt vielleicht einen Untersuchungsausschuss darüber, warum wir so die Beamten dann in diese gefährliche Situation versetzt haben. Also, man musste es ja irgendwie auch - wie sagt man? - sicherheitlich so machen. Und Sie können natürlich, selbst wenn Sie in Islamabad zehnmal so viele Visaentscheider gehabt hätten - - Erstens hätten Sie für die keine - - Da gibt es ja auch ein Sicherheitsproblem. Also, es ist eben nicht dasselbe, wie wenn Sie eine Verwaltungssache machen im Inland. Das ist eben das Ausland, und dann eben auch das gefährliche.

Die Zahlen haben wir gekannt, das will ich überhaupt nicht - - Ihre Frage: Ja, wir haben die Zahlen gekannt, auch 2020 haben wir die Zahlen gekannt, dass diese Zahlen so groß sein würden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Der zweite Teil meiner Frage: Ja, was haben Sie konkret unternommen? Also, ich hatte den Eindruck, Sie weichen aus. Dass sozusagen die politische Botschaft von Ihnen war: „Visa on Arrival ist unsere Lösung“, habe ich verstanden. Aber sozusagen, wir sind ja jetzt noch im Sommer 2020. Und wenn ich das richtig verstanden habe - das will ich an dieser Stelle auch noch mal sagen -, ist Visa on Arrival eine Lösung, die am Ende für einen direkten Ausflug von gefährdeten Ortskräften aus

Afghanistan direkt nach Deutschland möglich ist. Sonst nützt mir Visa-on-Arrival-Zusage aus dem BMI nichts, wenn ich über ein Drittland fliegen muss, weil dann strandet der spätestens im Drittland. Dann kommt er aus Afghanistan vielleicht noch weg, aber landet dann im Drittland und kann von da aus wahrscheinlich nicht ausreisen oder da gar nicht erst einreisen. Deswegen: Für die Situation sozusagen im Sommer 2020, wo wir keine Direktflüge von Afghanistan nach Deutschland hatten und wo auch überhaupt keine Charterflugdiskussion überhaupt schon Gegenstand der Debatte war, war Visa on Arrival aus meiner Sicht - das ist meine Bewertung jetzt - überhaupt keine Lösung. Deswegen verstehe ich diese Ausflüchte nicht, zu sagen: „Wir haben immer auf Visa on Arrival gesetzt“, weil das war im Sommer 2020 keine Lösung für die steigende Anzahl, also für die prognostizierte steigende Anzahl von Visaanträgen.

Und deswegen noch mal meine ganz konkrete Frage: Was haben Sie in Ihrer Verantwortung für das Ortskräfteverfahren konkret veranlasst, um sich vorzubereiten auf eine steigende Anzahl von Visaanträgen für die Ortskräfte in Afghanistan? Welche Maßnahmen haben Sie konkret im Haus Ihrem Minister, dem Deutschen Bundestag, was sozusagen Stellenausstattung und Finanzen betrifft - - Wo haben Sie dafür geworben, die vorhandenen Visastellen so auszubauen und zu verstärken, dass man der steigenden Zahl dieser Aufnahmeanträge und Visaanträge gerecht werden kann?

Und vielleicht können Sie auch noch mal sagen, weil Sie eben noch mal gesagt haben, Visastelle und so war kein Thema und IOM - - Wir wissen, dass IOM erst im Sommer 2021 eröffnet wurde. Also, warum hat das so lange gedauert? Und warum haben Sie nicht früher, wenn Sie diese Zahlen hatten, vorgeschlagen, zum Beispiel die Visaanträge in Masar-i-Scharif oder in Zusammenarbeit und Kooperation mit der Bundeswehr, wie es am Ende dann ja auch erfolgt ist - - Also warum sind diese Maßnahmen alle so spät getroffen worden und nicht schon im Sommer 2020 von Ihnen veranlasst worden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Antje Leendertse: Gut. Also, 2020 waren wir ja dabei - und das werden Sie sicher auch von anderen Kollegen gehört haben -, gerade diese Bottlenecks bei der Visaerteilung generell durch die Etablierung von Visaerteilung im Inland zu ermöglichen, durch die Gründung des Bundesamts für Auswärtige Angelegenheiten. Also eine Aufgabe ist ja dieser - - Also, es war im Grunde ein ... [akustisch unverständlich], die auch natürlich die Ortskräfte dort - - Das hätte - - hat dazu gedient, dass wir insgesamt die Kapazitäten erhöht haben, sagen wir mal so, also diese Maßnahmen.

Und wir haben natürlich auch bei diesem Gespräch, was ja nun gerade - - Das diente ja gerade dazu, zu sagen: Macht in den AGs - - fangt an, mit den anderen zu reden, wie wir dieses Problem lösen können. - Das war eine Maßgabe, und die andere Maßgabe war: Seht zu, dass ihr in den angrenzenden - - Also Teheran war vielleicht ein Vorschlag, der hat - kann ich mich aber nicht erinnern, dass der insgesamt noch mal weiterverfolgt wurde, dass wir da irgendwie näher drüber gesprochen haben - - Es gab sicher auch von vornherein die Frage Islamabad und auch Neu-Delhi, die im Schwange war, hier die Visazahlen hochzukriegen insgesamt und dann eben auch mehr Kapazitäten für Ortskräfte zu haben. Das war sicher Verständnis in diesem Gespräch. Also Beantragen beim Deutschen Bundestag, „mehr Stellen“ bedeutet aber noch nicht, dass Sie die Stellen besetzt haben, denn Sie müssen ja die Leute - - Also erst mal müssen Sie sie haben, Sie müssen sie einstellen und nachher ausbilden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also meine Frage ist ja: Was haben Sie unternommen? Also, wir brauchen jetzt nicht abstrakt, was hätte was gebracht.

Zeugin Antje Leendertse: Nee, nee.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Was haben Sie unternommen?

Zeugin Antje Leendertse: Wir haben unternommen, zu sagen: Wir brauchen mehr Leute in Visastellen. Da waren wir uns aber einig, verstehen Sie? Das ist ja eine Sache, die ein - - Das war ein

Prozess, der das betroffen hat. Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, dass wir im Juni 2020 gesagt haben: Wir brauchen für das Ortskräfteverfahren zum Beispiel eine vorübergehende Verstärkung oder so, weil wir sowieso von der Hand in den Mund gelebt haben. Also, wir haben insgesamt versucht - - Auch das war wieder ein erneutes Warnsignal für uns 2020, im Juni, zu sagen: Wir brauchen einfach mehr Ausstattung bei den Visastellen. - Und da waren wir mit Hochdruck dabei, sowohl beim BfAA, bei der Einrichtung von 512, die das im Inland betreiben, und natürlich auch bei - - Und ohne 512 hätten Sie übrigens diese von Ihnen erwähnte Lösung, „Da kann man ja dann diese Lösung machen über die Bundeswehr“, so wie es passiert ist im Frühjahr - - Also vor dem Abzug hätten wir die - - Ohne eine erhöhte Kapazität, die wir dann aber hatten, im Inland zur Visaerteilung hätten wir diese Lösung nicht machen können. Denn irgendeiner muss ja die Schritte vollziehen. Ob die Bundeswehr jetzt Dinge einsammelt und die dann jemand gibt auf dem USB-Stick oder irgendwie in physisch, reicht ja noch nicht für eine Visaerteilung. Dann brauchen Sie ja jemand - - Wenn Sie das nicht in Masar machen können, dann müssen Sie das natürlich bei 512 machen. Und diese Verstärkung der Visastellen, also der Visaerteilungsmöglichkeiten, Bearbeitungsmöglichkeiten im Inland, das haben wir 2020 ohnehin in einem Gesamtpaket mit Hochdruck vorangetrieben.

Übrigens ist ja 2020 auch das Gesetz über die Einrichtung des Bundesamts für Auswärtige Angelegenheiten erfolgt. Da gab es ja auch eine Diskussion im Bundestag, die sowohl die Haushälter als auch andere mitverfolgt haben. Also wir haben - - oder auch im Auswärtigen Ausschuss besprochen worden - - Das heißt, konkret haben wir veranlasst, dass wir - - Das ist ein weiterer Baustein gewesen, der uns bestärkt hat, diese entlastenden Maßnahmen oder mehr Kapazitätsaufbaumaßnahmen voranzutreiben. - Das wäre meine Antwort.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt das Fragerecht jetzt zu den Grünen. Frau Kollegin Bayram.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrte Frau Leendertse, ich will einfach an dem Punkt ein bisschen weiter beleuchten und aufklären. Soweit ich informiert bin, haben Sie ja im Dezember 2020 um eine Anpassung des OKV gebeten. Können Sie dazu vielleicht kurz ausführen, was so im Dezember 2020 Ihre Probleme waren in Bezug auf das OKV?

Zeugin Antje Leendertse: Also, da gibt es ja auch eine Vorlage. Ich habe es jetzt - - Also, es ist auf jeden Fall so, dass ich gebeten habe - und ich meine, ich will das jetzt gar nicht für mich - - weil das ist auch so ein hierarchisches Bild. Also, es gibt ja sozusagen eine Zusammenarbeit mit den Kollegen. Wir sind einfach - - Natürlich gemeinsam waren wir der Auffassung - und man lässt sich ja informieren von den - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Frau Leendertse, vielleicht darf ich Sie kurz aufklären, dass ich selbst im Ministerium gearbeitet habe. Das heißt, Sie müssen mir die Strukturen nicht erklären. Wenn Sie mit „wir“ meinen, nicht nur das Haus AA, sondern auch die anderen im Sinne einer Ressortbesprechung, dann wäre ich dankbar, wenn Sie das auch ausführen, weil dann versteht es jeder. - Danke schön.

Zeugin Antje Leendertse: Okay. Nee, das meinte ich nicht, sondern weil Sie sagten: „Was haben Sie veranlasst?“ Und es ist eben einfach ein ständiges Gespräch gewesen, wie wir dieses vor uns liegende Problem lösen, in dem Fall mit der Rechtsabteilung. Und da würde ich sagen: Die Anpassung, damit habe ich gemeint, es muss schneller - - und auch die Rechtsabteilung hat das so gesehen. Wenn wir das so belassen wie das Verfahren, das seit 2013 geltende Verfahren, wenn wir das so belassen, werden wir diese Zahlen nicht bewältigen können. Das haben wir damit gemeint.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Also soweit wir informiert sind, gab es eine Ressortbesprechung am 16. Dezember und auch später, wonach Gruppenaufnahmen

nach § 23 Aufenthaltsgesetz vorgeschlagen wurden. Können Sie da vielleicht kurz ausführen?

Zeugin Antje Leendertse: Die Gruppenaufnahmen hätten bei uns natürlich - - Die hatten wir ja dann auch später - - Also nach dem Regierungswechsel ist das ja auch so gekommen. Man hätte die natürlich damals auch schon beschließen können und sagen können: Wir wollen das so. - Da hatten wir aber keine Einigung im Ressortkreis zu erzielen können.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und in Bezug auf den Vorschlag Ihres Hauses, eine Ausnahmevisum nach § 14 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz zu erteilen, heißt es in der BMI-Vorlage an Herrn Staatssekretär Teichmann, dass „Afg OK nicht unvorhergesehen und nicht nur vorübergehend in das Bundesgebiet einreisen“. - Können Sie im Kontext dieser Gespräche mit Herrn Teichmann uns vielleicht kurz informieren, was so die größten Unterschiede waren?

Zeugin Antje Leendertse: Das sind die beiden Vorschläge, die, glaube ich, auch in der Vorlage gemacht werden, wie man beschleunigen könnte oder wie man größere Zahlen aufnehmen könnte. Angesichts der Verantwortung - - Es ist ja jetzt nicht so, dass wir einfach nur - - Wir hatten ja auch einen Auftrag, weil auch der Bundestag - - oder das war im Grunde Meinung in der politischen Klasse, dass wir eine bestimmte Verantwortung haben und die Ortskräfte jetzt nicht einfach im Stich lassen können. Und insofern ist da - - haben wir Vorschläge gemacht, die beiden entgegen der Einzelfallentscheidung unter § 22 - das, was das BMI weiterführen wollte, das war ja das OKV seit 2013 - - gibt es eben diese zwei Möglichkeiten: einerseits Gruppen bilden und dann eben auch - das wäre dann die Visaerteilung, die letztendliche Visaerteilung inklusive Sicherheitsüberprüfung usw. hier gewesen vor Ort - - Oder man macht eben so was wie § 14, beruft sich auf § 14, hat ein gemeinsames Verständnis: Es ist dem Antragsteller unmöglich gewesen, weil es eben keine Auslandsvertretung, keine RK-Abteilung in dem jeweiligen Land gab - - also er konnte nicht bei der zuständigen Auslandsvertretung erteilen. Das ist ja der § 14. Und insofern wird das dann eben auch an der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Grenze erteilt. Das sind ja die beiden Ausnahmen, die es dafür gibt. Die haben wir in den Raum gestellt und gesagt: Wenn man das tun kann, wenn wir auf dieses Konstrukt uns hier einigen, vielleicht auch nur Teile, dann werden wir diese Zahlen erreichen können.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielleicht bevor wir weiterfahren: Wären Sie so freundlich, die MAT-Nummer noch mal zitieren? Das haben Sie nämlich unterlassen. Ich wollte Sie jetzt nicht unterbrechen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann die gerne nennen. Ich habe sie ihr nur nicht vorgelegt, weil sie weder Adressatin ist noch in dem MAT vorkommt; wenn es nicht vor meiner Zeit abgeht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gleichwohl bezog sich das ja darauf.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Geht nicht von meiner Zeit ab. - MAT A BMI-3.164 VS-NfD, Blatt 297 ff. Das ist die BMI-Vorlage, die das Gespräch sozusagen zusammenfasst. - Jetzt würde ich gerne fortfahren. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sehr gerne. Wenn Sie es gleich gemacht hätten, wäre es einfacher gewesen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Mir geht es noch mal um ein Telefonat, was Sie mit Herrn Teichmann hatten am 8. Januar. Vielleicht können Sie uns, nur falls es über das hinausgeht, was Sie gerade eh dargestellt haben, noch mal einerseits sagen, von wem die Initiative zu dem Telefonat ausging und was in dem Telefonat besprochen wurde.

Zeugin Antje Leendertse: Da müssten Sie mir ein bisschen helfen. Ich glaube, das war der Follow-up zu dieser Vorlage. Also, wir hatten, glaube ich, in der Vorlage beschlossen: Wie können wir das - - Als Erstes muss man ja das BMI an Bord holen. Wenn wir jetzt ein Problem haben bei der Visaerteilung für die Ortskräfte, können wir das

nicht ohne das Bundesinnenministerium machen.

Dann hatten wir, glaube ich, zwei Dinge vor: einmal eine Ressortbesprechung, aber auch ein flankierendes Telefonat mit Staatssekretär Teichmann. Ich erinnere mich jetzt nicht ganz genau daran, aber ich glaube, dass er im Prinzip nicht so eine vorgefasste - - Also, er hat nicht so argumentiert, wie er es auch oft - - Wir haben ziemlich gut zusammengearbeitet, auch mit Staatssekretär Engelke. Das gilt übrigens für die ganze Leitung. Wir haben im Grunde da beschlossen, dass wir da unsere Experten noch mal versuchen drauf anzusetzen. Er hat sich natürlich skeptisch gezeigt. Das ist ja auch eine irgendwie logische Haltung des Bundesinnenministeriums. Und wir haben das dann nicht - - Also, ich habe einfach gesagt: Das ist unsere Vorstellung, das ist unsere Begründung. - In einem Telefonat können Sie so was natürlich auch immer ein bisschen besser darstellen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Ich würde Ihnen dann dieses MAT A BMI-3.164 VS-NfD, Blatt 132 ff. mal vorlegen, weil es vielleicht hilft, sich zu erinnern.

(Der Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Antje Leendertse: Okay. Vielen Dank. - Da ist ja auch der Absatz, den Sie eben zitiert haben: „§ 14 ... AufenthG“ für Ausnahmevisa „ist nicht anwendbar“, da die Ortskräfte „nicht unvorhergesehen und nicht nur vorübergehend in das Bundesgebiet einreisen“ und die „Erteilung von Ausnahmevisa an der Grenze“ durch die Bundespolizei auch „operativ nicht umsetzbar“ wäre.

Ja, das ist meine Vorstellung. Also im Grunde hatten wir - und das sieht man aber eigentlich auch, ich habe es jetzt nur überflogen, an dieser internen Vorbereitung für das Telefonat von BMI - - Meines Erachtens ist es so, dass beide Ressorts, vor allen Dingen natürlich auch wir, weil wir wussten, dass am Ende die Frage



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Warum habt ihr das nicht visamäßig besser geschafft?“, auch bei uns hängen bleiben würde, obwohl wir natürlich abhängig sind von der Durchführung der entsprechenden gesetzlichen Vorhaben - - Da geht es ja auch nicht darum, dass wir gesetzliche Vorhaben irgendwie umgehen wollen, sondern im Grunde Möglichkeiten von Ausnahmen und Beschleunigungen im Gespräch mit dem BMI herausfinden wollen. Und hier steht ja auch zum Beispiel in demselben Dokument, dass in der Ressortbesprechung am 16.12. das BMI

„... eine Reihe von konstruktiven Vorschlägen zur Unterstützung des Visumverfahrens unterbreitet und auch seine Bereitschaft deutlich gemacht [hat], die Unterstützung durch externe Dienstleister ggf. im Rahmen eines Pilotprojekts zu akzeptieren ...“

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, sorry, ich muss jetzt unterbrechen, weil ich kriege immer nicht so viel Zeit.

Zeugin Antje Leendertse: Ach so.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen würde mich noch mal interessieren dieses Stichwort „Saigon-Szenario“ oder „Krisenfall“ oder wie auch immer. Können Sie aus Ihrer Sicht noch mal darstellen, was das eigentlich bedeutete und ob es und wann eingetreten ist?

Zeugin Antje Leendertse: Ja, dieses Saigon-Stichwort, das war so ein Stichwort, das sich ja vor allen Dingen auf die USA bezogen hat, wo man dann in letzter Minute noch mit dem Hubschrauber auf dem Dach der - - Also, die Fotos und Bilder sind noch in Erinnerung, wo man dann in letzter Minute die Botschaft geräumt hat, weil man auf dem Dach losgeflogen ist, während das schon halb überrannt war. Das war vor allen Dingen ein Stichwort, was aus den Berichterstattungen aus den USA, also aus Washington, kam.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Liebe Frau Leendertse, mich interessiert

das noch, weil meine Zeit sehr knapp ist, in Bezug auf unser Thema Ortskräfteverfahren, Verhältnis BMI-AA. Sorry.

Zeugin Antje Leendertse: Ach so. Ja, da hat das eine Rolle gespielt, weil das, glaube ich, von unserer Seite - - also wenn Sie sagen - - Stimmt. Wenn Sie das zusammenziehen vielleicht mit der Haltung des BMI, zu sagen, das ist dann erst in allerletzter Minute überhaupt einschlägig, dass wir eine Sondersituation, ein Alternativpapier oder dass wir das als Trigger sozusagen akzeptieren, dann war das wahrscheinlich - ich kann jetzt nicht für das BMI sprechen - die Haltung des BMI dann - und so ist es ja auch gekommen -, dass man erst am 14./15. oder am 15. gesagt hat: Ja, dann machen wir halt eine Vereinfachung, diese deutliche Vereinfachung, und erledigen die Arbeit, die man ansonsten beim Visaverfahren vor Ort erledigt, dann eben hier. Wie gesagt, alles muss natürlich so ordentlich auch verfasst werden, weil es auch Kapazitätsgründe im BMI gibt, das nicht zu wollen, oder gab - - und dass man ansonsten sagt: Vorher kann man das aber nicht konzedieren. - Und aus unserer Sicht war es halt so: Wir sehen das kommen, dieses Szenario, wir wollen das Szenario ja vermeiden, also wollen wir vorher Maßnahmen treffen, dass wir abschichten. Das war unsere Ansicht natürlich.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Habe ich noch Zeit? - Eine Minute. - Deswegen wäre für mich noch mal deutlich: Ab welchem Zeitpunkt hatte sich das aus Ihrer Sicht so zuge-spitzt, dass man diesen Weg gehen musste? Also, weil das BMI hat uns ja hier auch deutlich gemacht, sie wären bereit gewesen, und haben es ja am Ende auch gemacht. Aber die Frage ist halt: An welchem Zeitpunkt hatten Sie vielleicht nicht mehr die Ressourcen und war man eben darauf angewiesen, dass das Bundesministerium des Innern diesen Weg mitgeht oder geht?

Zeugin Antje Leendertse: Wir waren eben der Meinung, dass man das schon präventiv hätte alles machen müssen; aber gut. Ich würde sagen, einen Punkt haben wir verpasst, auch in meiner Erinnerung, das war im Grunde, als das BMVg aus Masar abgezogen ist. Also, da hätte man wahrscheinlich sagen können: Damit ist dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

quasi eine Situation, wo man schon mal präventiv einige von denen - - Und das ist ja auch sehr gelobt worden, diese Zusammenarbeit der Bundeswehr. Die haben das auch gesehen, dass sie da was tun können und tun sollten, und es gab ja ein Engagement und auch ein Interesse des Ressorts. Und ich finde, da hätte man vielleicht eine Gruppenaufnahme - - hätte man; also im Nachhinein. Ich war damals auch dafür, aber ehrlich gesagt, war es einfach - - Es hatte dann ja auch jetzt nicht - - Ich will jetzt auch nicht - - So denke ich nicht, und so denken auch die Kollegen im BMI nicht. Es war natürlich schon - - Es gab Ressortinteressen, aber es war ja niemand wirklich böswillig, dass er irgendwas verhindern wollte oder so. Also, das wäre vielleicht der Zeitpunkt gewesen, wo man es mit der Begründung, „Dann ist die Bundeswehr weg, und jetzt lasst uns doch das jetzt schon machen“, hätte machen sollen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. So weit für diese Runde.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bevor ich das Rederecht weitergebe, erlauben Sie mir den kurzen Hinweis: Das mit der knappen Zeit ist wahr. Alle haben knappe Zeit. Aber das beschleunigt sich dadurch, dass man erstens die MAT-Nummern am Anfang nennt und zweitens kurz und präzise fragt. Wenn wir ständig sozusagen die Zeugen unterbrechen in ihrer Antwort, ist das auch schwierig, wenn sie versuchen, zu antworten. Da muss man auch die Gelegenheit geben, dass sie die Antwort auch geben können. Das kann man mal machen; aber wenn man das ständig macht, dann ist das sozusagen für alle Seiten schwieriger.

Jetzt wechselt das Fragerecht zur AfD-Fraktion.

Stefan Keuter (AfD): Guten Tag, Frau Zeugin! Vorab mal die Frage: Wie darf ich Sie ansprechen? Wir haben gerätselt, wie sich Ihr Name ausspricht: Leendértse oder Leëndertse?

Zeugin Antje Leendertse: Das ist ein niederländischer Name, der spricht sich Léendertse aus. „Leendert“ wie Leonard und „se“ wie „Sohn“. Also, Leendert ist Leonard auf Niederländisch. Léendertse. Mit der Betonung auf dem Ersten.

Stefan Keuter (AfD): Frau Leendertse, herzlichen Dank. - Uns erschließt sich immer noch nicht so ganz, weshalb die Bundesregierung das Ortskräfteverfahren im Jahr 21 vereinfacht und erweitert hat und zudem dann ab dem 15. August 21 dazu übergang, vielen Tausenden Afghanen eine Aufnahmezusage zu geben, und unter anderem auch durch Bundeswehrkräfte ausfliegen ließ. Zu meinem Unverständnis tragen auch die Aussagen des früheren deutschen Sonderbeauftragten für Afghanistan bei. Er hat hier grundsätzlich Ausführungen zur Stellung des AA zu den Taliban gemacht und klargestellt, dass das Auswärtige Amt auch mit dem Szenario eines Talibansieges plante. Ich zitiere nun Dr. Wieck aus dem Protokoll der Untersuchungsausschusssitzung vom 21.03.24 - das sind die Seiten 144 und 145; Zitat Anfang -:

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

„Die vorherrschende Meinung ... war, dass sich die Republik ... nicht halten wird. Unser ganzes Engagement bezog sich ... darauf, dass [wir] die Taliban an der Regierung“

beteiligt werden.*

„... Und zu welchem Grad, ob sie sozusagen fifty-fifty oder 75 zu 25 oder ... ganz die Macht übernehmen, haben wir offengelassen ...

Also das hatten wir alles auf dem Radar; aber die Frage ist dann ja eher die Schlussfolgerung: Heißt das, dass wir uns und ... alle Ortskräfte und Listen von Schutzbedürftigen, ob wir sie alle aus

unumgänglich betrachteten“. (Endgültiges Stenografisches Protokoll 20/68, Anlage)

* Anm. Stenografischer Dienst: Korrektur des Zeugen in Wahrnehmung seines Korrekturrechts: „... dass wir die Beteiligung der Taliban an der Regierung als



Nur zur dienstlichen Verwendung

dem Land holen sollen? ... dieser Meinung waren wir nicht.“

Ausrufezeichen.

„Wir haben seit 2009 Kontakte zu den Taliban aufgenommen ..., um eine politische Lösung zu erreichen ... und dadurch, dass wir über Jahre dieses Verhältnis zu den Taliban aufgebaut hatten, konnte ja nicht unsere Schlussfolgerung sein, dass, wenn das Realität wird, für das wir uns seit zehn Jahren eingesetzt hatten, dazu führt, dass nicht nur wir unsere Botschaft schließen, sondern auch noch alle Ortskräfte rausholen und Listen von Schutzbedürftigen rausholen. Das ist ja völlig - - Das macht ja keinen Sinn.“

Ausrufezeichen. - Zitat Ende. - Können Sie mir bitte erklären: Aus welchen Gründen wurde dann doch am 15.08.21 die Botschaft geschlossen und sind in den Folgetagen Ortskräfte und andere Afghanen aus Afghanistan ausgeflogen worden, wenn doch laut Jasper Wieck genau dieses Vorgehen gegen das jahrzehntelange Vorgehen verstieß?

Zeugin Antje Leendertse: Ich schätze, er hat auf eine andere Frage geantwortet, also wahrscheinlich auf den Vorhalt: Warum habt ihr nicht früher - und das betrifft auch die Frage „Trigger-effekt eines Ausfliegens von Ortskräften“ - - wahrscheinlich auf die Frage geantwortet: Warum habt ihr nicht früher sozusagen ausgeflogen? Und daraufhin hat er gesagt: Na ja, ein Grund war auch die Wirkung, die das - - Erstens mal gab es ja Bitten von der Republik, also von der Regierung Ghani, das nicht zu tun, und das andere war auch - - Das betraf übrigens auch die Rückführungsflüge. Also, dieses Ausfliegen von Afghanen aus Afghanistan war etwas, was die afghanische Regierung aus Gründen dieses Saigon-Effektes oder dieses „Jetzt hier müssen alle fliehen“ usw., also Befürchtungen, Auswirkungen auf die Stabilität Afghanistans und der Regierung haben würde, was nicht im Sinne - - Das muss ja jetzt nicht heißen, dass wir uns das unbedingt zu eigen machen, weil es ja auch andere

Erwägungen gibt, aber es war jedenfalls eine der Erwägungen. Und ich glaube, dass er hier aus seiner Zuständigkeit für die Beziehungen zu - - also für die Situation und die Friedensverhandlungen das genau deswegen so beantwortet hat.

Und am 14./15.08. war diese Person, der Republikvertreter - - war ja am 15., für uns, ehrlich gesagt, dann auch überraschend in seiner Eile - - hatte er das Land verlassen. Der ist ja morgens am 15. gegangen. Und das war alles eine krisenhafte Entwicklung, die dazu geführt hat, dass eben sowohl die Amerikaner als auch alle anderen Partner und auch wir nicht nur unsere Botschaften evakuieren wollten - also die Botschaft war im Kernteam ja noch vor Ort und hat bei der Evakuierung von Ortskräften, von deutschen Staatsangehörigen, muss man ja sagen, war ja nun die prioritäre Gruppe, dann den Ortskräften und den besonders Schutzbedürftigen - - dabei waren sie ja behilflich oder operativ tätig, dieses Kernteam, auch Herr van Thiel, der Leiter. Und insofern hatten wir dann ab diesem Tag eine ganz andere Lage.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - Laut Fundstelle MAT A AA-8.312 VS-NfD, Blatt 30 [sic!], sandte Jasper Wieck diversen Kollegen aus dem Auswärtigen Amt am Mittag des 15. August 21 mit Blick auf den geplanten Ausflugsinsatz der Afghanen durch die Bundeswehr eine E-Mail - Zitat -: Wir müssen

„noch mehr Tempo bei Notenwechsel mit Afghanistan machen - ansonsten haben nicht die erforderlichen völkerrechtlichen ... Grundlagen und das ganze landet in Karlsruhe.“

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zitat Ende. - Ich möchte mit Ihnen jetzt nicht über die völkerrechtliche, sondern über die verfassungsrechtliche Grundlage für das Ausfliegen von Afghanen nach Deutschland durch die Bundeswehr sprechen. - Für das Sekretariat: Ich beziehe mich im Folgenden auf die Seiten 1 und 2 der zugesandten Anlage 53.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Die Bundesregierung nannte laut der Bundestagsdrucksache 19/32022 den dokumentierten Mandatstext für die militärische Evakuierungsoperation Artikel 87a Grundgesetz als verfassungsrechtliche Grundlage.

Für das Sekretariat: Ich beziehe mich dann auf den Ihnen zugesandten Videolink; Anlage 54, Minuten 91 bis 95. Professor Dr. Marxen, Lehrstuhlinhaber für Völkerrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin, sagte im Ausschuss [sic!] an die durch die Obleute dieses Ausschusses in der Halle des Paul-Löbe-Hauses hier durchgeführten Paneldiskussion im vergangenen November - Zitat* -: Artikel 87a Grundgesetz sehen wir, dass es Einsätze zur Verteidigung geben darf. Also da haben wir schon verfassungsrechtliche Probleme. Wie ist es denn eigentlich mit den Evakuierungsmissionen, die jetzt in eine große Bedeutung übergehen? Worauf stützen wir eigentlich diese verfassungsrechtlich? Hier sehen wir eben, dass wir ein Grundgesetz haben, das für diese Einsätze nicht gemacht worden ist, und da stellen sich viele Probleme. - Zitat Ende.

Professor Marxen plädiert dann weiter für eine Grundgesetzänderung - Zitat* Anfang -: Grundgesetzänderungen, die dann letztlich auch die entsprechenden Rechtslagen erzeugen würden, zum Beispiel für diese Evakuierungsmissionen, die wir bisher nicht finden im Grundgesetz. - Zitat Ende. - Haben Sie damals wahrgenommen, dass die verfassungsrechtliche Grundlage für die Evakuierungsoperation in den Ministerien juristisch sorgfältig geprüft worden ist, und, wenn ja, was können Sie uns Genaueres zur Prüfung der verfassungsrechtlichen Grundlage der Evakuierungsoperation sagen?

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt hat erst mal die Bundesregierung das Wort. - Und ich weise

* Anm. Stenografischer Dienst: Es handelt sich bei den im Folgenden vorgetragenen beiden Passagen weitgehend nicht um wörtliche Zitate, sondern um Paraphrasierungen mit Hinzufügungen und Auslassungen. Vgl. <https://www.bundestag.de/mediathek/ausschusssitzungen?videoid=7603330?url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NjAzMzMw&mod=mediathek>, Beginn: 1:32:51 bzw. 1:34:20.

im Übrigen darauf hin, dass ich zwar zulasse, wenn die Antwort über das Zeitkontingent hinausgeht; aber wenn die Frage schon über das Zeitkontingent hinausgeht, weil Sie so seitenlang zitieren, dann werde ich das künftig nicht mehr zulassen.

Jetzt hat aber erst mal die Bundesregierung das Wort.

Zeugin Antje Leendertse: Na, Ihnen geht es ja jetzt um die - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung hat das Wort erst mal.

VLR Andreas Gloßner (AA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Also, damit wir nachvollziehen können, ob es überhaupt von der Aussagegenehmigung erfasst ist und mit dem Untersuchungsgegenstand im Zusammenhang steht, müssen wir es nachvollziehen können, und uns liegt dieses Dokument nicht vor. Also, da müssten wir erst mal kurz einsehen können, woraus da vorgelesen wird.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: In der Form, wie es eben behauptet worden ist, liegt es uns übrigens auch nicht vor. Das ist das, was ich jetzt hier schon ein paar Mal gesagt habe: Wenn Dinge hier zitiert werden, müssen sie korrekt zitiert sein und nachvollziehbar; sonst ist das nicht zumutbar sozusagen. Also insofern kann die Frage allenfalls in der Form beantwortet werden ganz allgemein, ohne Bezug auf die Quellen, ob Zweifel an der Verfassungsgemäßheit dieser Aktion sozusagen - - ob die Zeugin solche Zweifel hatte oder nicht. Die Frage können Sie gerne beantworten. Mehr geht nicht. - Bitte schön, Frau Zeugin.

Zeugin Antje Leendertse: Ich hatte keine Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit, und zwar glaube ich - - Also, wir hatten ja eine Diskussion auch

[ungen?videoid=7603330?url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NjAzMzMw&mod=mediathek](https://www.bundestag.de/mediathek/ausschusssitzungen?videoid=7603330?url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NjAzMzMw&mod=mediathek), Beginn: 1:32:51 bzw. 1:34:20.



Nur zur dienstlichen Verwendung

darüber: Ist überhaupt ein Mandat nötig, kann man das nicht auf Resolute-Support-Mandat Grundlage machen? Am Ende gab es ja doch eine überwältigende Unterstützung für diesen wirklich großartigen Einsatz. Ich glaube, da wäre ich die Letzte, die dazu sagen würde, man hätte das, obwohl Herr Ghani das Land schon verlassen hatte, noch alles irgendwie anders machen müssen usw. Also, ich glaube, die Zustimmung - - diese Zustimmungsfrage war eine Frage, die mir in dem Moment, ehrlich gesagt, nicht präsent war. Die tauchte auch erst ein bisschen später auf, so ab nachmittags; sehe ich auch hier an den Verläufen. Am Ende habe ich keine Zweifel daran gehabt, dass es verfassungsgemäß ist, was die Kollegen dann für eine Kabinettsvorlage und dann auch den Beschluss nach Gefahr im Verzug da nehmen, der nachträgliche Beschluss des Bundestages, dass der verfassungsgemäß war.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann wechselt jetzt das Fragerecht. Wir gehen zur FDP-Fraktion. Herr Kollege Gründer.

Nils Gründer (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank, Frau Botschafterin, dass Sie sich die Zeit heute nehmen, uns hier unsere Fragen zu beantworten.

Ich beziehe mich in meiner Frage auf das Thema Kommunikation und da auf MAT A AA-9.80 VS-NfD, Blatt 25. Genau. Und das würden wir Ihnen auch vorlegen. Ich fange aufgrund der Zeit schon mal an mit meiner Frage.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Und zwar: Am 10. August 2021 schrieb Markus Potzel, der ehemalige Sonderbeauftragte für Afghanistan und designierte Botschafter, eine Mail an den persönlichen Referenten von Herrn Staatssekretär Berger. Darin geht es um die in der Woche vor dem ersten Krisenstab stattfindenden, von Ihnen einberufenen Afghanistan-Besprechungen im Auswärtigen Amt. Potzel schrieb dazu - ich zitiere -:

„... ich weiß, Du bist noch im Urlaub. Aber ist denn Dein Chef ab Montag wieder da? StS'in L lädt jetzt quasi täglich zu AFG-Besprechungen ein. Das ist ja auch richtig, wichtig und angebracht. Allerdings lädt sie einen etwas merkwürdigen Personenkreis dazu: D2, D S, S-B-1, nicht aber RL AP05. (Gut, AP-B-2 war auch dabei, immerhin.) Ich hoffe, das läuft dann wieder in den richtigen Bahnen, sobald StS B wieder da ist.“

Dazu habe ich ein paar Nachfragen. Und zwar: Potzel erwähnt in der Mail an den PersRef von Staatssekretär Berger, dass auf Einladung von Ihnen quasi täglich Afghanistan-Besprechungen stattfinden würden. Können Sie das für uns einmal näher ausführen? Zum Beispiel, ab wann fanden diese täglichen Besprechungen statt?

Zeugin Antje Leendertse: Gut, also vielleicht wie, glaube ich, beim ersten Dokument ist es so: Wenn das solche zwischen zwei anderen - - irgendwelche Austausche sind, dann ist es für mich schwierig, das jetzt konkret zu dokumentieren oder zu kommentieren. Ich glaube, Herr Potzel war in Urlaub. Wir haben auch ein paar Mal darüber nachgedacht, ob wir ihn reinholen sollen usw. Herr Wieck war bei dieser - und er stand ja bevor - - da sollte der Wechsel, glaube ich, eine Woche - - also, ich glaube, so um den 20. oder so passieren. - Nee, der sollte genau am 15. passieren, der Wechsel zwischen - - weil wir hatten ja diese Tandems, und der hätte also quasi ab 15. oder 14. einfliegen sollen und eben Herr van Thiel zurück, weil er eben seine sechs Wochen vorbei hatte.

Also jetzt noch mal: Tägliche Besprechungen: Ich glaube, über diese Besprechung - es war auch eine besondere, das war keine Hausbesprechung im Sinne von „Wir laden jetzt mal alle“ usw., es war eine, wo ich auch Leute eingeladen hatte, weil ich es wirklich verstehen wollte, die früher Afghanistan-Beauftragte gewesen waren - - Also insofern - - Und D2 hat sich reingedrängt; er hatte von der Besprechung gehört. Also, es war wirk-



Nur zur dienstlichen Verwendung

lich 17, 18 Uhr, wir sitzen da zusammen und reden mal: Wie geht es denn jetzt wirklich weiter? - Und da ging es eigentlich mehr auch um Briefing für mich.

Wenn Sie jetzt fragen: Was waren die Besprechungen? In der Tat, am 28. - 27. bin ich aus dem Urlaub zurückgekommen - - ich hatte das Gefühl: Wir brauchen hier Erkenntnisse, Informationen. Wir müssen auch aus dem Modus „Na ja, wer weiß, wann das alles - - ob man nicht doch noch in dem Friedensabkommen irgendwie - - raus, wir müssen uns eingestehen, dass das Worst Case - - oder ein bisschen, also jedenfalls auch die Negativszenarien, dass die eintreten können, und müssen diesen Hebel umlegen“. Das hat damals auch zum Beispiel die Stabilisierungs-DS - ist die Stabilisierungsdirektorin - - natürlich auch die betroffen, weil, wenn Sie sich erinnern, in dieser Woche kamen schon Presseberichterstattungen raus zu: Moment mal, was machen wir eigentlich für Projekte da noch in den Gebieten, die die Taliban schon eingenommen haben? - Weil da kamen ja dann Provinzhauptstädte - - Wir sind in die Woche gegangen, da gab es, glaube ich, vier Provinzhauptstädte, die eingenommen waren, und es waren ja dann - - kamen ja immer mehr dazu. Und da ist natürlich jemand auch zu Recht von der Presse da auf die Idee gekommen, mal zu fragen: Moment mal, da macht die Bundesregierung noch Projekte. Was ist eigentlich mit denen? - Und die haben wir dann auch in der danach folgenden Woche - - hatten wir so eine Suspendierungsvorlage. Also, zum Beispiel solche Fragen sind da auch so vorratsmäßig - - Wir wussten nicht, dass es so schnell gehen würde, aber wir haben einfach mal versucht: Was werden denn jetzt für Fragen auftauchen? Und da gehörte zum Beispiel auch diese Frage dazu: Was machen wir eigentlich mit den Stabilisierungsprojekten, die wir in großer Zahl hatten und ha- -, „in großer Zahl hatten“ eigentlich, muss ich sagen - in Afghanistan weiter? In dieser Art gab es mehrere Besprechungen, nicht nur den Krisenstab.

Nils Gründer (FDP): Alles klar. - Also das heißt, wenn ich Sie jetzt richtig verstehe, dann war das

jetzt nicht irgendwie eine Art Veranstaltungsreihe oder so, die Sie von Herrn Berger irgendwie übernommen hatten.

Zeugin Antje Leendertse: Nein, das war es nicht.

Nils Gründer (FDP): Alles klar. - Und dabei handelt es sich aber um AA-interne Veranstaltungen, oder waren da auch andere Ressorts beteiligt?

Zeugin Antje Leendertse: In dem Fall war das AA-intern.

Nils Gründer (FDP): Alles klar. - Dann würde ich noch dazu nachfragen. Bevor Herr Potzel diese Mail verfasste, hat es ja schon mehrere Afghanistan-Besprechungen auch gegeben. Und Herr Potzel drückt gegenüber dem PersRef von Staatssekretär Berger aus, dass er die Auswahl des Teilnehmerkreises dieser Besprechungen für nicht zweckmäßig hält. Haben Herr Potzel oder andere Teilnehmer Ihnen diese Einschätzung zu den Verteilern mit Ihnen oder Ihrem Büro mitgeteilt?

Zeugin Antje Leendertse: Also, mir nicht. Ich nehme auch an - - Er war ja nun in Urlaub, und er war ja nun designierter Botschafter. Er war ja nicht mehr AP-B-2. Und er schreibt ja hier auch - - Nein, es ist mir nicht gesagt worden.

Nils Gründer (FDP): Okay. - Und haben Sie dafür irgendwie eine Erklärung, außer, dass er irgendwie im Urlaub war?

Zeugin Antje Leendertse: Müssten Sie ihn vielleicht gefragt haben. Ist jetzt ein bisschen - - Er ist ja, glaube ich, schon vernommen worden. Also, wie gesagt, ich weiß es nicht.

Nils Gründer (FDP): Ich nehme das freundliche Nicken von rechts wahr. Deswegen vielen Dank, dass Sie da trotzdem drauf geantwortet haben.

Ich würde - - Habe ich noch Zeit, Herr Vorsitzender? - Dann würde ich gerne noch etwas generell fragen zur Kommunikation; das ist jetzt ohne MAT-Material. Dem Ausschuss wurden ja alle Aktenvorgänge und E-Mails, die Sie persönlich zu Afghanistan erhalten, geschrieben oder gesehen haben, vorgelegt. Haben Sie denn darüber



Nur zur dienstlichen Verwendung

hinaus Kommunikationswege und -mittel im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand genutzt?

Zeugin Antje Leendertse: Ja, Telefonate und Besprechungen. Und ich habe jetzt auch bei den Vermerken natürlich gesehen: Manche Dinge sind natürlich in den Vermerken nicht abzubilden, wenn Sie keine Wortprotokolle machen. Und auch im Nachhinein dann der Eindruck sozusagen - - Zum Beispiel eben diese Frage, die mich schon auch ein bisschen - da war ich nicht - - ja, die hat mich schon auch beschäftigt -, dieser Vorhalt oder dieser Eindruck, ich hätte den Herrn van Thiel unterbrochen. Ja, da muss ich wirklich sagen: Klar habe ich ihn unterbrochen; aber das war so aus meiner Sicht absolut: Jetzt kommt der andere dran und der andere, also meine Aufgabe als Vorsitzende, und hat mir auch leid getan, dass es ihm nachher so - - dass er diesen Eindruck hatte. Und das kommt zum Beispiel bei dem Vermerk nicht raus; das kann man in dem Vermerk nicht sehen, dass er noch mal das Wort bekommen hat.

Nils Gründer (FDP): Also, das heißt, wenn andere Kommunikationsmittel genutzt wurden, sind denn auf diesen Wegen irgendwelche wesentlichen Entscheidungen getroffen worden oder Aufträge erteilt worden, an die Sie sich jetzt noch erinnern können?

Zeugin Antje Leendertse: Bei Telefonaten ist das schon der Fall gewesen, natürlich. Wir haben ja auch telefoniert, wir hatten ja eine Telefonkonferenz an dem 13., sorry, an dem 14. nachmittags, und da muss ich schon sagen: Da haben wir auch keinen wirklichen Vermerk, sondern wir haben eine Umsetzung durch das Krisenzentrum, also Herrn Jokisch, gehabt. Und insofern denke ich, dass die - - Das ist zum Beispiel was, was per Telefon gelaufen ist. Das war ja weder schriftlich noch irgendwie physisch und dann festgehalten durch einen Vermerk.

Nils Gründer (FDP): Alles klar. - Aber per SMS, Whatsapp oder andere Kurznachrichtendienste ist zum Untersuchungsgegenstand nicht kommuniziert worden. Habe ich das richtig verstanden?

Zeugin Antje Leendertse: Doch. Wir haben natürlich kommuniziert, aber wenn das so gewesen wäre, hätten wir das z. d. A. - - Das ist alles nachgeholt worden dann in Vermerken, sozusagen: „Kommst du dann auch? Kannst du reinkommen?“ usw., also solche, aber nicht zum Untersuchungsgegenstand sozusagen in der Substanz, weil dann hätte man - - weil wir dann ja auch immer darüber gesprochen haben und das dann festgehalten haben.

Nils Gründer (FDP): Alles klar. Das wär's.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann unterbreche ich jetzt die Sitzung für eine halbe Stunde für die erste namentliche Abstimmung, und wir sehen uns um 12 Uhr wieder.

(Unterbrechung von
11.28 bis 12.00 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Sitzung fort. - Und es geht weiter mit der SPD-Fraktion und dem Kollegen Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich möchte anschließen an die Befragung aus der ersten Runde. Wir haben gerade zu dem Zeitpunkt diskutiert die Einberufung und den Ablauf der Krisenstabssitzung am 13. August.

Ich würde Sie bitten, aus Ihrer Sicht darzustellen, ob der Lagebeitrag des BNDs, so wie Sie ihn auch geschildert haben im Ablauf, dann Auswirkungen hatte auf die Entscheidungen, die zu treffen waren, die Botschaft zu evakuieren oder eben noch nicht zu evakuieren. Gibt es da einen Zusammenhang?

Zeugin Antje Leendertse: Tja, also, in der Krisenstabssitzung - das war der 13. in der Tat - gab es da den Eindruck, und den will ich nicht nur auf den BND - - also es gab eben unterschiedliche Auffassungen, wie schnell eine von uns ja im Grunde durch die Einberufung des Krisenstabs schon konzertierte krisenhafte Entwicklung - - wie schnell die voranschreiten wollen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und ich hatte eben schon gesagt, aus meiner Sicht: Keiner, der da war, hätte gesagt: Und am Wochenende ist es so weit. - Was aber auch keiner gesagt hat, ist: Es ist ausgeschlossen, dass es so ist. - Also, wir sind rausgegangen aus dieser Sitzung mit einigen Aufträgen, Obleuteunterrichtung und auch die Frage des Mandats usw.

Und zu diesem Zeitpunkt, übrigens noch den ganzen 14. inbegriffen, waren wir der Meinung, dass die Vorbereitungen, die wir getroffen hatten, um wenigstens noch ein, zwei, wie auch immer, jedenfalls Charterflüge noch zu organisieren, dass wir die vorantreiben müssen, dass wir die Zeit noch haben. Damals sind wir, glaube ich - - Ende der darauffolgenden Woche war unser Zeit-horizont. Am Ende haben wir sie ja dann ver-sucht, auch übers Wochenende - - An dem 14. war die Lage auch aus Sicht der Botschaft noch so, dass wir am Montag hätten vielleicht fliegen können. Erst war es Mittwoch, dann Montag. Also, man hat mit dem Charterflug, weil da war ja auch noch der Flughafen offen - -

Die Lageeinschätzung des BND war natürlich eine, die uns in die Richtung bewegt hat, zu sagen: Wir haben die Zeit noch. - Und das war natürlich für mich ein Grund und sicher auch für andere, zu sagen: „Wenn wir die Zeit noch haben, einen Charterflug zu organisieren, dann finden wir es gut, jemanden vor Ort zu haben, der das abwickelt, zum Beispiel eben die Bot-schaft“, und das hätte ja dagegengesprochen oder sprach dagegen, ohne dass das so genau ausbuch-stabiert - -

Und man muss aufpassen, dass man Evakuierung der Botschaft nicht gleichsetzt mit Evakuierung der deutschen Staatsangehörigen oder Evakuie-rung anderer, jetzt eben der Ortskräfte usw. Also, wir brauchten ja die Botschaft, um zu organisie-ren, wenn man noch Maßnahmen dort vor Ort treffen wollte.

Deswegen war an dem 13. der Eindruck: Wir be-reiten alles vor, schreddern - - Also, Einstieg in die Evakuierung und Vorbereitung der Evakuie-rung wäre die richtige Maßnahme, weil wir woll-ten nicht festlegen: „Wir sagen jetzt Evakuie-rung“, weil das bedeutet ja sofort raus, und dann

hat man eben die Handlungsfähigkeit der Bot-schaft nicht mehr.

Insofern: Ursächlich oder mit dazu beigetragen, zu dieser Einschätzung - wir müssen da noch vor Ort handlungsfähig sein -, hat natürlich auch die Einschätzung, dass man noch etwas Zeit hat, dass es nicht so schnell gehen würde und man viel-leicht sogar in Einkesselungssituationen rein-kommt und nicht in eine militärische Über-nahme, sozusagen so ein Überrennen, wie es dann nachher gekommen ist.

Also, insofern, Antwort auf die Frage: Es hat bei-getragen eigentlich zu dem Impuls: Die Botschaft muss, solange das KUT noch nicht da ist, dablei-ben.

Jörg Nürnberger (SPD): Über die Aussagen von Herrn Thiel haben wir uns ja bereits auch unter-halten, und Sie haben auch auf Fragen von Kolle-gen geantwortet.

Jetzt unterscheiden sich diese Aussagen ja, was die Zeitlinie betrifft, doch sehr deutlich gegen-über der Einschätzung des BND, dass der Zeit-punkt vor dem 11.09. sehr unwahrscheinlich sein wird. Wenn ich das jetzt noch in Zusammenhang setze mit den Aussagen des Sicherheitsberaters der deutschen Botschaft, Herrn Tarnname „Fisch“, vor diesem Ausschuss zur Stellung-nahme des BND bei der Krisenstabsitzung - ich beziehe mich da auf das vorläufige Stenografi-sche Protokoll 20/62 I, Teil 1, Seite 79 - - Dort sagt er nämlich - und wir können Ihnen das auch vorlegen -:

„Ich hatte den Eindruck vom Zu-hören in dieser Krisenstabsitzung, dass die Tendenz schon dahin ging, die Situation so einzuschät-zen, wie sie vor Ort“

- also von van Thiel -

„beschrieben wurde, und dass man geeignete Maßnahmen er-greift, um diese Evakuierung vor-zubereiten, und auch vielleicht schon eine Verlegung der Bot-schaft an den Flughafen betreibt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

bis zu dem Zeitpunkt, wo es dann zu dieser Aussage“

- ergänzt: vom BND -

„kam; und dann kippte das. Das war mein Eindruck, mein persönlicher Eindruck.“

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Deckt sich dieser Eindruck mit Ihrer Wahrnehmung dieser Sitzung vom 13.?

Zeugin Antje Leendertse: Der Aussage „11.09. unwahrscheinlich“ - - Das meint er mit „bis zu dieser Aussage“ - - War es - - Also, entweder Sie legen es mir vor oder - - Wenn es nur darum hier geht, „vor dem 11.09. unwahrscheinlich“: Das war die Aussage, die der andere Zeuge als Kippunkt sozusagen bezeichnet hat, oder?

Jörg Nürnberger (SPD): Es geht mir darum, herauszuarbeiten, dass es die Aussagen von Herrn van Thiel gibt, dass es viel, viel, viel schneller gehen kann als der 11.09., der ja da noch fast einen Monat in der Zukunft lag, und dass der Eindruck in der Sitzung nach der Beschreibung des Zeugen „Fisch“ folgender war, dass das sehr gut nachvollzogen werden konnte, aber dass dann eben die Aussagen des BND kamen, die das, wenn Sie mir jetzt diese Bewertung gestatten, überstrahlt haben, was der Zeuge van Thiel ausgeführt hat.

Zeugin Antje Leendertse: Also, soweit ich mich erinnere - - Oder: Mein Eindruck war, dass ich für mich die Handlungsfähigkeit der Botschaft und das sozusagen kongruent zu bekommen mit dem dann damals ja noch für Montag, glaube ich, anvisierten KUT und dann der Frage „Sind wir dann 300?“ usw. - - Also, sozusagen für mich war nicht der Punkt gekommen, zu sagen: Wir ziehen jetzt die AA-Leute da weg, bevor - - Das ist ja auch der Sinn eines KUT.

Insofern: Hier der Verlauf der Sitzung, also dass es da so eine Dynamik gegeben hätte, erst haben alle gedacht oder ich zum Beispiel gedacht: Ja,

stimmt, wir müssen jetzt ganz schnell irgendwas machen, egal was - - Also, ich meine, es wäre jetzt ja auch dann das Fragezeichen: „Was macht man dann?“, und dann hätte der BND gesagt: „11.09.“ usw. natürlich - - Also, ich habe das nicht als Kippunkt empfunden, sondern ich habe das empfunden als: Jetzt sagen alle, die hier irgendwas beizutragen haben, inklusive BMVG, wie weit sie sind mit der schnellen - - mit der SLE, usw.

Das waren halt Dinge, die wir alle hören wollten, um nachher Schlussfolgerungen zu treffen. Und wir hatten ja vor - das kann man auch daran erkennen -, die nächste Sitzung erst am Montag zu machen. Also wir hatten ja gar nicht vor, so zu gehen.

Das heißt, wir hatten schon natürlich einen Drall in Richtung: „Wir haben noch etwas Zeit“, aber dass das gekippt ist, weil der BND das genau so gesagt hat, ich kann mich dadran nicht erinnern. Es war aber eine - - Niemand hatte eine Kristallkugel, zu sehen: Wie schnell geht das jetzt? - Also, ich glaube, so sind wir schon rausgegangen. Also wir wussten nicht, wie schnell es geht.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich darf Sie dann noch konfrontieren mit der Aussage des damaligen Krisenbeauftragten Diehl. Der hat hier ausweislich des vorläufigen Stenografischen Protokolls 20/76, Seite 36, ausgesagt - und auch das darf ich zitieren -:

„Am Samstag hatten wir ... nachmittags, meiner Erinnerung nach, entschieden: Die Botschaft sollte, muss an den Flughafen evakuieren. - Und dann hat ... die Staatssekretärin gesagt: Okay, jetzt ist es so weit, ja; aber das muss ich mit dem Minister noch kurzschließen. - Und dann wurde ich, ich glaube, um 19 Uhr am Samstag, von dem amtierenden Leiter des Ministerbüros informiert, dass der Minister jetzt die Freigabe erteilt - der Minister wohl gemerkt.“

Können Sie bestätigen, dass dieser Ablauf den Tatsachen entspricht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Antje Leendertse: Ja, das ist auch meine ganz klare Erinnerung. Das war auch das Ziel dieser - - Also, es gab ja eine starke Verschärfung durch diese Meldungen, dass die Amerikaner die Grüne Zone zu dem Zeitpunkt - am Samstag war das noch - angeblich innerhalb von 72 Stunden, also dann an dem Montag, verlassen würden, dass die Briten auch schon rausgehen würden. Und da gab es einen erhöhten Druck, diese Evakuierung, die man ja an dem 13. nur sozusagen als „Steigt ein!“ beschlossen hatte, dass man die jetzt hier auch noch mal sozusagen scharf stellt, wenn man so will.

Also, mein Eindruck ist: Wir haben in der Telefonkonferenz gegen 17 Uhr oder 17.30 Uhr, weiß ich jetzt nicht mehr genau - - an dem Samstag ist beschlossen worden: „Ja, die müssen morgen raus“, denn sie hatten ja die Möglichkeit, mit den US-Hubschraubern zu fliegen, lieber morgen als erst am Montag. Aber: Ich möchte irgendwie auch noch ein bisschen was dazu haben: Können die dann an dem - - also nicht raus, sondern zum Flughafen? Und können die an dem Flughafen sozusagen operieren? Und dann kam eben dieses berühmte Wort des Containers, dass es dann auch ein bisschen so zur Verwirrung geführt hat.

Mein Eindruck - - Oder mein Ziel war - - Oder: Ich habe eigentlich angeordnet: „Ja, morgen wird das so sein, und jetzt informiere ich den Minister“, und der Minister war auch einverstanden. Also, wir haben dann telefoniert, der hat ja auch mitbekommen, dass es diese Verschärfung gab seit dem Vormittag, wo es das Ministergespräch gab, also wo die Kanzlerin auch beteiligt war, wo man ja sich die Frage der Mandatierung usw. gestellt hat. Und auch da ist ja noch der Stand gewesen, dass der Flughafen offen war usw., also dass zivile Flüge auch gingen.

Aber jedenfalls: Wir haben das beschlossen - morgen raus, zum Flughafen -, und meine Vorstellung war: Dann da festsetzen, und gebt mir irgendwelche Informationen darüber, wie ihr das könnt. - Und der Auftrag ging an Diehl in der Tat, denn, ich glaube, Jokisch war gar nicht dabei bei dem Ding. Der hat es aber dann mit Jokisch so abgesprochen: Ihr ruft dann den van Thiel oder ruft dann Kabul an und sagt, ihr habt das grüne

Licht. - Deswegen war auch diese ganze Diskussion für den Sonntag, dass da noch mal gefragt worden ist, haben wir das grüne Licht der Leitung - - war für mich ein bisschen unverständlich, weil aus meiner Sicht hatten wir das an dem Samstag schon gegeben.

Und noch ein Punkt, weil ich weiß, dass das auch gefragt worden ist - was war dann die Haltung des BMI? -: Also, ich bin an dem 14. August, also an dem Samstag abends - daran kann ich mich genau erinnern aus verschiedenen Gründen -, jedenfalls war es schon dunkel, auch angerufen worden von Herrn Engelke, der mir ausrichtete, dass man sich auch auf der Seite - weil Sie den Spitznamen „Fisch“ usw. erwähnen - - der ausrichtete, sein Minister sei der Meinung, morgen müsse raus - - also Sonntag müssten die zum Flughafen. Gut, da weiß ich jetzt nicht, wie genau das mit dem Minister besprochen worden ist: Heißt das zum Flughafen oder raus? - Und da habe ich gesagt: Da rennen Sie bei mir offene Türen ein. Das ist ganz klar, dass das auch unser Stand ist, dass die morgen zum Flughafen gehen.

Jörg Nürnberger (SPD): Noch so ein Lageschnipsel: Am 13. August wird AA-intern folgendes Protokoll verschickt: MAT A AA-9.83 VS-NfD, Blatt 15. Darin heißt es:

„Auf Bitten von StSin ... telefonierte D2 am 13.08.2021 zum Thema AFG/Ortskräfte mit US
 ██████████“

Es handelt sich hier um den US-██████████ in Berlin, ██████████. Es geht um die Bitte der USA, ihre Ortskräfte in einem kurzen Transitverfahren über Deutschland aus Afghanistan ausfliegen zu können. Hintergrund sei die rasch verschlechterte Sicherheitslage.

Das ist ja in der Bewertung ein Hinweis darauf, dass auch die USA eine Evakuierung durchführen möchten.

Welche Schlussfolge zogen Sie für sich auf die bevorstehende Lageentwicklung in Afghanistan, als Sie von dieser Bitte der USA gehört hatten?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Antje Leendertse: Ja, das war natürlich für uns ein Anz - aber das war ja auch sozusagen - - Das ist immer noch, war auch immer noch bezogen auf 30.08., 11.09. usw. und nicht auf „Das passiert dann am Wochenende“. Dass die sich vorbereiten würden, das haben wir ja theoretisch auch gemacht mit dem Ortskräfteverfahren, nur zu langsam, aber das haben wir natürlich auch gemacht. Die hatten ja ein Zusatzproblem, dass sie eben - - nur zu langsam und eben blockiert durch diese Visa-on-Arrival-Sache. Die hatten ja die gleichen Probleme: Sie wollten ja die Sicherheitsüberprüfung dann in Ramstein durchführen.

Wir waren zögerlich erst, als wir das erste Mal angesprochen wurden auf die Frage. Und es ist dann aber irgendwie mehreren Leuten aufgefallen: Vielleicht kann man dann auch Honig drausaugen und sagen: „Dann fliegt ihr aber von uns auch welche aus“, was dann auch passiert ist natürlich. Da haben wir ja auch von - - Deutsche Staatsangehörige über US-Flüge sind dann berücksichtigt worden - - So eine Art, ich will jetzt nicht sagen, Deal, aber jedenfalls eine Vereinbarung. Und es gab dann natürlich - deswegen waren wir ja auch erst skeptisch, und es musste ja auch mit dem BMI erst mal aufgenommen werden - die Problematik, wie lange die dann aufhältig wären und ob sie, wenn sie - - also da sie noch nicht sicherheitsüberprüft waren, wenn sie auf den Flieger gingen. Und jedenfalls waren das die ganzen Fragen, wie man das auch für die Bundesrepublik Deutschland auch sicherheitsmäßig gut durchführt. Die musste man ja erst klären.

Für mich war das natürlich ein Zeichen, dass die Amerikaner beginnen, zu überlegen, ganz konkret zu evakuieren. Aber das war jetzt nicht überraschend und eben auch nicht verbunden, so wie es vorgetragen wurde, mit: Das müssen wir in zwei Minuten jetzt entscheiden oder in zwei Tagen, und übers Wochenende ist es so weit, und zwar - - Vielleicht mache ich da mal Schluss.

Jörg Nürnberger (SPD): Danke. - Am nächsten Tag, am Abend um 18.47 Uhr, haben Sie ausweislich MAT A AA-9.52 VS-NfD, die Blätter 152 bis 155, eine Information des US-

██████████, erhalten, nach dem die US-Botschaft geräumt werden soll.

Wurde Ihnen in dieser Kommunikation mitgeteilt, in welchem Zeithorizont die USA beabsichtigen, ihre diplomatische Vertretung in Kabul zu räumen?

Zeugin Antje Leendertse: Kann ich das mal sehen?

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Ja, also, da ist sozusagen im Grunde das alles, diese Unklarheit. Also, es gibt ja eine angehängte Mail von dem - - das war aber der Kollege von Herrn van Thiel.

Sie meinen diesen englischen Teil, also dass ██████████ dem Wieck gesagt hat: „in the coming few days“? Das war halt nicht präzisiert. Und in der anliegenden Mail aus Kabul von dem Kollegen, der in Kabul vor Ort mit Herrn van Thiel kommuniziert hat, da war eben auch nicht klar, wann, sondern da wird ja viel geredet. Darüber heißt es ja auch:

„And the military's presence past
August 31 has a question mark be-
side it.“

Usw. - Da wurde halt mit Daten - - oder hier wird mit dem 19. August operiert; das ist natürlich schon ein sehr nahes Datum gewesen an dem 14. Also, es wurde nicht klar gesagt, wann. Das wurde ja im Prinzip erst sehr, sehr spät, also in Washington noch später, aber auch in Kabul erst spät definitiv kommuniziert, dass es um den 15. ging, wo sie anfangen, auszufliegen.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist es daher richtig, dass Sie am Abend des 14. noch nicht über ein konkretes Abzugsdatum der US-Vertretung in Kabul informiert waren?

Zeugin Antje Leendertse: Also, das Abzugsdatum im Sinne von Militär, das war ja schon am 01.07., also die hatten ja da schon angefangen. Aber sozusagen der Beginn einer Evakuierungsmission



Nur zur dienstlichen Verwendung

oder -operation der Amerikaner, das war uns nicht bewusst.

Was wir ja wussten - - Oder man muss ganz präzise sagen: Damals hatten wir ja schon die Bitte: Bitte sagt uns - oder über Herrn van Thiel, der das weitergegeben hat -, ob ihr jetzt mit zum Flughafen fliegen wollt mit den Helikoptern, und zwar innerhalb von 72 Stunden und spätestens Montag, und sagt es uns aber schnell. - Das war ja an dem Samstag, als diese Frage aufkam.

Also, insofern kann ich nicht sagen, dass es keinerlei wirklich eng gesetzte - wie sagt man? - Zeitlinien gab, die die vorgegeben haben. Aber sie haben gesagt: Wir - - Also es war jedenfalls nicht der Sonntag, sondern das hat sich dann noch beschleunigt in der Entwicklung, sondern man ging aus von Montag, spätestens Montag, so hieß es ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Welche konkreten Gefahren für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Kabul haben Sie in Ihre Bewertung der Sicherheitslage einbezogen und Ihre Rückschlüsse daraus im Hinblick auf die mögliche Einnahme von Kabul durch die Taliban? Mit welchen Szenarien haben Sie dann gerechnet an der Botschaft?

Zeugin Antje Leendertse: Wir hatten schon damit gerechnet, dass die Botschaft sozusagen mit den - - Also, die Szenarien sind ja bekannt. Also, ein großer Faktor war ja auch: Wenn die Nachbarn gehen und wenn die Amerikaner gehen, dann schützt keiner mehr die Green Zone. Das war für uns der Game Changer. Das ist auch klar, dass das eben zu dem Zeitpunkt noch nicht der Fall war, aber dass man sah, dass das dazu kommen könnte, also auch durch ein bisschen konfligierende Informationen aus Washington und Kabul.

Ich hatte den Eindruck damals: Da hat sich eben in Kabul eine militärische Logik durchgesetzt. Und es gab noch Teile der Administration in Washington, die im Grunde auch, so wie wir, sagten: Na ja, dann wird es eben noch ein paar Tage dauern, oder es wird - - Jedenfalls hängt auch von Absprachen mit den Taliban - dann gab

es ja Absprachen - - sozusagen hängt auch damit zusammen.

Also, die Sicherheitslage für uns: Die Hubschraubervereinbarung mit den Amerikanern war ja eine, die am Ende geklappt hat. Aber das war ja eine, die - - In dieser Zeit haben wir den Rückschluss gezogen, dass das ja sozusagen das ist: Wenn sie es uns jetzt anbieten, wird es auch passieren. - Denn es hat ja immer Fragezeichen gegeben bei der Vorbereitung, bei diesen Krisenvorsorgeberatungen, März/April, dieser ganze Absatz, wo man sich noch mal auch darüber gebeugt hat: Brauchen wir da nicht zivile Hubschrauber, die uns unabhängig - was ja leider auch zu spät dann sozusagen passiert ist - von den Amerikanern zum Flughafen bringen? Das hat ja geklappt. Also die haben - - Das war für mich eigentlich sicherheitlich so ein Anzeichen dafür: Die fragen uns. Das heißt, sie nehmen uns mit. Der van Thiel kann da morgen raus - oder am Anfang dachten wir, Montag -, die können dann alle raus und können dann auch ausfliegen.

Aber trotzdem war mein Interesse Handlungsfähigkeit: Ich wollte ein Kernteam, so wie es nachher auch gekommen ist, behalten. Es war natürlich auf freiwilliger Basis. Aber ich wollte, solange das KUT noch nicht da war, nicht die Botschaft total entleeren, also dass gar keiner von uns als Ansprechpartner mehr da gewesen wäre.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Das Fragerecht wechselt zur Union. Herr Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, Frau Leendertse, ich würde mit Ihnen gern weiter über das Ortskräfteverfahren sprechen. Entschuldigen Sie bitte dieses Themenhopping.

Aber ich möchte anschließen an meine letzte Befragung, wo es darum ging, ob und wann Sie Kenntnis von der Wahrscheinlichkeit einer starken Zunahme von Visaverfahren für Ortskräfte hatten und wie Sie darauf reagiert haben. Und wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie ja gesagt: Wir haben versucht, uns darauf vorzubereiten und Maßnahmen zu ergreifen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nun liegt uns hier ein Vorgang vor, den ich Ihnen auch gerne vorlegen werde, und das ist MAT A AA-8.351 VS-NfD, Blatt 185. - Ich möchte Sie bitten, sich das Dokument kurz anzuschauen.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Meine erste Frage ist: Können Sie sich daran erinnern, dass Sie Kenntnis von diesem Dokument bekommen haben?

Zeugin Antje Leendertse: Nee. Denn hier steht auch kein - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Sie sind nicht ausgefertigt.

Zeugin Antje Leendertse: Also, ich habe das nicht bekommen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Hätte ja sein können, dass es Ihnen trotzdem begegnet ist, das Papier; deswegen frage ich nur nach.

Hier wird ja dieser Sachverhalt, den wir vorhin miteinander erörtert haben, noch mal besprochen. Nämlich hier heißt es auf Seite 2 in dem Vermerk aus Referat 510, der auf die Staatsministerebene geleitet worden ist, aber nicht zu Ihren Händen, sondern an Staatsminister Roth, Staatsministerin Müntefering, Staatsminister Annen - - Und da heißt es:

„Mit Beendigung des DEU militärischen Engagements in AFG rechnen BMZ, BMVg, BMI und AA voraussichtlich ab Ende 2020/Anfang 2021 mit einer **Welle von Visumanträgen der rd. 1900 AFG lokal Beschäftigter und ihrer Familienangehörigen ...**“

Das ist die Zahl, über die wir vorhin miteinander gesprochen haben. Und in der Vorlage werden dann Vorschläge gemacht, wie man die Bearbeitungskapazitäten in den deutschen Auslandsvertretungen verstärken konnte.

Hatten Sie Kenntnis davon, dass es solche Überlegungen im Referat 510 gab?

Zeugin Antje Leendertse: Hatte ich nicht. Aber Sie hatten ja bei der vorherigen Befragung mir diese von Herrn Eick selber für seine Abteilung verfasste, mit mir nicht abgestimmte - - Also, insofern habe ich das nicht mitbeeinflusst, wie er gebrieft hat. Aber wir haben ja offensichtlich über Teheran gesprochen.

Und hier: Das ist offensichtlich eine Vorlage, die nicht vorgelegt worden ist.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. - Deswegen würde ich Ihnen gerne einen E-Mail-Verkehr hierzu vorlegen - das ist MAT A AA-8.356 VS-NfD, Blatt 272 ff. - und würde Sie auch bitten, sich dieses Dokument anzusehen.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Antje Leendertse: Ja? Wenn Sie die Frage noch mal wiederholen könnten?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich habe noch gar keine Frage gestellt.

Zeugin Antje Leendertse: Dachte ich es mir.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Meine Bitte war, dass Sie sich das kurz anschauen. - Jetzt noch mal zur Verdeutlichung: Also, mit diesem beginnenden E-Mail-Verkehr wurde am 19. Mai 2020 der Entwurf dieser Vorlage versandt. Und dann gibt es hier einen Vermerk, also es gibt die Stellungnahme des Referatsleiters 510 - sehr guter Entwurf -, und dann gibt es aber hier dann eine weitere Nachricht - das findet sich dann auf Blatt 274 -, da heißt es:

„Ich habe mit ... AP05 telefoniert; er begrüßt unser Vorhaben auch wenn ihm egal ist, wo die LB-Anträge bearbeitet werden.

Ich habe ferner weiter rumtelefoniert; Frau ...“



Nur zur dienstlichen Verwendung

- sowieso -

„Ref. 201-2, ist zuständig. ...

Das Gespräch war sehr aufschlußreich; sie kündigte Widerstand an. Es sei das falsche politische Signal, sich auf Konsequenzen eines möglichen Abzugs der BW vorzubereiten. Sie wisse, dass die Ressorts sich dies wünschten, insbesondere die Bundeswehr, 201 sei aber dagegen, da 201 sich für den Verbleib der BW einsetze, da könne man sich nicht gleichzeitig auf die Konsequenzen eines Abzugs vorbereiten; daher habe 201 auch die Vorlage zur Zukunft des GK blockiert ...“

Und deswegen wollte ich Sie fragen, auch wenn Sie die Vorlage selber nicht kennen: Ist Ihnen bekannt, dass es Widerstand gegen die Absicht der Verstärkung der Botschaft in Teheran in 201 gab? Und ist Ihnen bekannt, dass aus politischen Gründen die Vorlage nicht weiter bearbeitet werden sollte? Und inwieweit ist Ihnen die Auffassung bekannt, es sei ein falsches politisches Signal gewesen, sich auf den Abzug vorzubereiten?

Zeugin Antje Leendertse: Ja, also, das ist natürlich jetzt schwierig für mich, weil, ehrlich gesagt, natürlich, wenn es mir nicht vorgelegt wird, kann es mir ja gar nicht bekannt sein.

Aber trotzdem möchte ich sagen, dass ich es gut finde, dass sowohl die Rechtsabteilung als auch die anderen - - also in einer Situation - weil das 201 ist ja das NATO-Referat -, in der noch gar nicht klar war: Wer würde jetzt die US-Wahlen gewinnen? Würde die folgende Administration festhalten an diesen nichtkonditionierten, sondern fristbezogenen Abzugsfragen usw.? Ohne jetzt genau noch mal in Erinnerung zu haben, was an dem Tag, wo dieser Mailverkehr vielleicht von den Kollegen gemacht worden ist, was da genau die Lage war, also nicht die Sicherheitslage, sondern die Beschlusslage.

Also, ehrlich gesagt, finde ich es gut, wenn die Kollegen dann untereinander diskutieren. Das ist auch ihre Aufgabe. Und ich finde auch gut, wenn

jemand, der für Visaerteilung zuständig ist, einen Vorschlag macht über Teheran. Mich hat das nicht erreicht. Aber im Prinzip, also jetzt ohne - - meine ich jetzt ganz ernst, im Prinzip habe ich da eigentlich die gleiche Meinung wie der Kollege, der von der Abteilung AP da beteiligt wird, nämlich: Man muss einen Weg finden.

Also, mein Auftrag an den Abteilungsleiter war: Findet einen Weg, wie ihr durch Verstärkung - das ist aber limitiert, wie man da die Kapazitäten erhöht - von welchen auch immer - also was halt am pragmatischsten ist; das sollen die Fachleute dann sagen - - Findet einen Weg, durch Verstärkung mehr Visa in der Region bei angrenzenden Visastellen auszustellen.

Aber, wie gesagt, da wiederhole ich mich aus der ersten Runde: Wir alle wussten, dass durch diese Maßnahmen nicht die Zahlen erreicht werden können, die wir am Ende brauchten. Und da brauchten wir ein neues Verfahren, eine Anpassung.

Und das haben wir ja auch gesehen, dass das BMI das eigentlich auch konzidiert hat - - denn sie waren ja bereit nach den Ressortbesprechungen - - beziehe ich mich auf die Dokumente aus der vorherigen Befragung - - sich für Sonderprojekte oder hier ein Sonderverfahren „Entgegennahme IOM“ usw. - - dem haben sie sich ja geöffnet, weil ihnen das, glaube ich, auch klar war.

Was aber auch so ist: Richtige Zahlen hätten wir nur machen können - mehr Zahlen -, wenn wir gesagt hätten: Wir gehen - die Vorschläge haben wir ja dann auch gemacht - in ein Gruppenverfahren, oder wir machen Visa on Arrival. Das hat das BMI nicht gewollt, das hat das BMI blockiert. Es ist doch auch einfach nun mal so.

Und, ehrlich gesagt, das ist jetzt ein Mailverkehr von Kollegen, die es wirklich - - also, ich kann das nur loben, dass man sich hinsetzt und da eigeninitiativ wird. Aber mich hat das nicht erreicht, und war insofern auch nicht entscheidungsrelevant.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Frau Leendertse, ich möchte Sie bitten, meinen Fragen nicht auszuweichen.

Meine Frage war: War Ihnen bekannt, dass es die Auffassung gab, man solle sich nicht auf einen möglichen Abzug der Bundeswehr vorbereiten, weil es das falsche politische Signal war?

Zeugin Antje Leendertse: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ist mit Ihnen über diese Auffassung gesprochen worden auf Leitungsebene?

Zeugin Antje Leendertse: Also, eben nicht im Mai 2020 und auch nicht sozusagen unter Einbezug der da im Dokument erwähnten Kollegen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich frage das deswegen, weil natürlich diese Äußerung ein bisschen die von Ihnen in Ihrer ersten Runde vertretene Auffassung: „Wir haben das Bestmögliche versucht, uns darauf vorzubereiten“, konterkariert. Also, diese Aussage vermittelt ja den Eindruck, dass gar nicht gewollt gewesen sei, dass eine Verstärkung der anderen Botschaften für die Visaverfahren erfolgt.

Deswegen noch mal meine Frage: Hat es im Zusammenhang mit Ihren Bemühungen, die Visakapazitäten im Zusammenhang mit dem befürchteten Anstieg von Visaverfahren - - hat das eine Rolle gespielt bei Ihrer Entscheidung zur Verstärkung von Botschaften oder zu unterstützenden Maßnahmen?

Zeugin Antje Leendertse: Also, man muss ja jetzt auseinander - - Wir haben ja nun auch gemeinsam festgestellt, dass mir das gar nicht vorgelegt worden ist. Wir sind - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das ist nur nicht meine Frage. Ich frage Sie jetzt aus Ihrer Erinnerung heraus - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Lassen Sie trotzdem bitte die Zeugin ausreden.

Zeugin Antje Leendertse: Und es ist auf der anderen Seite ja so, dass es gut ist, wenn sich auf Arbeitsebene, auf Expertenebene auch durchaus unterschiedliche Constituencies - - Das ist quasi der NATO-Ausschuss versus der Innenausschuss. Da gibt es ja auch schon mal unterschiedliche Meinungen, weil es unterschiedliche Anliegen gibt, die in diesem Ausschuss vertreten werden. Wenn Sie das übertragen auf die Ministerialabteilungen, dann ist das auch klar, dass es da eine Diskussion gibt zum Beispiel. Aber das heißt ja nicht, dass sozusagen wir - wir sind ja keine Gedankenpolizei - - Ich sage doch jetzt nicht dem NATO-Referat: Da darf jetzt die Kollegin dem anderen Kollegen so was gar nicht schreiben. - Also, es ist mir ganz fern.

Ich weiß auch nicht, warum man daraus schließen kann, dass wir uns nicht ordentlich vorbereitet haben. Im Gegenteil: Das waren doch Gedanken, die gemacht worden sind, um dem Problem sozusagen Herr zu werden. Und wenn es dann Leute gibt, die sagen: Wir sollten das jetzt nicht tun - - Jedenfalls ist das so auf Leitungsebene und entscheidungsrelevanter Ebene nicht besprochen worden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann würde ich gern da einhaken, was Sie eben gesagt haben. Mit den Maßnahmen, die Sie ergriffen haben: Waren Sie denn gut vorbereitet auf diese erhebliche Anzahl von Visaanträgen?

Zeugin Antje Leendertse: Wie gesagt: Hätten wir zu einem früheren Zeitpunkt, der vielleicht so im Frühjahr oder so gelegen wäre, hätten wir da eine Zustimmung gehabt, dass wir größere Gruppen mit einem bestimmten - - also präventiv sozusagen dann mit einer Visaerteilung in Deutschland rausf - - hätten wir mehr Zahlen machen können. Aber wir haben natürlich - - Und „gut vorbereitet“ heißt - - Dann kommt ja drauf an, was das Ziel dieser Vorbereitung ist: dass man möglichst alle 1 900 plus mal vier ausfliegt?

Also, Sie wissen ja selbst, dass wir im Ressortkreis keine Einigung hatten bis in den Mai oder Juni hinein und dass das dann im August auch noch mal verändert worden ist, wie weit zurück



Nur zur dienstlichen Verwendung

denn die Ortskräfte zu zählen sind: bis 2013 mit den Verträgen, bis 2019.

Also, diese gute Vorbereitung musste ja, wenn - - Sie stellen das so dar, als wenn die sich an einem Zeitpunkt hätte kristallisieren müssen, also möglichst früh und gut vorbereitet. Das war ein kontinuierlicher Prozess, der auch durch diese Ressortabstimmung und unterschiedliche Auffassungen auch immer Rückschläge hatte. Also, Wege, die eingeschlagen werden sollten, wurden entweder - - Also, ich sage es wirklich nicht wertend: Unsere Vorschläge sind dann eben abgelehnt worden. Und dann hat man andere, auch kleinere andere Vorschläge gehabt. Die sind dann auch teilweise vielleicht zu langsam vorangetrieben worden; aber insgesamt gut vorbereitet wollten wir sein. Dass es am Ende nicht so war, hängt sicher an sehr, sehr vielen Dingen.

Und ich meine, ehrlich gesagt, ist jetzt, glaube ich, auch der Zeitpunkt, um mal zu sagen: Die Ortskräfte - - Das war die Meinung, dass wir die mit ihren Familien - Deutschland, verlässlicher Partner - - dass die ausgeflogen werden sollten. Aber auf der anderen Seite ist es ja auch: Bis heute sind ja nur sehr wenige Fälle bekannt. Also, ich will es gar nicht kleinreden, und es ist natürlich auch gerade - - Nicht zuletzt hier durch meine Arbeit in den Vereinten Nationen ist mir das auch klar, wie die Lage in Afghanistan heute ist. Und ich soll ja nichts zu außerhalb des Untersuchungszeitraums sagen, aber trotzdem: Es ist außer einem Familienangehörigen einer Ortskraft bisher mir nicht bekannt geworden, dass wir sozusagen - - Die leben unter furchtbaren, insgesamt repressiven Umständen. Aber es ist ja auch vor allen Dingen von unserer Botschaft und auch von den Ortskräften, sagen wir mal, jetzt nicht die gleiche Anzahl sozusagen im Nachhinein schon tot, sondern sie sind ja im Grunde gefährdet und sollen deswegen geholt werden jetzt noch.

Also, sozusagen „Sie waren nicht vorbereitet“ ist einfach eine zu offene Frage, wenn sie sich auf einen genauen Zeitpunkt bezieht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Frau Zeugin, ich möchte noch mal sagen: Dieser Entwurf der Vorlage, den ich Ihnen vorhin gezeigt habe, der schließt ja mit einer Empfehlung ab, nämlich mit dem Vorschlag, Teheran personell zu verstärken und eine Übernahme der Anträge nach dem LB-Verfahren vorzubereiten; das ist der Vorschlag, über den wir jetzt miteinander reden.

Sind Sie der Auffassung, dass diese Maßnahme zum damaligen Zeitpunkt eine richtige Antwort und sachgerecht gewesen wäre?

Zeugin Antje Leendertse: Wie gesagt: egal an welcher Vertretung. Und das haben wir ja auch vorangetrieben. Also, es ist ja nicht so - - Ich glaube, hier dieser Versuch des Zuständigen ist ja dann auch weitergeführt worden, weil wir haben ja an mehreren - das war dann am Ende Istanbul, aber auch Islamabad - verstärkt. Die Verstärkung in Teheran ist, glaube ich, ein bisschen geringer gewesen; aber die sind auch verstärkt worden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Können Sie sagen, in welcher Weise die verstärkt worden sind?

Zeugin Antje Leendertse: Im Moment nicht aus der Erinnerung. Aber ich habe damals abgerufen regelmäßig bei der Abteilung 1: „Wie viel habt ihr denn zusammengekratzt aus den Leuten, die ihr umsetzt auf die umliegenden?“ und, ich glaube, es waren vielleicht ein oder zwei.

Mehr sind das ja sowieso nie, weil Sie können ja nicht 20, 30 Leute da hinsetzen. Erstens haben Sie die nicht - ausgebildet jedenfalls -, und dann brauchen Sie ja auch bauliche und sicherheitliche Vorkehrungen, um die Leute dann an die Schalter zu bekommen usw., und auch das geht nicht so schnell.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Hatten Sie konkrete Anhaltspunkte dafür, dass die Botschaft in Teheran personell und auch von der Raumumgebung und den Kapazitäten vor Ort, der Infrastruktur in der Lage gewesen wäre, mit einer personellen Verstärkung vermehrt diese Anträge zu bearbeiten?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Antje Leendertse: Das kann ich jetzt so nicht aus dem Stand beantworten. Was ich weiß, ist, dass wir auch für Teheran - - Also wir haben insgesamt, wenn wir im Bundestag, auch im Haushaltsausschuss, gebeten haben, dass man uns Stellen und Geld gibt, natürlich auch immer die höchstbelasteten Auslandsvertretungen genannt, und darunter war auch Teheran.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun geht dieser Mailverkehr ja noch mal weiter. Da schreibt der Referatsleiter 510 dann an Mitarbeiter seines Referats:

„Die StS'in ist ehemalige D 2. Bei ihr dürften wir auf Granit beißen. Ohne LB-Verfahren ist das Vorhaben jedoch nicht mehr dringlich genug, um Teheran zu übertrumpfen, zumal es auch AP nicht so wichtig zu nehmen scheint.“

Meine Frage jetzt: Sind Sie der Auffassung, dass dieser - so habe ich Sie verstanden - fachlich nicht falsche Vorschlag - vielleicht sogar richtige Vorschlag - am Ende an der Staatssekretärin gescheitert ist?

Zeugin Antje Leendertse: Da müssten Sie den Kollegen fragen - ich habe das ja nie gesehen -, das ist ja seine Mutmaßung. Und, ich glaube, da brauche ich - - also gibt es keine vernünftige Antwort auf diese Frage, weil die einfach - - Also, ich habe das nicht gesehen und kann dazu auch nix sagen, und bin auch von ihm und auch von jemand anders nicht gefragt worden, und auch nicht über diese - - also nicht gefragt worden mit - - Das ist ja eine Mutmaßung von ihm. Da kann ich nun wirklich nix zu sagen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann geht der E-Mail-Verkehr noch weiter. Und dann heißt es nämlich da in einer Mail vom Mitarbeiter wiederum an den Referatsleiter:

„Bei diesen Spielchen mit verdeckten Karten hatte ich bisher leider nicht das volle Bild ...“

Zitat Ende. - Inwieweit können Sie bestätigen, dass im Zusammenhang mit der notwendigen

Verstärkung von Botschaften zur Vorbereitung auf verstärkte Visaanfragen mit verdeckten Karten gespielt wurde?

Zeugin Antje Leendertse: Dazu kann ich mich wirklich nicht äußern.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ist Ihnen bekannt, dass im Zusammenhang mit der Diskussion über die Verstärkung von Botschaften mit verdeckten Karten gespielt wurde?

Zeugin Antje Leendertse: Was ist die Frage an mich?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ist Ihnen bekannt, dass es den Vorwurf gibt, dass im Zusammenhang mit der Verstärkung von Auslandsvertretungen mit verdeckten Karten gespielt wird?

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Zeugin Antje Leendertse: Das ist mir weder bekannt noch würde ich sagen, dass das so ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Kleinen Moment. - Bevor Sie antworten, hat die Bundesregierung das Wort.

VLR Andreas Gloßner (AA): Also, die Zeugin hat jetzt, glaube ich, mehrfach erschöpfend und widerspruchsfrei dargelegt, dass sie diesen Mailverkehr nicht kannte. Und sozusagen immer wieder im Kern diese Frage zu stellen, ob sie Elemente des Mailverkehrs kannte, halte ich für eine unzulässige Wiederholungsfrage.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich habe nicht gefragt, ob sie den Inhalt kennt, sondern ob mit verdeckten Karten gespielt wird.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich fand das bisher sozusagen noch im Rahmen, am Rande des Rahmens, aber noch im Rahmen. Und wir nähern uns eh dem Ende der Befragung. - Also, insofern: Wenn Sie die Frage noch einmal beantworten mögen, dann sind wir, glaube ich, safe. Bitte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Antje Leendertse: Ich kann zu einem, der mir nicht - - Sie stellen eine Frage zu einem mir nicht bekannten Mailverkehr oder der mir eben bekannt gemacht worden ist, der auch - - Also, insofern würde ich sagen: Die kann ich nicht beantworten, dazu kann ich mich nicht äußern.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich frage dann in der nächsten Runde weiter.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln wir jetzt zu den Grünen. Frau Kollegin Bayram, bitte schön.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrte Frau Leendertse, ich will mal gleich den Zeitraum feststecken: Das ist jetzt 5. August 2021, MAT A BAMF-3.169 VS-NfD, Blatt 11 bis 13 - wir legen Ihnen das halt auch vor -: Das ist der Brief der Innen- und Migrationsminister von Deutschland, Österreich, Dänemark, Belgien, den Niederlanden und Griechenland.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Und ich zitiere aus diesem Brief:

„Already an estimated 4.6 million Afghan citizens are currently displaced, many of them in neighbouring countries. It should be our common goal to therefore also provide the best possible support for persons with protection needs in neighbouring countries, also in the light of the intention of the Geneva Convention to offer safety close to the regions of origin. Therefore, we should look into opportunities how to enlarge protection capacities in the region, which will reduce the migration pressure along the route.“

Und meine Frage dazu ist: Das Statement von Herrn Bundesminister Seehofer und anderen Innenministern, das Ihnen ja jetzt vorliegt, war offenbar, anders als angedacht, nicht mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt worden. Können

Sie uns dazu was erläutern, vielleicht auch Richtung, wie Sie das bewertet haben bzw. wie Sie reagiert haben?

Zeugin Antje Leendertse: Also, ich kann mich daran erinnern, dass das auffiel, dass wir da nicht beteiligt waren. Das läuft ja - - Diese Abstimmung würde laufen bei der Abteilung E - ich war damals nur am Rande befasst -, also das war ja die Europa-Abteilung, die die sozusagen Weisungen oder irgendwelche gemeinsamen Äuße - - oder Äußerungen der Bundesregierung im EU-Konzert - - die dafür zuständig ist.

Ich habe mich nicht persönlich damit befasst. Ich weiß aber, dass es damals eine Frage war und gesagt wurde - das betrifft ja die Frage auch von Umgang oder von Rückführungen nach Afghanistan usw. - - dass das damals für Ärger gesorgt hat, dass das nicht abgestimmt war.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann würde ich als Nächstes MAT A AA-9.53 VS-NfD, Blatt 11, Ihnen vorlegen lassen - vielleicht hilft Ihnen das, sich zu erinnern - und will da auch zitieren:

„BMI informierte mich soeben, dass das KOM Schreiben heute vom Minister unterzeichnet und an KOM gegangen sei. Ich habe deutlich darauf hingewiesen, dass BMI uns zugesagt hatte, uns vor Unterzeichnung des Schreibens nochmals zu befassen und dass die Zeichnung mit Blick auf die vertrauliche AFG Zusage zum Rückführungsflug sowie die AFG Diskretionsbitte für die Nachholung des Rückführungsfluges nicht förderlich sei.“

BMI auf Nachfrage auch sehr klar, dass es nicht bei dem einen Ausnahmeflug bleiben sollte. Deswegen und auch mit Blick auf AUT“

- was ja Österreich heißt -

„Druck wohl nunmehr Zeichnung des IM Schreibens an die KOM.“



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Und da wäre jetzt meine Frage: Im Zuge der Weiterleitung dieses Schreibens an Sie, dass der Tenor des BMI-Schreibens ja nicht weit weg von der Linie von „BM/Scholz“ liege, könnten Sie das erläutern, was das halt bedeutet?

Also, „BM/Scholz“: Das heißt „Bundesminister“ - ich vermute mal Ihren Bundesminister im Auswärtigen Amt - und Herrn Scholz, damals auch Minister. Könnten Sie das erläutern, was das bedeutet und vor allem was das für das von Heiko Maas geführte Ressort bedeutet?

Zeugin Antje Leendertse: Also, ich bin der Meinung - Sie spricht ja hier von der skeptischen - - Ich kann mich jetzt nicht genau erinnern, dass das für uns so stark operativ gewesen wäre. Es ging im Grunde ja um die allgemeine Haltung dazu: Können wir rückführen oder nicht? Ist das aus unserer Sicht - - Und das hängt natürlich auch wieder bei uns zusammen mit dem Asyl-lagebericht. Ich meine, nun war das der 6. August. Wir hatten gerade einen Rückführungsflug absagen müssen, weil die Sicherheits-lage das nicht erlaubt hat.

Es ist, glaube ich, bekannt, dass wir insgesamt, gerade auch weil die Afghanische-Republik-Regierung ausdrücklich verlangt hatte und gesagt hatte, sie akzeptiert diese Rückführungsflüge nicht mehr, sie will nicht, dass - - sie will die nicht mehr aufnehmen. Und das betraf ja nicht nur uns, sondern auch viele andere. Und wir waren mit der Regierung dazu im Gespräch.

Das lief allerdings, ich glaube, als ich meine Besprechung am 28. Juli - - Als der Kollege Wieck zugeschaltet war aus Islamabad, hatte er gerade Gespräche in Kabul auch mit der Regierung zu dieser Frage geführt.

Und soweit ich mich jetzt erinnere, hatten wir zu diesem Zeitpunkt - deswegen läuft das ja auch unter „Hausbesprechung ... am 6.8.21 // operative Ergebnisse“ bei ihr als Betreff, dass sie im Grunde sagt: Guckt mal, jetzt ist hier so ein Brief

rausgegangen, wir haben unsere skeptische Haltung klargemacht. - Was das jetzt mit der Minister-Scholz-Linie - - das kann ich jetzt nicht kommentieren. Also, ich glaube - - Weil das ja auch ihre Aussage und ihre Auffassung ist, dass das so ist.

Ich kann mich jedenfalls erinnern, dass das damals eine Frage war, die wir auch besprochen haben bei dieser Hausbesprechung: „Was ist eigentlich mit weiteren Rückführungen?“, und wir der Meinung waren, dass die nicht mehr möglich sind.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine nächste Frage ist MAT A AA-9.53 VS-NfD, Blatt 19 - das legen wir Ihnen auch vor -, und in der Zeit lese ich aber mal aus dem Dokument den Teil, den ich spannend finde:

„Wir müssten mE mit den USA bzw den engsten Likeminded diskutieren was man dem Vormarsch der Taliban entgegensetzen kann. Ich bin eher bei Röntgen [sic!]: Der Westen sollte weiter aktiv gegen die TLB eingreifen und diese an den Verhandlungstisch zwingen. Der überstürzte US-Abzug war ein Fehler und hat jeden Druck aus den Verhandlungen genommen. Deshalb halte ich derzeit auch von der mal angedachten Einladung zu Gesprächen eher wenig, solange der Mehrwert nicht wirklich klar ist.“

Und da geht es halt darum - - Was mich interessiert, ist: Das ist ja von Herrn Berger. Er antwortet, der Westen müsse die Taliban aktiv an den Verhandlungstisch zwingen. - Wie meint der das eigentlich? Oder wie haben Sie das verstanden?

Zeugin Antje Leendertse: Also, ich glaube, wenn ich mich nicht ganz täusche, ist nicht „Röntgen“ gemeint, sondern „Röttgen“; der muss sich wohl damals auch so geäußert haben. Also, ich finde - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Habe ich auch vermutet. Ich habe dennoch -

Zeugin Antje Leendertse: ... nachgefragt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
- vorgelesen, damit es keine Abweichungen gibt
von dem Papier, -

Zeugin Antje Leendertse: Okay. Alles klar.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
- weil das wird ja hier alles dokumentiert.

Zeugin Antje Leendertse: Also, hier der - - Ich glaube, die Kollegin - - Das ist ja ein Mailvorgang, der passiert, weil ich den Kollegen Berger, der zu dem Zeitpunkt leider dann aber schon nicht mehr in Berlin war - da war er davor; das wusste ich nicht - - wollte ich gerne bei dieser Besprechung am 9. dabei haben. Und da hat sie ihn halt gefragt, ob er kommen kann. Er hat gesagt: „Nee, das passt jetzt nicht“, und er hat dann natürlich Zeitung gelesen und auch mitgelesen und hat insofern diesen Einwurf gemacht.

Da geht es jetzt um die Frage, die wir in der Tat dann bei dieser Besprechung auch besprochen haben, nämlich: Ist es nicht so, dass wir das entweder, wie er jetzt hier schreibt, den Vormarsch der Taliban nur - - oder wir sie nur an den Verhandlungstisch zwingen können, wenn wir wirklich ganz, ganz - - sowohl militärisch als auch politisch so starken Druck machen, dass sie sich dem nicht weiter entziehen können? Also, dem gibt hier der Kollege Ausdruck. Aber Sie können ihn ja auch selber, Sie müssten ihn auch selber danach fragen, was er genau damit gemeint hat.

Ich fand das eigentlich nützlich. Denn es gab bisher eine sozusagen - bevor ich, war mein Eindruck, Ende Juli kam - - noch eine große Hoffnung, die dann jeden Tag viel kleiner wurde, dass man durch eine Verhandlungslösung auch herbeiführen könnte, dass sich die Sicherheitslage nicht so verschlechtert.

So, und das war insofern für mich auch ein interessanter Einwurf.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das gibt mir jetzt auch die Gelegenheit, noch mal ein bisschen nachzufragen, was das genau jetzt für ein Verhältnis in diesem Zeitraum war, in

dem ja Herr Berger im Urlaub war. Und Sie haben ja eingangs in Ihrem Statement gesagt: Bis 15. August einschließlich lag die Verantwortung bei mir.

Jetzt taucht natürlich in den Unterlagen Herr Berger regelmäßig auf, nicht nur in so, sage ich mal, informellen Runden mit Ihnen, sondern auch in formellen Runden mit anderen. Und die Frage, die mich interessiert, ist: Kann es sein, dass er in Runden war, in denen Informationen erteilt wurden, die Ihnen deswegen nicht zur Verfügung gestellt wurden? Oder wie haben Sie sichergestellt, dass, wenn er trotz Urlaub in Runden war, Sie dienstlich sozusagen die Präsente waren und er ja dann irgendwie freiwillig, ich weiß nicht, also jedenfalls nicht dienstlich unterwegs war?

Zeugin Antje Leendertse: Na ja, das ist ja unsere Krux - das geht mir übrigens manchmal auch so, weil man natürlich täglich Zeitung liest usw. und auch auf dem Laufenden bleiben will -, also es ist sehr schwierig für uns, zu sagen: Wir sind jetzt nicht mehr - - Also: Wir denken immer mit. Das ist wirklich so.

Und es ist ja auch nützlich in so einer Situation, fand ich zum Beispiel dieses - - gut, jetzt diesen Einwurf, der war jetzt auch nicht - - Es war jedenfalls auch für mich ein bisschen beruhigend, zu hören, dass auch er der Meinung war: Wir müssten jetzt quasi diese Verhandlungsbemühungen usw. so ein bisschen runterfahren, denn das Letzte war - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt mal losgelöst von dieser einzelnen Bemerkung - es geht mir auch so ein bisschen um das Grundsätzliche -: War es von außen erkennbar - von Leuten, die den Urlaubsplan nicht kannten -, wer tatsächlich im Auswärtigen Amt bei dem Thema verantwortlich war? Oder konnte gegebenenfalls der Eindruck bei Leuten entstehen, dass nicht Sie diejenige waren, die informiert werden musste, sondern der Kollege, der im Urlaub war?

Zeugin Antje Leendertse: Also, ich glaube, nicht bei wirklich dienstlich relevanten Sachen. Also, ich glaube, wenn dann so Anrufe waren - und



Nur zur dienstlichen Verwendung

lass uns doch mal über Afghanistan reden -, ist eine andere Sache. Sie müssen spezifizieren, wen Sie mit „extern“ meinen.

Intern war das total klar, weil, wie Sie ja auch wissen oder wahrscheinlich wissen, wir haben jeden Tag eine Runde; es war klar, dass er nicht da ist usw. Also, ich glaube, intern war das allen klar. Und wenn er mit Leuten gesprochen hat, bevor er wieder zurück war, dann kann ich das nur begrüßen, weil er musste sich vor allen Dingen dann ab Freitag, glaube ich, wieder sehr, sehr stark einfuchsen bei einer Lage, die sehr, sehr volatil war, und er musste ab Montag einsatzfähig sein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So. - Dann sind wir am Ende dieser Runde und gehen zur AfD-Fraktion.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - Aus MAT A AA-8.324 VS-NfD, Blatt 413, geht hervor, dass die Masse, der von der Bundeswehr evakuierten Personen Afghanen waren, die keinerlei Deutschlandbezug hatten, also weder Ortskräfte waren noch zur Kategorie der besonders Schutzbedürftigen gehörten.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Können Sie uns bitte sagen, ob es im Auftrag und im Interesse der Bundesregierung gewesen ist, dass die Bundeswehr diese mehreren Tausend Afghanen, die weder Ortskräfte noch besonders Schutzbedürftige noch Familienangehörige dieser beiden Gruppen waren, aus Kabul evakuierte und nach Deutschland brachte?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde die Frau Zeugin gerne darauf aufmerksam machen, dass die Formulierung der Frage eine Interpretation des Herrn Abgeordneten ist und nicht sozusagen ein objektiver Tatbestand. Insofern können Sie die Frage so beantworten, dass Sie davon ausgehen, dass das eine Interpretation des Abgeordneten ist, was er fragt.

Zeugin Antje Leendertse: Ja, davon gehe ich auch in der Tat aus, dass es im Grunde eine Interpretation der Lage ist. - Können Sie die Frage noch mal so umformulieren, dass ich antworten kann?

Stefan Keuter (AfD): Ich kann Ihnen das Fundstück erst mal vorlegen, und dann können wir uns dazu gerne noch mal unterhalten. - Ach, haben Sie schon vorliegen. Hervorragend. - Die Fragestellung ist mir freigestellt. Ihnen ist freigestellt, darauf zu antworten. Das ist meine Zeit, die abgeht. Also, es wäre nett, wenn Sie auf die Frage nach bestem Wissen und Gewissen antworten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich unterbreche noch mal, bitte. - Wenn Sie eine Frage formulieren, die lautet: „Aus dem Schriftstück ABC geht hervor, dass ... Und wie stellen Sie sich dazu?“, und dieses „Was aus dem Schriftstück hervorgeht“ Ihre Interpretation ist und nicht eine Tatsache ist, dann mache ich die Zeugin darauf aufmerksam. Das entspricht meiner Fürsorgepflicht für die Zeugin hier. Und es ist Ihre Zeit, die Sie verschwenden, wenn ich das dreimal wiederholen muss.

Also: Fragen Sie so, dass geantwortet werden kann. Oder lassen Sie es nach [sic!] und stellen die nächste Frage.

Stefan Keuter (AfD): Ich kann das Stück im Original vorlesen, und ich kann daraus zitieren; das kostet unnötig Zeit. Und wer diese Frage oder diesen Text liest, dem erschließt sich überhaupt gar keine andere Darstellung. Aber die Interpretation überlasse ich jetzt der Zeugin, wie sie das auslegt.

(Die Zeugin liest in den ihr
zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Zeugin Antje Leendertse: Das ist ja ein Mailverkehr auch von Kollegen untereinander, die ich nicht bekommen habe oder wo ich nicht figuriere, nicht befasst worden bin. Und da geht es um Zahlen, die zu dem Zeitpunkt - - Und die Kollegen einigen sich halt auch darauf, zu sagen, wie viele zu diesem Zeitpunkt in dieser Zeit



Nur zur dienstlichen Verwendung

insgesamt, also nach Abschluss der Evakuierungsoperation, ausgeflogen worden sind. Und da wird auch gesagt in diesem Mailverkehr, wie viele afghanische Ortskräfte das waren, wie viele afghanische Staatsangehörige und wie viele Personen insgesamt. Und das ist öffentlich zugängliches Material sozusagen. Also, insofern: Das kann man nachgucken. Die Interpretation kann ich jetzt nicht nachvollziehen.

Stefan Keuter (AfD): Im Mandatsantrag ist von „designierten Personen“ die Rede. Wie war die Definition von designierten Personen?

Zeugin Antje Leendertse: Es gab einmal die Ortskräfte, die sozusagen ja auch inhärent mit ihren Familien schon eine grundsätzliche Aufnahmezusage hatten, und dann gab es designierte Personen. Also, ich weiß jetzt nicht genau, ob das der Ausdruck war. Jedenfalls war in unseren internen Beratungen und Fragen auch immer die Frage - - spielte eine Rolle: Was ist der Unterschied in dem Status sozusagen gegenüber den Ortskräften?

Der ist natürlich, dass das erst mal a priori - - bis das BMI dieser Liste sozusagen zugestimmt hatte, war das: Das sind Leute, die von denen vorgeschlagen worden sind, vor allen Dingen vom AA, aber vielleicht auch von anderen; jedenfalls ist das ja nachher in dem Bundesaufnahmeprogramm so ein bisschen gespiegelt worden mit diesen Meldestellen usw. Auf jeden Fall unsere - - Bis zu dem Zeit- - Also, zuerst war das eine Vorschlagsliste, die von uns nach bestem Wissen und Gewissen zusammengestellt worden war, also eine AA-Liste. Mit der war aber noch nicht irgendeine Zusage sozusagen befasst. Das spielte nachher eine Rolle, weil natürlich viele Anfragen dazu kamen: „Wie kommt man so auf eine Liste?“ usw.

Also, designierte Personen waren Personen, von denen vor allen Dingen das AA, aber auch das BMZ - - die vorgebracht wurden: Das sind Leute, die wir, weil sie gefährdet sind, deswegen mit rausholen sollten.

Stefan Keuter (AfD): Die Gefährdung ist jetzt Ihre Wertung, oder ist das objektiv festgestellt worden?

Zeugin Antje Leendertse: Das ist jetzt die Frage, wie Sie objektiv feststellen. Also, ich glaube, das waren im Grunde Leute, die politisch für den demokratischen Rechtsstaat in Afghanistan gestanden haben.

Stefan Keuter (AfD): Laut vorläufigem Protokoll der Untersuchungsausschusssitzung vom 14. März 2024, Seite 151, sagte uns Herr van Thiel, dass er Anfang Juni 2021 anwesend war, als Andreas Krüger und Markus Potzel im Einsatzführungskommando bei General Pfeffer vorsprachen - Zitat van Thiel, Zitat Anfang -:

„Dann hat der General Pfeffer zurückgefragt: „Na ja, wie sehen Sie denn die Lage?“, und dann war die Antwort ... Na ja, also die reden da noch so ein bisschen in Doha, und dann übernimmt der Taliban. - Dachte ich mir: Na ja, sportlich. Aber so sehe ich es ja im Prinzip auch.“

Zitat Ende. - War Ihnen und der Hausleitung des Auswärtigen Amtes im Frühsommer 2021 bekannt, dass die im Auswärtigen Amt mit der Afghanistan-Materie am intensivsten befassten Beamten Potzel, Krüger und van Thiel die völlige Machtübernahme der Taliban als das realistischste Zukunftsszenario für Afghanistan ansahen? Und wenn ja, welche Schlussfolgerungen zogen Sie damals aus dieser Einschätzung?

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Kleinen Moment, bevor Sie antworten. Die Bundesregierung hat das Wort. - Bitte.

VLR Andreas Gloßner (AA): Ja, vielen Dank. - Also, ich sehe das sozusagen als eine unzulässige Interpretation eines - - Also, da wird aus einem Gespräch von einem Dritten berichtet und dann wird das jetzt dargestellt als die Meinung von



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herrn Potzel und Herrn Krüger. Vielleicht kann man die Frage ja auch offener stellen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn die Frage nicht lauten würde: „War Ihnen bekannt, dass ...?“, sondern: „Gab es solche Einschätzungen Ihrer Einschätzung nach im Haus?“, dann ist das etwas anderes, als sich das komplett zu eigen zu machen. Insofern haben Sie recht: Man kann die Frage ein bisschen umformulieren, dann kann sie aber beantwortet werden.

Zeugin Antje Leendertse: Also, ich war jetzt bei dem Gespräch nicht dabei; insofern, beteiligte Personen usw. - - Aber es gab sicher - und das ist ja auch ausweislich dann einer Vorlage, die wir am 23.06., die ich auch in meinem Eingangsstatement schon genannt habe, gemacht haben - - gab es sicher auch Beobachter oder auch Experten und auch im Auswärtigen Amt, die von einer militärischen Machtübernahme der Taliban ausgegangen sind. Sonst wäre ja dieser Punkt nicht in der Szenariendarstellung in dieser Vorlage aufgeführt worden.

Stefan Keuter (AfD): Bekanntlich wurde der US-Sonderbeauftragte Khalilzad im Januar 2021 durch Joe Biden in seinem Amt bestätigt. Laut Fundstelle MAT A AA-4.51 VS-NfD, Blatt 170, sandte ein Mitarbeiter der deutschen Botschaft Washington D. C. am 23. Juli 2021 eine E-Mail an Botschafterin Haber - Zitat Anfang -:

„Folgende Infos ... aus Berlin:
- AFG SRAP Treffen“

- Afghanistan-Sonderbeauftragten-Treffen -

„in Rom diese Woche sei ‚gloom and doom‘ gewesen. Khalilzad habe ... Wieck gefragt, wie wir mit dem ‚TLB-Emirat‘ zusammenarbeiten können?“

Zitat Ende. - Wie nahm man im Juli 2021 aus Ihrer Wahrnehmung im Auswärtigen Amt diese Fragestellung des US-Sonderbeauftragten auf? Was hat man den Amerikanern auf die Frage nach der deutschen Zusammenarbeit mit einem Taliban-Emirat dann geantwortet?

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Antje Leendertse: Können Sie die Frage noch mal wiederholen?

Stefan Keuter (AfD): Ja. Wie nahm man diese Fragestellung des US-Sonderbeauftragten auf? Und was hat man den Amerikanern auf die Frage der deutschen Zusammenarbeit mit dem Taliban-Emirat geantwortet?

Zeugin Antje Leendertse: Also, das ist ja nicht gemeint, wie wir mit dem Taliban-Emirat zusammenarbeiten könnten - also „Wie könnt ihr nur?“ -, sondern das ist ja ernst gemeint: -

Stefan Keuter (AfD): Wie, ja.

Zeugin Antje Leendertse: - Welche Minimalbedingungen? Ich kann das nicht beantworten, weil ich zu dem Zeitpunkt nicht damit befasst war. Aber es gab natürlich, wenn Sie sich nachher angucken, was als G-7-Bedingungen, glaube ich, dann formuliert worden ist im August nach der Machtübernahme: Ich nehme an, in diese Richtung sind diese damaligen Überlegungen gegangen.

Konkret kann ich das für diesen Zeitpunkt und für diese Frage nicht beantworten. Aber ich würde es sagen, es geht in diese Richtung der fünf Bedingungen, also inklusive Regierung usw. als erste.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt sind wir am Ende der Fragen hier. - Ich will noch mal einen kleinen methodischen Hinweis geben, weil mir das jetzt mehrfach aufgefallen ist. Es ist leichter, Fragen zu stellen, die nicht drei Konjunktive und zwei Zitate enthalten, weil es dann manchmal schwierig ist, die Frage zu beantworten, und es wird dann häufiger nachgefragt, dass man das wiederholt. Also, je direkter gefragt wird, umso klarer sind die Antworten. Das obliegt aber völlig Ihrer Kunst. Ich wollte das nur mal angemerkt haben, weil es jetzt mehrmals vorgekommen ist, dass man Mühe hat, der Frage zu folgen. - Jetzt ist die FDP dran. Herr Kollege Heidt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Peter Heidt (FDP): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Hallo! Können Sie für uns einmal darlegen, an welchen Staatssekretärsrunden zu Afghanistan Sie im Untersuchungszeitraum teilgenommen haben?

Zeugin Antje Leendertse: Also, es war genau eine. Weil es gab ja dieses Format - das war im Mai, ich meine, irgendwie zweite Hälfte Mai; ich müsste jetzt nachgucken, aber ich glaube, das muss auch irgendwo in irgendwelchen Chronologien drinstehen - - Also, dieses Format der Staatssekretärsrunden, das gab es ja schon sehr, sehr lange.

Und ich habe ... [akustisch unverständlich] vielleicht bei Staatssekretär - - Das ist aber außerhalb des Untersuchungszeitraums, also Kommando zurück. Das war relativ selten, dass die zweite - - auch dann mein Vorgänger - - dass wir da vertreten haben, weil es ja eine gut vorbereitete Sitzung war, wo dann auch der Termin feststand. Da waren solche Last-Minute-Vertretungen oder so sehr selten.

Das war ja ein Instrument, was insofern, finde ich, auch für die Beurteilung eine Rolle spielt, wie die Evakuierungsvorbereitungen getroffen wurden. Also, ich glaube, im Nachhinein, wenn man sich anschaut: Das war die Staatssekretärsrunde, wo das BMVg gesagt hat: Und wir sind der Meinung, dass wir unsere Ortskräfte auch bis 2013 zurück - - also nicht nur mit den Verträgen ab 2019, sondern auch 2013 zurück die Ortskräfte berücksichtigt werden müssen.

Das ging damals, glaube ich, um zusätzliche 350 Ortskräfte plus Familienangehörige, die das BMVg dann eben in dieser Sitzung vorbereitet hat. Das ist meine Erinnerung auch an die Sitzung, dass die Diskussion vorwiegend darum ging, dass das natürlich jetzt eine erhöhte Zahl ist und ob das da nicht auch Auswirkungen für die Ortskräfte aus den anderen Ressorts hat usw.

Also, Tenor - und wahrscheinlich steht es auch so in irgendeinem Vermerk - war jedenfalls, dass die anderen Ressorts da nicht der Meinung waren, dass man das machen sollte und dass das auf die Ministerebene gehoben werden sollte. Das ist

dann aber nachher nicht passiert, jedenfalls ohne Ergebnis. Und dann ist man von da aus wieder - - Ich glaube, dann gab es eine Woche später oder zwei Wochen später eine, die Herr Berger dann wieder wahrgenommen hat.

Das ist, wie gesagt, aus meiner Erinnerung im Untersuchungszeitraum die einzige Staatssekretärsrunde, an der ich teilgenommen habe.

Peter Heidt (FDP): Es war also eine Sitzung. Weil es gab ja sozusagen verschiedene Arten von Runden, Sicherheitspolitischen Jours fixes usw. Aber Sie haben wirklich nur an einer einzigen Sitzung teilgenommen und damals - so wie Sie es jetzt gesagt haben - in Vertretung von dem Kollegen Berger?

Zeugin Antje Leendertse: Wenn Sie sagen „Staatssekretärsrunde“, ist das für mich die Runde, die dann damit gemeint ist: Das ist der Sicherheitspolitische Jour fixe.

Peter Heidt (FDP): Ja, es gab noch eine zu Afghanistan/Mali. - Vielleicht: Warum waren Sie in Ihrer Funktion nicht selbst regelmäßig dabei bei diesen Runden?

Zeugin Antje Leendertse: Also, ich glaube, das ist eine Sache, die wir uns nicht leisten können, dass zwei Staatssekretäre immer alles zusammen machen. Das ist halt das Problem der Abgrenzung. Ich habe ja zum Anfang auch noch mal gesagt: Im Grunde ist das bei uns immer ohne Probleme gelaufen. Das gibt es ja auch bei den Staatsministern, dass die - das ist natürlich ein bisschen was anderes, weil die nicht ins Haus eingreifen - - aber dass es da sozusagen eine Zuständigkeitsaufteilung gibt.

Teilweise, also wenn Sie zum Beispiel an Haushalt denken usw. - ich rede jetzt von meinem Bereich, Herr Berger würde von seinem reden -, müssen Sie sich natürlich auch sehr reinfuchsen und reinbewegen in die Fragen. Deswegen habe ich auch am Anfang gesagt: Ortskräfteverfahren: Ja, das war was, was ich quasi jede Woche, also eigentlich jede Woche mit dem Kollegen aus der Rechtsabteilung auch besprochen habe, was die



Nur zur dienstlichen Verwendung

technische Umsetzung angeht. Aber die Abstimmung mit den Ressorts lief, bis auf flankierende Telefonate here and there, dann eben bei Herrn Berger in dieser Staatssekretärsrunde. Das ist ja irgendwann mal beschlossen worden, ich glaube, im März/April, dass man das so handhaben will. Und das war auf Grundlage auch der Krisenkurzberatung, die man im März durchgeführt hat. Also, da sind ja noch viele andere, das waren ja nicht nur Evakuierungs- oder Sicherheitsfragen, die da besprochen worden sind, sondern alle anderen Fragen, die Afghanistan betrafen, auch in dieser Runde.

Aber ein für mich wichtiger Punkt war eben, dass man in der Krisenkurzberatung im März gesagt: Wir müssen zwei Dinge machen. Das eine ist: Wir müssen eine - - Im Grunde war da ja auch der Evakuierungsplan, den das BMVg Gott sei Dank in der Schublade hatte, also diese Flüge usw. Es war ja seit April auch aufgrund dieser Krisenkurzberatung vorbereitet worden. Und insofern: Für uns alle war es fantastisch, wie schnell das dann auch ausgerollt werden konnte in der Situation, die sich dann stellte.

Und das Zweite war eben auch, dass man gesagt hat: Wir wollen jetzt nicht eine gesonderte Krisenrunde noch machen, sondern wir wollen das in dieser Afghanistan-Runde besprechen, damit alle auf dem gleichen Stand sind.

Ihre Frage „Warum macht man das nicht zu zweit?“: Also, das können wir uns wirklich nicht leisten bei der Spannweite an Anwesenheiten, die man abliefern muss. Und ich finde, ehrlich gesagt - aber da wollte ich erst später zu kommen -, dass man bei alledem noch berücksichtigen muss, dass wir da in der fast vollen Pandemiezeit waren, wovon wir reden. Also, es war zwar eine, wo wir physisch uns getroffen haben, aber man saß noch irgendwie meilenweit auseinander. Und das war einfach, muss ich sagen, schon auch eine Zeit, wo man nicht unnötig mit zwei Leuten irgendwo erschienen wäre.

Peter Heidt (FDP): Das stimmt, wobei man so was ja auch online machen kann. Also, ich erinnere mich an viele Fraktionssitzungen online, aber

egal. - Wie sind Sie denn auf diese Staatssekretärsrunde vorbereitet worden, Sie persönlich?

Zeugin Antje Leendertse: Ja, da gibt es ja dann immer Unterlagen aus dem Haus. Ich glaube, bei der Frage war es so, dass begleitet wurde aus der Rechtsabteilung, weil auch in der Tat über das Ortskräfteverfahren geredet wurde. Aber es gab auch Begleitung aus der Regionalabteilung, also bei den Afghanistan-Zuständigen.

Vorbereitet worden? Also, ich glaube nicht, dass wir da extra eine Besprechung gemacht haben. Da gab es die ganz normale Unterlagenvorbereitung.

Peter Heidt (FDP): Und wie wurde dann der Wissenstransfer aus der Staatssekretärsrunde in die Arbeitsebene gewährleistet?

Zeugin Antje Leendertse: Da macht man dann einen Vermerk, der dann von dem Kollegen, der begleitet - - wird gemacht. Also, wie gesagt: Vorbereitet auf die Frage, dass das BMVg sagen würde: „Wir möchten gerne auf 2013 zurückgehen“, waren wir nicht; das wussten wir nicht. Also, es kam während der - - Da hätte man mich auch nicht drauf vorbereiten können, weil das kam bei der Besprechung auf.

Peter Heidt (FDP): Ich habe Sie so verstanden, dass in der Runde, an der Sie teilgenommen haben, keine Entscheidungen gefällt worden sind.

Zeugin Antje Leendertse: Es gab einen - - Also, es gab einen sozusagen - - Ich weiß nicht mehr genau, wie wir das formuliert haben. Das BMVg hat das vorgebracht, und die anderen Ressorts wollten dem nicht näher treten oder hatten jedenfalls Fragezeichen. Und dann hat man gesagt: Man müsste sich auf Ministerebene dazu noch besprechen.

Peter Heidt (FDP): Wann und in welchem Rahmen haben Sie das erste Mal die Szenarienanalyse zum Emirat 2.0 vorgestellt bekommen oder von der gehört? Oder haben Sie von der nie gehört?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Antje Leendertse: Sagen Sie noch mal, wie die heißt? 2.0?

Peter Heidt (FDP): Emirat 2.0, ja.

Zeugin Antje Leendertse: Ach, so. Sie meinen das - - Das war ja eine - - Das war doch Ende des Jahres 2020, oder?

(Abg. Peter Heidt (FDP)
schüttelt den Kopf)

- Doch, doch. Ich weiß schon, was Sie meinen. Aber das läuft im ständigen Zulauf: Wir haben jeden Tag so einen Stapel von Analysen. Das war, glaube ich, eine - - Meistens sind das ja kurzfristige Themen; aber das war eine, die eben auch mal die lange Linie vorgezeichnet hat.

Peter Heidt (FDP): Sie meinen in Ihrer Erinnerung, das war im Rahmen eines Papiers, was Ihnen auf den Schreibtisch gelegt worden ist, also nicht in einem Gespräch oder so?

Zeugin Antje Leendertse: Mhm.

Peter Heidt (FDP): Okay. Sie wissen jetzt auch nicht, inwieweit dieses Thema in der Staatssekretärsrunde besprochen worden ist?

Zeugin Antje Leendertse: Ich weiß es nicht. Und wenn, weiß ich auch nicht, ob ich es sagen dürfte. Weil Sie haben eben gesagt: „Hätte man telefonisch machen können“; aber ich glaube, da sind schon größere Teile auch in solchen Besprechungen dann eingestuft.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Frage war überdies suggestiv.

Peter Heidt (FDP): Okay. - Dann will ich eine ganz andere Frage stellen, die bestimmt nicht suggestiv ist. Am 15.09. haben Sie einen neuen Posten angetreten. Seit wann war Ihnen bekannt, dass Sie im September 2021 nicht mehr als Staatssekretärin im Auswärtigen Amt tätig sein werden?

Zeugin Antje Leendertse: Das war im Grunde, seitdem es der Öffentlichkeit bekannt war, nämlich seitdem das Kabinett das beschlossen hat.

Peter Heidt (FDP): Und das - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Um das jetzt - -

Peter Heidt (FDP): Darf ich noch eine Frage stellen? Oder ist es zu spät?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Eigentlich ist es zu spät.

Peter Heidt (FDP): Na, gut.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn es nur eine ist, würde ich es zulassen.

Peter Heidt (FDP): Es ist wirklich nur eine, und es geht auch ganz schnell. - Wissen Sie, ob diese Entscheidung in irgendeinem Zusammenhang zu den Ereignissen in Afghanistan gestanden hat, also Ihr Wechsel?

Zeugin Antje Leendertse: Nein. Also, ich weiß definitiv, dass es da keinen Zusammenhang gibt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Dann unterbrechen wir die Sitzung erneut für eine halbe Stunde, alldieweil die nächste Abstimmung ansteht, und fahren um 13.45 Uhr fort.

(Unterbrechung von
13.13 bis 13.45 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, Sie haben sich ein bisschen erholt. - Dann fahren wir fort mit der Befragung, und die nächste Runde wird eröffnet von der SPD-Fraktion und dem Kollegen Nürnberger. Bitte schön.

Jörg Nürnberger (SPD): Zum dritten Mal vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Wir waren ja dabei, herauszuarbeiten, wie die Informationslage beim Auswärtigen Amt war in den Tagen und am Ende eher in den Stunden vor der Einnahme Kabuls.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und ich darf Ihnen vorhalten eine Nachricht Ihrer Büroleiterin vom 15. August, 6.05 Uhr - man sieht, das AA arbeitet rund um die Uhr -, MAT A AA-9.52 VS-NfD, Blatt 170, in der sie auf eine Tickermeldung zur Einnahme von Dschalalabad als eine der letzten fehlenden Städte in Afghanistan reagiert.

Das Zitat lautet, 6.05 Uhr:

„Jetzt fehlt nur noch Kabul.“

6.10 Uhr schreibt sie Ihnen, ein Blatt weiter, gleiche MAT-Nummer:

„Müssten m. E. versuchen, dass die heute noch losfliegen.“

Darf ich Sie bitten, sich in Erinnerung zu rufen, wie Sie auf diese Nachrichten von der Einnahme von Dschalalabad reagiert haben?

Zeugin Antje Leendertse: Ja, also, das war ja nach einer Nacht - - Man muss ja immer sehen, dass die Zeitverschiebung - es ist 2 Stunden 30 Minuten zu Kabul - - Das heißt, um 6 Uhr ist sie, glaube ich, deswegen aufgestanden, weil sie 8.30-Uhr-Zeit Kabul plotten wollte, die ja dabei waren, zumindest nach unserer Kenntnis, die - so haben sie es ja auch berichtet - Evakuierungen dann wirklich vorzubereiten oder jetzt auch wirklich zu packen. Und da war für mich der Eindruck - auf diese Meldung habe ich im Grunde reagiert -: Es ging weiter noch in die Richtung jetzt, genau; wir haben das richtig entschieden gestern, zu sagen: „Wir gehen in jedem Fall raus“, und das wird dann wohl heute ein Tag, an dem wir dann einen Krisenstab vielleicht auch auf Ministerebene machen müssen. - Also, das war meine Reaktion auf die Geschichte.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt haben Sie in Ihren vorherigen Aussagen des Öfteren das Krisenunterstützungsteam erwähnt. Ich würde Sie zunächst einmal bitten, uns darzustellen, wie so ein Krisenunterstützungsteam funktioniert, wer da beteiligt ist, wer die Entscheidungen trifft, es zu entsenden, und welche Funktion ein solches Kri-

senunterstützungsteam bei krisenhaften Situationen an deutschen Auslandsvertretungen haben soll.

Zeugin Antje Leendertse: Das hat man eingeführt eben auch auf Erfahrungsgrundlage bei früheren Evakuierungen oder Krisen, zu sagen: Erstens mal - - Also, es sind normalerweise ■■■■ Leute, glaube ich, davon - - ich will jetzt nichts Falsches sagen. Also jedenfalls der größte Anteil sind BMVg-Angehörige natürlich, also Soldaten, und dann gibt es ■■■■ bis ■■■■ aus dem Bereich des AA. Und das soll dazu dienen, zu verstärken die vor Ort operierende Auslandsvertretung, die meistens ja sogar auch noch ein bisschen größer ist und handlungsfähiger insofern, als dass sie raus kann aus ihrer Vertretung - - die verstärken und vielleicht sogar auch ablösen soll. Also sozusagen, wenn Sie es jetzt vergleichen mit anderen Situationen, dass man einfach die Evakuierung deutscher Staatsangehöriger, aber auch der Vertretung selbst unterstützt durch erfahrene Kollegen. Und das sind ja nicht immer solche Kontexte wie in Afghanistan, sondern auch, ich will mal sagen, un militärischere.

Nun, das KUT wurde - - Das ist ja ein Beschluss, der im Grunde schon da überholt war. Es war ja klar, es wird ein KUT geben, aber es war auch klar, es wird eine Evakuierungsoperation, schnelle Luftevakuierung des BMVg geben. Und das war in Vorbereitung, und das meinte auch die Kollegin. Da hatten wir auch am Tag vorher und an dem Tag auch danach natürlich noch drüber gesprochen: „schneller als Montag“, weil unser Stand war ja Montag.

Und ich weiß nicht, das habe ich jetzt - - weil ich ab Montag schon nicht mehr zuständig war. Ich weiß aber auch, dass es am Montag noch - - Dass wir am Montag so früh losgefliegen sind und dass das BMVg da so gut vorbereitet und so schnell war, war auch ein Grund, warum wir überhaupt noch als Deutschland auf den Flughafen kamen. Weil es gab danach, glaube ich, NATO-Staaten, die mit ihren Evakuierungsflugzeugen gar nicht mehr draufgekommen sind.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich möchte aber trotzdem mich noch mal drauf fokussieren: Seit wann war



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Diskussion bei Ihnen im AA, dass Sie ein derartiges Krisenunterstützungsteam für Afghanistan jetzt brauchen? Und wann wurde dann die Entscheidung getroffen oder endgültig über diesen Sachverhalt entschieden?

Zeugin Antje Leendertse: Na, das KUT, das wurde am 13. beschlossen, also das endgültig zu schicken; gesprochen wurde da schon ab dem 10. und 12. drüber. Aber der Krisenstab hat das beschlossen.

Jörg Nürnberger (SPD): Verstehe ich Sie jetzt richtig, dass vor dem 10. keine aktuelle Diskussion über die Entsendung eines Krisenunterstützungsteams für die Botschaft in Afghanistan geführt wurde?

Zeugin Antje Leendertse: Nach meiner Erinnerung nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Themenwechsel, kleiner Bruch. Die nächsten Fragen werden sich auch auf das Ortskräfteverfahren und eine alternative Lösung des Problems der Ausreise aus Afghanistan drehen.

Am 13. August 2021 schrieb Ihnen Ihre Büroleiterin im Bezug zu einer Besprechung des OKV unter MAT A AA-9.52 VS-NfD, Blatt 105:

„m. E. war die heutige OKV-Runde eine verlorene Chance ...“

Können Sie sich erinnern - und wir legen es Ihnen auch gerne vor -, auf was sich Ihre Büroleiterin hier bezieht?

Zeugin Antje Leendertse: Bitte, auf jeden Fall.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Jörg Nürnberger (SPD): Sie reagiert nämlich auf eine angehängte Mail, und deswegen auch die Vorlage von Herrn Stöckl-Stillfried, worin der Beauftragte für Rechts- und Konsularwesen,

legale Migration und Rückkehrfragen die ressortübergreifende Besprechung zum OKV wie folgt beschreibt - und dann kommt ein längeres Zitat -:

„Alle drei Ressorts jedoch mit der klaren Anspruchshaltung, dass AA für das Thema“

- Transport der Ortskräfte nach Deutschland -

„federführend zuständig sei.

... Ich habe vorgetragen, dass

...

- das Ausfliegen der OKs jedenfalls keine alleinige Zuständigkeit des AA sei; wir sähen darin eine ressortgemeinsame Aufgabe, die allerdings ... durch ein sich schließendes Zeitfenster und jedenfalls durch schwindende Ressourcen vor Ort begrenzt werde

- wir von den Ressorts belastbare Namenslisten bräuchten - alleine im BMZ-Bereich gebe es gegenwärtig wohl 8.250 berechnete Personen ..., zu denen aber noch keine Namen vorlägen.“

Inwieweit kommt die - - Anders formuliert: War es tatsächlich eine verlorene Chance, diese Besprechung? Ist der Eindruck richtig, dass dort kein Fortschritt erzielt wurde?

Zeugin Antje Leendertse: Also, ich kann jetzt nicht genau sagen, was sie damit meinte. Ich habe das, wenn ich es jetzt so lese, natürlich so verstanden, dass man diese Frage Charterflüge - die war zu dem Zeitpunkt, am 13., für uns, meinen Hintergrund - - und auch das wusste sie natürlich, dass ich dafür war - - war die schon viel präsenter und war ein großes Drängen. Also, ich glaube, sie hat das, wie ich es auch jetzt so lese, dass man sich da im Wesentlichen wieder mit irgendwie Ressortnickeligkeiten und so befasst hat, statt irgendwie einfach zu sagen: Wir machen das jetzt - - Weil unser Minister, wie man hier auch sieht, hatte es ja schon im „Morgenmagazin“ gesagt: Das wird jetzt gemacht. - Und irgendwie glaube ich, dass sie das - - In diesem Kommentar



Nur zur dienstlichen Verwendung

schwung mit - so lese ich es jedenfalls -: Warum haben wir nicht direkt beschlossen, dass wir jetzt da weiter gehen?

Wir im Amt hatten ja schon so eine Art Matrixorganisation, und Herr P██████ - - Also, der Kollege, der dort jetzt genannt wird, war ja derjenige, der die Rückhole für die Pandemie-deutschen organisiert hatte im Wesentlichen; das war also jemand, von dem wir genau wussten: Wenn wir ihm jetzt sagen - oder: das hatte er auch schon, ein Team gebildet -: „Mach das!“, dann macht der das. Nur, der Unterschied ist, dass die Deutschen bei der Rückholaktion keine Visa brauchten. Und wir hatten, glaube ich, hier für die Besprechung natürlich das Petikum: Jetzt ist der Triggerbeschluss. Warum ist der nicht da schon gefällt worden? - Stattdessen ist eben gesagt worden: Wir treffen uns am Dienstag noch mal auf Staatssekretärebene, um dann zu beschließen, dass es jetzt eigentlich ohne Vorabfragen usw. - - also dann das alles, Visa on Arrival, funktioniert. - Das meint sie.

Jörg Nürnberger (SPD): Das entspricht auch dem Zitat, das ich Ihnen weiter vorhalten möchte:

„... Verhandlungen mit BMI ...“

- schreibt Herr Stöckl-Stillfried -

„dauerten seit einem halben Jahr an. AA und BMI müssten ... Verhandlungen abschließen - oder StSen das Thema als streitig vorlegen.“

Aus Ihrer Sicht: Welche Gründe wurden vom BMI vorgetragen, dass es auch zu diesem relativ späten Zeitpunkt, am 13. August 2021, noch nicht möglich war, einen Beschluss zu fassen, dass jetzt ein anderes Ortskräfteverfahren anzuwenden ist oder eine andere Einreisemöglichkeit für Ortskräfte in Erwägung gezogen wird?

Zeugin Antje Leendertse: Ja gut, also, es gab ja bei dieser Besprechung - und ich will jetzt nicht fürs BMI sprechen -, aber es gab ja schon einen Hinweis des BMI, man sei bereit, darüber jetzt - - also man sei dazu flexibel - ich weiß nicht mehr genau, wie die Formulierung war - - Also, ich

glaube, den Kollegen im BMI war schon klar, dass, wenn man jetzt evakuieren würde, dann die Triggersituation da ist.

Ich glaube, an dem 13. - das war ja freitags hier um 16.11 Uhr - hätte uns das auch nicht mehr viel - - also, das ist einfach - - Ja, es stimmt, auch da hätte man morgens vielleicht sagen können: Und übrigens: Hiermit ist das eingetreten, diese Triggersituation. - Aber es war auch klar, dass das auf der Ebene vom Unterabteilungsleiter oder Abteilungsleiter eben nicht funktionieren würde. Man hätte wahrscheinlich das - und wir haben ... [akustisch unverständlich] diese Frage besprochen, wir haben ja nicht zurückgestellt, und auch am 14. wurde ja auch auf der Ministerebene nicht gesagt: „Wir machen das nicht“, sondern: „Wir müssen das erst noch mal offiziell beschließen, dass jetzt Trigger ist“, und da wurde gesagt: „Die Charterflüge sollen laufen.“ - So. Also, insofern würde ich sagen: Ich interpretiere das so: An dem 13. hätte man vielleicht noch mehr - - ganz konkreter auf dieser Ebene auch darüber sprechen können, dass da natürlich Visa on Arrival nötig ist. Wir hatten ja damals für die darauffolgende Woche einen Charterflug gebucht.

Jörg Nürnberger (SPD): Dazu, zu diesen Charterflügen, schreibt Ihre Büroleiterin am 14. August, 22.40 Uhr - also wenn Sie so wollen, einen Tag später -, im Hinblick auf die Charterflüge, dass es ihr nicht gelang, interne Unterschriften zu bekommen, um die Transporte für die Ortskräfte zu organisieren. Sie kommentiert das mit dem Wort: Es ist wie beim „Mäusemelken“.

Offensichtlich gab es eine Befürchtung, dass, wenn die Botschaft ausgedünnt ist, man diese Flüge sowieso nicht mehr wird abwickeln können. Andererseits, wenn ich das auf das vorherige E-Mail beziehe, wurde von den Ressorts gefordert, dass ja Sie für diese Charterflüge zuständig seien.

Woran sind denn die Charterflüge am Ende tatsächlich gescheitert? Und warum konnte man die Entscheidung auch nicht vorher treffen?

Zeugin Antje Leendertse: Tja, also drei Dinge dazu. Das eine ist: Wenn Sie - - Also, es gilt zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

unterscheiden: Entweder Sie machen einen Charterflug mit Personen, die schon ein Visum haben, zum Beispiel aus dem IOM-Kontext. Und als ich zurückkam, also als ich mich mit der Frage beschäftigte, hieß es auch: Ja, wir wollen das machen, aber mit Leuten, die sozusagen - - Also, wir haben nicht genügend Leute zusammen. - Es gab damals 550 Visa, ausgeteilte Visa, auf IOM-Grundlage. Weil es aber zu dem Zeitpunkt noch einen zivilen Luftverkehr gab, also jeder ausreisen konnte, wollte man dem nicht näher treten.

Und das Zweite sind Charterflüge für Nicht-visierte, also für Leute, die kein Visum haben. Da wäre die Antwort auf die Frage „Warum sind sie nicht zustande gekommen?“: weil wir keine Visa on Arrival bekommen haben, also weil der Trigger nicht ausgelöst wurde.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich muss trotzdem noch mal nachfragen, weil für mich war das jetzt etwas überraschend, Ihre Aussage, dass über 500 oder - Sie nannten die Zahl - 500 IOM-Visa ausgestellt worden seien. Mir kommt es nicht auf diese Zahl an, sondern nur darauf: Wo wurden denn diese IOM-Visa ausgestellt? Und ich erinnere mich hier an Aussagen anderer Zeugen, dass es am Ende gar nicht mehr zur Funktionsfähigkeit von IOM, zumindest nicht in Afghanistan, gekommen sei.

Zeugin Antje Leendertse: Ja, doch. Also, es war schon so, dass - - Diese Dinge wurden rübergeschaut - - Das stimmt, dass keins erteilt worden ist, aber es gab schon die - - So, wie ich unterrichtet worden bin, gab es Leute, die Visa hatten. Das waren auch vielleicht - - die nicht über IOM gehen, keine Ahnung. Auf jeden Fall hatte man mich dahin gehend informiert, dass der Charterflug nicht gefüllt werden könnte mit Leuten, die bereits ein Visum haben. Also, auf die Zahlen will ich mich jetzt nicht festlegen, aber das war meines Erachtens die - - Das waren so angebrochene Visaverfahren, das waren schon angestrengte Visaverfahren. Da haben Sie recht.

Jörg Nürnberger (SPD): Gut. - Der Punkt, den Sie aber auch angesprochen haben hinsichtlich der Zusammenarbeit mit Visa on Arrival mit dem BMI - - Da gibt es bei Ihnen eine interne AA-Mail von Herrn Stöckl-Stillfried vom 15. August, also

wieder noch einen Tag später; MAT A AA-9.86 VS-NfD, Blatt 14. Dort beschreibt er die Zusammenarbeit mit dem von mir erwähnten BMI wie folgt - ich zitiere -:

„AA bittet seit 7 Monaten das BMI um eine praktikable Lösung bei den „Visa-on-Arrival“ ...“

Auslassung.

„Erst am vergangenen Freitag in der Krisenstabsitzung ... hat StS Engelke/BMI und am Sonntag in der SZ hat BM Seehofer gesagt, eine „humanitäre Lösung“ werde nicht am BMI scheitern; Visa könnten auch in DEU erteilt werden;

Datenerhebung (KZB-Abfrage)“

- Abkürzung für: Konsultationsverfahren zentraler Behörden -

„könne auch in DEU durchgeführt werden. Die Arbeitsebene des BMI blockiert dieses Projekt hingegen weiter ...“

Haben Sie es auch so wahrgenommen, als wenn trotz öffentlicher Ankündigungen hier auf der Arbeitsebene des BMI eine Blockadehaltung, -haltung vorhanden war?

Zeugin Antje Leendertse: Ja, an dem Tag, glaube ich, gab es ein - - gab es auch eine Entscheidungsänderung, die Sie da zitieren. Also, da wurde auf politischer Ebene das so gesagt: Blockadehaltung, Bedenken usw. bei der Arbeitsebene. - Ja, so habe ich das auch wahrgenommen.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich möchte da noch mal nachfragen; wir haben nämlich in den - - auch zur rechtlichen Einordnung dieses Visa-on-Arrival-Verfahrens. Der sehr geschätzte Vorsitzende hat in der Befragung des Zeugen Engelke die Frage gestellt: Waren aus Ihrer Sicht Visa on Arrival nicht möglich? Und der Zeuge Engelke hat dann ausgesagt:



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Rechtlich war alles möglich, weil das eine im Aufenthaltsgesetz vorgegebene Möglichkeit ist, zu sagen: Notfalls kann die Überprüfung einer Aufenthaltsberechtigung erst bei Betreten deutschen Staatsgebietes erfolgen. - Es ist insofern eine Ausnahme von den Visapflichten.“

Bezug ist das vorläufige Stenografische Protokoll 20/87, Seite 86. - War es tatsächlich ein rechtliches, juristisches, Problem, oder auf welcher Ebene verorten Sie das Problem, dass das BMI hier nicht früher seine Zustimmung erteilt hat?

Zeugin Antje Leendertse: Ja, es sind ja dort - - Sowohl § 14 als auch § 23 als auch letztlich § 22 Aufenthaltsgesetz sind ja eben so vorgegebene Ausnahmeregelungen. Es ist aber an sich - - insofern ein rechtliches Problem. Es ist halt die Frage, ob man die für einschlägig - - und ob man die politisch auch ziehen will. Und wir hatten das Gefühl, dass dem nicht der Fall - - dass das nicht so war.

Jörg Nürnberger (SPD): Daran noch anschließend eine Frage. Jetzt ist ja nicht nur das BMI und das AA an den verschiedenen Ressortrunden beteiligt gewesen, wo diese Fragen auch diskutiert worden sind, sondern auch das Bundeskanzleramt. Haben Sie eine - - Welches waren Ihre Erkenntnisse darüber, wie sich das Bundeskanzleramt im Hinblick auf die Entscheidung zur Frage der Erteilung von Visa on Arrival positioniert hat in diesem entscheidenden Zeitraum Anfang August 2021?

Zeugin Antje Leendertse: Also, das Kanzleramt ist mir zu der Frage eher als moderierend in Erinnerung. Also, eine Entscheidung „Ja oder nein Visa on Arrival“ ist mir - aber ich muss vielleicht auch darauf zurückkommen, dass ich nur einmal vertreten habe in dieser Staatssekretärsrunde - so nicht erinnerlich.

Jörg Nürnberger (SPD): Eine letzte Frage zu diesem Komplex für jetzt. Sie fragen am 19. August Herrn Stöckl-Stillfried in Bezug auf eine dpa-Meldung, ob die dortige Darstellung der BMI-

Position belegt sei - MAT A AA-9.81 VS-NfD, Blatt 106 -:

„Das Bundesinnenministerium hat bereits im Mai dieses Jahres vorgebracht, dass alle Verfahren auch in Deutschland nachgeholt werden könnten, falls die Sicherheitslage in Afghanistan ... vor Ort [dies] nicht mehr zuließe.“

Herr Stöckl bestreitet das. Können Sie die Aussage des BMI bestätigen, dass es schon im Mai das Visa-on-Arrival-Verfahren avisiert hat?

Zeugin Antje Leendertse: Das war nicht so, sondern es war ganz klar - - Und sonst hätte man ja auch nicht an diesem Alternativszenario gearbeitet, und da gab es ja dann Streit, wer dann entscheidet, wann das in Kraft tritt usw.

Also, ich glaube, das ist schon so, dass man früh gesagt hat: Wenn es dann hart auf hart kommt - ja? -, dann kann man da auch pragmatisch sein; das ist schon - - Also, da hat Herr Engelke nichts Falsches gesagt. Aber es muss dann halt auch umgesetzt werden, bzw. wenn der Triggerpunkt erst kommt, wenn sozusagen dann die - - Ja, also, dass man nicht präventiv solche Dinge dann auch schon mal regeln kann, dann ist das natürlich ein Problem, und aus unserer Sicht war das nicht die korrekte - - oder war das keine gute Umsetzung der Ansage: Wenn es dann hart auf hart kommt, werden wir dann dem nicht entgegenstehen. - Aber dass er das im Mai gesagt hat, das kann gut sein; also, würde ich nicht ausschließen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt wechselt das Fragerecht. Herr Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, Frau Leendertse, noch mal ganz kurz zu der Frage: Was waren die Bemühungen zur Vorbereitung auf verstärkte Nachfrage nach Visa, ich sage mal, nach Abschluss von Doha, also im Sommer 2020?

Nach den bisherigen Er- - Nach meinen bisherigen Erkenntnissen und der Papierlage war es ja so, dass das Auswärtige Amt auf politischer Ebene sehr lange dafür geworben hat, dass es



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht beim Time-based Approach bleibt, sondern irgendwie schon noch die Hoffnung hatte, dass es auch eine Fortsetzung der diplomatischen Präsenz - - und insbesondere auch - das wissen wir aus den Akten und den Vernehmungen im Bereich Entwicklungszusammenarbeit und GIZ - in der Entwicklungszusammenarbeit man eigentlich nicht rauswollte aus dem Land, wenn ich das jetzt mal so umgangssprachlich sagen darf.

Deswegen kurz meine Frage: Inwieweit hat das, diese Diskussion - also, gibt es ein Danach auch der Zusammenarbeit, diplomatisch und entwicklungspolitisch? -, Ihre Eventualfallplanung beeinflusst?

Oder ich frage noch mal anders. Wir haben ja vorhin über Zahlen gesprochen, 1 900 mal 4 und so; Sie erinnern sich. Also, wenn es sozusagen eine Lösung danach gegeben hätte und es weiter diplomatische Vertretung gegeben hätte und wenn es weiter auch eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit gegeben hätte, dann wäre das Problem ja gar nicht aufgetreten, weil die Ortskräfte dann ja vielleicht weitergearbeitet hätten. Deswegen meine Frage: Haben diese Überlegungen Sie auch in diesen Tagen bewegt?

Zeugin Antje Leendertse: Also, die des BMV- - Wenn es keinen Abzug gegeben hätte, das stimmt, wenn es nur sozusagen - - Und dann gibt es ja die zweite Stufe: Wenn es dann zwar einen Abzug gegeben hätte, aber eine inklusive Regierung, die einen Verbleib hätte - - Verbleiben hätte ermöglichen können, dann hätte es eben nur - „nur“ in Anführungsstrichen, die aber natürlich der größte Anteil waren - die BMVg-Ortskräfte betroffen, und das wäre dann schon auch eine Zahl gewesen, die, glaube ich, mit dem angepassten - - die auch nur durch eine Anpassung oder durch Flexibilität dazu - - wo wir es nur geschafft hätten, da konkret, also rechtzeitig und auch im Grunde in einem Präventivverfahren, Visa zu erteilen.

Also, sprich: Die ist nicht so eindeutig zu machen, diese Antwort. Es gibt einerseits - - Wenn es gar keinen Abzug gegeben hätte, stimmt, dann hätten wir das Problem nicht gehabt. Wenn es einen Abzug der Bundeswehr gegeben hätte, aber

keine - - aber eine inklusive Regierung und eine einigermaßen stabile Sicherheitslage, die uns die Fortsetzung der EZ etc. erlaubt hätte, hätten wir nur die BMVg-Ortskräfte gehabt. Aber auch dann wäre es kapazitätsmäßig nicht mit dem bestehenden Ortskräfteverfahren möglich gewesen, schnell und - - Also, wären wir wahrscheinlich so ähnlich gelandet, wie wir jetzt auch gelandet sind, und ansonsten hätten wir das - - Das andere ist das Szenario, das ja dann auch eingetreten ist, dass wir weder das eine noch das andere hatten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Meine Frage war: Hat Sie das damals in Ihren Überlegungen - -

Zeugin Antje Leendertse: Ach so.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Hat das da eine Rolle gespielt?

Zeugin Antje Leendertse: Also, für mich konkret, ehrlich gesagt, nicht. Also, für die Ortskräfteverfahren, für die Überlegungen, wenn sich im Mai und Juni das, was Sie uns - - was Sie mir hier auch gezeigt haben, die internen Überlegungen, die nicht zu mir vor- - vorangedrungen sind - - Die Leute, die waren der Meinung, das wird so kommen; denn sonst hätten sie sich ja nicht aus Eigenantrieb sozusagen hingesetzt und versucht, dann zu entwickeln, wie man der Lage Herr werden kann.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann würde auch ich gerne mit Ihnen noch mal über die Vorlage zum Ortskräfteverfahren Afghanistan vom 16.12. sprechen. Ich weiß nicht, haben Sie die noch vorliegen, MAT A AA-8.353 VS-NfD, Blatt 360? Sonst würde ich Ihnen die noch mal bringen lassen. Die ist überschrieben:

„Betr.: Ortskräfteverfahren
Afghanistan ...“

Eventualfallplanung ...“

Ihre Anforderung vom
25.11.2020“

Zeugin Antje Leendertse: Lieber noch mal bringen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Lieber noch mal bringen. - Ja, okay.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Antje Leendertse: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Meine Frage ist: Da heißt es ja:

„Alternative Erfassung der Antragsdaten vor Ort mittels mobiler Geräte ist technisch machbar, wirft aber ungelöste Sicherheitsprobleme auf.“

Wir wissen jetzt ja zwischenzeitlich - und es war auch schon Gegenstand Ihrer Vernehmung -, dass es später diese Möglichkeit gegeben hat und auch umgesetzt worden ist unter Zuhilfenahme insbesondere der Kräfte der Bundeswehr. Können Sie uns erklären, welche ungelösten Sicherheitsprobleme zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage im Dezember 2020 gesehen wurden und was Sie veranlasst haben, um diese Sicherheitsprobleme zu beheben?

Zeugin Antje Leendertse: Also, ich glaube, es geht da um den Transport von Informationen, sei es auf USB- - also, so ist meine Reaktion - USB-Stick oder Papier, weil man im Grunde ja durch Entgegennahme von - - Da gab es ja auch Schulungen von Bundeswehrsoldaten, was man braucht und was man entgegennimmt, und ich glaube, die ungelösten Sicherheitsprobleme, die waren eher im Bereich Transport der Information, aber vielleicht beziehe ich das auch - - Weil das ist ja hier vor Schließung Masar, nicht? - Ich weiß es nicht, ich bin überfragt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Weil mich natürlich die Frage umtreibt, wenn diese Sicherheitsprobleme - - Also, wenn das als ein Teil der Lösung gesehen wurde, was es am Ende ja auch erfolgreich gewesen ist, muss man sagen - also, darin stimmen wir wahrscheinlich überein, weil die Bundeswehr es am Ende ja gemacht hat -, dann ist natürlich die Frage, warum, wenn das

im Dezember identifiziert worden ist als Problem, das Problem dann bis zur Bereitschaft der Bundeswehr, diese Aufgabe zu übernehmen, eigentlich in den sechs, sieben Monaten nicht gelöst worden ist. Haben Sie daran eine Erinnerung, wie das Thema weiter bearbeitet wurde?

Zeugin Antje Leendertse: Habe ich nicht, nein. Aber ich denke auch, dass das nicht heißt, dass man sechs, sieben Monate quasi nichts getan hat, sondern es ist wahrscheinlich in - - Ich würde es so interpretieren: Diese Sicherheitsprobleme sind dann gelöst worden, weil man gesehen hat, dass andere Wege wie eben - - die ja hier vorgeschlagen werden als Lösungsweg, nicht funktionierten, weil es dazu keine Zustimmung gab.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Aber mich interessieren nur Ihre Kenntnisse, also nicht so sehr die Vermutung.

Deswegen würde ich jetzt zu einem anderen Punkt kommen, nämlich zu der Frage „Visa on Arrival“. Das ist ja schon mehrfach Thema gewesen; ich hatte es vorhin in der ersten Fragerunde auch schon mal kurz angetickt. Aber wir sind nicht dazu gekommen, das ausführlich miteinander zu besprechen. Deswegen jetzt noch mal meine Frage.

Ich habe das Visa-on-Arrival-Verfahren so verstanden, dass das funktioniert, wenn jemand aus Afghanistan auf direktem Weg nach Deutschland kommt; so ist es uns zumindest auch vom Vertreter des BMI hier geschildert worden. Oder gibt es aus Ihrer Sicht auch die Möglichkeit, über ein Drittland mit Visa on Arrival nach Deutschland zu reisen?

Zeugin Antje Leendertse: Insofern, als dass man dann mit diesem Drittland ausmachen müsste, wie es im Grunde die Amerikaner auch über Ramstein mit uns gemacht haben, dass diese Personen bis zum Abflug dann nach Deutschland, wo dann das Visum on Arrival sozusagen vielleicht sogar dann noch mit Vorleistungen erteilt werden kann, also dass man zeitlich - - Während der Zeit, während diese Person, die dann das Visum erhalten soll, meinetwegen jetzt - ich fan-



Nur zur dienstlichen Verwendung

tasiere - in Usbekistan ist, kann man ja dann Abfragen machen usw. Das ist aber ein sehr komplizierter - - vor allen Dingen für die Innenbehörden natürlich und insofern auch kapazitätsmäßig ein Weg, den man nicht gehen wollte, also den das BMI nicht gehen wollte, weil man selbst über diese Absprachen - - Und so ist es ja nachher auch gelaufen, dass wir Absprachen gemacht haben und dann später nach Deutschland zugeführt haben, allerdings eben nicht als Gruppenverfahren. Das ist dann machbar und ist natürlich möglich, auch über ein Drittland.

Allerdings hat man sich dann, meines Erachtens nach dem 16. oder nach dem 15. - - Also, wenn ich es - - Da war ich ja nicht mehr in charge, aber da hat man sich im Grunde darauf geeinigt, dass dann ein normales Verfahren stattfinden sollte bei Einreise aus Drittstaaten. Das ist aber auch eine Sache, auf die man sich geeinigt hat. Man musste das nicht so machen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich habe das aus den Ausführungen, ich glaube, von Staatssekretär Teichmann - ich will mich aber nicht festlegen -, so verstanden, dass ja eher das Problem besteht in der Einreise im Drittland mit einem - - Also ohne Visum wäre das dann ja. Also, er verlässt Afghanistan oder diejenige verlässt Afghanistan ohne Visum, muss über ein Drittland einreisen, und dann nützt ihm die Zusage „An der deutschen Grenze gibt es Visa on Arrival“ in dem Drittland ja erst mal unmittelbar nichts. Aber ich habe Sie jetzt so - - Habe ich Sie richtig verstanden, wenn Sie sagen, das wäre in Absprache mit dem Drittland lösbar gewesen, oder?

Zeugin Antje Leendertse: Ist mein Stand. So ist es doch auch gelaufen, oder? Wir haben doch - - Die Flüge sind doch nach Taschkent gegangen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, teilweise.

Zeugin Antje Leendertse: Die sind ja nicht direkt nach Berlin gegangen oder wo auch immer hin.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja. - Jetzt meine Frage: Wenn das Ihre Lösung gewesen ist, inwieweit haben Sie im Auswärtigen Amt eigentlich Vorbereitungen auf diese Lösung getroffen?

Zeugin Antje Leendertse: Also, dazu brauchte man ja quasi die Aussicht auf - - Also, wir hätten dann - - Was man sicher nicht gemacht hätte, wäre, schon allein aus diplomatischen Gründen, fremde Regierungen anzusprechen, zu sagen: „Könnt ihr uns dieses oder jen- - könnt ihr uns zusagen, dass ihr das könnt?“, mit nicht der geringsten Aussicht zu diesem Zeitpunkt, dass es so kommen würde, weil das BMI sozusagen keine Visa on Arrival wollte. Verstehen Sie?

Und dann hat man ja auch verhandelt über - - Also, man hätte ja jetzt nicht hingehen - - Und so war es ja dann auch in den Verhandlungen zum Beispiel mit Pakistan oder in den Gesprächen. Es ist ja dann meistens auch so, dass dann kommt: „Ja, wir tun euch den Gefallen“, weil es ist ein Gefallen, und dann sind Sie in einer Verhandlungssituation, die - - ja, wo Sie dann ja - - Weil Sie nicht wissen, ob Sie am Ende die brauchen, können Sie ja gar keine richtige Verhandlungssituation herbeiführen.

Also, es wäre sicher nicht - ich nehme an, darauf wollen Sie hinaus - möglich gewesen, quasi um diese Frage „BMI will nicht, dass wir nach diesem Verfahren gehen“ - - schon mal alles so vorzubereiten für den Fall, dass es dann passiert, ohne irgendwie - - Es gab ja noch nicht mal Einigkeit darüber, wann der Trigger jetzt für dieses Alternativszenario ist. Wir haben ja überall unsere Kontakte, und wir haben es ja dann am Ende auch am 16. oder 15. ganz gut hingekriegt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Jetzt - unabhängig von Ihrer Vermutung, worauf ich hinauswill - war meine Frage: Welche konkreten Vorbereitungen haben Sie getroffen, um ein Visa-on-Arrival-Verfahren entsprechend zu realisieren?

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung wünscht das Wort. - Bitte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

VLR Andreas Gloßner (AA): Genau die gleiche Frage wurde ja gerade gestellt, und die Zeugin hat umfassend und erschöpfend darauf geantwortet.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die ist noch nicht beantwortet worden. Deswegen ist sie noch mal wiederholt worden.

Zeugin Antje Leendertse: Es waren keine Vorbereitungen noch zu diesem Zeitpunkt möglich und nötig, weil wir das Ende der Kette noch nicht hatten. Aber uns war bewusst - und das ist auch in den Ressortbesprechungen besprochen worden -, dass man das dann hätte machen müssen. Ich glaube, weil wir ja nicht - - Wir haben ja Auslandsvertretungen, wir haben ja Kontakte zu Regierungen, auch im Konsularbereich. Also, sozusagen die Ansprache konkret war ausreichend vorbereitet, sagen wir mal so; also, sobald es das Go gegeben hat - - Man war sich dieser Problematik bewusst oder man war sich dieser - - bewusst, dass es dann das geben müsste, wenn sich der Plan durchführen lässt. Aber es waren dazu keine besonderen Gespräche - also, ich - - keine vorbereitenden Gespräche oder so nötig, weil wir sowieso im ständigen Kontakt stehen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Na ja, ich habe das ja so verstanden, dass Sie sagen, es bedurfte einer Absprache mit dem Drittstaat, über den man gegebenenfalls ausreisen wollte, und ich vermute mal, man brauchte auch zumindest - so ist es am Ende ja auch gewesen - eine Liste der Personen, die in diesem Gruppen- und/oder Visa-on-Arrival-Verfahren entsprechend teilnehmen sollten.

Deswegen noch mal meine Frage: Haben Sie solche Listen zu diesem Zeitpunkt, als Sie gesagt haben: Wir wollen dieses Verfahren, Visa on Arrival - - Wann haben Sie angefangen, solche Listen vorzubereiten, und wann haben Sie angefangen, entsprechende Vereinbarungen oder Verabredungen oder Gespräche mit Drittstaaten zu führen?

Zeugin Antje Leendertse: Die Listenfrage hing ja nicht an uns. Also, wir hatten eine Liste von unseren Ortskräften. Das war ja sozusagen - -

Das BMZ zum Beispiel wollte ja gar keine Listen erstellen und hat sie dann später erst erstellt, als es so weit war, als sie selber der Meinung waren, es sei jetzt nicht mehr sozusagen überwiegend - - Ich habe jetzt nicht verfolgt, was der Kollege dazu ausgesagt hat. Aber so war ja die Haltung mindestens im Mai, als ich einmal in dieser Staatssekretärsrunde teilgenommen habe, dass diese Listen nicht erstellt werden sollten, sondern dass man ja gar nicht beabsichtige, die Ortskräfte sozusagen auszufliegen, weil man sie braucht für die Durchführung der Entwicklungshilfe.

Insofern: Es ist in jeder Besprechung - - Auch in jener Staatssekretärsrunde ist natürlich gesagt worden: Wenn man dann die Listen - - Also, wenn die Ortskräfte nach Meinung des Ressorts berücksichtigt werden sollen, braucht man natürlich auch Listen. Das war, glaube ich, allen klar; da waren vonseiten des AA keine besonderen Schritte notwendig, um das den Kollegen klarzumachen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich möchte nur noch zu diesem Komplex einmal abschließend nachfragen. Ich habe Sie also richtig verstanden, Sie hatten jederzeit eine Liste aller Ihrer Ortskräfte und der zur Ausreise berechtigten Familienangehörigen?

Zeugin Antje Leendertse: Das nicht, aber es war ja auch eine sehr - - Also: Jederzeit, was meinen Sie damit? Wir hatten sie jedenfalls bei den - - in der letzten Woche dann auch gemacht. Das war ja auch nur eine relativ geringe Zahl, also 1 900 versus, ich glaube, 39 oder so bei uns. Ich denke, da sind dann Listen gemacht worden, was vor allen Dingen Ausreisewilligkeit angeht, also ob die überhaupt wollten, ja? Das ist dann in der letzten Woche gemacht worden. Aber wir haben ja eine Personalliste. Also, es gab eine Abschätzung, welche Personen das sind.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ganz - - Dazu noch mal eine konkrete Nachfrage: Wenn, wie gesagt, Visa on Arrival der Weg war, den Sie für angezeigt gehalten haben, welche Bemühungen haben Sie unternommen, um von anderen Ministerien und deren Beauftragten, Unternehmen und



Nur zur dienstlichen Verwendung

nachgeordneten Behörden entsprechende Listen für die Ausreiseberechtigung zu erhalten?

Zeugin Antje Leendertse: Da war ja das Prinzip der Ressortbeauftragten. Da ging es ja zunächst mal um Gefährdung. Also, es geht ja nicht nur um Listen „Was gibt es überhaupt für Ortskräfte?“, sondern es geht ja auch um Listen „Welche machen eine Gefährdungsanzeige?“ Und dann war eben natürlich die Vorstellung, dass die - - Oder so ist es ja auch gelaufen, dass man mitgeteilt hat den Ortskräften, dass es diese Möglichkeit gibt und dass sie dazu bitte eine Gefährdungsanzeige bei dem jeweiligen Ressortbeauftragten - - Also sozusagen, das war ja keine Liste oder keine Gefährdungsanzeige, die erstellt wurde bei dem AA, oder die Liste wäre ja nicht bei dem - - Also, die Liste von erfolgten Gefährdungsanzeigen wäre nicht beim AA geführt worden, sondern bei den jeweiligen Ressorts.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Dann würde ich mit Ihnen jetzt auch gerne in den August 2021 springen, in die heiße Phase. Da haben wir schon drüber gesprochen, und aus den Unterlagen ergibt sich das auch: Staatssekretär Berger war zu diesem Zeitpunkt, 11. bis 13. August, in Urlaub; Sie haben ihn vertreten nach unserer Kenntnis. Inwieweit haben Sie mit Staatssekretär Berger über die Lage in Afghanistan ein Übergabegespräch geführt, und was war der Inhalt dieses Gesprächs?

Zeugin Antje Leendertse: Also, wir hatten ja eine Krise. Da war es jetzt leider nicht so, dass man sozusagen hatte Tagesordnungspunkt: Am Samstag das Übergabegespräch mit Herrn Staatssekretär Berger. Sondern Herr Staatssekretär Berger war - - Also, wir waren mal ganz kurz - - waren wir auch, vielleicht eine halbe Stunde oder so - so ist meine Erinnerung - - haben wir auch zusammen zu zweit gesessen, aber im Grunde war das natürlich Eintreten in laufende Besprechungen, Mailverteiler usw. Und dazu wird er ja selber was sagen können, wann er sich eingeschaltet hat. Also, mein Eindruck war - - Also, sich eingeschaltet in dem Sinne hat: Ich muss mich jetzt auf diese ganzen Dinge vorbereiten. - Wir hatten einen - - Ich glaube, wir saßen ganz kurz - - Ich weiß noch, er sah gut erholt aus - noch.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich meinte jetzt die Übergabe an Sie, also bevor Herr Staatssekretär Berger in Urlaub gegangen ist.

Zeugin Antje Leendertse: Ach so, alles klar.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Da sah er wahrscheinlich noch nicht erholt aus.

Zeugin Antje Leendertse: Stimmt, da sah er noch nicht erholt aus. Wir haben - - Das, meine ich, wäre telefonisch gelaufen. Da bin ich mir nicht sicher, ob wir da zusammengesessen haben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Verfügten Sie nach Ihrer damaligen Betrachtung über ausreichende Informationen und eine realistische Lageeinschätzung über die Situation in Afghanistan, zu diesem Zeitpunkt Anfang August 2021?

Zeugin Antje Leendertse: Also, sagen wir mal so: Ich habe ja sofort an dem 27. einberufen für den 28. diese Sitzung. Daran können Sie sehen, dass ich mich unterinformiert fühlte, und das war aber reiner - - Also, die Informationen lagen ja vor bei den Kollegen, und auch der AP-B-2, wie gesagt, war ja in der Region unterwegs. Insofern war das - - Der 28. war eine gute Gelegenheit für mich, diese Informationen zusammenzuziehen. Aber im Nachhinein, denke ich, wirklich das Gefühl: Jetzt wird es aber - - das wird eine krisenhafte Entwicklung, und da müssen wir jetzt wirklich dann auch - wie sagt man? - den Pace, das Tempo, anziehen, das war am 3., das war am 3. August mit dem komplexen Angriff auf den Verteidigungsminister.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Haben Sie in dieser Zeit direkte Rücksprache mit Staatssekretär Berger in seinem Urlaub geführt und, wenn ja, wie oft und mit welchem Inhalt?

Zeugin Antje Leendertse: Nein, das habe ich nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Haben Sie in diesen Tagen direkt mit dem Minister über die Lage gesprochen? Wenn ja, wie oft und mit welchem Inhalt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Antje Leendertse: Also, im Grunde natürlich auch, am Anfang vielleicht noch nicht. Ich würde das auch festmachen an dem 03.08. Also, erstens mal liest ja das Ministerbüro alles mit. Das heißt, die werden dann - - Also, die Vermerke, die von den Besprechungen am 28. zum Beispiel vorliegen, die werden ja weitergegeben, und das hat er ja auch gelesen. Wir haben dann, glaube ich, sowieso zwei umfassende Jours fixes, sozusagen telefonische Besprechungen, gemacht. Da hat Afghanistan natürlich auch in der Woche ab dem - - das war dann der 1. oder so - eine Rolle gespielt. Das sind zwei pro Woche, die sozusagen immer durchgeführt werden, und ich kann - - Also, gegen Ende der Phase, würde ich sagen, täglich Kontakt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt wechselt das Fragerecht wieder zu Frau Kollegin Bayram.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrte Frau Leendertse, ich habe noch mal Fragen zu dem Komplex um den 14. August herum.

In einer Mail an Sie - die legen wir Ihnen auch vor; genau, das ist MAT A AA-8.38 VS-NfD, Blatt 236 - meldet der Leiter des Krisenreaktionszentrums, Jens Jokisch, dass die USA ihre Botschaft bereits geschlossen hätten und die Verlegung der deutschen Botschaft komplizierter sei als angenommen. Daraufhin intervenierte Staatssekretär Berger, dass er aus Washington wüsste, dass die USA die Sicherung der Green Zone auch weiter gewährleisten würde.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Für mich wirkt das widersprüchlich. Können Sie den Hintergrund uns darstellen und aufklären, wie dieser Widerspruch entstand?

Zeugin Antje Leendertse: Ja, in der Tat gab es da divergierende Informationen, und zwar auch zeitlich divergierend. Wir hatten ja auch Frau Haber gebeten oder die Botschaft Washington gebeten, weiterzu- - Ich glaube, es war ... [akustisch unverständlich] Wie dem auch sei. Also, ich glaube,

dass die - - Da können wir nicht nur auf den 14. gucken, sondern das hat schon - - Der war aber der eklatanteste, ja, wo wir einfach diese Mitteilungen hatten aus Kabul - wie gesagt, 2 Stunden 30 Zeitverschiebung; das heißt, die waren vor -, die gesagt haben: Die machen zu bzw. erteilen keine Sichtvermerke. - Und dann wurde relativ viel Zeit damit verbracht, rauszufinden: Ist das jetzt - - usw.

Und meine Erinnerung ist, dass es vor allen Dingen im State - - Es gab halt verschiedene Stellen in den USA, die verschiedene Stände hatten. Es gab auch eine laufende - - laufende Besprechungen dort vor Ort. Jetzt muss man auch sehen: sechs Stunden Zeitverschiebung. Also, wir waren schon voraus, und die waren noch nicht wach. Also, vor nachmittags konnte man auch keinen wirklich dann ans Telefon bekommen.

Also, meine Erinnerung war, dass wir - - dass ich zumindest persönlich den Eindruck hatte, da gehen jetzt die - - Das, was in Kabul passieren muss oder was die dort vorhaben, das geht jetzt - - hat eine militärische Logik oder eine Logik, die mit den - - Ja, und das, was in Washington ist, das ist eine politische Logik, die insofern - - Also, es ist jetzt nicht sozusagen - - Die haben nicht gegeneinander gearbeitet, aber es waren einfach - - Die Informationen aus Kabul waren diejenigen, die für uns jedenfalls für die Evakuierungsfrage entscheidend waren. Das war mein Eindruck.

Wir haben allerdings sowohl am 13. - - Am 14. in dieser Besprechung haben wir schon gesagt: Was ist denn da? Also die, die dadran - - Und Herr Berger war ja dabei oder war zugeschaltet. Das war schon im Grunde auch so ein Miniauftrag aus dieser Besprechung, die wir nachmittags hatten: Jeder mal anrufen, was denn da die Informationen sind. Und die haben sich ja teilweise, glaube ich - - Jedenfalls das, was ich in Erinnerung habe aus der Berichterstattung aus Kabul, auch mit dem Kollegen, dem US-Kollegen usw. - - Ist auch nicht gleich rausgerückt mit dem, was eigentlich passieren würde. Aber als man dann gefragt hat: „Wollt ihr mit?“ und „Ihr habt noch 72 Stunden“, dann war doch klar, dass wir da die Evakuierung - - also zumindest, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

sie jetzt bevorstand und dass wir sie auch an dem Sonntag haben würden.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das Interessante ist ja: Welches Lagebild wurde denn dann in Bezug auf die Evakuierung zugrunde gelegt?

Zeugin Antje Leendertse: Na ja, also eigentlich bei der Besprechung am 14. - das hatte ich, glaube ich, auch in der ersten oder zweiten Runde gesagt - - Aus meiner Sicht hatten wir in dieser Runde beschlossen: Morgen gehen wir raus, also morgen geht die Botschaft zum Flughafen und geht auf dieses Angebot - mit einem Zeithorizont versehen, also auch irgendwann auslaufend - der Amerikaner ein, setzt sich in die Hubschrauber und geht zum Flughafen. Und bei mir verbunden mit dem Petitum: Können wir nicht dableiben? Oder ist da nicht eine Möglichkeit, dass die dann eben eine Rolle, bevor - - also nicht rausfliegen mit irgendwem, sondern warten auf die Bundeswehr?

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und in Ihrer eigenen Unterteilung, die Sie ja gerade vorgenommen haben - militärisch oder politisch -, was war das dann für ein Lagebild?

Zeugin Antje Leendertse: Also, da würde ich sagen, da verwende ich diese Einteilung nicht. Das war einfach die reale Lage. Oder das Lagebild war natürlich verschieden. Je mehr Leute Sie anrufen, desto mehr Nuancen haben Sie in dem, was Sie für Antworten kriegen; das ist ja klar. Aber die Entscheidung müssen Sie ja so treffen - - Also, für mich war am Ende entscheidungsleitend und auch, glaube ich, für alle, die auf dieser - - was Herr Jokisch dann weitergegeben hat - so war es ja auch -, dass wir wollten, wenn die das Angebot haben, lieber früher oder später - - jetzt raus mit den Hubschraubern an den Flughafen. Damit war ja nicht verbunden: „Wir machen die Evakuierung aus dem Land heraus“, sondern auch da hatte man ja dann noch einen Tag zwischengeschaltet oder zwölf Stunden.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank. - Sie haben ja gesagt, dass man

dann telefoniert und, wenn man dann sich eine Meinung bildet, aufhört, zu telefonieren. Was für einen Eindruck hatten Sie dann, eben die Lage: „Es muss jetzt so sein, dass sie aus der Green Zone rauskommen“? Habe ich das richtig verstanden?

Zeugin Antje Leendertse: Also, ich habe schon geglaubt, wenn es eine Mail aus Kabul oder ein - - Das war ja sozusagen telefonisch noch. Das heißt ja nicht unbedingt - - Also, auch am Abend von dem Samstag - so ist jedenfalls mein Stand - hat ja auch Kabul noch gesagt: Vielleicht bleiben wir lieber bis Montag hier; da halten wir noch durch. - Es gab auch so ein Stichwort „Durchhaltefähigkeit“. Aber es war an sich klar: Gamechanger, Green Zone ist sozusagen nicht mehr von den Amerikanern bewacht, dann müssen wir raus, also müssen wir aus der Green Zone raus.

Aber was noch schwerer wiegt, ist: Wir haben keine andere Möglichkeit als Botschaftsangehörige und was noch dranhing - da waren ja noch Schweizer usw. alles -, rauszugehen, zum Flughafen zu kommen, nur mit diesen Hubschraubern. Also gab es doch eigentlich gar keine Frage, dass man jetzt nicht sagt - - Also, es war doch klar, dass man jetzt sagt: Dann setzt euch auf diese Hubschrauber.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Also, in der Mail steht ja, dass Herr Berger sagt:

„Im Moment geht einiges durcheinander. Auch [REDACTED] war nicht aufs dem letzten Stand. Wir haben klare Rückmeldung aus Washington dass USA weiterhin die Sicherung der Green Zone übernehmen. Diese Info dürfte in den nächsten Stunden auch in Kabul ankommen.“

Das ist Samstag, 14. August, 21.17 Uhr. - Und das war dann für Sie nicht mehr die Lage, die Sie beurteilt haben?

Zeugin Antje Leendertse: Nee, das war - - Also, er schreibt ja: „dürfte in den nächsten Stunden“



Nur zur dienstlichen Verwendung

durchsickern. Morgens um sechs gab es eine andere Lage. Da ist es eben nicht durchgesickert, sondern da hat sich die Lage vor Ort eben so verschärft gehabt, dass das, was wir gesagt haben, nämlich evakuieren - - Hätte man morgens uns jetzt geschrieben aus Kabul: „Und übrigens: Es wird doch nicht - - also die bleiben jetzt und schützen die Green Zone weiter“, hätten wir vielleicht diese Entscheidung, zu evakuieren, noch mal infrage gestellt. Aber so blieb sie so bestehen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sage nur mal der Vollständigkeit halber: Es war dieselbe MAT-Nummer. - Vielen herzlichen Dank.

Dann habe ich noch mal Fragen zu Ihrem Gespräch - das ist jetzt ein anderes Thema, damit Sie da auch mitkommen - mit Herrn Staatssekretär Jäger. Und auch dazu gibt es einen Vermerk; das ist MAT A AA-9.53 VS-NfD, Blatt 188. Und auch das legen wir Ihnen vor, weil es ja dann auch einfach interessant ist, halt zu erfahren, wie sozusagen dieses Gespräch zustande kam. Vielleicht können Sie das schon mal sagen, was der Anlass des Gesprächs war.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Antje Leendertse: Also, nach meiner Erinnerung war das auf Initiative von Staatssekretär Jäger. Der hat angerufen und gesagt, er muss darüber reden, weil sich ja die - - Und das sieht man ja auch an dem Inhalt, weil er sagt hier: „Druck auf“ die „GIZ-Seite“ ist sehr „groß“. Was ist mit „möglichem Aufnahme Kontingent für bekannte/befreundete Afghanen“? Wir können die Hilfe nicht in Gebieten, die von den Taliban sozusagen kontrolliert werden, fortsetzen. - Da gab es ja auch diese Suspendierungsforderung, also „EZ für Taliban“ sozusagen war ja da das überspitzte Stichwort. Und dem haben wir uns ja auch zugewandt. Das heißt, es ist seine Initiative gewesen. Und grundsätzliche Lageverschlechterung: Da waren wir uns einig, dass die passiert. Und er hat angekündigt, dass das BMZ, die GIZ und die KfW jetzt beginnen, Listen zu erstellen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und können Sie noch mal einsortieren: Dieses „möglicherweise bald entgleitende Zahlen“, was hat er damit gemeint? Und wie hätte sich denn Ihr Haus dabei einbringen können?

(Die Zeugin liest in den ihr
zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Zeugin Antje Leendertse: Ah, „für den Fall, dass die Zahlen uns entgleiten oder die Lage sich rasant verschlechtert“. Damit meint er im Grunde - - Also, ich sch- - Er meint eine Ausplanung im Sinne - - Das war ja diese grundsätzliche Frage. Also, ich glaube, es ging ihm auch schon darum, dass es ja auch GIZ-Projekte, die vom AA finanziert sind, gibt und dass wir sozusagen überlegen, wenn die GIZ jetzt - - die GIZ-Leute, die für AA-Projekte da sind, wer die eigentlich unterrichtet, wer die auf irgendeine Liste usw. - - Das war sozusagen das Technische.

Und das Zweite, „bittet ... um Ausplanung auch eines Plan B, für den Fall, dass die Zahlen uns entgleiten oder die Lage sich ... verschlechtert“, heißt: Was passiert, wenn wir diese Listen, die wir jetzt erstellen, nicht wirklich aus- - also nicht erstellen können und dann quasi ordentlich arbeiten können, sondern was passiert in einem Krisen-/Evakuierungsfall? Das war am 10., und ich glaube, da hatte er natürlich - - hatte er recht. Und wir haben ja dann auch länger darüber gesprochen. Also, ihm ist, glaube ich - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, das würde mich interessieren. Wie haben Sie denn darüber gesprochen? Also, haben Sie mit Herrn Staatssekretär Jäger eben erörtert, wie dann mit den Tausenden Ortskräften der Entwicklungszusammen- - hilfe im Falle einer Krise verfahren werden soll?

Zeugin Antje Leendertse: Nein, das haben wir nicht. Der hat gesagt, er bittet ganz grundsätzlich um Ausplanung. Das heißt: Er bittet uns jetzt, sich Gedanken darüber zu machen und die dann mit den Ressorts zu teilen. Ich glaube, daran war ihm gelegen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, da hat er dann ein To-do ausgelöst. Aber was haben Sie dann nach dem Gespräch getan?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind - - Die Frage können Sie noch beantworten. Bitte.

Zeugin Antje Leendertse: Also, zum Beispiel haben wir angefangen, uns mit dem - - Also, das ist eine andere Frage. Wir haben uns abgestimmt zur Präsenz in den Talibangebieten und zur Suspendierung. Denn es hat sowohl das BMZ als auch wir - - haben über die Stabilisierungsmittel nachher suspendiert. Und wir haben - - Also, eine andere Sache ist zum Beispiel auch: Die GIZ-Leute, die noch vor Ort waren, sozusagen mit auf die Evakuierungsliste zu schreiben. Das ist ja auch passiert. Es waren ja sehr wenige Internationale noch da. Die meisten waren ja dann eben Ortskräfte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt das Fragerecht zur AfD.

Stefan Keuter (AfD): Laut Fundstelle MAT A AA-9.07 VS-NfD, Blatt 158, erhielten Sie in der Nacht zum 13. August 21 eine E-Mail von Emily Haber. Haber berichtete Ihnen von einem Abendessen mit einer hochrangigen amerikanischen Sicherheitsbeamtin. Haber gab deren Aussage wie folgt wieder - Zitat Anfang -:


 dass die Taleban zwar Kabul einnehmen wollen, dabei aber einen Kampf um Kabul vermeiden wollen ...

Zitat Ende.

Am Abend des 13. August sandte Jan van Thiel laut Fundstelle MAT A AA-8.120 VS-NfD, Blatt 202, an das Auswärtige Amt dann eine Meldung, aus der hervorgeht, wie genau die USA die friedliche Machtübernahme aushandeln wollen. Demnach sollen die USA den Taliban für einen sechsmonatigen Waffenstillstand die diplomatische Anerkennung eines zweiten Talibanregimes und die Fortsetzung der US-Entwicklungshilfe angeboten haben. Wie hat das Auswärtige Amt damals auf diese Meldung und die Bereitschaft der Amerikaner, ein zweites Talibanregime diplomatisch anzuerkennen, reagiert?

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Antje Leendertse: Also, ich weiß nicht, ob wir das jetzt in einer offenen Sitzung besprechen können; ich glaube, nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich glaube, schon. So wie die Frage jetzt gestellt worden ist, kann sie sicherlich in offener Sitzung beantwortet werden.

Zeugin Antje Leendertse: Gut. Also: Wie hat das Auswärtige Amt reagiert? Wir haben das einbezogen in unsere Lagebeurteilung, würde ich sagen. Und was die Frage des - - Hier ist die Rede von einem - - Also, da ist eine Agenturmeldung weitergeleitet. Und dazu gibt es dann sozusagen Überlegungen und auch eine Aussage von Herrn van Thiel: Die Taliban haben dies „abgelehnt“, was er erfahren hatte, also dieses Angebot der Amerikaner. Ich würde sagen, reagiert hätten wir vielleicht, wenn wir das Angebot - und so ist ja auch Ihre Frage - sozusagen für überzogen gehalten hätten oder so. Also, eine Reaktion hat es darauf meines Wissens auch schon nicht geben können, weil das Angebot von den Taliban abgelehnt worden sei. So ist jetzt aus der Lamäng meine Antwort.

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Der Sonderbeauftragte Dr. Wieck sagte unserem Ausschuss auf die Frage, weshalb man so lange nicht entschlossen die Botschaftsevakuierung geplant habe - Zitat



Nur zur dienstlichen Verwendung

aus dem vorläufigen Protokoll der Untersuchungsausschusssitzung vom 21. März 24, Seite 133; Zitat Anfang -:

„... weil wir die Erfahrung hatten aus der Fläche, die von der GIZ berichtet wurde, nämlich, dass die Taliban sich ordentlich verhalten und eben keine Verfolgung - und schon gar keine systematische Verfolgung - stattfand, derjenigen, die ... mit den Deutschen ... in Verbindung gebracht wurden.“

Zitat Ende. - Wie wurde das zitierte Wissen Dr. Wiecks und der GIZ, dass Ortskräfte in Talibanengebieten keiner Verfolgung ausgesetzt waren, dann in die weiteren Entscheidungsprozesse der Bundesregierung nach Ihrem Wissen eingespeist? Warum wurde dann am 15. August 21 trotzdem entschieden, Ortskräfte und andere Afghanen außer Landes zu bringen?

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Antje Leendertse: Also, die Frage des ordentlichen Verhaltens und einer Beurteilung: „Wie kann denn auch unter Taliban sozusagen eine Entwicklungszusammenarbeit möglich sein?“, hat man sich ja dann spätestens eine Woche später mit der Suspendierung der EZ und auch der Stabilisierung eben nur mit Ausnahme humanitärer Hilfe auch operativ gestellt. Also, das war meines Erachtens so um den, ich meine, 18. oder so - - hätten wir eine Vorlage gemacht - 18. August -, eine Ministervorlage, wo wir vorschlagen, unsere Stabilisierung dort einzustellen, wo die Taliban sozusagen davon in ihrer Staatsfunktion oder solche Dinge - - die einstellen. Das war eine relativ differenzierte Vorlage, und natürlich hat man manche Sachen nicht eingestellt.

Und diese Frage stellt sich ja bis heute: Soll man sich, obwohl die Taliban sich ordentlich verhalten, man aber Restriktionen in der EZ oder Stabilisierung bekommt, nämlich dass die Frauen da in den Organisationen nicht arbeiten dürfen, dass den Frauen die Unterstützung durch die Projekte

nicht zugutekommt, dass - - Na ja, also sozusagen: Wie stark sind unsere Anforderungen an eine demokratisch-rechtliche Durchführung der Projekte, die wir dann haben?

Also, das sind ja nur noch regierungsferne, also regierungsunabhängige - - die von der - - die ist eben gar keine Regierung, sondern von der De-facto-Regierung losgelöste Projekte, die dort stattfinden. Aber diese Entwicklung ist ja spätestens nach dem Abzug aus Kabul eingeleitet worden durch die Suspendierung der EZ und die Suspendierung der Stabilisierungshilfe. Also insofern: Die operative Folge von dem, was hier beschrieben wird, hat es dann ja relativ schnell auch gegeben.

Stefan Keuter (AfD): Dr. Jasper Wieck, damals deutscher Sonderbeauftragter, hat uns hier im vorläufigen Protokoll der Untersuchungsausschusssitzung vom 21.03.24, Seite 113, berichtet, dass die Taliban Ortskräften und den sogenannten besonders Schutzbedürftigen auch Pässe ausgestellt haben, damit diese legal aus dem Taliban-Afghanistan ausreisen konnten. Können Sie uns sagen, wie viele Pässe die Taliban an Ortskräfte und besonders Schutzbedürftige ausgestellt haben?

Zeugin Antje Leendertse: Das weiß ich leider nicht, weil ich ja auch nur - - Also, ich weiß auch nicht, ob das nicht nach dem Untersuchungszeitraum ist; aber egal. Also ich weiß es jedenfalls nicht; ich habe das nicht mehr verfolgt.

Stefan Keuter (AfD): Ja, gut, die Frage bezieht sich halt immer nur auf den Untersuchungszeitraum. Und wenn Sie dazu nichts wissen, können Sie uns auch nichts sagen.

Laut Fundstelle MAT A AA-4.37 VS-NfD, Blatt 508, dokumentierten Protokolle einer im September 21 erfolgten Anhörung im US-Repräsentantenhaus, dass Donald Trumps Director of National Intelligence, John Ratcliffe, seiner Nachfolgerin Avril Haines bei Amtsübergabe im Januar 21 mitgeteilt hat, dass die afghanische Armee bei Abzug der US-Armee und der US-Kontraktoren innerhalb von Wochen zusammenbrechen werde. Auch Trump und Pompeo sollen



Nur zur dienstlichen Verwendung

sich entsprechend geäußert haben. Diese dann eins zu eins eingetroffene Vorhersage ist also auch der Biden-Administration schon im Januar 21 bekannt gewesen.

Laut Fundstelle MAT A AA-4.39 VS-NfD, Blatt 477, schrieb Frau Dr. Haber kurz nach dem Fall von Kabul, also am 19. August 21, an einen ihrer Mitarbeiter - Zitat -:

„sowohl [REDACTED]“

- also der [REDACTED] -

„als auch [REDACTED]“

- [REDACTED] -

„waren mir ggü von einem viel schnelleren Zusammenbruch ausgegangen.“

Zitat Ende. - Können Sie uns darlegen, wann genau die politische Spitze des Auswärtigen Amtes von Frau Dr. Haber über die in höchsten US-Sicherheitskreisen bestehenden Annahmen eines sehr schnellen Zusammenbruchs der Republik Afghanistan informiert wurden?

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen -
VLR Andreas Gloßner (AA)
meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bevor Sie antworten, hat die Bundesregierung das Wort. Und die Frage ist auch wieder deutlich über die Zeit hinaus. Insofern hören wir erst mal die Bundesregierung. Bitte.

VLR Andreas Gloßner (AA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Also, für uns ist es schwierig, jetzt in der Schnelle der Zeit dieses Sammelsurium an Vorhalten nachzuvollziehen. Aber ich möchte doch darauf hinweisen - und da würden wir dann auch noch mal an den Ausschuss herantreten -, dass das letzte Zitat sozusagen nicht für die öffentliche Sitzung geeignet ist. Also, das zeigt eben die Schwierigkeit dessen: Wenn wir

so schnell die MATs in einer Reihenfolge vorgelesen bekommen, da können wir gar nicht reagieren.

Und wir haben zugestimmt, dass aus NfD-Vorhalten zitiert wird, aber eben mit der Möglichkeit, reinzuspringen, wenn der Schutz bilateraler Beziehungen berührt ist; das ist er hier. Wir konnten nicht reinspringen, weil das so schnell vorgelesen wurde. Und deswegen sozusagen ist mir das wichtig, dass das hier schon zu Protokoll gegeben wird, dass das hier nicht sozusagen für die öffentliche Sitzung eigentlich geeignet war und das deswegen im Wortprotokoll geschwärzt werden muss, diese Textstelle; die Nennung der Namen, auf die beziehe ich mich gerade in dem letzten Vorhalt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Okay, gut.
Dann - -

Stefan Keuter (AfD): Dem widerspreche ich aber an der Stelle. Ich sage mal: Selbst die VS-NfD-Dokumente, die uns zur Verfügung gestellt worden sind, sind eben nicht geschwärzt worden. Sie hätten ja die Möglichkeit, hier entsprechend zu schwärzen, wenn Sie bilaterale Beziehungen hätten gefährdet gesehen.

Außerdem hatten wir uns in diesem Ausschuss auch mit Ihnen darauf verständigt, dass wir zu Beginn des Zitates die Fundstelle nennen. Das habe ich getan. Ich bin leider gezwungen, ein bisschen schneller zu sprechen, weil uns pro Runde nur sieben Minuten zur Verfügung stehen und wir ein gewisses Aufklärungsinteresse haben. Und ich sehe jetzt keinen Bedarf, da irgendwas zu schwärzen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das erörtern wir jedenfalls nicht heute und hier, sondern wenn der Wunsch dann entsprechend umgesetzt wird. - Die Fragezeit war ohnehin überschritten, und insofern hat jetzt die FDP das Wort.

Peter Heidt (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sie hatten vorhin gesagt bei dem Kollegen: Das ist ein Alternativszenario; da gab es einen Streit, wer - - und wie es in Kraft tritt. Können



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie noch mal da verdeutlichen, zwischen wem es da Streit gab?

Zeugin Antje Leendertse: Ja, das war ein Papier; das war im Grunde die Ausbuchstabierung des - - Wann ist der Punkt gekommen, wo man pragmatisch vorgehen muss und sagen muss: „Jawohl, diese Ausnahmen müssen jetzt - - weil es ist einfach nicht möglich, nicht menschenmöglich, für die Antragsteller, ein Visum zu bekommen, also machen wir es on Arrival sozusagen“? Da war ein Papier geschrieben worden. Also, als ich zurückkam, also am 27., hat man mir das Papier auch gezeigt und hat gesagt: Das ist sozusagen der derzeitige Stand unserer Gespräche mit den Ressorts, vor allen Dingen aber auch mit dem BMI, zu sagen - -

Und das ist vielleicht auch die Ausbuchstabierung der Aussage: Wir wären ja bereit, pragmatische Lösungen zu finden, wenn es dann nicht anders geht. - Das haben wir von Anfang an gesagt; da ist ja schon verschiedentlich nach gefragt worden. Da hat man so ein Papier gemacht: Was wären denn diese Auslöser für eine solche Situation, dass man sagt: „Jetzt geht es aber wirklich nicht mehr mit den normalen Mitteln, jetzt müssen wir Ausnahmen zulassen“? Und da gab es ein Papier, was erstellt worden ist zwischen den Ressorts. Und Streit gab es zwischen vor allen Dingen dem AA und dem BMI.

Peter Heidt (FDP): Okay. - Gab es eigentlich in dem Untersuchungszeitraum irgendwann mal einen Vorgang zu Afghanistan, der sozusagen initiativ von Minister Maas ausgegangen ist?

Zeugin Antje Leendertse: Also, ich denke, die Bitte und auch die Vorstellung, hier auf Visa on Arrival zu gehen, die war von Anfang an auch auf Ministerebene so formuliert worden.

Peter Heidt (FDP): Okay.

Zeugin Antje Leendertse: Das ist natürlich auch eine - - und natürlich auch die Ansage an uns als Haus: Macht alles, was in eurer Macht steht, sozusagen um die Ortskräfte, für die man verantwortlich ist, für deren Schicksal - - dass das funktioniert. - Also dass wir insofern beide Schienen,

die ich geschildert habe - - einmal bei uns alles tun und eben mit meinem Hinweis, dass das auch nicht sehr - - die großen Zahlen dadurch nicht gebracht werden, aber jedenfalls das tun, was in unserer Macht steht, und ansonsten darauf drängen, dass man zu den größeren Zahlen kommt und Ortskräfte einreisen lassen kann, eben zum Beispiel mit Visa on Arrival.

Peter Heidt (FDP): Sie haben hier vorhin im Ausschuss gesagt, dass die Entscheidung, die Botschaft zu räumen, schon am 14. August 21 getroffen worden sei. Trotzdem liegen uns in MAT A AA-9.82 VS-NfD, Blatt 40, Mails vom Morgen des 15. August 21 vor, in denen die Botschaft im AA um grünes Licht bittet, räumen zu dürfen. Das passt irgendwie nicht so ganz zusammen.

Zeugin Antje Leendertse: Genau.

Peter Heidt (FDP): Können Sie das - -

Zeugin Antje Leendertse: Das weiß ich nicht. Das müssen Sie die Botschaft fragen. Ich verstehe auch nicht, warum das gefragt worden ist, weil ausweislich auch von Herrn - - Also das Krisenzentrum oder der Leiter Krisenzentrum - in dem Fall war es dann Herr Jokisch - hat ja dann telefoniert und hat auch gesagt: Ihr habt das grüne Licht. - Warum das dann noch mal so nachgefragt worden ist, kann ich Ihnen nicht sagen.

Ich kann mich aber noch sehr genau daran erinnern, dass - - Ich glaube, das war - - Ich hatte ja, glaube ich, auch geschrieben irgendwann morgens oder abends - das weiß ich gar nicht mehr -: Wir müssen doch gucken, dass die auch nicht an einem unmöglichen Ort sind, weil wir wollten ja unseren Krisenstab terminieren auf elf oder so was, glaube ich. Und irgendwann habe ich auch geschrieben: Wir müssen dafür sorgen, dass das nicht genau dann ist, wenn die dann auch zum Flughafen fliegen mit dem Hubschrauber oder wenn sie gerade irgendwie ihre Koffer usw. einpacken müssen.

Und ich glaube - - Das ist ja auch schwierig mit der Zeitverschiebung, sich reinzusetzen: Was machen die gerade, oder wo sind die gerade? Ich glaube, dass - - Ich habe dann ganz kurz auch mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

van Thiel telefoniert, und er wirklich sagte, er ist so weit und sie steigen jetzt ein. Und ich habe eigentlich da - - Das war natürlich, nachdem dieser Mailverkehr gelaufen ist. Aber, wie gesagt, ich hatte gar nicht den - - da war ich ja nicht „copy“ gesetzt. Und ich bin an dem - - Auch morgens habe ich gesagt - - Also, ich kann mich nicht erinnern, dass ich gefragt worden bin: „Sollen wir denen jetzt irgendwas antworten?“, weil dann hätte ich ihnen gesagt: Moment mal, das haben wir doch gestern schon beschlossen. - Ich weiß es nicht, warum sie es gefragt - - warum sie das noch mal so fanden, dass sie das noch mal gesagt bekommen müssen.

Peter Heidt (FDP): Noch mal dann zwei Tage zurück. Am 13. August fand die erste Krisenstabsitzung statt. Dort wurde gemäß dem in MAT A AA-8.650 VS-NfD, Blatt 195 bis 198, vorliegenden Protokoll unter anderem ein - Zitat - „**Konkreter Einstieg in die Vorbereitung einer möglichen Evakuierung**“ - Zitat Ende - der Botschaft, die Entsendung eines 12- bis 14-köpfigen zivil-militärischen Krisenunterstützungsteams und die - wieder Zitat - „**Planung und Vorbereitung (im Inland) zur möglichen Entsendung weiterer militärischer Kräfte**“ - Zitat Ende - beschlossen. Können Sie uns einmal erläutern, wie diese Beschlüsse zu deuten sind?

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Antje Leendertse: Also, das eine war: Wir hatten ja in der Krisenstabssitzung - wenn man von hinten anfängt, was jetzt den Evakuierungseinsatz angeht - - hatten wir ja in der Sitzung auch unterschiedliche Auffassungen bzw. meines Erachtens keinen anständigen Stand, wie denn - - Das war mehr so - - Also, es kam von allen Seiten eine Meinung dazu. Wir hatten ja die Meinung, mit Resolute-Support-Mandat sind wir gut genug ausgestattet. Da gibt es ja so einen kleinen Passus, wo steht: Und Evakuierung ist auch gedeckt vom Mandat.

Da gab es aber andere Meinungen. Und dann hat man das Thema Mandatierung, Mandat usw.

noch mal vertagt und gesagt: Auf jeden Fall brauchen wir erst mal eine Obleuteunterrichtung, die ja erst danach passiert ist. Also, dieser Beschluss in dem Krisenstab zu - - die Vorbereitung, das war im Grunde Mandatierung. Und natürlich die anderen Vorbereitungen muss das BMVg - - eher sagen, wie weit die schon waren usw. Wie gesagt, ausgeplant hatten die das ja; aber es muss ja auch umgesetzt werden. Und das ist ja jetzt, finde ich, dann auch wirklich sehr überraschend schnell gegangen und dann - - Also: Tolle Leistung, Hut ab!

Und dann war es noch am - - Das Zweite, was Sie genannt haben, war das KUT. Das KUT war eigentlich schon - - Da war schon klar: Die kommen am Montag. Wir hatten schon Listen, wer dadrauf sein würde usw.

Und die erste Sache, die Sie genannt haben, „**Konkreter Einstieg in**“: Auch da war schon klar, die hatten schon Anfang der Woche - - Also, das war mein Stand, das haben wir jetzt da nicht so im Einzelnen, weil da ja auch der Behördenleiter dann eine Maßgabe hat, das selber sozusagen zu terminieren - - Da wussten wir ja auch schon, dass die schon angefangen hatten. Also, sie haben ja schon angefangen, zu vernichten usw. Aber ich glau- - Damit meinten wir jetzt: Macht mal wirklich alles kurz und klein, was ihr nicht mitnehmen könnt. - Also noch mal ein, ja, „**Konkreter Einstieg**“.

Vorbereitung einer Evakuierung hatten wir ja schon am Montag. Und da hatten wir - - Nee, das war am - - Das war kein Krisenstab, sondern eine interne Besprechung. Das war - - Tja, wenn ich mich jetzt nicht ganz täusche, war es der 10. schon oder der 12. Also, müsste ich jetzt noch mal - - Bin ich ein bisschen mit den Tagen durcheinander. Aber zu sagen: „Bereitet schon mal vor!“, generell, und auch diese Ausdünnungsfrage - die haben wir ja da auch beschlossen -, das war schon im Schwange auf den Vorbesprechungen. Da war der Krisenstab noch mal so eine Zusammenfassung und natürlich ein Die-Schraube-noch-Weiterdrehen.

Peter Heidt (FDP): Wissen Sie noch, ob es einen konkreten Anlass gab, die Krisenstabssitzung da



Nur zur dienstlichen Verwendung

konkret einzuladen an diesem Tag? Denn soweit ich das gesehen habe, haben Sie die ja eingeladen.

Zeugin Antje Leendertse: Ja, das waren am Vortag die Entwicklungen vor Ort, das war der Anlass, also das weitere Vorrücken der Taliban.

Peter Heidt (FDP): Also, das war sozusagen auch die Änderung. Ich meine, wenn man den 13. nimmt, den 12., den 9., war das allein das Vorrücken der Taliban, wenn Sie sagen, „Lage vor Ort, die sich geändert hat“? Oder gab es noch andere Punkte?

Zeugin Antje Leendertse: Andere Punkte? Also, aus meiner Sicht gab es das nicht. Denn ich kann mich erinnern, an dem 12. gab es nachmittags jetzt nichts - - ist mir nicht erinnerlich. Das war wirklich eine Zuspitzung und immer schnellere Lage. Es gab ja zudem an dem 12. nach meiner Erinnerung jedenfalls keine - - Tja, also, es gab Gespräche zwischen dem Krisenzentrum und dem BMVg über das KUT usw. Es gab natürlich die Personalabteilungen, die da gearbeitet haben. Aber die Lage vor Ort war da ausschlaggebend.

Peter Heidt (FDP): Ja, das ist so ein bisschen für mich nicht so ganz greifbar, „Lage vor Ort“. Wissen Sie, wenn man so schaut: Ich sage mal, die deutschen Provinzen im Norden sind 8./9. August gefallen. Das war also scheinbar kein Anlass, eine Krisenstabssitzung einzuberufen. Also, hatten Sie irgendwie Parameter, an denen Sie das festgemacht haben: „Jetzt rufen wir den Krisenstab zusammen“?

Zeugin Antje Leendertse: Ich denke, dieser KUT-Beschluss und auch dieser Beschluss, eine schnelle Luftevakuierung zu mandatieren usw., das sind natürlich alles Dinge, die wirklich im Rahmen der Bundesregierung besprochen werden müssen. Es gab trotzdem auch vorher, im Vorfeld und im Nachgang zu Besprechungen, die im AA stattgefunden haben, natürlich immer Kontakte zu den Ressorts, also Telefonate usw., wie man ja auch an dem Telefonat mit Herrn Staatssekretär Jäger sieht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir am Ende dieser Runde. - Und ich frage sozusagen, ob Sie wünschen, dass wir noch mal eine kurze Pause von zehn Minuten machen. Dazu wäre ich bereit, wenn das gewünscht wird.

(Die Zeugin nickt)

- Die Zeugin würde das gerne haben. Dann unterbrechen wir für zehn Minuten und fahren dann mit der nächsten Runde fort.

(Unterbrechung von
14.58 bis 15.10 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch mal ein Hinweis auf die Versorgungslage: Die Firma Dussmann wird uns heute bis 21 Uhr zur Verfügung stehen. Das heißt, wer da später dann noch was haben möchte, der müsste sich vorher versorgen - was mir umso mehr noch mal Anlass gibt, mich bei der Bundestagsverwaltung und dem Stenografischen Dienst zu bedanken, die sehr zuverlässig uns die ganze Zeit betreuen. Das will ich noch mal ausdrücklich hervorheben an dieser Stelle. Das ist ein guter Teil unserer Arbeit hier.

(Beifall)

Wir fahren fort mit der SPD-Fraktion, und es beginnt wieder der Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Wir haben uns ja vorhin, Frau Zeugin, darüber unterhalten, wie die Position des BMI sich verändert hat im Blick auf das Ortskräfteverfahren, und wir waren am Zeitpunkt der Kulminierung der Krise in Kabul stehen geblieben, um den 15. August herum. Offensichtlich hatte aber diese Diskussion mit dem BMI dort noch nicht ihr Ende gefunden, weil am 27. August meldete die Referatsleiterin 508 in MAT A AA-9.78 VS-NfD, Blatt 35:

„BMI rief mich soeben an, dort gebe es nunmehr Leistungsentscheidung,“

- vielleicht auch „Leistungsentscheidung“, egal -

„entsprechend unserer Überlegungen allen Personen auf unserer



Nur zur dienstlichen Verwendung

Liste (Stand gestern Abend, ca 4000 Personen insgesamt) eine Aufnahmezusage pauschal zu erteilen.“

Das betraf aber laut der Reaktion Ihrer Büroleiterin darauf nicht Visa on Arrival für die Ortskräfte. Wie haben Sie auf diese Ankündigung reagiert? - Entschuldigung, kommt.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Antje Leendertse: Also, das war in der Tat dann natürlich die Diskussion darüber, was die Ortskräfte betrifft, aber vor allen Dingen auch die besonders Schutzbedürftigen, wie jetzt nach dem Abzug, also nach der Evakuierungsoperation - und die endete ja nach meinem - - die endete einen Tag vorher, am 26. -, damit umgegangen wird. Und da stellten sich dann auch Fragen der Gleichstellung, also derjenigen, die auf der Evakuierungsoperation mitgenommen worden waren, mit denen, die auf Listen draufstanden und dann aber - - wo noch keine operative Möglichkeit gegeben war, was aber zugesagt worden war von der Bundesregierung, die nun zu holen.

Hier geht es um die besonders Schutzbedürftigen. Da hatte ich ja eben schon mal auf eine Frage des Abgeordneten von der AfD, Herrn Keuter, erläutert, dass das aus unserer Sicht - - Das waren eben diejenigen, wo noch keine Aufnahmezusage pauschal erteilt war, auch nicht implizit, sondern es war im Grunde eine Vorschlagsliste des AA. Und natürlich ist das sozusagen die Vorbereitung für eine Ressortbesprechung, die bevorstand, mit dem BMI, wo hier die Kollegin aus der Rechtsabteilung meiner Büroleiterin geschickt hat - die es dann mir weitergeschickt hat -, dass sozusagen die Leitungsentscheidung noch nicht getroffen ist - oder Leitungsvorbehalt.

Also, ich werte das eher - - Ich habe darauf eher positiv reagiert, weil ich dachte - -

„Positiv aber, dass man an
Gruppenaufnahmezusage denkt.“

Ich glaube, das war das, was der wichtigste Satz in dieser von Ihnen mir zur Reaktion vorgelegten Mail ist. Dass das so nicht sein würde, dass die auf einer Arbeitsebene das entscheiden würde, war klar. Das musste eine Leitungsentscheidung sein, auch nach bisheriger Erfahrung, also im Grunde die Bedenken auch der Expertenebene, Arbeitsebene, überstimmende politische Entscheidungen der Leitungsebene. Und dass man an die Gruppenaufnahmezusage schon auf der Arbeitsebene gedacht hat, war für uns eine gute Nachricht, so wie die Kollegin auch schreibt.

Das war am 27. Aber Sie haben im Grunde ja auch damit - - Mit diesem Ding ist klar oder mit - - Die Tatsache, dass wir das hier am 27. August, also unmittelbar nach Ende der Evakuierungsoperation des BMVg, noch besprechen mussten, zeigt eben auch, dass da der Teufel im Detail lag und dass diese Entscheidung noch nicht getroffen war für die besonders Schutzbedürftigen.

Jörg Nürnberger (SPD): Weil dieses Vorgehen, der ganze Vorgang findet dann am 30. August einen nächsten Niederschlag in den Akten. Dort schreibt nämlich Ihre Büroleiterin unter MAT A AA-9.78 VS-NfD, Blatt 47:

„m.E. kann man das alles nur vernünftig abarbeiten, wenn KZB und Visa erst in DEU gemacht werden. BMI wird sich zu KZB auf StS Ebene sicher nicht bewegen.“

Ein paar Stunden später gibt es dann auf Blatt 45 der gleichen Fundstelle folgende Nachricht:

„Wir müssen uns genau überlegen, wann wir was eskalieren und wie wir das angehen. Mir erscheint ja unwahrscheinlich, dass wir das auf StS-Ebene abräumen können. Wir müssten aber auf jeden Fall den Weg bereiten für eine ggf. notwendige BM-Intervention.“

Können Sie uns den Verlauf dieses Konfliktes zwischen den beiden Häusern - - und wie er dann am Ende, sofern es noch in unserem Untersuchungszeitraum war, entschieden worden ist?



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Antje Leendertse: Ja, in der Tat war das natürlich die Frage der Liste sonstiger Schutzbedürftiger. Nach meiner Erinnerung ist die noch im Untersuchungszeitraum geklärt worden. Es gab nämlich dann auch eine Sitzung auf Staatssekretärebene, die, wie die Kollegin - - Also, ich will jetzt nicht die Kollegin interpretieren, aber ich glaube auch, dass nach aller Erfahrung auch nach Staatssekretärsrunden es wichtig war: Man muss vorbesprechen auf Staatssekretärebene, aber die Entscheidungen müssen dann auch noch mal eins höher fallen, jedenfalls bei dieser Frage und in diesen Streitigkeiten.

Ich denke, dass die Papiere - - Also, die Staatssekretäre haben dann beschlossen: Wir machen ein gemeinsames Papier - das ist meine Erinnerung -, wo wir festhalten, was mit welchen Kategorien passieren soll, also wie das gehandhabt werden soll, und dann - - Das hieß anders; das hieß nicht „Papier“, sondern „Thesenpapier“. Genau. Da gab es einen Entwurf des BMI, und darüber haben wir uns dann ein paar Tage gebeugt oder ein paar Runden gebeugt, und das ist dann am Ende so beschlossen worden. Also, ich weiß es nicht mehr, ob es wirklich am Ende - - Es ist dann im Ministerrahmen, aber nicht in einer großen Sitzung, glaube ich, gebilligt worden, sondern das ist dann irgendwie von den Ministern gebilligt worden auch oder von der Kanzlerin. Also, sozusagen, es war dann eine Einigung noch im Untersuchungszeitraum, meine ich, vorhanden.

Jörg Nürnberger (SPD): Damit wären unsere Fragen ausreichend, hinreichend beantwortet. Ich danke Ihnen für Ihre Zeit.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln wir zur Unionsfraktion. Herr Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Frau Leendertse, ich würde mit Ihnen jetzt auch gern noch mal über diesen Zeitraum 11. bis 13. bzw. 16. August sprechen. Sie haben eine Vor-

lage an den Minister vom 11.08.2021 mitgezeichnet; das ist MAT A AA-8.90 VS-NfD, Blatt 49. Das würde ich Ihnen gern mal eben kurz vorlegen.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

In dieser Vorlage führen Sie militärische - - mögliche Szenarien aus, unter der Ziffer 2 auf der zweiten Seite, und sprechen im Ergebnis die Empfehlung aus, dass der Minister mit seinem Amtskollegen Blinken telefoniert und dass „mit dem BMZ eine gemeinsame Linie zum zivilen Engagement in Taliban-kontrollierten Gebieten“ erarbeitet werden soll.

Nur einen Tag später findet dann die Hausbesprechung statt, also am 12.08., über die die Kolleginnen und Kollegen mit Ihnen schon gesprochen haben. Und das Protokoll lag Ihnen dazu ja auch schon vor. Da heißt es dann - also, Ihre Einleitung wird wiedergeben mit dem Zitat -:

- „• **Verschärfung der Sicherheitslage ...; dem FIPI Kabul ... kommt bei allen weiteren Planungen eine Schlüsselrolle zu - Zeitraum der weiteren Nutzbarkeit kann begrenzt sein, ist jedoch schwer einzuschätzen.**
- **Verschiedene operative Fragen ... entscheiden ...**
- **Dringende Prüfung von Krisenvorsorgemaßnahmen ...“**

Und dann:

- „• **Auftrag, Charterflüge zur Abholung von LBs ... zu planen.“**

Das ist sozusagen Ihr Einleitungsstatement nur einen Tag danach gewesen.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Antje Leendertse: Mhm.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Mein Eindruck ist, dass sozusagen die Dramatik oder die Intensität der Verschärfung der Lagebeschreibung in diesen beiden Vorlagen voneinander abweicht. Deswegen meine Frage: Haben Sie den Minister auch über Ihre Einschätzung vom 12.08.2021 informiert?

Zeugin Antje Leendertse: Ich würde sagen: „Die schnellen Raumgewinne der TLB“ - jetzt zitiere ich aus der Vorlage - - Also, die Vorlage ist ja grundsätzlich ein anderes Instrument als Protokolle von in krisenhaften Entwicklungen durchgeführten Hausbesprechungen. Also in dem Fall haben wir ja den Minister darüber unterrichtet, dass es die Gefahr eines Dominoeffektes gibt, und wir haben ihn auch - - Also, er wusste das natürlich, aber wir haben das noch mal - - So was dient ja auch - - Das ist sozusagen ein schriftliches Dokument, eine Vorlage. Die Vorlage ist ein anderes Instrument in der Auseinandersetzung. Und hier geht es ja vor allen Dingen auch um die politische Einschätzung: Ist es jetzt anders, als wir noch am 23.06. in einer Vorlage geschrieben hatten oder das Regionalreferat in einer Vorlage geschrieben hatte? Ist es unwahrscheinlich, dass es eine militärische Machtübernahme der Taliban geben wird? - - wird hier gesagt, das ist - typisch, sehe ich schon wieder einen Tippfehler - „eine sehr reale Möglichkeit“.

Das heißt, das ist sozusagen der Grundbass an eher politischer Sprache, die hier geliefert wird vom Haus, übrigens von mir abgezeichnet, ja auch bestellt. Das ist eine Analyse des Hauses, die - also in dem Fall war es ich - von den Staatssekretären dann zur Verfügung abgezeichnet wird und für gut befunden oder kommentiert wird. In dem Fall habe ich hier nicht kommentiert, weil wir das in dieser Besprechung am 09.08. auch so ungefähr in Zügen vorbesprochen hatten, was der Minister jetzt für größere - - also für Sprache im Grunde braucht. Das ist ja nicht nur Information, sondern auch ein Sprachfundus.

Das ist jetzt hier - - Die Hausbesprechung zu Afghanistan geht, weil die Lage sich wirklich

schnell entwickelt hat, natürlich mit einer größeren - - ist eine größere Breite drin, aber der Hauptschwerpunkt ist hier natürlich: operative Umsetzungen bei der Evakuierung, was die Botschaft anbetrifft, die Krisenvorsorge, Charterflüge usw. Das sind also operative Fragen, die sich - - Insofern widerspricht sich das nicht hier, sondern es ist im Grunde für den Fall - - Es sind Vorbereitungen operativer Art, und das sind hier die politischen Rahmenbedingungen, wo wir ja auch immer noch nicht schreiben: Und morgen ist das der Fall. - Und, ehrlich gesagt, am 11.08. hat das auch keiner gewusst, dass es am 15. so weit kommen würde.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann frage ich noch mal nach: War nach Ihrer Information der Minister auch über die Inhalte der Hausbesprechung vom 12.08.2021 bzw. die von Ihnen jetzt als operative Maßnahmen beschriebenen Einschätzungen informiert? Also, haben Sie den Minister darüber informiert?

Zeugin Antje Leendertse: ... [akustisch unverständlich] ist ja auch zugeschaltet, das Ministerbüro. Ich habe jetzt nicht quasi vollinhaltlich das Protokoll mit ihm besprochen, sondern, wie gesagt, wir waren im Kontakt. Wir haben zusammen natürlich auch gesehen, dass - - Vor allen Dingen die Charterflugfrage war eine, die ihm wichtig war, dass sie umgesetzt wird, weil es natürlich auch quasi die Einlösung dieser Verantwortungsübernahme für die Ortskräfte noch mal unterstrichen hat. Aber hier diese - - Oben an den „Teilnehmer/-innen“ sehen Sie dann, dass das Ministerbüro zugeschaltet war. - Nee, die waren da. Das war ja eine physische Besprechung, sehe ich hier.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Meine Frage war jetzt nur, ob Sie selber den Minister über den Inhalt noch mal informiert haben in diesen Tagen.

Zeugin Antje Leendertse: Also sicher nicht um das ganze Ding, sondern wahrscheinlich haben wir irgendwie über Einzelteile gesprochen, zum Beispiel vielleicht, wie weit wir mit den Charterflügen sind oder so. Aber ich kann mich jetzt nicht - - Wir haben sicher nicht die ganze Agenda



Nur zur dienstlichen Verwendung

noch mal einzeln durchgesprochen, sondern quasi die zwei, drei wichtigsten Aspekte vielleicht ausgetauscht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Gehörte zu diesen wichtigsten Aspekten auch die Lage bzw. die Entscheidung zur möglichen Schließung der Botschaft? Haben Sie auch darüber mit dem Minister in direktem Austausch gestanden?

Zeugin Antje Leendertse: Die Schließung der Botschaft haben wir gesichert am 12. nicht besprochen. Wir haben sicher über - - Wir haben ja noch über Ausdünnung gesprochen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Na, ich meine, hier heißt es ja auf der letzten Seite:

„• **Entscheidung zur Schließung der Botschaft und Durchführung der EvakOp, wenn die Lage es zwingend erfordert** ...“

Das ist auf der letzten Seite hier protokolliert.

Zeugin Antje Leendertse: Genau.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Meine Frage ist jetzt: Haben Sie mit dem Minister diese Frage: „Wann wird über die Schließung der Botschaft entschieden - oder: wird schon entschieden? -, und wie ist das mit der militärischen Evakuierungsoperation?“ - - Haben Sie darüber mit dem Minister im Zusammenhang mit dieser Sitzung oder im zeitlichen Zusammenhang mit dieser Sitzung gesprochen?

Zeugin Antje Leendertse: Das weiß ich jetzt so nicht. Wir haben das sicher irgendwann mal so besprochen, weil ich kann mich erinnern, dass wir auch darüber gesprochen haben: Was machen eigentlich die anderen? Was ist mit den Holländern, was ist mit den Briten usw.? Das ist ja für uns auch immer dann ein Anhaltspunkt insofern, weil da hatten wir ja bei Weitem noch nicht alle ausgedünnt. Also, es wird immer so dargestellt, als wenn wir als Allerletzte ausgedünnt hätten. Das stimmt ja gar nicht. Es war ja - manche hatten ausgedünnt, manche nicht - ganz unterschiedlich. Und da ist - - Ständig haben wir ja

über diese Frage Evakuierung gesprochen, aber sicher nicht am 12. in dem Sinne: „Machen wir das morgen, übermorgen oder in drei Wochen?“, sondern im Grunde: Das müssen wir dann machen, wenn es so weit ist.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): In diesem Zusammenhang hat ja auch der zukünftige Leiter der Botschaft Kabul, Herr Potzel - - war anwesend und hat berichtet. Meine kurze Frage: Warum war Herr van Thiel eigentlich da nicht zugeschaltet?

Zeugin Antje Leendertse: Das war eine Hausbesprechung, genau. Und da ging es ja vor allen Dingen um - - Tja. Also, die AP 05, das heißt, der Kollege - - Weiß nicht, ob Herr Potzel - - war wahrscheinlich auch an dem Thema schon stark dran. Den haben wir sicher - - War sicher nützlich, dass er dabei war. Aber was das Kontakt halten zu Herrn van Thiel bzw. zu dem Kernteam oder zu dem Tandem, was vor Ort war - - Das haben wir bekommen. Oder die Infos, die Herr van Thiel zu liefern hatte, haben wir über den Referatsleiter der Abteilung bekommen. Das heißt, die standen ja in regelmäßigem Kontakt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann frage ich mal andersrum: Warum wurde eigentlich der zukünftige Leiter Kabul zu dieser Besprechung von Ihnen eingeladen?

Zeugin Antje Leendertse: Ich denke, weil wir wussten, dass er sich ab nächster Woche mit der Frage - - Also, wir hatten ja gebuchte Flüge, ich weiß gar nicht, am 15. oder - - Ich weiß es nicht mehr genau, 15. oder 16. Er sollte ja dann hin. Und er ist an diesem Tag - das war der 12. - offensichtlich früher aus dem Urlaub zurückgekommen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun berichtet er aber zur politischen Lage und Situation der Botschaft, obwohl er da gar nicht ist. Deswegen noch mal meine Frage: Warum war Herr Potzel zu dem Berichtspunkt „Politische Lage und Situation der Botschaft Kabul“ zugegen und Herr van Thiel nicht, obwohl der der Geschäftsträger vor Ort war?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Antje Leendertse: Ja, zugegen hätte er ja nicht sein können, sondern hätte man ihn ja höchstens zuschalten können -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja.

Zeugin Antje Leendertse: - zu einer Sitzung dort, wo man dann zusammensitzt und er zugeschaltet wird. Also, ich glaube, damit ist - - Ich weiß nicht, ob die beiden sich vorher abgestimmt haben. Aber was ganz klar ist: dass für mich als Leiterin, wenn ich zusammenhole - - Und das sehen Sie ja: Hier haben wir ja eins, zwei, drei, also mindestens zwölf verschiedene Sichtweisen. Hier ist ja zum Beispiel die Kulturabteilung, die Stabilisierungsabteilung. Also, es sind quasi aus dem ganzen Haus alle, die die Lage besprechen - und es ist ja eine Hausbesprechung gewesen, also keine - - Manchmal macht man davon Gebrauch, weil man sagt: Die haben so frische Informationen, dass wir das brauchen. - Aber manchmal ist auch klar, dass es den engen Kontakt vom Regionalreferat mit dem - - oder auch natürlich des zukünftigen Botschafters, der ja früher Regionalbeauftragter war, Afghanistan-Beauftragter der Bundesregierung, sich insofern auskennt, dass man die beiden dazuholt. Für mich schien es bei dieser Frage entbehrlich. Wir haben das auch, glaube ich, bei uns in dem Besprechungsraum gemacht und nicht im Krisenraum, wo man zuschalten kann. Also, wir haben ja auch nur bestimmte Räumlichkeiten, wo man zuschalten kann.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun will ich an der Stelle vielleicht mal kurz fragen: Hat Herr Potzel im Ministerium eine besondere Rolle gespielt in der Beratung der politischen Leitung? Also haben Sie über diese Fragen mit Herrn Potzel regelmäßig gesprochen, und hatte Herr Potzel einen direkten Zugang zum Minister?

Zeugin Antje Leendertse: Letzteres kann ich Ihnen nicht beantworten, aber sicherlich war es doch so, dass - das, denke ich auch, ergibt sich; da muss der Miguel Berger vielleicht noch mehr zu sagen - - Also, es war klar, dass eine Aus- - also eine - - Durch seine lange Erfahrung und auch durch seine - wie soll man sagen? - Teilnahme an den Doha-Verhandlungen war es ja

auch klar, dass er zu diesen Fragen - - Er sagt ja auch nicht so viel zu der Lage der Botschaft, sondern er sagt ja was zu - - wie seine Einschätzung ist, wann die Taliban denn nachgeben, und: „Kämpfe sind zu erwarten“ usw. Das sind ja Dinge, die aus einer allgemeinen Afghanistan-Kenntnis gesagt sind.

Und die Rolle von Herrn Potzel: In der Tat, wer sich langjährig damit beschäftigt - - Aber da gibt es auch andere, und die hatte ich ja auch zu meiner Besprechung - ich weiß gar nicht, warum ich die immer einführe; aber die hat mich natürlich auch markiert oder war für mich bemerkenswert - - Da waren ja ehemalige Vorgänger - - Also, da waren ja Vorgänger von Herrn Potzel, die ich auch dazu eingeladen hatte. Und ich hatte den Eindruck, es gibt sehr viel - 20 Jahre; gibt es in allen Häusern, die 20 Jahre damit beschäftigt sind - Erkenntnisse, die nutzbringend sind, wenn man sie heranzieht. Also insofern: Ich fand es sehr gut, dass Herr Potzel bei dieser Besprechung dabei war, sowohl für ihn als Vorbereitung - in drei Tagen sollte er ja ablösen - als auch für uns, weil es auf der Afghanistan-Expertise-Seite ein Plus war.

Zugang zum Minister - im Prinzip müssten Sie auch vielleicht Ministerbüro oder so fragen - : natürlich auch einen Zugang, weil er war ja der Bundesregierung - - also, er war ja Afghanistan-Beauftragter der Bundesregierung, einen sehr guten Zugang sicher, aber keinen direkt; also, die Staatssekretäre waren schon noch dazwischen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie haben das Stichwort „Doha“ eben kurz selbst angesprochen; deswegen würde ich meine Fragen danach stellen. Es gab ja die Verhandlungen in Doha, und am Ende war auch die Berghof Foundation sozusagen beauftragt worden von der deutschen Regierung, an diesen Friedensgesprächen mitzuwirken und eine Vermittlerrolle einzunehmen. Was wussten Sie zum Zeitpunkt 11./12.08. über den Stand der innerafghanischen Friedensverhandlungen in Doha, insbesondere auch aus möglichen Berichten der Berghof Foundation?

Zeugin Antje Leendertse: Berichte der Berghof Foundation habe ich, glaube ich, nicht gesehen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Was wir hatten - - Zu diesem Zeitpunkt war ja Wieck, also AP-B-2, der Beauftragte, unterwegs zu einer - ich meine, es war Doha - - und hat dann anschließend dazu - - Da ist auch irgendwas verabschiedet worden. Das schien uns alles schon - - also wo sich sämtliche oder die meisten der vorhandenen oder existierenden Sonderbeauftragten zu Afghanistan getroffen haben. Also, insofern war das für uns nützlich, davon Rückmeldung zu bekommen. Es waren meines Erachtens verschiedene Formate, aber keine direkten Verhandlungen zwischen 10. und 12., nicht nach meiner Erinnerung.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun möchte ich Ihnen gerne zwei Aussagen von Herrn Professor Gießmann für die Berghof Foundation vorhalten. Er hat hier vor dem Ausschuss - das ist das endgültige Stenografische Protokoll 20/54 I, Seite 15 - ausgesagt, dass die Berghof Foundation vorab über die Übergabe Kabuls am 15. August 2021 informiert war. Meine Frage ist jetzt: Hat auch Sie diese Information erreicht, dass eine Übergabe Kabuls am 15.08.2021 Gegenstand der Verhandlungen in Doha gewesen ist?

Zeugin Antje Leendertse: Das hat mich nicht erreicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Mhm. - Der Zeuge Gießmann hat vor dem Ausschuss weiter ausgesagt - das ist dann das endgültige Stenografische Protokoll 20/54 I, Seite 17 und 18 -:

„Und in dieser Situation ... wurde uns berichtet, dass sowohl von afghanischer Seite als auch von den USA an die Taliban der Wunsch herangetragen wurde, einzurücken nach Kabul, weil sich dort kriminelle Gangs betätigten und ein absolutes Chaos drohte. Das heißt also, die Aufforderung an die Taliban, die, soweit sie berichteten, eigentlich sich darauf eingelassen hatten, die Stadt nicht zu erobern, sondern an den Grenzen auszuharren, diese Vereinbarung wurde durch die Aufforderung, nach Kabul einzurücken, quasi aufgehoben.“

Zitat Ende. - Meine Frage ist: Hatten Sie Kenntnis von dem Wunsch der USA und der Taliban, friedlich nach Kabul einzumarschieren und die Stadt zu übernehmen?

Zeugin Antje Leendertse: Also, ich hatte Kenntnis davon, dass es Gespräche zwischen Taliban und USA natürlich gibt, wie auch von vielen anderen Beteiligten, die sich damit beschäftigten, wie die - - auch auf Dialogebene zu bewältigen ist, dass es eben diesen Abzug irgendwann geben würde, der ja angesagt war für 30.08. Diese Stelle, die Sie vorgelesen haben, das kenne ich nicht und auch nicht die Inhalte.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann frage ich noch mal anders: War Ihnen ein Wunsch der Vereinigten Staaten von Amerika bekannt, dass eine Vereinbarung über die Übergabe Kabuls an die Taliban erfolgen sollte?

Zeugin Antje Leendertse: Also so war mir das nicht bekannt, nein. Und so konkret wäre es, glaube ich, auch - - Ja. Es ist sicher zu vermuten, dass es diese Gespräche gibt; aber ohne vollständige Kenntnis von irgendwelchen Schriftstücken usw., die das sozusagen - - und die wir dann wahrscheinlich auch wieder im Geheim-Format führen müssten, kann ich dazu nichts sagen. Also ich habe die jedenfalls nicht gesehen in dieser - - Sie haben ja auch aus einer öffentlichen Sitzung von einem Sachverständigen zitiert.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nee, ich habe aus einer Zeugenvernehmung hier von dem Ausschuss zitiert.

Zeugin Antje Leendertse: Mhm, genau.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und deswegen ist das öffentlich, und darüber können wir auch reden. - Deswegen noch mal meine Frage: Hatten Sie Kenntnis von diesem Wunsch der USA und, wenn ja, wann?

Zeugin Antje Leendertse: Von dem Wunsch der USA, was - - Können Sie das bitte - - Weil da kommt es so ein bisschen drauf an, was Sie genau jetzt dann als Nebensatz nachschieben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nee, ich schiebe gar nichts als Nebensatz nach, ich zitiere Herrn Gießmann. Herr Gießmann sagt:

„Und in dieser Situation ... wurde uns berichtet, dass sowohl von afghanischer Seite“

- aber jetzt kommt es -

„als auch von den USA“

Zeugin Antje Leendertse: Aha.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU):

„an die Taliban der Wunsch herangetragen wurde, einzurücken nach Kabul, ...“

Also, hatten Sie Kenntnis davon, dass die USA - - Oder: Wann hatten Sie Kenntnis davon, dass die USA den Wunsch an die Taliban herangetragen haben, nach Kabul einzurücken?

Zeugin Antje Leendertse: Davon hatte ich keine Kenntnis, -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay.

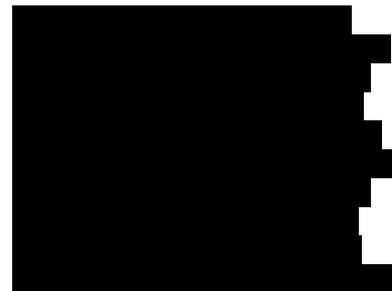
Zeugin Antje Leendertse: - und nicht so, wie Sie es beschreiben. Danke.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Dann würde ich gerne noch mal über die Informationen rund um diese Sitzung, 11. bis 13. August, mit Ihnen sprechen. Also, neben diesen Verhandlungen in Doha, wo über die friedliche Übergabe offensichtlich gesprochen wurde, gab es auch weitere Informationen. So hat zum Beispiel die deutsche Botschafterin in den Vereinigten Staaten am 12. August 2021, 21.53 Uhr Ortszeit Washington - ich weiß jetzt nicht: Sommerzeit, Winterzeit, keine Ahnung; frühmorgens, 13. August, würde ich sagen -, berichtet aus Gesprächen beim Abendessen unter vier Augen:

█
dass die Taleban zwar Kabul einnehmen wollen, dabei aber einen

Kampf um Kabul vermeiden wollen - sie wollen eher eine Erststufungsstrategie.“

Ach, Entschuldigung, das ist MAT A AA-9.07 VS-NfD, Blatt 158.



Diese Mail ist nach unseren Informationen auch an Sie weitergeleitet worden. Ich lege sie Ihnen trotzdem zu Erinnerungszwecken noch mal kurz vor.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Antje Leendertse: Ja, wir hatten sie schon mal.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Deswegen noch mal kurz meine Frage - auch da ist ja von Verhandlungen der Übergabe Kabuls die Rede, und diese Nachricht hat Sie am Vormittag, frühen Vormittag, am 13. August erreicht -: Hat diese Information Eingang in die Beratung des Krisenstabes gefunden? Also, haben Sie das da eingeführt? Und hat das in Ihrer Bewertung eine Rolle gespielt?

Zeugin Antje Leendertse: Eingeführt hat das niemand in der - - Wäre ja dann vielleicht auch von jemand anderem als von mir eingeführt worden, nämlich von irgendjemand Zuständigem, der das sozusagen dann berichtet. Ich kann nur sagen, dass die - - Also „zuständig“ im Sinne von: die anderen, die hier auf der Leiste sind.

Ich kann nur sagen: Das ist natürlich was, was nicht das Gleiche ist, was Sie gefragt haben, sondern Sie haben ja gefragt, ob ich bestätigen kann, dass ich Kenntnis habe, dass verhandelt worden



Nur zur dienstlichen Verwendung

sei, also dass die quasi gebeten worden seien, reinzugehen, die Taliban, damit es einen ordnungsgemäßen Übergang gibt usw. Und ich habe dann geantwortet: Es gab Gespräche dazu. - Und sie hat ja - - also im Allgemeinen, aber nicht zu diesem Punkt; den kann ich nicht genau besprechen. Und hier sagt sie auch - - ist ja auch die Frage, ob von amerikanischer Seite ein Erfolg dieser Gespräche für wahrscheinlich oder unmöglich oder möglich gehalten worden ist. Und da berichtet sie sozusagen: Es ist jedenfalls nicht unmöglich.

Wie das unsere Entscheidungen oder unsere Lagebeurteilung beeinflusst hat, war im Grunde eher in die Richtung: Na ja. - Und das war ja am Morgen des 14. Das war eher in die Richtung - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nee, das war der Morgen des 13.

Zeugin Antje Leendertse: Ach, der Morgen - - Moment.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Entschuldigen Sie, dass ich unterbreche. - 12.08. abends Washington, das muss 13. morgens Berliner Zeit gewesen sein.

Zeugin Antje Leendertse: Oh, jetzt bin ich schon - - So, „19:05 Uhr“ steht hier auf der - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nee, wenn Sie mal in die eigentliche Mail - - Also, die wurde später weitergeleitet.

Zeugin Antje Leendertse: Ach so, die wurde weitergeleitet. Okay.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Aber gehen Sie mal drunter. Da steht: „Gesendet: Donnerstag, 12. August 2021“ von Washington.

Zeugin Antje Leendertse: Da haben Sie recht, genau. Mhm. - Also, da würde ich denken, das hat eher dafüresprochen, zu denken, dass es keinen schnellen Fall von Kabul geben würde, weil man sich ja dann quasi - - Man hat ja dann den Eindruck gehabt: Na ja, da wird es Verhandlungen geben, und die werden uns da weiter auf dem

Laufenden halten. Und jetzt hat man das nicht, weil die noch laufen. - Und hier steht ja auch nichts von irgendwelchen Daten. Hier steht sogar: 14 Tage.

Also, insofern für die Entscheidung hat das hier aus meiner Sicht, dann zu evakuieren usw. - - hat es eher keine Rolle gespielt. Das war ein anderer Strang, der beschleunigt, wenn er scheitert, oder wenn er funktioniert, verlängert, ja. Also diese Frage: „Wann wird Kabul eingenommen?“ - - Und das war sicher nichts, was bei den Entscheidungen dann am 13. beim Krisenstab im Vordergrund gestanden ist, sondern da hat man gesagt: Wir sehen jetzt, wie die Lage ganz konkret ist, und darauf reagieren wir mit Evakuierungseinleitung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Dann wechseln wir jetzt zu den Grünen. Frau Kollegin Bayram.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich wollte mit Blick auf einen Beitrag halt fragen, ob Ihnen das bekannt ist und Sie was dazu sagen können.

(Auf dem Medienwürfel wird ein Videoausschnitt vorgeführt)

Vielen Dank. - Das ist MAT A BKAm-4.06 VS-NfD, Blatt 44, und das legen wir Ihnen auch gerne vor.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Da steht dann halt weiter drin:



(VLR Andreas Gloßner (AA): Entschuldigung!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

„um freies Geleit für Ortskräfte zur Ausreise zu erwirken.“

(VLR Andreas Gloßner
(AA): Entschuldigung!)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt hat die Bundesregierung kurz das Wort. Bitte schön.

VLR Andreas Gloßner (AA): Ja, tut mir leid, dass ich da so dazwischenfunke. Aber wenn ich das richtig mitgeschnitten habe, wird ja hier verlesen aus einem Vermerk über ein Gespräch auf sozusagen Staats- und Regierungsebene. Diese Gespräche finden ja aus gutem Grund vertraulich statt, und deswegen bitte ich hier um einen stillen Vorhalt, egal und unabhängig davon, ob das in irgendeinem Leak oder Fernsehbeitrag schon gezeigt wurde oder nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wäre mein Vorschlag zum einen, dass Sie uns sagen - außerhalb der MAT-Nummer -, was das für eine Sendung war, damit sich alle darauf beziehen können, also was es für eine Fernsehsendung gewesen ist. Und dann machen wir das andere in der Tat als stillen Vorhalt, sodass wir das nicht verlesen, sondern Sie sich bemühen und die Zeugin das einsehen kann.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, das ist ein öffentlich-rechtlicher Beitrag aus dem August dieses Jahres über die Situation beim Abzug aus Afghanistan.

(Zuruf: ZDF!)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Beim ZDF.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zweites Deutsches - „Auge zuhalten“ - Fernsehen, genau. Das findet jeder. Das ist bis 2026 noch in der Mediathek, genau. Die Frage, die ich aufgeworfen hatte, war: Ist Ihnen das bekannt?

Zeugin Antje Leendertse: Nein, ist mir nicht bekannt.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie denn im Zusammenhang - - - Also dieser Vermerk, den Sie ja jetzt vorliegen haben, der ist vom 23. August. Waren Sie denn in dieser Zeit mit den Themen noch befasst?

Zeugin Antje Leendertse: Ja, es ist so: Es kann sein. Ich habe nicht alles dann noch gelesen, weil ich war nicht in charge. Ich hatte ja praktisch meinen Aufenthalt verlängert vor der Versetzung, einfach weil es waren so viele Dinge zu machen. Ich habe natürlich auch versucht - - dann ja ein paar Sitzungen übernehmen können und so. Aber ich habe nicht - - Ich kann nicht sagen, ob ich alles gesehen habe. Und das hier zum Beispiel ist ja, wie man ja auch in dem Beitrag sieht, ein Gespräch der Kanzlerin.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen denn in anderen Zusammenhängen zur Kenntnis gelangt, dass andere Staaten um Unterstützung gebeten wurden, Ortskräfte nach Deutschland zu bekommen? Und können Sie dort ausführen, welche Staaten das waren und welche Unterstützung?

Zeugin Antje Leendertse: Ich weiß, dass das bei allen Gelegenheiten - und das war ja sozusagen auch ein Punkt auf der Fünf-Punkte-Liste der G 7, denke ich, die man dann zusammen verhandelt hat - - Ich weiß nicht, ob die am 23. jetzt schon so da standen oder nicht. Auf jeden - - Ich glaube, ja. Das war ja die Woche nach dem Fall Kabuls; waren wir natürlich mit Listen erstellen usw. beschäftigt.

Aber es gab auch noch ein EU-Außenministertreffen, ein NATO-Außenministertreffen, und ich mei- - oder es war auf G-7- - Bin ich mir nicht sicher, auf welcher Ebene das war, ob es immer Außenminister oder - - Es gab jedenfalls eine Aufarbeitung, die EU-, NATO- und G 7-weit betrieben wurde. Und weil das für alle die betroffenen Länder natürlich Auswirkungen hatte, weil alle Staatsangehörige dort hatten, gab es auch diese - - Einer der fünf Punkte, die da auf dieser - - Die Bedingungen zur Zusammenarbeit mit den Taliban - dieses Thema hatten wir ja schon -, da war der Punkt 5: Ermöglichung der Ausreise



Nur zur dienstlichen Verwendung

unserer Ortskräfte, und zwar nicht nur der deutschen Ortskräfte, sondern „unsere“ im Sinne der G 7.

Und es sind jede Menge Gespräche dazu genutzt worden, andere entweder zur Flankierung aufzufordern - - Also, wie gesagt, das ist mir nicht bekannt. Aber es sind mit Sicherheit nicht nur öffentlich, wo es öffentlich sozusagen auch vorbereitet worden ist, sondern auch nichtöffentlich, die wir vielleicht auch gar nicht so erfahren haben - - Das war sozusagen eine Sprachregelung. Das war ein Ziel, auf das man hingearbeitet hat, weil die Taliban ja gesagt haben: Wir lassen die nicht ausreisen. - Das war ja ein Problem, also, wenn man vorher sagt: „Wir sagen, wir haben die Verantwortung, wir wollen die übernehmen und wollen denen ein Visumsverfahren zur Ausreise ermöglichen“, und dann nach der Übernahme können sie nicht ausreisen, weil sie entweder - - ja, weil sie daran gehindert werden. Ob das jetzt genau zum Zeitpunkt ist, der da beschrieben wird, wie da der Stand war, weiß ich nicht. Aber insofern erscheint mir das nicht unlogisch.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann würde ich Ihnen als Nächstes vorlegen MAT A AA-8.250 VS-NfD, Blatt 16, und würde aber auch, während der Mitarbeiter Ihnen das bringt, halt aus dieser Mail zitieren:

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

„Nach Rücksprache mit der BKIn bitte ich um Erstellung einer Liste von 100 Personen (zunächst DEU Staatsangehörige), die wir der RUS Seite schnellstmöglich übermitteln würden.

Ferner die Bitte, dass das AA - um evtl. Verstimmungen vorzubeugen - der US-Seite mitteilt, dass wir diesen Weg versuchen wollen (Zusage gibt es von RUS Seite keine) und davon ausgehen, dass die US-Seite keine Einwände dagegen hat.

Sollte es Möglichkeiten mit RUS Flugzeugen geben, dann müssten

natürlich auch die Taleban dem zustimmen.“

Kennen Sie diesen Vorgang?

Zeugin Antje Leendertse: Nee. Aber, wie gesagt, der ordnet sich auch darin ein, in diese Bemühungen hier. Also, ich bin ja da nicht „copy“, und ich habe es auch nicht gesehen. Das war mir nicht bekannt.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, mich würde dann halt schon interessieren, wie weit Sie denn dann sozusagen nachwirkend in Ihrer vorherigen Vertretungszuständigkeit sich mit dem Ortskräfteverfahren noch beschäftigt haben. Vielleicht können Sie uns da einen Überblick geben.

Zeugin Antje Leendertse: Gut. Also, wir haben da einerseits, was auch eben gefragt worden ist - - hatten wir diesen Strang subsidiär - - na, der Schutzbedürftigen, die quasi nicht Ortskräfte sind. Da gab es Vorlagen, Listenerstellungen aus allen möglichen Abteilungen, also aus dem Kulturbereich, aus dem Stabilisierungsbereich. Darauf habe ich - - Da habe ich versucht, hilfreich zu sein, sagen wir mal so. Dann bei dem - - haben wir Vorlagen gemacht mit: Was ist mit der Suspendierung und mit der genau - - Also, welche Projekte können wir noch weiterführen? Also, solche Dinge habe ich übernommen.

Ich habe dann - - Außerdem gab es zwei- oder dreimal Sitzungen - das kannten wir ja noch von der Pandemiezeit -, wo es Bund-Länder-Sitzungen gab und wo dann das Kanzleramt auch wollte, dass jemand vom Auswärtigen Amt bei den Ortskräften ist. Und diese Sitzungen sind immer sehr lang. Insofern ist das schon gut, wenn man - also mit den Chefs der Staatskanzleien, ne? - da für den Punkt „Afghanistan-Ortskräfte“ - - dass man da jemand aus dem Auswärtigen Amt sitzen hat, der auch, sagen wir mal, rangmäßig dann auch was sagen kann.

Sie erinnern sich: In der ersten Zeit, auch aufgrund der „Fall Kabuls“-Berichterstattung, gab es ja dann einige Länder, die freiwillig angeboten



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben, Ortskräfte aufzunehmen. Das war ja immer auch ein Problem: Wie geht es mit der - - Jeder Einzelfall und - natürlich noch mehr - jede Gruppe, die Sie nach Deutschland bringen, muss ja irgendwo hin. Und das ist natürlich im BMI die Aufgabe, dann mit den Kommunen dazu oder jedenfalls unter der Ägide des BMI -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Auf jeden Fall.

Zeugin Antje Leendertse: - das rauszufinden.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Genau. Also, ich kann mich an „Wir-haben-Platz-Aktionen“ in den Städten, Kommunen erinnern, und ich kenne auch den Königsteiner Schlüssel -

Zeugin Antje Leendertse: Genau.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
- und die Verteilung der aufzunehmenden Menschen.

Zeugin Antje Leendertse: Das heißt - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Mir wäre noch mal an einer anderen Frage gelegen, und zwar, ob Sie aus eigener Zuständigkeit bei diesen Vorgängen auch hätten nichts wissen müssen, also ob das komplett außerhalb Ihrer Zuständigkeit ist, die Komplexe, -

Zeugin Antje Leendertse: Ach so, wenn es sozusagen - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
- die ich Ihnen vorgetragen habe.

Zeugin Antje Leendertse: Na ja. Need to know - weiß ich nicht. Also, es ist jedenfalls nicht - - Ich denke nicht, dass ich das hätte wissen müssen. Also, für mich war die generelle Linie: Wir versuchen alles. - Ich habe jetzt hier keine Hintergründe und auch keinen Vorgang dazu. Es kann ja auch sein, dass dann am Ende was dagegensprach usw. Also, es wird ja hier auch so ein bisschen angedeutet. „Zusage gibt es von russischer Seite keine“ heißt ja dann schon: Am Ende wollen die noch irgendwas, was man ihnen nicht

dafür geben kann usw. - Also, da halte ich mich jetzt raus. Aber Spek- - Auf die konkrete Frage: „Hätten Sie das sehen müssen?“, sage ich Nein.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Dann wäre die Frage: In welchem Zustand war denn sozusagen dieses Projekt „Menschen, Ortskräfte, Deutsche raus aus Afghanistan“, als Sie nicht mehr zuständig waren?

Zeugin Antje Leendertse: Sie meinen, am 16.08.? Also zuständig im Sinne von: Ich war noch im Rahmen meiner - - Also, ich war ja noch da.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Oder: In welchem Zustand haben Sie es sozusagen zurückgelassen? Also je nachdem - - Also, wie war der Stand, als Sie nicht mehr damit befasst waren?

Zeugin Antje Leendertse: Sie meinen jetzt zahlenmäßig oder - - Also, im Untersuch- - Ich bin, glaube ich, noch mit gewesen zum Beispiel bei einer Besprechung auf Staatssekretärebene für dieses Thesenpapier und die Kriterien für Aufnahme der verschiedenen Klassifizierungen, also sowohl der Schutzbedürftigen als auch der Ortskräfte, was nachher sich ja dann auch verändert hat, ja, weil da ging es ja erst mal nur um die Arbeit: Was ist mit denen, die jetzt - also bei den Ortskräften jedenfalls - auf den Fliegern waren, die die Bundeswehr reingebracht hat? Was ist mit denen? Der Status war ja - - Als die landeten oder als die da waren, war ja der Status der Schutzbedürftigen noch ungeklärt. Da gab es eben nicht diese pauschale Aufnahmezusage, anders als bei den Ortskräften. Das heißt, das musste im Nachklapp geregelt werden. Und dann gab es ja auch diese Frist 09.09. Also, das war eine recht komplizierte Frage, und da habe ich versucht, mich hilfreich zu zeigen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Genau. - Meine letzte Frage ist: Haben Sie darüber auch mit dem Bundesminister sich ausgetauscht zu der Situation der Ortskräfte und, wenn ja, wie?

Zeugin Antje Leendertse: Zu der Situation der Ortskräfte? Also, ich denke, das war für ihn, der



Nur zur dienstlichen Verwendung

ja jeden Tag mit Ministerin Kramp-Karrenbauer, fast jeden Tag, jedenfalls in der unmittelbaren Nachklappzeit, Krisenstab durchgeführt hatte, was, wo man sich nicht groß austauschen musste, sondern wo klar war: Das ist jetzt seine oberste Priorität.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Zeit ist um.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Dann wechseln wir zur AfD-Fraktion.

Stefan Keuter (AfD): Welche Kenntnisse haben Sie darüber, wann Emily Haber im Frühjahr, also Beginn des Jahres 21 oder im Frühjahr 21, an die Zentrale gemeldet hatte, dass höchste Sicherheitskreise in den USA oder Regierungskreise von einem schnellen Zusammenbruch der Republik Afghanistan ausgingen?

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Antje Leendertse: Ich habe jetzt - - Sie haben mir hier was gegeben vom 22. August. Und jetzt sprachen Sie aber in Ihrer Frage vom Frühjahr.

Stefan Keuter (AfD): Mhm. Ich knüpfe gerade da an, wo wir vorhin aufgehört haben, -

Zeugin Antje Leendertse: Mhm.

Stefan Keuter (AfD): - und habe die Frage versucht ein bisschen offener zu formulieren.

Zeugin Antje Leendertse: Also im Frühjahr - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Mikrofon an, bitte.

Zeugin Antje Leendertse: Ach so, sorry. Ich habe es an. Ich habe nur meinen Kopf wahrscheinlich zu weit weg. - Also der - - Das, was Sie hier vorgelegt haben, ist ein Vorgang vom 22. August und in der Tat, wo wir schon mal einen Dialog zu hatten. Das andere ist: Meldungen darüber im Frühjahr wären ja - ich glaube, das geht auch aus

den - - denke ich, wird aus den Akten auch hervorgegangen sein.

Im Frühjahr hatten wir folgende zeitliche Abfolgen: Wir hatten ja eine neue Regierung, eine neue Administration in Washington, und es gab teilweise Schwierigkeiten und dann ja auch fast bis zuletzt so ein bisschen selbst beim Department of State die Frage: Wird die Linie von Präsident Trump jetzt von Präsident Biden fortgesetzt, also des Abzugs, vor allen Dingen den Abzug frist- - zu einer Frist zu machen, also zu sagen: „Egal, was passiert, wir ziehen ab“, oder zu sagen: „Es müssen bestimmte Bedingungen vorher erfüllt sein, und dann ziehen wir erst ab, bzw. wir bleiben, wenn das nicht der Fall ist“? Und das waren ja alles Gespräche mit den Taliban, auf das das - -

Stefan Keuter (AfD): Ja, aber nach diesem - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Auf welche MAT-Nummer bezieht sich dieser Vorgang?

Stefan Keuter (AfD): Ich habe gerade aber nicht nach dem Condition-based Abzug gefragt, sondern ich habe grundsätzlich - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Abgeordneter, ich hatte nachgefragt, auf welche MAT-Nummer sich die Frage bezieht.

Stefan Keuter (AfD): Das ist die MAT A AA-4.39 VS-NfD, Blatt 477. Ich sagte ja, dass ich da weitermache, wo ich vorhin aufgehört habe.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, aber wir können ja da nicht raten. Entschuldigung, bei aller Liebe.

Stefan Keuter (AfD): Da hatte ich die MAT-Nummer zu Protokoll gegeben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Also, jetzt platzt mir aber allmählich wirklich hier der Kragen. Als Sie vorhin aufgehört haben, zu fragen, waren anschließend fünf andere, die gefragt haben, und wir hatten eine Pause. Zu sagen, dass wir hier die MAT-Nummer dann eben aus dem ... [akustisch unverständlich] haben, das ist wirklich eine



Nur zur dienstlichen Verwendung

Frechheit, sondern die kann man am Anfang nennen, und darum bitte ich auch, dass das geschieht, sonst lasse ich Fragen nicht zu. Punkt. - Nächste Frage.

Stefan Keuter (AfD): Welche Kenntnis haben Sie darüber, wann Emily Haber an die Zentrale gemeldet hatte?

Zeugin Antje Leendertse: An die Zentrale gemeldet hatte, was?

Stefan Keuter (AfD): Dass ein Gespräch stattgefunden hatte in höchsten Sicherheitskreisen und/oder in Regierungskreisen, dass man von einem schnellen Zusammenbruch in Afghanistan ausgehe.

Zeugin Antje Leendertse: Also jedenfalls nicht im Frühjahr. Also, ich denke, diese ganz konkrete Sache, die Sie da nennen, die könnte ich jetzt nicht - - Davon habe ich gar keine Kenntnis; denn die ist selbst in dem sogenannten - - also in dem Bericht, den sie am 06.08. geschickt hat, so wie Sie sie gesagt haben, nicht drin, sondern die ist sozusagen allgemeiner formuliert und nicht abgeschlossen. Also, das ist sozusagen eine Befürchtung und eine immer - jeden Tag war das so, jeden Tag auch auf US-Seite - weiter vorangeschrittene Befürchtung oder realistische Möglichkeit.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Halten wir mal einen Moment die Uhr an. Ich will zum einen darauf aufmerksam machen, dass die Zeugin vorhin auf die Frage schon mal gesagt hat, dass die Information von Frau Haber ein anderer Strang gewesen sei, der einbezogen worden sei in die Überlegung, aber nicht weiter konkret. Und zum Zweiten: Die Zeugin muss hier nicht spekulieren, sondern kann konkret bezogen auf den Vorgang antworten. Das hat sie getan.

Stefan Keuter (AfD): Ich habe auch ganz konkret zu diesem Vorgang, Herr Vorsitzender, gefragt, und es ist schon störend, wenn man sich ein Fragengerüst aufbaut und der Vorsitzende mit regelmäßigen Kommentaren dazwischengrätscht.

Das behindert dann tatsächlich die Arbeit meiner Fraktion.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie müssen damit leben, dass ich die Sitzung leite, und zwar so, wie ich das für richtig halte. - Fahren Sie fort.

Stefan Keuter (AfD): Wir beziehen uns auf Fundstelle MAT A AA-9.52 VS-NfD, Blatt 45.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Haben Sie am späten Abend des 12. August 21 den Vermerk des Gesprächs erhalten, das Tony Blinken mit Heiko Maas anberaumt und soeben durchgeführt hatte? Laut des Vermerkes soll Blinken Herrn Maas Folgendes gesagt haben - Zitat Blinken; Zitat Anfang - -

(VLR Andreas Gloßner
(AA): Entschuldigung!)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich unterbreche auch an dieser Stelle; denn ich sage noch mal - das hat ja die Bundesregierung hier schon mehrmals gesagt; Sie müssen sich also gar nicht melden, Herr Gloßner -, dass das nicht in öffentlicher Sitzung erörtert werden kann, was die Minister auf Ministerebene miteinander erörtert haben. Das ist hier mehrmals eingewandt worden. Bevor Sie es also vorlesen und es geschwärzt werden muss, unterbinde ich es gleich hier.

Stefan Keuter (AfD): Ja, dann bitte ich da einmal, die Zeit anzuhalten, dass die Bundesregierung sich die Fundstelle einmal angucken kann und dann beurteilen kann, ob wir daraus zitieren oder nicht. Ich halte das - - Wir haben hier Verfassungsrang mit diesem Ausschuss.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das müssen Sie mir nicht erzählen, sondern - -

VLR Andreas Gloßner (AA): Vielen Dank. - Das ist, wie der Vorsitzende gesagt hat, eine Ausschrift, zumindest sinngemäß, aus einem bilateralen Gespräch auf Außenministerebene, das in der Annahme stattfindet, dass die Inhalte vertraulich



Nur zur dienstlichen Verwendung

bleiben. Und dementsprechend wäre ich für stillen Vorhalt dankbar.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist zutreffend. Das haben wir hier so vereinbart. Das heißt, wenn Sie dazu was fragen wollen, geht es nur im Wege des stillen Vorhalts.

Stefan Keuter (AfD): Dann stelle ich zu der stillen Vorlage die Frage.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Vorlage ist nicht still, aber - -

Stefan Keuter (AfD): Ja, es ist vorgelegt worden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, zu dem Vorgang.

Stefan Keuter (AfD): Dazu stelle ich die Frage. Ich würde gerne verstehen, was damals im Auswärtigen Amt diese Aussage von Blinken genau war. Hat man sie so verstanden, dass die USA dauerhaft ihre Botschaft in Kabul aufrechterhalten wollten und da nur vorübergehend den Kern ihres Botschaftspersonals aus Sicherheitsgründen zum Flughafen verlegen wollten oder dauerhaft?

Zeugin Antje Leendertse: Ich glaube, da können wir ganz allgemein sprechen, weil das lief über den Sprecher des State Department, diese Frage der - - Also, soweit ich mich erinnere, lief das per Ankündigung sowohl - - Erst mal gab es eine Ankündigung der USA, auszudünnen. Ich weiß aber jetzt nicht mehr, wann. Also, das müsste man dann quasi raussuchen. Es gab dann auch die Mitteilung, die Botschaft dann zum Flughafen in Kabul zu verlegen oder, sagen wir mal, vom Flughafen zu arbeiten. Ob das allerdings zu dem Zeitpunkt, von dem Sie jetzt die Frage - - das kann ich im Moment jetzt nicht aus der Hand sagen. Das war aber was, was wahrscheinlich später erst an die Öffentlichkeit gekommen ist, aber relativ zügig.

Stefan Keuter (AfD): Danke. - Jan van Thiel berichtete uns in seiner Vernehmung laut vorläufigem Protokoll der Untersuchungsausschusssitzung vom 14. März 24, Seiten 97 und 98, dass er von der Leitung des Auswärtigen Amtes im

Unklaren darüber gelassen worden sei, dass die Taliban Sicherheitsgarantien für die deutsche Botschaft ausgesprochen hatten. Wörtlich sagte uns van Thiel laut genannter Protokollstelle - Zitat Anfang -:

„Der Taliban in Doha hat ... eine Zusage gemacht: „Sicherheit von Vertretungen ...“, aber die ist uns nie kommuniziert worden ...“

Zitat Ende. - Können Sie uns sagen, aus welchen Gründen das Auswärtige Amt dem Kabuler Botschaftspersonal nicht kommuniziert hatte, dass die Taliban die Sicherheit der deutschen Botschaft garantiert hatten?

Zeugin Antje Leendertse: Also, ich weiß - - ich kann gar nicht bestätigen, dass die Taliban die Sicherheit der deutschen Botschaft garantiert hatten, und insofern kann ich auch nicht bestätigen, weil das sich meiner Kenntnis entzieht. Also, insofern ist die Frage nicht zu beantworten für mich, weil ich glaube, wir haben das nicht vorenthalten, bzw. wenn, war es wahrscheinlich eine etwas andere Gemengelage, die dazu führte. Also, ich glaube einfach nicht, dass wir ihm irgendwas vorenthalten haben. Aber das, wie gesagt - - Mir ist auch nicht bekannt, dass über diese Sicherheitsgarantien konkret so gesprochen worden ist. Wahrscheinlich gab es eine generelle Frage.

Stefan Keuter (AfD): Wie lange habe ich noch Zeit?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Anderthalb Minuten.

Stefan Keuter (AfD): Uns liegt auf Fundstelle MAT A AA-9.52 VS-NfD, Blatt 287 und 288, ein im Referat 107 des Auswärtigen Amtes entstandenes Papier vor, das am 24.08.21 verfasst wurde und den Titel „Sicherheit und Geheimschutz der Botschaft Kabul nach der Evakuierung“ trägt.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aus diesem geht hervor, dass während der am 15.08.21 erfolgten Verlegung zum Flughafen Personalakten von Ortskräften in der Botschaft Kabul zurückgelassen worden sind, deren weiterer Verbleib am 24.08. ungeklärt war. Was ist Ihnen über die Zurücklassung der Personalakten von Ortskräften auf dem Gelände der Botschaft und deren weiteren Verbleib bekannt?

Zeugin Antje Leendertse: Ist mir im Moment nicht bekannt. Ich weiß nur, als ich das gesehen habe, habe ich gefragt: Wie kann denn das passieren? Und dann hat man zugesagt, da irgendwie dann was zu tun; denn wir hatten ja auch noch Sicherheitskräfte, die vorbeigehen konnten. Also, diese Firma ist ja noch weiter inoffiziell dahin gegangen. Aber ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, was genau damit passiert ist. Ich glaube, die haben dafür gesorgt, dass das alles wegkommt; denn zu einem späteren Zeitpunkt ist auch schon mal gefragt worden: „Was ist eigentlich mit denen?“, und dann hat man grünes - - also sozusagen Klarmeldung gegeben vonseiten der Personalabteilung.

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Sie gehen also davon aus, wenn ich das gerade richtig verstanden habe, dass diese Akten abgeholt und/oder vernichtet worden sind.

Zeugin Antje Leendertse: Also, wenn das - - Ich habe danach gefragt, und man hat gesagt, man kümmert sich darum. Und ich habe aber - - Und dann auch irgendwann ist gefragt worden - ich glaube, das war - - ob das jetzt geschehen ist, und dann hat man mir gesagt: ja.

Stefan Keuter (AfD): Okay, vielen Dank. Wir machen in der nächsten Runde weiter.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die FDP hat das Wort. Herr Kollege Heidt.

Peter Heidt (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Laut MAT A AA-9.121 VS-NfD, Blatt 34, sollte Potzel van Thiel ursprünglich erst zum 28. August in Kabul ablösen. Sie hatten jetzt mehrfach erwähnt, dass Sie vom 15., 16. August ausgegangen sind. Warum ist der Termin vorgezogen worden? Wissen Sie das?

Zeugin Antje Leendertse: Also, wir hatten darüber überlegt - - Also, im Grunde war es so, auch was Durchhaltefähigkeit und so angeht, dass wir früher wechseln. Also, das war aber, glaube ich - - Das hat man ihn gefragt so eine Woche vorher, ob er dazu bereit wäre, zu gehen.

Peter Heidt (FDP): Wir haben ja vorhin über Evakuierungen gesprochen. Es gab ja die Ankündigung durch die Amerikaner am 12. August. Wäre es denkbar gewesen, dass Deutschland eine Dynamisierung der Lage antizipiert und vor den Amerikanern das Land verlässt?

Zeugin Antje Leendertse: Ja, das wäre denkbar gewesen; denn das haben andere ja gemacht.

Peter Heidt (FDP): Ja. - Ich habe in dem Zusammenhang mal eine ganz andere Frage.

Zeugin Antje Leendertse: Das war natürlich Australien; das ist ein bisschen was anderes. Aber wir waren ja zweitgrößter Truppensteller usw. und hatten auch - - Und wie gesagt, also bei diesem - - Das Land verlassen ohne die Frage der Ortskräfte und vor allen Dingen Evakuierung der Deutschen, was ja auch jedes Mal bei Evakuierung leider der Fall ist, dass man vorher irgendwie eine geringe Anzahl vermutet - also, es sind ja nun Doppelstaatler -, und dann nachher melden sich alle möglichen Leute noch auf der ELEFAND-Liste: Also ich bin der Meinung, das hätte man - wäre theoretisch auf die ganz konkrete Frage -, ja, machen sollen, können, wäre aber so nicht entschieden worden.

Peter Heidt (FDP): Mhm. - Man hat immer den Eindruck, dass man sehr an den Amerikanern gehangen hat. Gab es bei Ihnen intern, nur rein intern, mal die Überlegung, zu sagen: „Die Amerikaner gehen raus, aber wir halten Afghanistan echt für wichtig, und auch das, was wir da gemacht haben, wollen wir nicht alles wieder aufgeben“, dass Sie diskutiert haben, das ohne die Amerikaner zu machen, also in Afghanistan zu bleiben, vielleicht mit anderen europäischen Ländern wie Großbritannien oder Frankreich? Gab es diese Überlegung bei Ihnen mal intern?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Antje Leendertse: Will ich nicht ausschließen. An denen war ich aber nicht beteiligt. Insofern kann ich da nichts Näheres zu sagen.

Peter Heidt (FDP): Okay. - In MAT A AA-8.650 VS-NfD, Blatt 137, liegt uns eine Mail des für Afghanistan zuständigen Referats im AA vor.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Da steht am 13. August nur wenige Stunden nach der Krisenstabssitzung in Vorbereitung einer Oberteilunterrichtung folgender Texte an verschiedene Kollegen im AA:

„Liebe KollegInnen nur ein Zwischenruf: ich will da gar nicht zu haarspalterisch sein; aber nach meinem Verständnis auch der Sprache von StS'in Leendertse sollten wir das „E“ - Wort noch nicht aktiv verwenden - auch wenn wir alle wissen, wozu unsere Planungen führen können.“

Zitat Ende. - Das klingt danach, als seien Sie im Haus so verstanden worden, dass Sie eine klare Kommunikation der Lage mit den Oberteilern nicht wollen.

Zeugin Antje Leendertse: Also ehrlich gesagt, zwei Dinge dazu: Ich kann nicht beurteilen, wie jemand - - Wenn ich nicht selber gefragt werde, also wenn ich sozusagen nicht zitiert werde oder so: Das sind dann Interpretationen von Aussagen. Da will ich jetzt gar nicht sagen - - Aus meiner Sicht hat er das falsch verstanden. Aber gut, er wird schon - - Kann jetzt dazu mich nicht weiter äußern.

Was ich aber sagen kann, ist, dass wir ja die Evakuierung schon beschlossen hatten. Also, das Wort „E“ steht ja sogar schon in der Hausbesprechung im Vermerk vom 10. als operative - - oder 12 - - Also, jedenfalls haben wir das schon intern so gehabt: Vorbereitungen treffen, um zu evakuieren. Und dann am 13. ist es ja auch beschlossen

worden sozusagen: konkreter Einstieg in die Evakuierung.

Warum dann das „E“-Wort, sprich: das Evakuierungswort, nicht benutzt werden soll, weiß ich nicht, vor allen Dingen, weil es uns ja auch um die Frage einer Mandatierung einer - - Wie heißt es? LSE stand auf dem Ding. Also jetzt gucke ich mal. - Schnelle Luftevakuierung, so heißt es, oder? Schnelle Luftevakuierung: Also, da kommt ja das Wort Evakuierung schon auch drin vor.

Peter Heidt (FDP): Also, für Sie wäre es völlig in Ordnung oder ist vielleicht Ihr Wunsch auch, das Parlament ordnungsgemäß und vollständig zu informieren, also Klartext zu reden?

Zeugin Antje Leendertse: Ich glaube, das haben wir auch getan in der Oberteilunterrichtung. Wir haben ja auch gebeten um - - oder sozusagen gesagt: Achtung, es kann sein, dass wir nicht mehr dazu kommen, weil das hier jetzt wirklich Spitz auf Knopf - - und wir bereiten vor eine Luftevakuierung. Darum gab es ja die Oberteilunterrichtung. Die gab es ja nicht nur - - Die gab es ja auch für einen relativ großen Kreis. Das war ja nicht nur der Auswärtige Ausschuss, sondern auch der Verteidigungsausschuss und der Innenausschuss.

Peter Heidt (FDP): Also, die Evakuierung hätte man nicht mehr jetzt dann auch stoppen können nach Ihrer Auffassung? Weil nach unseren Unterlagen hat der BND den Eintritt des Szenarios „Emirat 2.0“ in den nächsten Tagen als „eher unwahrscheinlich“ eingestuft. Ist Ihnen das so in Erinnerung?

Zeugin Antje Leendertse: „In den nächsten Tagen“ ist ja auch sozusagen - -

Peter Heidt (FDP): In den nächsten 90 Tagen.

Zeugin Antje Leendertse: In den nächsten 90 Tagen, ja. Also, ich - - Wir haben damals - da haben wir ja schon verschiedentlich darüber gesprochen - - Es gab verschiedene Einschätzungen. Diejenigen, die auf lange Fristen gesetzt hatten bei ihren Einschätzungen, hatten leider nicht recht, sondern die, die gesagt haben, es wird sehr



Nur zur dienstlichen Verwendung

schnell gehen, die hatten recht; aber auch niemand hat dieses Datum genannt. Und post factum guckt man sich die Sachen an - habe ich auch in meinem Eingangsstatement gesagt - und sagt: Wir hätten schneller - - Aber in dieser Situation hatte ich jedenfalls das Gefühl: Wir tun das, was get- - also, was jetzt, jetzt schon wieder - - diese und diese Entwicklung - - Also, drehen wir die Schraube noch mal an, machen noch mehr Informationszufluss und versuchen noch mal, sozusagen operativ weiterzukommen. Aber ich hatte nicht den Eindruck, so wie man es jetzt post factum liest, dass wir zu langsam sind.

Und diese Einschätzung, die Sie nennen, die macht ja nur Sinn, die Frage danach, wenn man sagt: Hätten wir die so sehr - - Hätten wir gesagt: „Das ist die richtige Einschätzung“, hätten wir ja auch die Obleute nicht über eine Evakuierungsoperation unterrichten müssen. Weil dann hätten wir gesagt: Die brauchen wir dann in - - Da haben wir jetzt noch 90 Tage Zeit. - Also, es war nicht eine Einschätzung des BND, die sozusagen gar nicht eingeflossen ist vielleicht - das weiß ich nicht -, aber es war jedenfalls nicht die, die dazu - - die das verhindert hat, dass wir gesagt haben: Wir wollen eine Evakuierungsmission - - die Gedanken schon mal im Bundestag verankern, damit wir, wie es ja dann auch passiert ist, über das Wochenende eine Mandatierung hinbekommen bzw. dann in dem Beschluss am 17.

Peter Heidt (FDP): Der Zeuge Dr. S. R., anwesender Referatsleiter aus dem BND, hat hier ausgesagt - endgültiges Stenografisches Protokoll 20/36 II, Seite 11; Zitat -:

„Es gab zwar eine Äußerung auch von der Staatssekretärin Leendertse: Ich bin dem BND dankbar für die Einschätzung, die er gibt, und die Zeit, die er uns noch gibt. - Da wollte ich am liebsten sagen: Ja, Achtung, aber die Zeit haben wir eigentlich nicht ...“

War Ihnen damals bewusst, dass „eher unwahrscheinlich“ eine 20- bis 50-prozentige Eintrittswahrscheinlichkeit bedeutet?

Zeugin Antje Leendertse: Da gibt es ja - - Das steht auf jedem schriftlichen Ding drauf seit - - Ich weiß gar nicht mehr, wann das war, wann da der Auslöser war. Auf jedem Bericht steht jetzt drauf, was das Codewort für welches Prozentual ist. Insofern, ja.

Und zweitens. Ich denke, dass die da auch, dass - - Der BND hat ja, wie gesagt, mit drei Personen gesprochen, und es war eine relativ - - Sozusagen es gab eine Haupteinschätzung oder eine Einschätzung, die das eben wiedergegeben hat und die ein wichtiger Baustein unserer Entscheidungsfindung war oder unserer Einschätzung.

Und das Zweite ist natürlich auch: Da gibt es immer k-Wert, und niemand wird sagen - - Selbst die höchste Wahrscheinlichkeitsstufe in Vorhersagen bei Szenarien ist nicht 100 Prozent; das gibt es nicht. Die ist 90, glaube ich, die höchste, die Sie haben bei diesem Schema.

Peter Heidt (FDP): Laut Vermerk zu der Obleute-runde - das ist MAT A AA-8.650 VS-NfD, Blatt 202 - kommunizierten Sie die Lage mit den Obleuten zusammengefasst wie folgt - Zitat -:

„Heute in Krisenstabssitzung zur Überzeugung gelangt, mit der Ausgestaltung von Eventualplanungen beginnen zu müssen; eine Evakuierung sei aber noch nicht beschlossen.“

Das ist, falls es sich nicht um eine ungenaue Protokollierung handelt, vor dem Hintergrund der Beschlüsse der Krisenstabssitzung nicht ganz korrekt. Können Sie uns die Abweichung erklären?

Zeugin Antje Leendertse: Wir konnten ja auch noch gar nicht beschließen sozusagen, weil wir ja noch nicht - - Also, wir haben ja gesagt: Einstieg in den - ich weiß nicht, ob es hier irgendwo liegt - - Einstieg in einen möglichen Evakuierungsplan oder irgend so was haben wir ja beschlossen im Krisenstab. Und insofern war das doch korrekt, also, nach meinem - - das auch so zu sagen gegenüber dem Bundestag. Alles andere hätte ja auch dazu geführt, dass man sagt: Ja, wie?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Was? - Ja? Und man muss ja auch sehen: Also, jetzt mal ohne da irgendwie sich rechtfertigen zu wollen, aber auch in der Medienlage war das doch relativ überraschend schon, wie weit wir schon in den Planungen waren. Also, ich glaube, das war was, was die - - was zwar - - ja, was die Abgeordneten des Bundestages doch jedenfalls nicht erwartet - - hat. Das denke ich, nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir mit dieser Runde am Ende. Und bevor ich jetzt noch mal eine Runde mit Restfragen aufrufe, bitte ich die Kolleginnen und Kollegen, auch zu bedenken, dass wir noch zwei Zeugen heute hören wollen und auch in der nächsten Stunde unterbrechen müssen für eine weitere namentliche Abstimmung. - Die SPD-Fraktion hat keine Fragen, wenn ich das richtig verstanden habe.

Jörg Nürnberger (SPD): Wir tragen den Bedenken des Vorsitzenden Rechnung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Die Union ist dran. Herr Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, mit den Worten von Kollegen Nürnberger habe ich noch einige wenige Restfragen. - Frau Leendertse, wir haben eben drüber gesprochen, was die deutsche Botschafterin in Washington in der Nacht, sage ich jetzt mal, vom 12. auf den 13. gekabelt hat. Gleichzeitig gab es Meldungen - das ist MAT A AA-8.38 VS-NfD, Blatt 192 - in diesen Tagen, dass die Amerikaner 3 000 Soldatinnen und Soldaten an den Flughafen verlegen, um die Reduzierung des diplomatischen zivilen Personals abzusichern. Also, eine große, sage ich mal, Truppenbewegung an den Flughafen. - Was wussten Sie von diesem Vorgang?

Zeugin Antje Leendertse: Zu dem Zeitpunkt haben wir dann das zur Kenntnis genommen, als es uns zur Kenntnis gegeben wurde. Also, „Was wussten Sie zu dem Vorgang?“, da kann ich ganz allgemein antworten. Wenn man sich den Verlauf - und da muss man auch immer die Zeitverschiebung mit einrechnen - des 13. und des 14. anguckt, dann sind auch aus meiner Sicht in US-amerikanischer Planung die Dinge schneller gelaufen, als man sie - - oder haben sich, ich will

jetzt nicht sagen, die Ereignisse überschlagen; aber da gab es auch eine gewisse aufeinanderfolgende Abfolge von Dingen, die so schnell von - - Hätte man - - Als man sie am 12. abgefragt hat, waren sie nicht erwartet worden. Als man sie am 14. abgefragt hat, waren sie schon stärker erwartet worden. Aber auch da - das ist ja aus einer Vorrunde klar geworden - gab es noch Stellen in Washington, die gesagt haben: Nee, so schnell geht das nicht, und das ist nicht - - Also gab es jedenfalls keine ganz klare Aussage: Morgen wird insgesamt abgezogen. - Das hat dann, wie ich eben schon sagte, wirklich einer militärischen Logik entsprochen, weil die Leute haben ja auch gesehen: Es gab ja auch Vorrücken der Taliban dann über die Stadtgrenzen usw., was erfolgt ist dann am 13. - Am 14., sorry.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich will vielleicht den Zusammenhang meiner Frage kurz sagen: Mich treibt die Frage um - und auch schon in bisherigen Vernehmungen hat das eine Rolle gespielt -, warum nicht schon bereits am 13. August in der Krisenstabssitzung auf der Grundlage der an diesem Morgen, sage ich jetzt mal, herrschenden Erkenntnisse erstens die Schließung und Verlegung der Botschaft unmittelbar beschlossen worden ist und zweitens der Auftrag zur militärischen Evakuierungsoperation schon erteilt worden ist. Also, dazu hat sich ja der Krisenstab an diesem Tag nicht durchgerungen, und ich versuche, zu verstehen: Also, in welchem Nachrichtenumfeld fand das statt? Und wie kam diese Entscheidung zustande? Vielleicht können Sie noch mal zusammenhängend schildern, also, unter diesem Eindruck auch der Information, die Sie am Morgen - ich gebe zu, erst am Morgen - des 13. August verfügbar hatten, also Amerikaner: 3 000 Soldatinnen und Soldaten Verlegung an den Flughafen, dünnen aus; dann gegebenenfalls innerhalb der nächsten 14 Tage friedliche Übergabe Kabuls. Über die Briten haben wir schon gesprochen. Also, aus Ihrer Sicht: Warum kam der Krisenstab nicht an diesem Tag schon zu der Entscheidung, die Botschaft zu schließen und die militärische Evakuierungsoperation vorzubereiten?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Antje Leendertse: Zwei Gründe. Das eine ist: Da würde ich argumentieren mit der Handlungsfähigkeit, also einfach mein Hori- - oder die Erwartung, dass wir bald das KUT oder die Evakuierungsmission vor Ort haben würden und dass dann ja auch evakuiert werden muss und dazu jemand vom AA vielleicht dabei sein könnte, und zwar jemand, der an der - - Also, wir hatten ja vor - und so ist es ja dann auch passiert -, den großen Teil des sogenannten Teams - das war das Team 2 - ausfliegen zu lassen - also auch Botschaftsangehörige; das war ja dann die Evakuierung der Botschaftsangehörigen -, aber ein Team noch dazulassen. Also: Handlungsfähigkeit, Antwort auf eins. Und eben die Erwartung, dass wir noch Zeit hätten, also dass es sozusagen nicht am Montag, Dienstag, Mittwoch usw. passieren würde, sondern dass wir sogar - und zum damaligen Zeitpunkt hatten wir ja noch eine Charterflugplanung - auch das mithilfe der Botschaft noch hätten wuppen können. Wie sich gezeigt hat, war es ja nicht mehr möglich, weil einen Tag später - - Und muss man auch bedenken: Am 13. hat der zivile Luftverkehr noch funktioniert, am 14. eben nicht mehr.

Und dann am - - Der zweite Strang „Warum nicht beschließen, dass es so eine Evakuierungsoperation gibt?“, das war eine Mandatierungsfrage. Das war - - Das weiß ich, dass wir da saßen oder dass gesagt wurde: Es gibt hier den Vorschlag, bis zu - und da waren die Zahlen auch ein bisschen anders, als dann nachher im Mand- - Also, es war ja noch alles im - - Die haben das ja im Laufen quasi geplant. Die hatten das zwar vorher ausgeplant; aber es musste ja - - Es war während der Krisenstabssitzung eine Diskussion über eine notwendige Mandatierung - ja oder nein? -, und das konnte mir bei dem - - und vor allen Dingen vonseiten des BMVg eher mit der Richtung „Ja“ - - Also, weil die es ja machen mussten, fand ich das - - war es nicht möglich aus meiner Sicht, auf der Krisenstabssitzung am 13. zu beschließen: Wir machen die. Sondern wir haben gesagt: Wir bereiten die vor und treiben das mit Hochdruck voran. - Also, ich weiß jetzt nicht mehr genau die Formulierung; aber das zu beschließen, war dann in der Tat an dem 14. die Aufgabe - - oder die wurde dann eben auf Ministerebene gemacht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun wissen wir - weil Sie es gerade angesprochen haben - aus unseren bisherigen Vernehmungen, dass es zur Frage der Notwendigkeit eines neuen Mandats für die Evakuierungsmission offensichtlich auf Leitungsebene der Ressorts unterschiedliche Auffassungen gab. Was wissen Sie darüber?

Zeugin Antje Leendertse: Also, auf Leitungsebene kann ich nicht - - Also, ich weiß nur: Ich habe mich halt beraten lassen, und man hatte mir gesagt: Aus unserer Sicht kann man das auf Grundlage des bestehenden RSM-Mandats machen, weil da ein Passus - im Gegensatz - - das ist ja schon eine Neuerung sozusagen von Mandaten - enthalten ist, dass auch gesagt wird: Ihr könnt evakuieren. - Ich habe aber dann nicht - - hatte keine - wie soll man sagen? - Hard Feelings, also nicht wirklich nicht - - Ich weiß, dass es politisch doch nötig ist, zum Beispiel so eine Unterrichtung zu machen. Also, ob das jetzt nötig ist - - Man hätte vielleicht sagen können auf Leitungsebene: Nein, nein, wir ziehen das jetzt erst mal durch. - Aber ehrlich gesagt, Sie müssen ja denken: Am 13. haben wir ja nicht gewusst, dass wir es am 15. durchziehen. Also, insofern - - Ich denke, das war - - Im Nachhinein betrachtet, wäre das was, was ich richtig finde.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): In dieser Nachrichtenlage um den 13. herum - ich will nur noch mal kurz sagen: ausweislich des Protokolls Ihrer Hausbesprechung einen Tag vorher - hat Herr Potzel ja gesagt - Zitat aus MAT A AA-8.06 VS-NfD, Blatt 484 -:

„Kabul wird nicht einfach zu überrennen sein, Kämpfe sind zu erwarten. Einige Nachrichtendienste sagen Fall von Kabul in 30-90 Tagen voraus.“

Und AP 05-Referatsleitung sagt:

„Mit militärischen Auseinandersetzungen in Kabul in einigen Wochen ... zu rechnen.“

Zeugin Antje Leendertse: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und am Ende: 04-L empfiehlt, die Botschaft bis zum 31.08. zu räumen. - So erschließt sich das bei uns aus dem Protokoll. Ich würde sagen: Am 12.08. ist jetzt noch nicht eine Lage, wo Dramatik vermittelt wird, zumindest nach Papierlage, und würde Sie nach Ihrem Eindruck fragen, ob das auch Ihre, sagen wir mal, Einschätzung an diesem Tag gewesen ist, -

Zeugin Antje Leendertse: Ja, und da war am 13. schon deutlich - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - also dass eine Eskalation nicht vorhersehbar ist; so will ich das mal sagen.

Zeugin Antje Leendertse: Ja, das war so. Es waren mehrere Szenarien denkbar, Einkesselung usw. Insofern haben wir das auch noch an dem 13. noch so gedacht. Gekippt ist es am 14.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. - Nun ist es so, dass es ja - Kolleginnen und Kollegen haben schon danach gefragt - ganz unterschiedliche Aussagen und Bewertungen aus der Krisenstabssitzung in den einzelnen Aussagen gibt. Unter anderem hat hier - - Wir haben hier eine Aussage - das ist das vorläufige Stenografische Protokoll 20/82 I, Seite 133/134 - einer Zeugin gehabt, die sagt, dass die falsche Einschätzung des BND keinen Einfluss auf das Ergebnis der Sitzung hatte. - Zitat Ende. - Jetzt kurz meine Frage: Sind Sie der Auffassung, dass der BND in dieser Sitzung am 13.08. eine falsche Einschätzung gegeben hat? Und hatte das Einfluss auf das Ergebnis der Sitzung?

Zeugin Antje Leendertse: Die Einschätzung wurde ja nicht nur vom BND so - - Aber es gab ja auch andere, die das so vertreten haben. Ich denke, „falsche Einschätzung“ - - Also, das so binär sozusagen, wie man heute sagt, zu sagen - - Also, einerseits gab es diejenigen, die gesagt haben: Es dauert noch 90 Tage. Und andererseits gab es die: Nur schnell weg! Da muss man noch nicht mal mehr warten, bis das KUT da ist. - Also, ich glaube, die beiden Pole waren ja nicht die einzigen. Also, ich glaube, wir haben gut daran getan, nicht sozusagen - - weil das hätte man

ja machen können. Wenn man ganz in die eine Richtung geschlagen wäre, hätte man ja sagen können: Sofort raus, egal was da sonst noch passiert. - Also, sozusagen - - Weil am 13. hätte man ja sogar noch fliegen können. Gut, ich gebe zu, da wäre es - - hätten Sie mit der Vernichtung und dem Schreddern ein Problem gekriegt. Aber ehrlich gesagt: Ich fand das so, wie es am Ende gelaufen ist - - war unvorhersehbar, im Nachhinein auch erschreckend, was manch- - Weil den Leuten ist ja auch was zugemutet worden. Also, das Kernteam, was da ohne irgendeine Unterbringung am Flughafen war und mitgemacht hat bei Massen, die gegen irgendwelche Gates stoßen, und dann - aber es werden ja sicher noch mal andere befragt werden oder schon befragt worden sein - an irgendwelchen Listen abgleichen, ob das eine Ortskraft ist oder nicht: Ich meine, das ist ja schon - - Es ist eben Gott sei Dank niemand zu Schaden gekommen ganz konkret vom Botschaftspersonal; aber es ist doch auch eine wirklich traumatische - wahrscheinlich - Situation am Ende gewesen, und die haben da Großes geleistet.

Das wollte man so nicht. Also, ich - - Das wollten wir so nicht; aber es war auf jeden Fall was, was am 13. nicht - - erstens nicht absehbar war, dass es am 15. passieren würde. Wir haben auch gedacht, wir könnten noch Charterflüge losschicken, oder jedenfalls einen, weil wir den ja schon gebucht hatten. Und das andere ist: Es war schon eine Frage der Handlungsfähigkeit auch, nicht schneller abzuziehen, als dass das KUT da war. Das ist meine Einschätzung.

Der Einfluss der Einschätzung des BND und ob das falsch war: Am Ende wissen wir ja alle, dass es eine Fehleinschätzung gewesen ist; aber es war eine mögliche Einschätzung. Also, es war jetzt nicht eine, die - - Was für einen Grund hätten die auch gehabt? Also, im Grunde ist es - - Wahrscheinlich wären zum Beispiel diese Verhandlungen anders ausgegangen, auf die eben Rekurs genommen - - und über die man sich auch noch - - an denen ich vielleicht - - nicht so viel drüber gelesen habe und gesehen habe - - über meinen Tisch gelaufen ist. Aber das war natürlich wichtig. Hätte ja auch passieren können, dass es noch zwei Wochen - - eine verhandelte Übergabe gibt. So war es aber nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun hat die gleiche Zeugin in ihrer Vernehmung in dem gleichen Protokoll gesagt, dass die Vertreter des Auswärtigen Amtes durch Körpersprache und Augenrollen ihren Widerwillen gegenüber der Berichterstattung des BND offen zur Schau gestellt hätten. Meine Frage ist: Haben Sie persönlich durch Körpersprache und Augenrollen Ihren Widerwillen - -

Zeugin Antje Leendertse: Ich hoffe, nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und haben Sie eine solche Wahrnehmung gehabt?

Zeugin Antje Leendertse: Nein, das habe ich nicht. Ich habe eigentlich - - Ich kannte ja auch die Einschätzung. Die war ja auch schriftlich verschiedentlich vorgelegt worden. Und sie wurde eingeschränkt durch den BND, durch die anderen, die diese Trigger sozusagen - - „Aber wenn dann alle massenweise ausreisen, dann wird es einen Sog geben, und dann werden alle ausreisen wollen.“ Also, das ist nicht so. Aber es war natürlich auch aus unserer Sicht vielleicht repetitiv. Also, vielleicht ist das, wenn irgendeiner mit den Augen gerollt hat, dann darauf gelaufen. Aber ich glaube, es war eine - - war natürlich eine Einschätzung - - Also, die Einschätzung, dass es keinen Einfluss auf die Abzugsentscheidung und Evakuierung hat, die würde ich so nicht teilen. Es hat sicher nicht den alleinigen, aber es hat schon natürlich - - ist was anderes, wenn Sie da sitzen und es gibt eine Einschätzung mit: Man hat noch 90 Tage Zeit. Trotzdem: Gleichzeitig gilt die andere Wahrheit. Wir hatten keinen, der gesagt hat: Und es ist am Sonntag so weit. - - Sondern wir hatten nur die allgemeine Warnung: Das kann aber auch viel schneller gehen. - Ja, was heißt das?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun ist das, was Sie „Trigger“ nennen - - Wir haben das hier im Ausschuss immer „Kippunkte“ genannt. So hat der BND das, glaube ich, auch in der Vorlage oder dem Bericht selber niedergeschrieben. Haben Sie eigentlich die Einschätzung, dass es bestimmte Ereignisse geben kann, die die bisherige Einschätzung „90 Tage oder 11. September oder was auch immer“ relativieren würden, fachlich

geteilt? Das, was Sie „Trigger“ nennen, also bestimmte Ereignisse, dass die das Verfahren oder - -

Zeugin Antje Leendertse: So analytisch habe ich das geteilt, ja. Aber die Zeithorizonte, ehrlich gesagt, kann ich nicht beurteilen, also, konnte ich nicht beurteilen selbst und habe sie beurteilt anhand der Einlassungen des BND, weil die ja auch in der Fläche waren.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Haben Sie diese Kippunkte noch mal in Ihrem eigenen Haus durch Ihre Experten plausibilisieren lassen?

Zeugin Antje Leendertse: Die waren ja im Grunde schon plausibilisiert, weil, wenn Sie sich daran erinnern, war ja eine unserer Meinungen: Wenn es massenweise so einen Exodus geben würde - - Das war im Grunde auch das Thema bei Rückführung. Das war das Thema bei „Wir ziehen die EZ-Leute nicht ab“. Das BMZ sozusagen sagt: Nee, wir wollen aber da unsere Ortskräfte dalassen, weil wir brauchen sie. - Und es hat eben auch - - Das ist dieser berühmte Spruch der Signalwirkung, der ja auch kritisiert worden ist. Und im Grunde ist das aber natürlich einer dieser Trigger gewesen, die der BND geschildert hat. Er hat gesagt: Wenn es dann dazu kommt, zu einem Massenexodus, dann können sich auch diese Einschätzungen oder diese Abläufe dann erheblich beschleunigen. - Und so war es ja auch.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun hat Ihr Minister ausweislich der Homepage des Auswärtigen Amtes wie folgt formuliert - Zitat -:

„Die Entscheidungen, die aufgrund dieser fehlerhaften Berichte [des BND] getroffen wurden, sind nach bestem Wissen und Gewissen gefallen. Aber sie waren im Ergebnis falsch, mit katastrophalen Folgen.“

Zitat Ende. - Dieses Zitat unterstellt fehlerhafte Berichte des BND. Meine Frage ist jetzt: Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt fehlerhafte Berichte des BND bekommen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Antje Leendertse: Fehleinschätzungen, würde ich sagen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, meine Frage war - - Ich habe es ja zitiert, wie es ist: „fehlerhafte Berichte“. Sollen wir doch mal eben kurz die Quelle - - Ich merke Unruhe. Das ist <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2477656>. Wer möchte, kann das suchen. Genau.

Also, deswegen noch mal meine Frage. Der Minister behauptet, es habe fehlerhafte Berichte des BND gegeben. Und deswegen noch mal meine Frage - Sie haben eben gesagt, es habe eine Fehleinschätzung gegeben -: Hat es einen fehlerhaften Bericht des BND nach Ihrer Kenntnis gegeben?

Zeugin Antje Leendertse: „Fehlerhaft“ in dem Sinne, als dass Wahrscheinlichkeiten als solche angezeigt wurden, die einen weiteren Horizont hatten, als sie sich dann bewahrheitet haben. Also, ich würde sagen: Fehleinschätzung. Und die haben wir alle gehabt oder auch andere gehabt. Und die haben natürlich - - BND hat schon Gewicht gehabt. Das ist ja klar, dass das Gewicht hat, wenn der Geheimdienst, der ja vor allem - vielleicht kann man da noch drauf hinweisen - eben auch andere Möglichkeiten hat. Wir saßen ja im Prinzip mit unseren Botschaftsleuten im Compound.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay, vielen Dank für diese Antwort. - Dann habe ich auch nur zur Obleuterunde noch eine abschließende Frage. Am 13.08.2021 haben Sie berichtet, dass zu diesem Zeitpunkt noch circa 80 deutsche Staatsbürger in Afghanistan seien. Das ist noch mal MAT A AA-8.89 VS-NfD, Blatt 85. Aus den Befragungen anderer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihres Hauses gehen wir jedoch davon aus, dass in Ihrem Amt die Tatsache bekannt war, dass doch eine wesentlich größere Anzahl von deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern sich noch in Afghanistan aufhielt. Meine Frage jetzt: Wie kam es zu dieser Fehlinformation?

Zeugin Antje Leendertse: Ich habe jetzt das nicht vorliegen. Ich nehme an, das waren 80 Gemeldete

bei ELEFAND, oder? Da gibt es ja diese Registrierungsmöglichkeit, die aber keine Verpflichtung darstellt. Also, ich meine, wir müssen jetzt vielleicht mal insgesamt sagen: Das ist ja kein Land, wo Touristen sich aufgehalten haben, deutsche Touristen oder so, sondern wo das alles entweder Leute waren, die da eine Arbeit hatten oder irgendwo gearbeitet haben oder die Doppelstaatler waren, weil sie mit Deutschen verheiratet usw. - - und aber in Afghanistan gelebt haben. Ich weiß nicht, ob ich das falsch vorgelesen habe, ob da die - - Es gibt aber die Gesprächsunterlage. Ich nehme mal an, die haben geschrieben: Circa 80 Bekannte oder Registrierte oder so was.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Darf ich kurz - - Bevor wir spekulieren, würde ich sonst - - Das ist MAT A AA-8.89 VS-NfD, Blatt 84, auf Seite 85. Wenn Sie wollen, können wir es vorlegen; aber ich zitiere mal eben so, wie es hier steht.

Zeugin Antje Leendertse: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Da berichten Sie, also ausweislich dieses Vermerks - -

Zeugin Antje Leendertse: Ein Vermerk von uns?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Bitte?

Zeugin Antje Leendertse: Ein Vermerk von uns, vom AA?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Der Vermerk ist von Herrn Globner.

Zeugin Antje Leendertse: Auch das noch.

(Heiterkeit)

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): So viel zum Thema Vorbefassung. - Also, da heißt es auf jeden Fall - - Es wird nicht Bezug genommen auf die ELEFAND- Liste, sondern da heißt es:

„Derzeit nach Kenntnis AA noch 88 Deutsche neben Botschaftspersonal in AFG.“

- Also, exakt die Zahl 88.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Antje Leendertse: Okay. Dann wird das die Zahl - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und da wird nicht auf ELEFAND und nichts Bezug genommen, sondern „88“.

Zeugin Antje Leendertse: Dann ist das halt eine Verkürzung, aber vielleicht kein Fehler in dem Sinn oder jedenfalls keine Übeltat, weil ich nehme an: Entweder ich habe es verkürzt gesagt, oder er hat es verkürzt geschrieben. Aber wenn es so eine genaue Zahl ist, spricht eigentlich alles dafür, dass das die Zahl der bei ELEFAND gemeldeten Deutschen ist. Und, wie gesagt, das ist immer - - Also, meines Erachtens ist das aber auch was, was jetzt doch als Lehre gezogen werden muss. Es ist immer so, dass die Leute sich so lange da nicht melden, bis sie nicht [sic!] denken: Jetzt müssen wir uns aber schnell melden, damit wir ausgeflogen werden. - Also, es ist wirklich so - weil es gibt aber auch keine Pflicht - und es ist bei jeder Krise bisher so gewesen, dass man - - Eine relativ geringe Zahl meldet sich und sagt: Übrigens, ich bin deutsch, und ihr könnt mich unter Folgendem erreichen. - Und wenn dann wirklich eine Krise ausbricht oder ausgeflogen wird, melden sich dann zehnmal so viel oder fünfmal. Und es stimmt auch, dass sie den Pass haben, weil es natürlich Verbindungen gibt nach 20 Jahren. Und, ja, klar, Doppelstaatsangehörige meistens.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Da sich die Bundesregierung zu diesem Thema nicht gemeldet hat, nehme ich das mal so zur Kenntnis. - Vielen Dank für Ihre Ausführungen.

Zeugin Antje Leendertse: Vielleicht habe ich es auch falsch gesagt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nein, ich bin am Ende meiner Befragung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielleicht müssen wir den Beitrag von Herrn Globner dann doch noch schwärzen; mal gucken. - Dann wechseln wir zu den Grünen. Frau Kollegin Bayram.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Ich habe noch mal einen ähnlichen Komplex, Fragen zu den verschärften Sicherheitshinweisen für deutsche Staatsangehörige. Können Sie sagen, inwieweit die Sicherheitshinweise in einer Verbindung standen zu Aussagen über die Sicherheitslage bei Abschiebungen?

Zeugin Antje Leendertse: Ich weiß das, weil ich habe das gesehen. Das war ja eine Außen- - oder quasi ein - - Wir hatten seit März 2020 eigentlich Reisewarnungen, und wir hatten dann noch mal mehrfach Ausreiseempfehlungen konkret gemacht. Und da war ein Ding, was mich erst erreichte, als - - Wir hatten, glaube ich, in irgendeiner Besprechung, ich glaube, an dem 10., sogar schon gesagt: Das muss jetzt noch mal neu erinnert werden, bitte. - Ausreiseempfehlungen praktisch. Ich weiß nicht, ob man die alle zwei Stunden macht; aber die Erfahrung zeigt halt, dass man das zur Sicherheit macht. Ehrlich gesagt, solange noch Flüge gehen und die Leute auch gebucht sind oder selber subjektiv kein Unsicherheitsbedürfnis haben, erreichen Sie damit nicht so viel, es sei denn, Sie haben eine touristische Situation. Dann vielleicht, weil dann wird ja das Reiseunternehmen gezwungen, auf eigene Kosten die Leute rauszufliegen. Also, das ist ja wieder ein ganz anderer Fall.

Das ist eben in Afghanistan gar nicht - - war das eben auch gar nicht einschlägig. Aber ein Landeutebrief oder ein Sicherheitshinweis, Aktualisierung musste sein. Das haben die Kollegen gemacht. In der Tat gibt es so eine Fundstelle, ein Faktum. Aber, wie gesagt, das sind Aussagen von Dritten aus dem Haus - das ist nicht meine Aussage sozusagen -, die sagen: „Moment mal, wir haben seit 15.07. einen Asyllagebericht“, und sagen: Es gibt aber doch auch andere - - Da gibt es noch diesen - - Sie kennen das ja; der ist auch vertraulich und nur Prozessbeteiligten zu- - Da ist die Lage natürlich vom 15.07. beschrieben und teilweise auch noch weit davor, weil man, glaube ich, da einige Dinge hatte, die im Mai eruiert worden sind.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir haben immer einen Termin gesucht, um noch mal zu aktualisieren, also auch: Auf welcher Grundlage? Es ist aber auch so, dass, wenn Sie den nicht aktualisieren, sind ja die Gerichte trotzdem in der Lage, Zeitung zu lesen und zu sehen: „Pass mal auf“ oder Entscheidungen zu treffen und zu sagen: Das ist jetzt der alte Bericht; aber man sieht ja nun hier an der Tickerlage oder Zeitungslage, dass es da hoch hergeht. - Also, insofern müssen Sie dann auch einen Zeitpunkt treffen, wo Sie den aktualisieren. Es gab aber hier - und das habe ich auch in den Akten natürlich gesehen -, weil ich befasst wurde und sagte: „Was ist denn jetzt? Sollen wir darauf achten, dass - - Wann soll denn dieser Landsleutbrief raus?“ - - Und ich glaube, es hat dann am Ende - - habe ich geschrieben irgendwas so mit: Jetzt schickt ihn halt raus, wenn das dann auch gut ist für das Pressereferat. - Damit war aber nicht gemeint, dass sie den irgendwie - - Ich nehme an, es ging auch darum: Wann kriegen wir Fragen zum Asyllagebericht, wenn wir die Sicherheitslage sozusagen - - Ich wollte, dass die sich untereinander abstimmen. Im Grunde habe ich die ein bisschen - - Ich hätte vielleicht sagen sollen: „So schnell wie möglich“, oder so. Egal. Ehrlich gesagt, ist das aber, was die Sicherheitslage angeht, für die Rezipienten, denke ich, nicht so relevant gewesen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, meine weiter gehende Frage wäre, ob das eine Wechselwirkung auch zu diesem Abschiebebegehren von dem Bundesminister Seehofer hatte, das ja weiterhin im Raum war, und ob aus Rücksicht darauf eben der Landsleutbrief -

Zeugin Antje Leendertse: Nee.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - nicht so in seiner Schärfe hinsichtlich der Sicherheitslage formuliert war.

Zeugin Antje Leendertse: Nee, nee. Wir reden ja von noch mal einer Wiederholung am 11.08. oder so. Nee, das ist wirklich nicht so. Da war also doch sicher - - Das müssten Sie natürlich das BMI fragen; aber, ehrlich gesagt, glaube ich das nicht, dass das eine Rolle gespielt hat.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da können Sie von ausgehen, dass wir die auch fragen; aber wir fragen Sie halt auch.

Zeugin Antje Leendertse: Gut. Ist in Ordnung.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Dann habe ich noch mal eine Frage, und zwar zu dem MoI [sic!], aus dem ja hervorging, dass die Amerikaner die Deutschen mitnehmen aus der Green Zone. Da würde mich interessieren: War denn auch Gegenstand dieses MoI [sic!], dass Landsleute davon umfasst waren, wenn die vor Ort waren, dass die ebenfalls mitgenommen werden konnten?

Zeugin Antje Leendertse: Können Sie noch mal das Datum sagen, wann das war, und vielleicht vorlegen? Weil das ist mir jetzt nicht erinnerlich. Es gab ein - - Sie meinen MoU, Memorandum of Understanding, und wahrscheinlich eine Vereinbarung bei Ramstein, bezogen auf Ramstein, oder - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nee, es geht um die Evakuierung der Botschaft aus der Green Zone sozusagen -

Zeugin Antje Leendertse: Ach so.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder die Verlegung an den Flughafen; der Komplex. Aber das müssen wir Ihnen doch mal vorlegen, oder?

Zeugin Antje Leendertse: Da Landsleute - - Also, ich bin - - Nach meiner Erinnerung ist das so - wenn das da - - Ich hoffe, es steht da nicht anders und ich erinnere mich falsch, aber es ist jedenfalls so, dass das nur die Botschaftsangehörigen betroffen hat, nicht noch irgendwelche zusätzlichen deutschen Staatsangehörigen, weil das, glaube ich, auch den Umfang gesprengt hätte.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann wäre halt die Folgefrage: Wie war denn dann in der Kürze der Zeit vorgesehen, die Deutschen rauszubekommen, also was so Ihre Vorstellung war zu dem Zeitpunkt 11. August, als ja der Landsleutbrief rausgegangen ist?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Antje Leendertse: Da war der Verweis auf zivile - - also, auf „Raus auf eigene Faust“. Und da lief ja auch der zivile Flugverkehr noch. Da war ja quasi der Aufruf: Reist alle aus, und benutzt die zivilen Flugmöglichkeiten!

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hallo, Frau Leendertse!

Zeugin Antje Leendertse: Hallo!

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde dann noch mal selber nachhaken. Sie haben ja vorhin ausgeführt, dass es grundsätzlich und auch im Fall von Kabul immer im Interesse des Auswärtigen Amtes ist, die Botschaft möglichst lange operabel zu halten, um zum Beispiel Sammelpunkt zu sein für deutsche Staatsangehörige.

Zeugin Antje Leendertse: Genau.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Kollegin hat gerade noch mal auf das Memorandum of Understanding verwiesen, bei dem dann das Personal von den Amerikanern mitgenommen wird. Deswegen jetzt noch mal konkret die Frage: Wenn in der Vorstellung die Botschaft so lange offen bleiben - und das war ja Mitte August die Vorstellung - - was war denn dann die Überlegung, wie die Leute, die sich dann an der Botschaft sammeln, die Staatsangehörigen, wie die dann von der Botschaft zum Flughafen kommen?

Zeugin Antje Leendertse: Ehrlich gesagt, das habe ich auch nachher noch mal mit Herrn van Thiel besprochen. Also, da gab es eine - - Die Vorstellung war ein Sammeln auf dem Botschaftsgelände. Und da ging man von 250 Personen aus, was bei den 88, die wir eben erwähnt haben, jetzt noch okay gewesen wäre - es sei denn, die hätten nicht in Kabul gewohnt. Das muss man ja auch sehen, dass die sozusagen sich auf das ganze Land bezogen hätten. Und es war klar, dass man die nur zu einem - - Die hätte man über den Landweg zu diesem Zeitpunkt, am 11.08., auch nicht in einer Kolonne oder so - - hätte man sie wahrscheinlich nicht weggekliegt. Dafür hatten wir ja das Personal auch gar nicht.

Also, ich glaube, die Planung, die insgesamt in der Krisenunter- - Also, das ist jetzt eine Frage, wo man auch aufpassen muss, zu welchem Zeitpunkt was sozusagen der Stand war. Am 11.08. war uns, glaube ich, klar: nur Flughafen und auch nicht Landweg oder irgendwelche Dinge, sondern - - Aber in der Planung stand - das ist die ursprüngliche -: 250 Leute, bis zu 250 Leute sammeln sich da. Und man hat ja aus gutem Grund am 11.08. nicht gesagt: Kommt alle zur Botschaft, zum Botschaftsgelände. - Jetzt mal abgesehen davon, dass es vielleicht auch damals schon nicht so einfach gewesen wäre; aber selbst das hat man ja nicht - - Man hat ja nicht gesagt: „Kommt alle zur Botschaft, wir sammeln uns da!“, sondern man hat gesagt: „Reist alle aus!“ - Und zum 11.08.-Zeitpunkt ging es ja auch noch.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Nachfrage wäre aber: Warum wurde die ELEFAND-Liste erst mit Ausbruch der Krise aktualisiert und nicht schon im Vorfeld?

Zeugin Antje Leendertse: Nee, die ELEFAND-Liste ist ja keine, die wir aktiv aktualisieren, sondern es ist ja eine, wo Deutsche, wenn sie einreisen und sich überhaupt an die Vertretung wenden, gesagt bekommen: Ihr könnt euch hier eintragen. - Das ist ja eher so ein Angebot. Das ist ja nicht das, was wir aktiv - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, aber - -

Zeugin Antje Leendertse: Wir recherchieren ja jetzt auch nicht, selbst wenn wir eine Konsularabteilung hätten, was wir da ja gar nicht hatten.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. - Aber aus dieser Liste wurde ja dann eben auch - - oder aus diesen Meldungen wurde ja dann eine Liste erstellt. Und diese bereinigte Liste: Wissen Sie, wann die erstellt wurde?

Zeugin Antje Leendertse: Ich glaube, die ist sozusagen - - Da gibt es keinen Zeitpunkt, wann dann Listen - - sondern das ist ja - - Da kann man ja jederzeit draufdrücken und: Druck aus, was ihr da für Angaben habt. Also, die wird nicht aktualisiert, sondern die aktualisiert sich selber. Es



Nur zur dienstlichen Verwendung

meldet sich jemand, dann trägt man den ein, und dann hat man Nummer 89 auf der Liste. Und bei denen - - Also, ich - - so genau - - Ich habe so eine Liste noch nicht selber gemacht; aber ich weiß, dass ja dann täglich, auch nach dem 15., steigende deutsche Staatsangehörige-, die noch da sind, -zahlen genannt wurden. Die sind ja auch aufgrund von Meldungen entstanden und sind auf dieser Liste nachgetragen worden, sodass die in Echtzeit sozusagen aktualisiert wird, sobald sich jemand meldet. Und der kommt dann auf die Liste. Und jeden Tag waren es viel mehr als die 88, die am 13. noch Stand waren.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Es tut mir leid, dass wir jetzt so springen; aber ich muss noch mal darauf zurückkommen. Also, Sie haben vorhin hier im Untersuchungsausschuss gesagt: Wir wollten natürlich erst mal gucken, dass wir die Botschaft lange aufrechterhalten können, damit dann noch die Botschaft helfen kann bei der Ausreise.

Zeugin Antje Leendertse: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt ist so ein bisschen die Frage: Wenn die Botschaft kein Sammelpunkt mehr sein kann, weil dann sowieso der Transfer von dort woandershin nicht mehr - -

Zeugin Antje Leendertse: Deswegen Flughafen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. - Und warum konnte man die Botschaft dann nicht schließen? Also, worin hätte die Hilfe bei der Ausreise bestanden von einer Botschaft, die dann noch offen ist? Also, das wird mir immer noch nicht so ganz klar.

Zeugin Antje Leendertse: Nee. Also, Sie müssen ja unterscheiden. Botschaft ist offen im Sinne von - - Das ist ja sowieso kein Public-Zugang oder so. Ich meine, das ist ja ein schwerbewachtes Ding, wo Leute drinsitzen, und in dem Fall neun Leute plus Sicherheitspersonal plus, plus, plus, also andere, die auch auf das Gelände gegangen sind. Aber es war meines Erachtens am 11.08. klar, dass man nicht zur Botschaft aufrufen kann: „Kommt alle zur Botschaft, und hier werdet ihr

dann evakuiert!“, sondern es war klar, dass das vom Flughafen passieren musste.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann die Frage: Warum sollte sich das Botschaftspersonal dann trotzdem an der Botschaft aufhalten und noch nicht am Flughafen?

Zeugin Antje Leendertse: Na, das war ja wiederum - - Wir haben ja auch gesagt, sie sollen sich jetzt von den Amerikanern ausfliegen lassen, nachdem diese quasi Notwendigkeit oder die Warnung kam: Jetzt fliegen wir. Jetzt habt ihr noch 72 Stunden. Jetzt meldet euch, mit wie viel ihr fliegen wollt. - Und wir hatten ja noch zusätzlich Niederländer und Schweizer. Das heißt, die mussten ja die Zahlen auch melden den Amerikanern. Das ist ja davon losgelöst. Also, die Evakuierung ist - - Also, was erfolgt ist, ist ja schreddern, also Geheimakten schreddern, aufräumen, packen usw., also sich darauf vorbereiten. Auf dem Botschaftsgelände in der Tat waren sie deswegen, weil sie da auch noch berichten konnten. Am Ende war es ja auch - erinnern Sie sich - - waren sie nur noch per Telefon erreichbar. Also, es war ja dann - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es ging darum - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind deutlich über die Zeit, Frau Kollegin.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es ging darum, die Arbeitsfähigkeit aufrechtzuerhalten.

Zeugin Antje Leendertse: Genau, Arbeits- und Handlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, es hilft alles nichts. Wir müssen die Sitzung wieder unterbrechen. Ich unterbreche die Sitzung für eine halbe Stunde.

(Unterbrechung von
16.49 bis 17.15 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Sitzung fort.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir sind bei den Restfragen angekommen. Und das Fragerecht geht zur AfD.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch von mir ein herzliches Willkommen, Frau Leendertse! Und ich bedanke mich, dass Sie bereitstehen, uns unsere Fragen zu beantworten. - Laut MAT A AA-9.76 VS-NfD, Blatt 47, schrieb Andreas Krüger an einen kleinen Verteilerkreis im AA am 11. August 2021, dass das damalige Ansinnen der BMZ-Leitungsebene, deutsche Entwicklungszusammenarbeit in den von den Taliban kontrollierten Gebieten auszusetzen, nicht zu akzeptieren sei. Eine Aussetzung der deutschen EZ in Talibangebieten - Zitat Krüger - habe „fatale Auswirkungen ... auf die Sicherheit der OK's“ - Zitat Ende.

Frau Leendertse, können Sie uns näher darlegen aus Ihrer Sicht, weshalb man damals im AA in der Einstellung der deutschen EZ in Talibangebieten ein Sicherheitsproblem für Ortskräfte sah?

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Antje Leendertse: Danke schön und auch für die Gelegenheit, hierzu etwas zu sagen. - Also, ich meine, wie ja hier auch zu erkennen ist an dem Stück, ist das sozusagen eine interne Diskussion, also einzelner in dem Fall jetzt - - Ich war ja da nicht - - Es ist ein bisschen schwierig, jetzt die Kollegen hier zu interpretieren, mit denen man noch schon damals nicht gesprochen hat darüber, dass sie das so tun. Ich weiß wohl - - oder was sie genau damit meinten. Hier steht ja auch: „Mit gewissem hierarchischen Nachdruck“ - also, da bin, glaube ich, ich mit gemeint, mit dem hierarchischen Nachdruck - möchte man gerne über diese Suspendierung entscheiden bzw. die Entscheidungsparameter in einer Vorlage erläutert haben von den Experten. Und die andere Kollegin, die auch in der Hierarchie eins höher ist, schreibt: „Ich hätte ... gerne ... eine ordentliche Vorlage zum Thema“ usw. Das war einfach etwas, was politisch entschieden werden musste und wozu wir eine politische Linie

brauchten. Und, ich glaube, in der Vorlage, an die ich jetzt nicht mehr - -

Es ist erwünscht, glaube ich, von unserer Seite als Leitung - oder war damals erwünscht und ist jetzt sicher auch noch so der Fall -, dass man da die Pros und Cons durchaus schreibt in so einer Entscheidungsvorlage zur Suspendierung. Denn es ging ja nicht nur um die EZ, sondern es ging ja auch um unsere eigenen Stabilisierungsmaßnahmen, die wir suspendiert haben. Da hatten wir eine sehr differenzierte, ausdifferenzierte Haltung zu: Das, was sozusagen Taliban-Regierung fern war, kann man weitermachen, natürlich sowieso die humanitären, aber auch das, was sozusagen an Projekten - - weiß nicht.

Zum Beispiel gab es da ein UNEP, großes Polizeiprojekt [sic!], da waren wir nicht der Meinung am Ende, dass man die Finanzierung da sofort suspendieren muss; aber man musste sozusagen auch in Dialog treten mit UNEP: „Was macht ihr denn da?“ usw. und sicher auch in - - Man musste jedenfalls diese Frage: Unterstützt man da nicht indirekt - am 11. waren es ja noch nicht die Taliban in toto als de-facto-Regierung auch noch schon in Kabul, aber in diesen Regionen - die Taliban durch EZ oder Stabilisierung? Und diese Vorlage haben wir bestellt. Die haben wir auch so bekommen. Ich verstehe das jetzt hier als internen Diskussionsprozess, der durchaus auch in Besprechungen, auch in der Vorlage in der Ausdifferenzierung da Niederschlag gefunden hat. Also keine Pauschale: „Wir machen überhaupt nichts mehr an Stabilisierung“ wurde beschlossen, sondern es wurde gesagt: „Wir machen nur noch Folgendes ...“, und das war auch inhaltlich begründet.

Joachim Wundrak (AfD): Danke. - Noch mal eine Nachfrage: Hier wird ja ausgedrückt, dass für die Ortskräfte eine Einstellung der EZ ja eine Gefährdung darstellen würde. Wie war denn da die Argumentation?

Zeugin Antje Leendertse: Wie seine Argumentation war, weiß ich nicht, an die kann ich mich nicht erinnern, warum da eine Gefährdung der Ortskräfte resultiert. Es ist aber schon zu vermuten, dass, wenn man durch Ortskräfte - - also,



Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt mal ganz plastisch sich vorgestellt. Ich kann das schon verstehen, wie er das sagt: Wir sind dem da nicht gefolgt als Handlungsparameter. - Aber dass man sozusagen ein Projekt aufhört mit - - Und die Ortskräfte verbleiben aber da, weil wir ja wussten, dass wir zu dem Zeitpunkt keine Ausreisemöglichkeit so schnell hatten. Und dann lässt man sie da sein und als quasi der Sündenbock und vielleicht derjenige, der angefeindet wird in dieser konkreten Projektsituation, in dieser konkreten Region, warum der Westen, die Deutschen rausgegangen sind mit ihrem Projekt. Das kann ich schon verstehen, weil man lässt sie ja zurück. So pauschal „Sicherheit der Ortskräfte“, wie er das genau ausdifferenziert hätte, kann ich Ihnen nicht sagen, müsste man ihn fragen.

Joachim Wundrak (AfD): Okay. Vielen Dank. - Die Abteilungsleiterin Sigmund aus dem Haus AA sagte hier während ihrer Vernehmung laut vorläufigem Protokoll der Ausschusssitzung vom 10.09., Seite 17 und 18, dass im Grunde der gesamte Krisenstab am 13.08. die Aussage des BND, dass die Taliban nicht vor dem 11. September in Kabul einmarschieren würden, für unwesentlich hielt, weil Jan van Thiel etwas anderes sagte. Außerdem habe man den BND-Aussagen auch deswegen nicht geglaubt - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Kollege, darf ich Sie gerade unterbrechen? Die Frage ist exakt so schon mal gestellt worden. Insofern wollen wir die - -

Joachim Wundrak (AfD): Da war ich nicht hier.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Deswegen sage ich es Ihnen ja. Dann können Sie die nächsten - -

Joachim Wundrak (AfD): Ja, okay.

(Zuruf eines Mitarbeiters der AfD-Fraktion: Das ist nicht dieselbe Frage, das geht noch weiter!)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist dieselbe Frage.

Joachim Wundrak (AfD): Darf ich kurz nachfragen? Weil hier kommt noch eine Aussage von Tony Blinken dazu. Ist das schon beantwortet worden? - Ich danke, Herr Vorsitzender.

Außerdem habe man den BND-Aussagen auch deswegen nicht geglaubt, weil Tony Blinkens am Vorabend gegenüber Minister Maas gemachte Aussagen dem widersprachen. Tatsächlich geht aus MAT A AA-9.52 VS-NfD, Blatt 45, hervor, dass Tony Blinken Heiko Maas eigeninitiativ sagte, dass die USA bis zum 31.08.21 den Kern ihres Botschaftspersonals an den Flughafen verlegen würden.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung, dann muss ich aus anderen Gründen unterbrechen, weil wir vorhin mehrmals hier festgestellt haben - da waren Sie auch noch nicht da -, dass aus Inhalten aus Gesprächen der Minister sozusagen nicht direkt hier zitiert werden darf, bezogen auf Unterlagen, wo nur stille Vorhalte gemacht werden dürfen. Das haben wir hier mehrmals festgestellt. Insofern würde ich vorschlagen: Nehmen Sie eine andere Frage, dann kommen wir weiter.

Joachim Wundrak (AfD): Bekanntlich hatte der BND in der Sitzung am 13.08. auch den Abzug der US-Botschaft aus der Green Zone als entscheidenden Kipppunkt für einen möglichst schnelleren Fall von Kabul genannt. Ist diese Aussage während der Sitzung dann gedanklich mit der Ansage Blinkens - die nur angedeutet worden ist -, bis zum 31.08.21 den Kern des US-Botschaftspersonals an den Flughafen zu verlegen, kombiniert worden? Ist das in Zusammenhang gesehen worden?

Zeugin Antje Leendertse: Also, es ist auf jeden Fall sozusagen - - Der 31. war auf jeden Fall, denke ich, für uns - - Noch mal so gesagt: 13.08. war ein Tag, wo wir nicht mehr gesagt haben: Das dauert jetzt noch den ganzen September oder vielleicht bis Dezember, sondern wo diese unausgesprochene Befristung bis Ende des - - Und die



Nur zur dienstlichen Verwendung

lief ja auch über Ticker; insofern braucht man sich da nicht auf den Gesprächsvermerk zu stützen. Da war es auf jeden Fall so, dass wir wussten, es würde jetzt nicht mehr ein paar Wochen oder so dauern. So weit kann ich mich rauslehnen, glaube ich. Gedanklich verknüpft worden ist das insofern schon.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank. - Für das Sekretariat: Ich beziehe mich im Folgenden auf Seite 1 und 4 der hier zugesagten Anlage 72. - Frau Leendertse, laut der auf der Bundestagsdrucksache 20/8031 dokumentierten Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage unserer AfD-Fraktion waren deutsche Beamte und die deutsche GIZ während der zweiten Augushälfte 2021 mit daran beteiligt, Afghanen mittels mit den Taliban abgestimmter Bustransporte aus der Stadt Kabul in den Flughafen Kabul zu schleusen. Dieses Vorgehen sorgte damals für Aufsehen und hat die japanische Botschaft in Kabul laut MAT A AA-2.30 VS-NfD, Blatt 238, dazu veranlasst, beim Auswärtigen Amt bezüglich genauer Details der Bustransporte anzufragen. Wörtlich fragten die Japaner - das ist ein Zitat aus MAT A AA-2.30 VS-NfD, Blatt 239; ich zitiere -:

„3. Wir wissen, dass für das Passieren der Kontrollposten der Taliban ... vorab eine Liste mit den transportierten Personen übermittelt werden muss. Wie ging die Abstimmung mit den Taliban vor sich? ...

4. Wurden beim Passieren der Kontrollposten der Taliban alle Passagiere einzeln vor Ort kontrolliert?“

Zitat Ende.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Frau Leendertse, was können Sie uns über den Umgang der Taliban mit den Namenslisten von afghanischen Passagieren der Bustransporte Genaueres sagen?

Zeugin Antje Leendertse: Also, da muss ich ein bisschen um Nachsicht bitten, dass ich nicht mehr konkret in charge war, dass ich sozusagen punktuell Dinge nachvollzogen habe, zum Beispiel das hier. Kann ich mich nicht erinnern, dass ich da an der Verfassung von dem - - also, dass das über mich gelaufen ist usw. Ich habe es vielleicht im Nachhinein gesehen.

Aber ich würde Ihnen jetzt zu den Bustransporten und zu den Abfragen vielleicht was sagen, was wirklich nicht stimmt, weil das habe ich nur so parallel mitgelesen. Also, im Grunde, ja, kann ich Ihnen wenig zu sagen; wäre vielleicht irreführend, wenn ich jetzt was spekuliere.

Joachim Wundrak (AfD): Okay. - Ist Ihnen denn - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie sind am Ende der - -

Joachim Wundrak (AfD): Darf ich kurz nachfragen? Ganz kurz. Ich bitte drum.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte.

Joachim Wundrak (AfD): Ist Ihnen bekannt, ob den Taliban für die Passage der Busse durch die Bundesrepublik Deutschland Gelder gezahlt worden sind und, wenn ja, in welcher Größenordnung?

Zeugin Antje Leendertse: Ist mir auch nicht bekannt. Aber ich weiß, dass natürlich die Taliban dort vor Ort waren, also dass es eine Situation, in der operiert werden musste, gab, in der die Taliban dort waren. Solche Dinge sind mir aber nicht bekannt. Also, insofern kann ich mich dazu nicht äußern. Ich weiß, dass die quasi die - - Die waren allüberall. Und es hieß ja auch immer: Im Grunde sind das - - läuft das besser als vorher, weil man sich jetzt an jemand wenden kann. Das habe ich schon auch mitgelesen, aber ich habe keine - - Solche konkreten Fälle sind mir nicht bekannt geworden.

Joachim Wundrak (AfD): Ich bedanke mich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Hat die FDP noch Restfragen? - Bitte.

Peter Heidt (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - In der letzten Augustwoche 21 kontaktierte Sie Frau Emily Haber. Das ist die ehemalige deutsche Botschafterin in Washington. Sie bat um die Weisung, ihren geplanten Urlaub wegen der akuten Krisensituation in Afghanistan nicht anzutreten. Laut Frau Habers Aussage haben Sie geantwortet, dass es nicht notwendig sei, den Urlaub abzusagen. Wie haben Sie die Situation in Erinnerung?

Zeugin Antje Leendertse: Das war Ende August. Ja, ich weiß, das war Ende August. - Oder wann war das genau?

Peter Heidt (FDP): 15. August.

Zeugin Antje Leendertse: 15. August. Genau. Deswegen frage ich nach dem Datum, weil theore- - Also, an dem 15. hatten wir vereinbart, dass - - Und so war ja auch die ganze Urlaubsplanung gemacht. Und es war auch - - weil man wirklich einiges aufholen musste an Kenntnissen, wenn man ein paar Tage weg war. Und er war ja drei Wochen weg, also hat sich zwar eingeschaltet, aber ich denke, die Zeit musste man ihm geben.

Ich habe es in Erinnerung, dass sie wirklich - - dass ich das Gefühl hatte: Das kann eigentlich auch der Vertreter machen, also diese Sachen. Und ich habe in Erinnerung, dass ich gesagt habe: Dann fahren Sie doch. - Ich weiß aber nicht mehr genau, in welchem Zusammenhang sie das gefragt hat. Also, ich hätte ihr das gegönnt - sowieso -, aber auch hatte nicht die Einschätzung, dass man auf jeden Fall ganz hochrangig jetzt, also zum Beispiel zu den Kontakten, die nur sie hat, vordringen musste, weil es im Grunde ja am 15. auch schon so weit war.

Ich würde jetzt gerne wissen, wann ich das gefragt worden bin. Sagen Sie mir mal das Datum, wann sie mich das gefragt hat?

Peter Heidt (FDP): Wir gucken jetzt gerade noch mal nach.

Zeugin Antje Leendertse: Also, ich habe die Situation jetzt nicht mehr ganz konkret in Erinnerung, ehrlich gesagt. Aber es wird schon so gewesen sein, dass sie gefragt hat. Sie haben das ja nicht erfunden.

Peter Heidt (FDP): Ja, nee. - Sie haben ja schon angesprochen: Die Frau Haber hatte ja sehr gute persönliche Kontakte, ein sehr gutes Netzwerk. Meinen Sie nicht, dass man dieses Netzwerk auch in dieser Krisensituation hätte eventuell nutzen können oder nutzen müssen sogar?

Zeugin Antje Leendertse: Ja, man hat sie wahrscheinlich auch dann im Urlaub - - hätte man sie ja auch einschalten können. Ich weiß nicht genau, wo sie hingefahren ist.

(Zuruf: Nach Berlin!)

Peter Heidt (FDP): Nach Berlin.

Zeugin Antje Leendertse: Nach Berlin. Sehen Sie, da wäre sie ja bei uns gewesen, hätte auch noch telefonieren können. Insgesamt vielleicht auch noch ein Grund.

Peter Heidt (FDP): Dann vielen Dank, dass Sie uns hier heute so lange und ausführlich Rede und Antwort gestanden haben. War halt doof durch die ganzen Abstimmungen, dass wir immer wieder unterbrechen mussten.

Ich wollte Sie vielleicht ganz zum Schluss fragen: Haben Sie so eine persönliche Art „Lessons learned“ gezogen aus der ganzen Situation, und würden Sie die uns mitteilen wollen?

Zeugin Antje Leendertse: Also, ich würde mich da ganz beschränken auf wirklich Strukturfragen, so Fragen mit - - die wirklich jetzt nicht die großen politischen Fragen sind, weil auch - - für die ich eigentlich auch nicht wirklich in vorderster Front zuständig war. Ich glaube, wir hätten, also vielleicht von außen betrachtet nach dieser Krise - - Das war eine sehr gute Sache, habe ich ja auch schon mal gesagt, diese Krisenkurzberatung war eine sehr gute Sache, weil die zu operativen Sachen geführt hat, die wir am Ende - - ohne die wir wirklich in Probleme geraten wären. Also,



Nur zur dienstlichen Verwendung

einerseits diese Vorbereitung der Evakuierungsoperation, aber auch zum Beispiel - was sich ja dann leider nicht mehr hat realisieren lassen - diese - - und das bezieht sich auf eine Frage, die in der letzten Runde auch von den Abgeordneten der Grünen gefragt worden ist: Kann man - - Wir haben ja da beschlossen, zusätzlich zu dem US-MoU auch noch zivile Hubschrauber zu leasen. Das ist dann nicht mehr dazu gekommen, aber das war zum Beispiel eine richtige Entscheidung, zu sagen: Wir wollen dann auch eine zweite, eigenständige Linie haben. - Da sind ja die Kosten explodiert, und deswegen ist es dann am Ende nicht mehr zu dem Vertrag gekommen. Aber das war richtig, also dass man - vielleicht wäre eine „Lessons learned“ - auch stark versucht, autochthon zu werden, also autonom zu werden. Dass das dann aber Kosten verursacht, da würde ich dann vielleicht sogar sagen - -

Also, ich würde mich auch natürlich bedanken dafür, dass ich hier in dem Ausschuss zur Aufklärung und zu Ihrem Auftrag beitragen konnte durch die Möglichkeit, hier auszusagen. Das geht dann an den Vorsitzenden natürlich zurück, würde aber auch sagen: Verständnis dafür, dass es manchmal auch Geld kostet, weil ich alles, was - - Ich habe ja viel gesehen von dem, was hatte zu tun mit: Man muss das aber dann bezahlen. Und dann gab es im Haus so ein bisschen die Reaktion: Das kriegen wir aber nicht durch. - Ich denke, das ist falsch, also ich denke: Für Sicherheit muss man immer Geld haben und muss immer auch für Krisensituationen Geld vorhalten.

Man hätte wahrscheinlich nach dieser Krisenkurzberatung auch noch auf Expertenebene mehr Sitzungen machen sollen. Also, ich glaube, die Staatssekretärsrunde war da politisch natürlich sehr wichtig, und natürlich gab es auch zu den Ortskräfteverfahren usw. Dinge, die die Experten nicht hätten lösen können, weil sie von der Ebene nicht waren. Aber man hätte vielleicht zu diesen ganzen Krisen- und Evakuierungsfragen auch regelmäßiger noch mal zusammensitzen müssen, auch dann geleitet vom Leiter Krisenzentrum, also nicht nur auf der Staatssekretärs-ebene.

Und man hätte wahrscheinlich auch - das ist jetzt vielleicht eine ganz spezifische Sichtweise; die hat aber schon ihre Gründe - - Die Pandemie hatte dazu geführt, dass wir den Leiter Krisenzentrum immer in die Pandemiebesprechungen geschickt haben, weil im Haus auch sonst niemand so richtig zuständig war, weil das ja hüpfte von - - Also, da gab es ja diesen Krisenstab vom BMG auf Staatssekretärs-ebene und BMI, und wir haben da immer entsandt. Und das war sogar noch zu der Zeit, als der Diehl angetreten ist, also noch Ende August. Wir hätten das in die Linie geben müssen. Das hatte im Krisenzentrum eigentlich nichts zu suchen. Das war so, weil es im Grunde hüpfte von: Ist es Grenzübertritt? Ist es das Hochrisi- - Sie erinnern sich da vielleicht gar nicht mehr so. Ist es Hochrisikogebiet, und kann man das so machen? Und deswegen, weil die eine Zuständigkeit für die Reise und Sicherheitshinweise hatten, hatten wir die dahin geschickt. Das ist dann ja auch später passiert, dass die nicht mehr hinmussten. Aber wir hätten das früher machen müssen. Man muss, wenn man einen Krisenstab - - Krisenzentrum hat und einen Leiter Krisenzentrum - - dann darf der auch nur Krisen machen und nicht Sachen, die sich dann über Monate irgendwie zu komplexen Expertensachen - - ausführen. Das wäre so was, wo ich sagen würde: Das sollte man, wenn es nicht schon geschehen ist, auch ändern. Und vielleicht auch - - Das gilt ja auch für andere Fälle. Es können ja alle möglichen Krisen kommen, die sich dann verstetigen, und es gibt keinen, der in Berlin hier das macht. Man hätte die davon entlasten müssen - entlasten müssen!

Und vielleicht noch so eins: Also, wer am Ende hier diese Frage auch für - - wie das Team das dann nachher gemacht hat, das Kernteam, die ja dann noch die Tage verblieben sind und geholfen haben. Also, vielleicht Spezialausbildung dazu. Wir sagen so oft: Das machen unsere Leute quasi aus Naturtalent, weil die können alles, die Beamten des Auswärtigen Dienstes. Das ist ein zu starker Drall, zu sagen: Die können das. - Also, wenn man sich anguckt, was die da gemacht haben, auch die Leute, die im KUT waren - also, ich kann auch nur meine große Anerkennung und Dank aussprechen -, was die gemacht haben, das geht eben nicht ohne - - Das kann man manchmal



Nur zur dienstlichen Verwendung

machen, dass man weiß: Das ist jemand - - Also, van Thiel war ja in Faizabad gewesen, war auch im Sudan gewesen, hatte Krisenerfahrung - - dass man sagt: Man nimmt Leute, die aus dem Personalring, aus der Personalfiche - - Krisenerfahrung haben. Aber das alleine als Naturtalent sozusagen oder Erfahrung reicht nicht. Ich denke, das müsste man systematisieren. Aber da können Sie natürlich auch die gegenwärtige Staatssekretärin zu fragen.

Peter Heidt (FDP): Da stimme ich Ihnen aber hundertprozentig zu. Ich hätte mir auch gut vorstellen können, dass man solche Menschen auszeichnet, also mehr, als man bisher getan hat.

Zeugin Antje Leendertse: Ja, genau. Das ist auch so gewesen. Wir haben aber - - Gut.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Und vielleicht ist das ja die Gelegenheit, am Ende hier der Befragung heute auch noch mal zu sagen, dass denjenigen, auch den Mitarbeitern, der Dank gebührt, die sich da für andere eingesetzt haben. Das, glaube ich, kann man für den Ausschuss durchaus auch noch mal feststellen.

Dann sind wir am Ende der Befragung angekommen. Frau Zeugin, ich bedanke mich, dass Sie so lange zur Verfügung gestanden haben. Formell ist die Befragung noch nicht abgeschlossen. Sie bekommen das Protokoll, haben 14 Tage Zeit, gegebenenfalls Korrekturen anzubringen. Und dann erst stellt der Ausschuss förmlich das Ende der Befragung fest.

Dann unterbreche ich jetzt die Sitzung für gut zehn Minuten, zehn Minuten plus Mehrwertsteuer sozusagen, und dann holen wir unseren nächsten Zeugen. - Herzlichen Dank. Alles Gute für Sie!

Zeugin Antje Leendertse: Danke schön.

(Unterbrechung von
17.36 bis 17.51 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Miguel Berger

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße unseren zweiten Zeugen, Miguel Berger, der bereits Platz genommen hat.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Sie haben den Erhalt der Ladung am 23. April 2024 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Das schreibt mir das Gesetz vor. Das ist auch für jeden wortgleich.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Miguel Berger: Herr Vorsitzender, keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen, und laut und deutlich sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen könnte, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Es handelt sich hierbei jedoch um ein Regelausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen also von besonderem Gewicht sein, und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

Zeuge Miguel Berger: Nein, keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann komme ich zum Ablauf der Vernehmung. Ich werde Sie eingangs kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Fragen zum Ablauf noch?

Zeuge Miguel Berger: Nein, keine Fragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Miguel Berger: Mein Name ist Miguel Berger, derzeit Botschafter in London, 23 Belgrave Square in London als Dienstadresse. Alter: 63 Jahre.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann können Sie jetzt im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Und Sie haben das Wort.

Zeuge Miguel Berger: Ja, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete, sehr gerne. Ich werde auch versuchen, mich relativ kurzzufassen, will aber vielleicht doch auf ein paar Punkte eingehen, das auch ein bisschen versuchen zu strukturieren, wie sich mir das in diesen anderthalb Jahren seit meinem Antritt als Staatssekretär dargestellt hat.

Amtsantritt 4. Mai 2020, mitten während Covid und - muss ich dazusagen - auch entsprechend leeren Gängen im Auswärtigen Amt und einer Umstellung auf entsprechendes Arbeiten. Ich habe die Zuständigkeiten übernommen für die Politischen Abteilungen 2 und 3, also das sind die transatlantischen Beziehungen, NATO, aber auch Russland, Asien, Lateinamerika, Afrika und die Europa-Abteilung. Und das war damals auch gleich der Schwerpunkt, denn wir hatten damals die EU-Ratspräsidentschaft vor uns. Zur Ergänzung: Ich war nicht zuständig für Rechtsfragen, und ich war nicht zuständig für Haushalts- und Personalfragen.

Und in aller Kürze und natürlich auch etwas bruchstückhaft, aber die Lage, die sich eben mir dargestellt hat bei Dienstantritt, war eben von zwei wichtigen Ereignissen geprägt. Das eine waren die Wahlen in Afghanistan vom September 2019 und der Streit zwischen Ghani und Abdullah, wer jetzt der Sieger ist. Das hat sich ja dann erst im Februar gelöst. Die Amerikaner mussten massiven Druck anwenden inklusive Kürzungsdrohungen, um in der afghanischen

Politik für eine Lösung zu sorgen. Also im Grunde ein - kann man schon sagen - dysfunktionales politisches System, mit dem wir es zu tun hatten.

Und auf der anderen Seite das Doha-Abkommen vom 29. Februar, das den Abzug ja auf den 1. Mai 21 festgelegt hatte, ein Abkommen, bei dem wir im Auswärtigen Amt, aber, ich glaube, auch viele andere Verbündete den Eindruck hatten, dass hier ein Vertrag zulasten Dritter geschlossen wurde. Die afghanische Regierung war nicht beteiligt. Der Gewaltverzicht galt nur zwischen den internationalen Truppen und den Taliban, er galt nicht für die afghanische Regierung, die zudem noch aufgefordert wurde, 5 000 Taliban aus dem Gefängnis zu entlassen. Also im Grunde ein Abkommen, das eine enorme Schiefelage in die gesamte Debatte gebracht hat.

Und leider eben - und das war etwas, was wir im weiteren Prozess auch sehr bedauert haben -, dass die Schritte der Umsetzung nicht gekoppelt waren an Schritte der Taliban. Und das galt insbesondere auch für den Beginn der Verhandlungen, der eigentlich am 10. März hätte sein sollen. Und wie Sie wissen, hat sich das dann ja ewig hingezogen, bis am 12. September man die Einigung hatte, in Doha, in Katar diese Gespräche zu beginnen.

Und unsere Linie, die sehr schön in einer Vorlage vom 4. März zusammengefasst ist, war ja von Anfang an unsere Forderung, den politischen Prozess mit der Implementierung des Doha-Abkommens - - das zu koppeln, den Abzug zu koppeln. Und so hatte sich Minister Maas auch beim NATO-Treffen im April eingelassen.

Wir hatten dann - und das darf man in der Wirkung in keinster Weise unterschätzen - dieses unglaubliche Chaos, das durch einen Tweet von Präsident Trump angerichtet wurde, als er - aus heiterem Himmel, auch für seine eigenen Militärs - den Abzug bis Weihnachten angekündigt hat, und das dann innerhalb weniger Tage großer Aufregung in Washington immerhin so korrigiert wurde, dass das Abzugsdatum oder die Reduzierung auf 2 500 Mann bis zum 15. Januar festge-



Nur zur dienstlichen Verwendung

legt wurde. Aber das hat natürlich - und wir hatten ja vorher schon gesehen, dass es Schritte zur Reduzierung der US-Präsenz gab - - Da sind natürlich Fakten geschaffen worden, die den Spielraum von Präsident Biden eingeengt haben. Und es war aus unserer Sicht natürlich auch die Absicht von dem scheidenden Präsidenten Trump, möglichst eigentlich aus seiner Sicht hier noch Fakten zu schaffen, bevor die neue Administration ihre Arbeit beginnt. Aber das war natürlich gerade auch für die Bundeswehr - und ich erinnere mich, damals war der Planungszeitraum zwölf Monate für den Abzug - eine unglaublich schwierige Situation. Und eine der Lehren oder eine ganz zentrale Lehre, die man daraus, aber auch aus dem weiteren Prozess ziehen muss, ist, dass man einfach in aller Deutlichkeit verstehen muss, welche Abhängigkeit man von der Lead Nation, von der Führungsnation, hat. Das heißt im Grunde: Wenn eine Führungsnation - so schön das immer klingt, dieser Euphemismus von „in together, out together“ - entscheidet, dass sie aus ihren politischen Erwägungen heraus einen Einsatz beendet, dann wird das eben - - oder dann muss das auch von den anderen mitgetragen werden.

Die zweite Etappe begann dann für uns mit dem 20. Januar 21., dem Amtsantritt von Präsident Biden: die sofortige Zusage eines Review, einer Überprüfung, wie das im amerikanischen System üblich ist. Aber wir standen natürlich alle unter dem Damoklesschwert des im Doha-Abkommen vereinbarten Abzugstermins ab dem 1. Mai. Und es war allen Beteiligten klar, dass dieses Datum zunehmend unrealistisch geworden ist. Ich glaube, die Bundeswehr - und das war ja auch Gegenstand unserer Runden - hat alles dafür getan, um für alle Notfälle vorbereitet zu sein. Aber wir hatten natürlich schon nicht nur die Erwartung, dass es einen ernsthaften Review gibt, aber dass die amerikanische Regierung letztlich zu dem Ergebnis kommt, dass der 1. Mai nicht zu halten ist.

Das war dann auch die Diskussion über den sogenannten Conditions-based Approach. Das war - das hatte ich gerade vorhin erwähnt - ja auch von Anfang an unsere Linie, zu sagen: Wir treten da-

für ein, dass dieser Abzug möglichst konditioniert wird mit Fortschritten in den Verhandlungen, weil ansonsten das Risiko besteht, dass die Taliban das als Einladung verstehen, ihre Politik, im Grunde die Uhr, wenn man so will, runterlaufen zu lassen. Und dazu hat es zahlreiche Gespräche gegeben. Dazwischen war ja auch die Bundestagsmandatsverlängerung um neun Monate bis Ende des Jahres, die dann wiederum bei den Taliban doch für erhebliche Irritation gesorgt hat, weil wir damit natürlich, wenn man so will, ein Datum gesetzt haben, bevor der US-Review abgeschlossen war. Das war natürlich notwendig mit Blick auf die Terminlage im Deutschen Bundestag. Das haben wir dann auch über Herrn Potzel entsprechend kommuniziert.

Am 14. April dann die US-Entscheidung: Abzug ab 01.05. bis 11. September. Am Tag danach erinnere ich mich sehr gut an ein Treffen von Minister Maas mit der Ministerin Frau Kramp-Karrenbauer. Und ich habe dort in diesem Treffen - das hatte ich vorher mit dem Kanzleramt, mit dem verstorbenen Jan Hecker, so besprochen, und das haben die beiden Minister gebilligt - - dass wir einen Jour fixe „Staatssekretäre Afghanistan“, eine Staatssekretärsrunde „Afghanistan“, einrichten, die das operative Steuerungsgremium für diese Phase sein soll. Oberste Priorität - das wird Sie nicht überraschen - war natürlich der sichere Abzug unserer Soldaten. Das war die oberste Priorität in diesem Steuerungsgremium.

Und lassen Sie mich dazu auch ergänzen, noch kurz ausführen: Ich habe die Zusammenarbeit mit den Ressorts, mit dem Bundeskanzleramt, mit dem BND immer als sehr kollegial, sehr offen empfunden. Wir haben uns über unsere Standpunkte ausgetauscht, haben versucht, gemeinsame Lösungen zu finden. Dazu werden Sie sicher noch Fragen haben. Aber ich will doch betonen, dass das ein sehr enges und kollegiales Verhältnis war.

Wir hatten dann die Reise des Ministers am 28./29. April. Ich habe ihn begleitet, was eigentlich sehr ungewöhnlich ist, dass man als Staatssekretär einen Minister begleitet; aber mir war es wichtig, auch einen eigenen Eindruck von der Situation mir zu verschaffen. Und wir waren ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann auch in der Situation, dass die Amerikaner - und das war auch die klare Ansage der US-Militärs - gesagt haben: „Unsere Sicherheit liegt darin, dass wir - - oder: „Die Erhöhung unserer Sicherheit liegt darin, dass wir diesen Abzug beschleunigen“, weil natürlich allen Beteiligten klar war: Die letzten Wochen und Monate sind für die Streitkräfte die gefährlichsten; dann sind die - wie sagt man auf neudeutsch? - Enabler, dann sind die Fähigkeiten auf ein Minimum reduziert. Und es war eben überhaupt nicht ausgemacht, dass die Taliban diese letzte Phase nicht nutzen würden, um doch noch mal Angriffe zu starten.

Und wir haben dann diese Phase bis zum Abzug der Bundeswehr intensiv genutzt, um für die damals festgestellten 520 Gefährdeten die Visa auszustellen, für die Ortskräfte. Und das war nicht nur eine sehr enge Zusammenarbeit. Wir haben die entsprechenden Gerätschaften nach Masar gebracht, das Verfahren dann über Schichtdienste im Auswärtigen Amt so umgesetzt, dass wir knapp 2 400 der Betroffenen, also mit den ganzen Familien, ein Visum geben konnten. Und von denen sind, soweit mir die Zahlen hier vorliegen, ungefähr 1 900 damals ausgereist über Linienflüge, die es damals ja auch gegeben hat.

Und mit dem Abzug der Bundeswehr am 29.06. waren wir natürlich in einer Situation, wo wir militärisch am Boden nicht mehr präsent waren, was natürlich auch unsere Informationsgewinnung am Boden eingeschränkt hat.

Und - in Klammern - ein Punkt, der doch sehr, sehr auffällig ist in der rückwirkenden Betrachtung für mich, ist der enorme Unterschied der vorliegenden Einschätzung gerade der Amerikaner nachrichtendienstlicher Informationen, Einschätzung über den Zustand der afghanischen Armee, der afghanischen Sicherheitskräfte. Wenn ich das vergleiche mit den Informationen, die zum Beispiel heutzutage [REDACTED]: Der Unterschied zu Afghanistan könnte nicht größer sein. Das war wirklich Tag und Nacht.

Ich will jetzt auf die Einzelheiten in diesen letzten sechs Wochen nicht eingehen, will aber abschließend kurz sagen, dass ich dann ab dem 24.07. - das war ein Samstag - - bin ich nach Beirut geflogen - das war damals die Leitung der deutschen - - der Bundesmarine, der entsprechenden Mission bei UNIFIL -, war auch an der blauen Linie beim Marinehauptquartier und in Beirut, bin dann zurückgekommen, war einen halben Tag im Büro und war dann vom 28.07. bis zum 03.08. auf dem westlichen Balkan unterwegs. Das eine war der Amtsantritt des von uns mithilfe des Kanzleramts eingesetzten und bestimmten obersten Repräsentanten Christian Schmidt in Sarajevo. Dessen Amtseinführung war am 1. August. Dazu bin ich angereist. Und ich habe dazu beigetragen, den Abschiedsbesuch der Bundeskanzlerin in Belgrad vorzubereiten, habe dort den Präsidenten Vučić gesprochen, war im Kosovo, bin dann eben, wie gesagt, am 03.08. zurückgekommen und war dann knappe zehn Tage im Urlaub. Bin an dem Samstag, dem 14., zurückgekommen, war da schon im Büro über das gesamte Wochenende. Und die Kollegin Leendertse - - Ich habe von ihr dann, glaube ich, übernommen an dem Montag, dem 16., wenn ich mich recht erinnere.

Will dann abschließend noch zwei Punkte erwähnen - oder drei, die mir wichtig sind: Während die Evakuierung noch lief, haben wir einen sogenannten Fünfpunkteplan aufgelegt, am 23.08., der dann auch die Grundlage der weiteren Arbeit war, insbesondere der Einrichtung der Phase 2. Wir haben das Phase 2 genannt, mit einem sogenannten Team Land, Team Luft, um so schnell wie möglich eben nach dem Ende der Evakuierungsoperation sicherzustellen, auch mit dem verbliebenen Personal vor Ort, dass wir auf dem Landweg und auf dem Luftweg Evakuierungen weiter durchführen können.

Minister Maas ist dann Ende August in die Region gereist, und wir haben einen sogenannten „Compact for Afghanistan“ ausgearbeitet, in die Europäische Union eingebracht, bei dem es im Wesentlichen darum ging: „Wie können wir mit den Nachbarstaaten Afghanistans kooperieren?“, einmal natürlich wegen der weiteren Evakuie-



Nur zur dienstlichen Verwendung

rung, wegen der Stabilisierung, wegen der humanitären Hilfe. Das waren alles für uns damals wesentliche Beweggründe.

Ein ganz wichtiger Punkt - ich weiß nicht, ob der bei Ihnen eine Rolle gespielt hat bisher in den Beratungen - ist die US-Evakuierung über Ramstein. Und ich will hier wirklich unterstreichen, wie dankbar die USA waren, dass wir in einem Moment, als in Katar und in den Emiraten es keine Kapazitäten mehr gab, wirklich innerhalb von 24 Stunden ein Memorandum ausgearbeitet, in der Bundesregierung abgestimmt haben und den USA erlaubt haben, Ramstein und später auch noch andere Orte zu nutzen. Und ich kann mich erinnern, ich glaube, in der ersten Nacht zwölf Flüge und mehrfach auch der Dank der USA dafür, weil das dazu beigetragen hat, Zehntausende Ortskräfte - - denn ansonsten wäre der Flughafen Kabul - - Also, die Möglichkeiten für die USA waren damals sehr, sehr beschränkt. Ramstein war zentral. Und damit haben wir natürlich auch einen wichtigen Beitrag geleistet für den Wert von Ramstein im transatlantischen Verhältnis.

Lassen Sie mich meine Einführung enden damit, dass ich wirklich auch noch mal dem Team der Botschaft Kabul, dem Krisenunterstützungsteam meinen ganz besonderen Dank auch in diesem Kreis aussprechen möchte. Ich habe in der Villa Borsig für alle auch noch mal eine Veranstaltung gemacht inklusive der Bundespolizei, den BND-Kollegen für die geleistete Arbeit. Die Bundeswehr hat zu Recht, ich glaube, in Seedorf damals - - alle eine Auszeichnung durch die Bundeskanzlerin bekommen. So was haben wir im Auswärtigen Amt nicht. Und deswegen ein mündliches Dankeschön, und das gilt auch wirklich für die unglaublich harte Arbeit des Krisenstabs in diesen 20 Tagen, der hohen Zahl an Freiwilligen, die nächtelang durchgearbeitet haben und da einen unglaublichen Beitrag geleistet haben, auch den ganzen Abteilungen, die zugeliefert haben.

Aber - und das ist jetzt wirklich mein letztes Wort der Einleitung - wir hätten das alles nicht machen können, wenn, ich würde mal sagen, drei Länder - natürlich neben den USA - aus der

Region unglaublich hilfreich gewesen wären [sic!]. Und dazu gehört vor allem das oft vielgescholtene Katar. Katar war nicht nur zentral, weil sie mit diesem Hotel Serena in Kabul einen Ort hatten, zu dem Leute gehen konnten; sie hatten den direkten Draht zu den Taliban. Sie konnten uns unglaublich dabei helfen, Personen in Gruppen zu führen. Sie haben den Dialog geführt. Und sie haben uns, insbesondere dadurch, dass sie den Flughafen übernommen haben nach dem Ende der Evakuierungsoperation - - Und sie haben uns dann ja auch geholfen, sofort deutsche Staatsangehörige in hoher Zahl auszufliegen. Also großes, großes Dankeschön an Katar, natürlich auch Usbekistan, dafür, dass sie innerhalb von 24 Stunden zugestimmt haben, dass wir die Bundeswehr dort stationiert haben, dass unsere Flüge über Usbekistan gelaufen sind, und, ehrlich gesagt, auch natürlich Pakistan. Denn ohne die Bereitschaft Pakistans, Listen von uns zu akzeptieren, zum Teil von Leuten, die keine Ausweispapiere hatten, und zu erlauben, dass wir die Flüge ab Islamabad durchführen könnten - - natürlich mit unserer Zusage, dass wir die Leute dann auch aufnehmen, aber trotzdem: Das ist keine Selbstverständlichkeit.

Und wenn wir uns die anderen Nachbarländer anschauen: Über Iran lief ein bisschen was, aber viele andere Länder in der Region waren dazu nicht bereit. Und deswegen wollte ich diese drei Länder und ihre enorme Kooperation hier doch noch mal abschließend hervorheben. - Danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Berger. - Bevor wir jetzt zu den Fragen kommen, will ich zum einen noch darauf hinweisen, dass, wenn Ihnen Vorhalte aus Akten gemacht werden, Sie das gerne einsehen können. Und die Kolleginnen und Kollegen möchte ich gerne aus gegebenem Anlass daran erinnern, dass nicht nur die MAT-Nummern genannt werden zu Beginn, wenn Fragen gestellt werden, sondern bitte auch Fragen so gestellt werden, dass man denen folgen kann und dass man dann den Zeugen in die Lage versetzt, auch zu antworten. Wir haben jetzt ein paar Mal Situationen gehabt, wo Dinge wiederholt werden mussten oder sich als falsch erwie-



Nur zur dienstlichen Verwendung

sen haben, was Zitate angeht, oder nicht zugelassen werden können. Es erleichtert uns allen die Arbeit, wenn wir das anders handhaben. Und der Erste, der das versuchen muss, bin ich selbst. Insofern richtet sich die Mahnung auch an mich selbst.

Ich beginne mit meinen eigenen Fragen, Herr Zeuge, und würde zunächst mal Sie gerne fragen wollen, wie Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet haben.

Zeuge Miguel Berger: Ich habe, soweit mir das mit der aktuellen Arbeit in London möglich war, mich durch die ganzen Unterlagen durchgelesen. Und ich habe mich dabei im Wesentlichen fokussiert auf die entsprechenden Staatssekretärs- und anderen Runden und habe mir Hunderte Seiten noch mal zu Gemüte geführt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Zu Beginn unseres Untersuchungszeitraums, also Ende Februar 2020, waren Sie noch Abteilungsleiter „Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung“ im Auswärtigen Amt. Hatten Sie in der Funktion schon Bezug zum Thema Afghanistan?

Zeuge Miguel Berger: Nein, keinen Bezug.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wie und in welcher Form sind Sie in das Afghanistan-Dossier dann eingeführt worden?

Zeuge Miguel Berger: Also, ich habe natürlich im Zuge der Vorbereitung für die Übernahme der Funktion des Staatssekretärs zu vielen Arbeitsbereichen einführende Unterlagen bekommen und Gespräche geführt. Und natürlich ist es so, dass ein so zentrales Thema wie Afghanistan, auch wenn man in dem Bereich nicht arbeitet, an einem nicht vorübergeht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich frage Sie nicht chronologisch, sondern ich frage sozusagen das eine oder andere ab. Deswegen springe ich teilweise ein bisschen. - Sie haben selbst erwähnt, dass Sie vom 4. bis zum 15. August 21 in Urlaub gewesen sind. Mich würde interessieren: Wie haben Sie die Vertretung während Ihres Urlaubs

organisiert? Also, wer Sie vertreten hat, wissen wir schon. Aber was bedeutete das praktisch?

Zeuge Miguel Berger: Also, ich war ab dem Wochenende wieder im Dienst, aber ich hatte ganz klar mit der Kollegin Leendertse besprochen, dass sie im Grunde dann die Verantwortung in dem Moment übernommen hat, in dem ich die Dienstreise begonnen habe. Das heißt, das ist der Zeitraum vom 27. bis eben zum Ende des Wochenendes. Und sie hat auch völlig zu Recht darauf Wert gelegt, dass wir hier eine klare Abgrenzung haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jenseits der formalen Vertretungsregelung, die man ja kennt, würde ich Sie gerne fragen: Wir reden ja über eine große Krisenzeit. Wurden Sie im Rahmen Ihrer Abwesenheit von Ihrer Vertretung gut informiert, und hat das aus Ihrer Sicht alles funktioniert, oder hat es da Friktionen gegeben? Wenn ja, welche?

Zeuge Miguel Berger: Es hat keine Friktionen gegeben. Ich wurde informiert und habe mich dann natürlich noch mal an dem Samstag, dem 14., sofort auf den allerletzten Stand bringen lassen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Haben Sie auch im Urlaub selbst Kontakte gehabt zu Ihrem Arbeitsbereich?

Zeuge Miguel Berger: Ja, ich habe auch während des Urlaubs Kontakte gehabt. Es ging auch die eine oder andere Mail in meinem Namen, ich glaube, ans Innenministerium oder in anderen Fragen. Also, ich war weiterhin eingebunden; aber es war natürlich ganz klar, dass ich während meiner Abwesenheit nicht von der Seite reinfunke, sondern zuständig, verantwortlich war meine Kollegin Antje Leendertse. Und so haben wir es gehalten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wie war generell Ihre Zusammenarbeit mit der Staatssekretärin Leendertse?

Zeuge Miguel Berger: Ausgezeichnet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist jetzt ein Wort, aber - -

Zeuge Miguel Berger: Nein, sehr gut. Sehr gut, vertrauensvoll. Engste Abstimmung in allen Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde Sie gern befragen zu dem Austausch mit den Staatssekretären anderer Ressorts. Vielleicht können Sie uns ein bisschen knapp erläutern, was der Unterschied zwischen den verschiedenen Gesprächsformaten gewesen ist, die es da gegeben hat: Staatssekretärsrunden zu Afghanistan und Mali, Sicherheitspolitischer Jour fixe, außerordentlicher Sicherheitspolitischer Jour fixe. Also, was waren das für Gesprächsformate? Welche Themenschwerpunkte hatten sie, und was waren die Beiträge des Auswärtigen Amts? Und wurden auch Entscheidungen getroffen? Oder wie hat man sich das vorzustellen?

Zeuge Miguel Berger: Also, es gab eben bis zur Abzugsentscheidung - und deswegen hatte ich vorhin darauf hingewiesen - einen allgemeinen Staatssekretärsausschuss, der sich im Wesentlichen mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr beschäftigt hat. Und der hatte eben die Schwerpunkte Mali und Afghanistan. Und mein Vorschlag vor dem Hintergrund eben der dann wirklich akuten Abzugsentscheidung war, zu sagen: Lass uns doch einen ausschließlich Afghanistan gewidmeten Staatssekretärsausschuss einrichten! - Das fand die Zustimmung der beiden zuständigen Minister. Das war mit dem Kanzleramt so abgesprochen. Alle relevanten Ressorts waren eingebunden. Das war ein Steuerungsgremium für alle Fragen, die mit Afghanistan zu tun hatten. Und es war ein operatives Steuerungsgremium, das immer eingeführt wurde durch einerseits die Lagebeschreibung durch den Bundesnachrichtendienst und dann die politische Bewertung durch den Beauftragten der Bundesregierung, durch Herrn Potzel - - und wir dann eben je nach Schwerpunkt die verschiedenen Themen durchgegangen sind. Wenn wir den Eindruck hatten, dass gewisse Themen einer genaueren Erörterung bedürfen, haben wir dann oft auch verwiesen auf Expertenrunden, haben Experten gebeten, dem noch mal nachzuarbeiten,

und haben die Themen dann in der kommenden Runde aufgegriffen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aus den Vermerken zu dem außerordentlichen Sicherheitspolitischen Jour fixe geht hervor, dass daran keine Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes teilgenommen haben. Ist das zutreffend, und, wenn ja, wie wurden Sie im außerordentlichen Sicherheitspolitischen Jour fixe zur Sicherheitslage in Afghanistan informiert?

Zeuge Miguel Berger: Also, beim Jour fixe muss der BND dabei gewesen sein. Da müsste ich mich jetzt ganz gewaltig täuschen. Also, eigentlich war es immer so, dass der BND zu Beginn vorgetragen hat. *

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist interessant. Da komme ich gleich noch - -

Zeuge Miguel Berger: Vielleicht gab es die eine oder andere Sitzung, wo mal jemand nicht da war, aber die grundsätzliche - - grundsätzlich war der BND anwesend.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wie oft haben Sie an der Nachrichtendienstlichen Lage teilgenommen?

Zeuge Miguel Berger: An der Nachrichtendienstlichen Lage im Kanzleramt habe ich - - Also, wenn es irgendwie ging, habe ich teilgenommen. Ich würde sagen, relativ regelmäßig.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn Sie das im Nachhinein betrachten: Wie effizient ist das gewesen, diese Gremiumkonstellation, die Sie uns jetzt eben gerade geschildert haben?

Zeuge Miguel Berger: Ich hatte den Eindruck, dass das ein funktionierendes und vor allem sehr wichtiges Steuerungsinstrument gewesen ist und dass es sich aus meiner Sicht auch bewährt hat, dass wir uns ausschließlich ein Gremium geschaffen haben ausschließlich zur Koordinierung des Themas Afghanistan.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Hatten Sie den Eindruck über die ganze Zeit bezogen, dass es



Nur zur dienstlichen Verwendung

einheitliche Bewertungen zur Lage in Afghanistan gegeben hat, oder gingen die auseinander und, wenn ja, in welcher Weise?

Zeuge Miguel Berger: Das lässt sich jetzt schwer pauschalisieren, aber es gab natürlich Nuancen oder auch mal unterschiedliche Bewertungen über die Frage, wie weit - - oder wie die Sicherheitslage sich entwickelt hat, wie man die Meldungen über die Taliban einschätzen muss. Aber abgesehen von diesen Nuancen, würde ich sagen, war mein Eindruck, dass wirklich alle beteiligten Ressorts und der BND dazu beigetragen haben, ein möglichst komplettes Lagebild zu bekommen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann würde ich Sie gerne befragen zu dem Austausch mit dem damaligen Bundesminister Heiko Maas. Wie oft haben Sie sich mit dem Bundesminister zum Untersuchungsgegenstand ausgetauscht, wie regelmäßig?

Zeuge Miguel Berger: Ja, wie regelmäßig war das? - Also, wir hatten ein paar Hausbesprechungen mit ihm. Dürfen nicht vergessen: Das war ja im Wesentlichen auch Covid-Zeit, und deswegen haben wir sehr, sehr oft das nicht physisch gemacht, sondern eigentlich jede Woche uns telefonisch ausgetauscht über alle relevanten, für ihn als Minister relevanten Themen. Das war sicher oft Afghanistan, aber war natürlich alles, wenn man so will. Da ging es um Russland, da ging es um Europa, da ging es um alle Themen, bei denen ich oder die Kollegin Leendertse den Eindruck hatte, dass er als Minister darüber im Bilde sein muss. Und ansonsten war es natürlich so, dass wir sowohl in allen Besprechungen als auch schriftlich bei Verteilern immer dafür Sorge getragen haben, dass das Ministerbüro eingebunden war und wir natürlich auch damit davon ausgehen konnten, dass alle relevanten Informationen dann auch dem Minister vorgelegt werden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Für welche Themen bezogen auf Afghanistan hat sich der Bundesminister nach Ihrem Eindruck am meisten interessiert?

Zeuge Miguel Berger: Das hing, ehrlich gesagt, sehr oft operativ auch von dem ab, was im Moment anstand. Also, zum Beispiel: In dem Sommer 21 hatten wir auch die große Libyen-Konferenz im Auswärtigen Amt. Das war ja der von Deutschland gestartete Libyen-Prozess. Es ging um NATO-Themen, es ging um G 7, es ging um G 20. Wir dürfen nicht vergessen, dass zum Beispiel - das war im April bis Mai 21 - - hatte Russland ja zum ersten Mal über 100 000 Soldaten an der Grenze zur Ukraine zusammengezogen. Das war ein Thema, das wir jeden Tag analysiert und beobachtet haben, weil wir damals ja schon nicht wissen konnten, was passiert. Und so gesehen war das natürlich ein Thema, das uns zum Beispiel im Frühjahr damals sehr absorbiert hat. Also, ich würde sagen: abhängig jeweils von den Themen, die in dem Moment operativ relevant waren.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Am Tag der endgültigen Abzugsentscheidung der NATO, am 14. April 2021, hatten Sie eine Besprechung mit dem Außenminister. Was war der Inhalt dieser Besprechung?

Zeuge Miguel Berger: Der Inhalt war die Vorbereitung des wenige Stunden später beginnenden Gesprächs mit der Ministerin Frau Kramp-Karrenbauer und natürlich - - Ich weiß nicht, ob er damals, zu dem Zeitpunkt - - Ich glaube, am Vortag hatte ihn Außenminister Blinken unterrichtet über die Ankündigung des Präsidenten; also 24 Stunden vorher eine Information. Und wir haben die Situation, die Lage, die sich daraus ergibt, besprochen, sodass er dann eben auch mit den entsprechenden Themen und der Einschätzung in das Gespräch mit Frau Kramp-Karrenbauer gegangen ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wie oft waren Sie im Untersuchungszeitraum mit dem Außenminister in Afghanistan?

Zeuge Miguel Berger: Ein einziges Mal.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist die Reise, von der Sie vorhin in Ihrem Eingangsstatement gesprochen haben, Ende April. Welche Eindrücke über die Stabilität der afghanischen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Republik und den Stand der Friedensverhandlungen haben Sie bei dieser Reise gewinnen können?

Zeuge Miguel Berger: Also, es ging bei dieser Reise zum einen darum, die afghanische Seite - und das hat Minister Maas auch im Gespräch mit Staatspräsident Ghani gemacht - deutlich darauf hinzuweisen, dass wir erwarten, dass hier seitens der politischen Elite in Afghanistan ein einheitliches und kohärentes Auftreten erfolgen muss, dass man sich den enormen Sicherheitsherausforderungen gemeinsam stellen muss.

Wichtig war auch, den Afghanen zu signalisieren: Wir stehen zu unserer Unterstützung. Und ich glaube, das war auch wenige Tage vor einer Geberkonferenz in Genf. Und wir haben, in Absprache, glaube ich, auch mit dem BMZ, signalisiert: Die Bundesregierung ist bereit, Afghanistan auch nach dem Abzug im gleichen Umfang zu unterstützen bei der humanitären Hilfe, der Erziehung, in all diesen Fragen, die relevant sind.

Drittens war für uns natürlich auch sehr wichtig, den amerikanischen Kommandierenden der Mission Resolute Support zu treffen und von ihm zu hören, wie er die Sicherheitslage einschätzt. Und da spielte eben auch noch mal eine Rolle die Frage eben, die ich vorhin erwähnt hatte: Die letzte Phase der Ausdünnung, wie vulnerabel ist man da? Wie werden die Taliban reagieren? Was macht man, wenn die Taliban doch in der letzten Phase die internationalen Kräfte angreifen würden?

Mein Eindruck, den ich mitgenommen habe, war, dass Präsident Ghani auf jeden Fall deutlich problembewusster war, was die Sicherheitslage und die Situation anging, als sein Vizepräsident Saleh, der bei uns doch den Eindruck erweckt hat, dass sein Optimismus über die Schlagkräftigkeit der eigenen Sicherheitskräfte doch deutlich überzogen war.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben an dem Gespräch mit dem Staatspräsident Ghani teilgenommen. Was war der Eindruck, den der Minister und Sie von dem Staatspräsidenten hatten? Er hat ja später sich doch auch noch

spektakulär anders entschieden, als das öffentlich vorher dargelegt worden ist. Also, mich würde interessieren jenseits dessen, was Sie eben gesagt haben zur Lage im Land, was der Eindruck war, den Sie mitgenommen haben aus dem Gespräch mit dem Staatspräsidenten. Und: Haben Sie sich darüber mit dem Minister ausgetauscht?

Zeuge Miguel Berger: Ja, wir haben uns ganz sicher ausgetauscht, auf dem Rückflug. Ich erinnere mich jetzt nicht an die Details. Aber, wie gesagt, uns ist aufgefallen natürlich der Unterschied zwischen dem sehr optimistischen Vizepräsidenten und dem doch deutlich nachdenklicheren Präsidenten. Bei ihm war einfach die Grundfrage - - Er war kein wirklicher Politiker, wenn ich das mal so sagen darf. Er kam, glaube ich, wenn ich mich jetzt recht erinnere, von der Weltbank, hatte eher so einen professoralen Zugang zu den Themen. Und ich und, ich glaube, auch andere, wir waren uns nicht wirklich sicher, inwiefern er in den Details der Sicherheitsherausforderungen oder auch in den Fragen der Sicherheitskräfte wirklich involviert ist und wie weit er diese Themen beherrscht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Am Vorabend der Reise hat der Botschafter Zeidler, den wir hier auch gehört haben, aus Kabul eine DKOR zur Lage und Situation von der Reise des Bundesministers - MAT A AA-9.13 VS-NfD, Blatt 92/93; Anlage 52 - abgeschickt. Und Sie haben das kommentiert. Ich zitiere: „Unglaublich, bei einem geheim gehaltenen Besuch das abzuschicken.“ Unabhängig davon, dass man von Ihnen im Gegensatz zu anderen deutlich mehr Mails findet, die, sagen wir mal, vom Charakter her so gehalten sind, wie sonst Gespräche sind - - Das ist sehr viel mehr in den Akten bei Ihnen zu finden als bei irgendeinem anderen. Aber mich interessiert zum einen in dem Kontext, was der Ärger war, den Sie da ausgedrückt haben, und ob Sie das dem Botschafter Zeidler auch mitgeteilt haben.

Zeuge Miguel Berger: Ja, also, zunächst mal zu den Mails: Das war, wenn man so will, mein spezieller Führungsstil, den ich generell so halte, dass ich sehr gerne kommuniziere mit den Personen, die für Dinge verantwortlich sind und Dinge bearbeiten, sodass ich da oft auch eine direkte



Nur zur dienstlichen Verwendung

Rückmeldung bekomme und nicht unbedingt warte, bis ich über die Hierarchie alles vorgelegt bekomme. Das ist ein individueller Stil von mir, den ich so praktiziert habe.

Was habe ich damit gemeint? - Ja, ich war natürlich besorgt, weil wir diese Reise geheim gehalten haben, aus Sicherheitsgründen. Und man weiß eben leider bei Berichten, die über einen sehr breiten Verteiler gehen, nicht, ob sie eben doch im Endeffekt in der Presse landen und damit die Sicherheit des Besuchs kompromittieren. Diesen Ärger habe ich zum Ausdruck gebracht. - Und Sie hatten noch gefragt: Habe ich mit ihm darüber gesprochen? - Ja, habe ich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn man Ihre Mails liest, fällt nicht nur auf, dass Sie in der Tat sehr häufig kommunizieren, sondern dass Sie das auch in durchaus undiplomatischer Weise tun, also wie Gespräche auch geführt werden. Das schicke ich dem voraus, weil ich mich jetzt direkt mal auf die Lageeskalation im Juli und August beziehen möchte.

Am 11. Juli 2021 wird Jan Hendrik van Thiel, den wir hier auch gehört haben, der deutsche Geschäftsträger in Kabul. Und ich will zunächst mal fragen, ob sich danach aus Ihrer Sicht Veränderungen in der Berichterstattung aus Kabul ergeben haben.

Zeuge Miguel Berger: Welchen Zeitraum meinen Sie ganz genau? Das habe ich nicht verstanden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Am 11. Juli 2021 ist Herr van Thiel der deutsche Geschäftsträger geworden in Kabul. Und meine Frage ist, ob die Berichterstattung aus Kabul sich nach Ihrer Erinnerung danach verändert hat.

Zeuge Miguel Berger: Ich weiß gar nicht mehr, wann ich genau wahrgenommen habe, dass Herr van Thiel dort war; denn geplant war ja eigentlich, dass Botschafter Potzel diese Stelle so schnell wie möglich übernimmt. Das sollte, glaube ich, dann im Laufe des August geschehen.

Habe ich Unterschiede wahrgenommen? - Ich würde sagen: Ja - jein. Also, es gab eine ganze

Reihe von Mails, von denen ich erst im Nachhinein erfahren habe, dass sie existiert haben, die direkt an das Referat AP 05 gingen und wo zum Teil ja in sehr kolloquialer Sprache eben auch Dinge dargestellt wurden. Aber bei den Berichten hatte ich jetzt nicht Erinnerung, dass die sich irgendwie verändert hätten, nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Erinnern Sie sich daran, wie sich die Lage in Afghanistan Mitte Juli für Sie dargestellt hat? Und welche Lageeinschätzungen des BND sind Ihnen aus dieser Zeit Erinnerung?

Zeuge Miguel Berger: Also, wir haben natürlich alle wahrgenommen, dass zwischen Mitte Juni und Mitte Juli eine deutliche Lageverschlechterung eingetreten war. Und ich habe bei der Lektüre auch der verschiedenen Staatssekretärsrunden auch gesehen, dass ich und andere Kollegen das auch sehr deutlich angesprochen haben, auch im Dialog mit unseren amerikanischen Partnern, dass wir sehr besorgt sind über die entstehende Lageverschärfung. Und es gab so ein, zwei Vorfälle im Juli, die mich sehr haben aufhorchen lassen. Das eine war, als die Taliban zum ersten Mal, für 24 Stunden, glaube ich, einen der wesentlichen Grenzübergänge nach Pakistan besetzt haben, und das andere Mal - ich kann das jetzt nicht zeitlich zuordnen -, als eine Kompanie sich quasi telquel - - die Gerätschaften hat stehen lassen und sich nach Turkmenistan abgesetzt hat.

Also: Ja, wir haben ganz eindeutig wahrgenommen, dass hier eine Lageverschärfung eingetreten ist. In den Diskussionen mit dem BMVg, mit dem BND, in den Runden ging es natürlich dann auch immer um die Frage - das ist ja auch, wenn man so will, eine Grauzone; das heißt, es gab ja fast keinen Bezirk, in dem die Taliban nicht irgendwie präsent waren -: Also, wie bewertet man die verschiedenen Distrikte? Ist das jetzt eine reine Anwesenheit der Taliban? Ist das eine Raumkontrolle der Taliban? Ist es eine Bedrohung der Provinzstädte durch die Taliban? Da waren die Grenzen fließend. Und ich glaube mich zu erinnern, dass es da durchaus Nuancen gegeben hat, aber wir, glaube ich, doch alle gemeinsam besorgt waren über die Verschärfung der Lageentwicklung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich beziehe mich jetzt mal auf MAT A AA-9.13 VS-NfD, Blatt 407 bis 412; Anlage 23, auf eine DKOR der Botschaft vom 22. Juli zur Gefährdung verschiedener Personengruppen, und zitiere aus dieser DKOR. Da heißt es:

„Seit Anfang Mai 2021 hat sich die **Sicherheitslage in AFG** aufgrund massiver Raum- und Kontrollgewinne **durch die TLB kontinuierlich verschlechtert**. Damit wächst sowohl die **subjektive Gefährdungswahrnehmung** als auch der **objektive Schutzbedarf** derjenigen, die durch die TLB am stärksten bedroht werden. Je nach weiterer Lageentwicklung, insb. im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit des Flughafens und kommerzielle Flugverbindungen über Anfang September hinaus, **könnte sich das Zeitfenster für mögliche Schutzangebote schnell schließen** (entsprechender Mailbericht ... liegt Zentrale vor).“

Und das haben Sie in einer Mail an den Sonderbeauftragten der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, Wieck - und da beziehe ich mich jetzt - - das ist die gleiche MAT-Nummer - wie folgt kommentiert:

„Lieber Herr Wieck, wir müssen aufpassen hier nicht in eine Panikberichterstattung zu verfallen. Bitte wie besprochen mit Kabul aufnehmen.“

Können Sie uns erläutern, was Sie dazu gebracht hat, von „Panikberichterstattung“ zu reden, und was genau in dem Gespräch mit Kabul aufgenommen werden sollte?

Zeuge Miguel Berger: Ja, sehr gerne, weil das vielleicht missverständlich ist. Also, mir ging es darum, dass wir in einer Phase, in der wir sehen, dass die Sicherheitslage immer heikler und immer schwieriger wird - - dass die Berichterstattung faktenorientiert erfolgt und nicht Dinge vom Hörensagen - - Und deswegen war ich besorgt,

dass über Berichterstattung, Dinge, die dann vielleicht auch in die Medien gelangen, der Eindruck entsteht, dass hier ohne entsprechende Unterlegung durch Fakten wir in die von mir genannte Panikberichterstattung kommen. Mir ging es darum - und das war auch das, was wir Kabul kommuniziert haben -, wenn es Informationen gibt: Was wir brauchen, sind konkrete Aussagen, zum Beispiel, was weiß ich: Der NATO-Sicherheitsbeauftragte in Kabul sagt: Die Situation in den afghanischen Streitkräften ist so und so. - Faktisch, faktische Berichterstattung, darum ging es mir, nicht: „Ich höre, dass ...“ oder: „Es könnte sein, dass ...“, sondern darum ging es mir: Es ging mir gerade in dieser sensiblen Phase um eine faktische Berichterstattung.

Was den weiteren Inhalt angeht, dass wir uns um die Schutzbedürftigen kümmern müssen: Absolut, das ist ja auch erfolgt. Und die Kolleginnen und Kollegen haben ja auch angefangen dann, Listen entsprechend zu erstellen. Da würde ich jetzt, ehrlich gesagt, im Rückblick sagen: Damit hätten wir vielleicht ein bisschen früher anfangen können. Aber es ist ja in der Regel so, dass eine Botschaft, eine Auslandsvertretung, eigentlich über Kontaktlisten relativ schnell in der Lage ist, Listen von den Personen zusammenzustellen, die enge Partner sind, enge Kontakte sind und aus unserer Sicht auch schutzbedürftig.

Und ich will hier noch ergänzen, dass wir natürlich insbesondere - - Und das war auch eine der schändlichen Sachen, wenn man so will, dieses Doha-Abkommens: dass wir gesehen haben, dass die Taliban in einer wirklich widerwärtigen Art und Weise Leute exekutiert haben, dass sie hingegangen sind und Menschenrechtsanwälte, Journalisten, Musiker - - gezielte Tötungen von in der Summe waren es, glaube ich, über 1 000 Personen über diesen Zeitraum vorgenommen haben und dass das eben eine Sache war, die leider in diesem Doha-Abkommen nicht ausgeschlossen war, dass dieses Gewaltniveau gegen die afghanische Gesellschaft zurückgefahren wird.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich will trotzdem noch mal ein bisschen bei dem Kommentar bleiben, weil ich noch nicht ganz verstanden habe, ob die Kritik, die Sie jetzt geäußert haben, sich an



Nur zur dienstlichen Verwendung

dem Stil der Berichterstattung oder an dem Inhalt orientiert hat. Oder, andersrum gefragt: Widerspruch denn die Lagebewertung, die Sie da bekommen haben, dem, was Sie etwa an Informationen durch den BND hatten? Also, gab es da in der Sache Grund, Zweifel zu haben an den Ausführungen?

Zeuge Miguel Berger: Wir hatten natürlich zu diesem Zeitpunkt nicht den Eindruck, dass Ende August/Anfang September der Zusammenbruch in Kabul bevorsteht. Und deswegen eben noch mal: Meine besondere Sorge galt eben der sauberen, faktenbasierten Berichterstattung, weil ich auf jeden Fall vermeiden wollte, dass Dinge kolportiert werden, die man vom Hörensagen vielleicht mitbekommt. Und ich hatte vorhin ja schon darauf hingewiesen: Wir waren in der besonderen Situation, dass wir a) eben keine Bundeswehrpräsenz mehr vor Ort hatten, damit natürlich auch ein Stück weit blind waren, was die Lage in den afghanischen Streitkräften anging, und sehr angewiesen waren auf die Sicherheitseinschätzung insbesondere der USA. Und deswegen war mir daran gelegen - und das war auch noch mal der klare Auftrag an Kabul -, möglichst präzise Einschätzungen zu bekommen. Und das bezog sich nur auf den allerersten Satz. Ich habe jetzt das Dokument nicht vor mir liegen, aber soweit ich mich erinnere, war das der allererste Satz, der mir aufgestoßen war damals. Und danach ging es ja um die Frage der Schutzbedürftigen und dass wir da anfangen müssen, die Listen zu machen. Und, wie gesagt, das ist ja auch erfolgt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann springen wir mal drei Wochen weiter. Da schreibt der Gesandte van Thiel in einer Mail - MAT A AA-8.653 VS-NfD, Blatt 39; Anlage 24 -:

„Bei aller meiner Altersmilde muss ich doch meinem Bedauern Ausdruck verleihen, dass den dringenden Appellen der Botschaft über längere Zeit erst in dieser Woche Abhilfe geschaffen wird. Ist noch immer alles jut jejangen, aber wenn das an irgendeiner Stelle diesmal schief gehen

sollte, so wäre dies vermeidbar gewesen.“

Zitat Ende. - Als die Botschaft bereits an den Flughafen verlegt worden war, zitiert das ARD-Hauptstadtstudio am 16. August 2021 in einem Beitrag wörtlich die gerade vorgehaltene Passage aus der Mail. - Das ist MAT A AA-8.653 VS-NfD, Blatt 54; Anlage 25. Und Sie haben darauf geantwortet - MAT A AA-8.653 VS-NfD, Blatt 54; Zitat -:

„... bei nächster Gelegenheit mündlich vT eine auf die Nuss geben. Ich möchte keine weitere Mail mehr von ihm haben die mehr enthält als rein faktische Aussagen.“

Das ist nun beides vergleichsweise rustikal. Vielleicht erläutern Sie uns, was es damit auf sich hatte, mit dieser - -

Zeuge Miguel Berger: Ja, sehr gerne. - Also, das ist eben die Kommunikation, die wir untereinander hatten. Die war ja auch nicht dafür gedacht, dass sie im Untersuchungsausschuss irgendwann mal vorgelesen wird, sondern das ist die Art und Weise, wie man untereinander eben kommuniziert hat. Andere machen das nur mündlich; ich habe das eben auch schriftlich gemacht.

Was habe ich damit gemeint? - Ich war extrem verärgert darüber, dass in einer Mail mit einem breitesten Verteiler Behauptungen in die Welt gesetzt werden, die in keinsten Weise gedeckt sind. Ich war zwar, wie gesagt, dann erst am 14. wieder zurück, aber wenn ich jetzt mir noch mal die Protokolle anschau auch der Krisenstabssitzungen, dann habe ich an keinem Punkt den Eindruck gewonnen, dass irgendjemand in irgendeiner Weise etwas verzögert hätte, was in dieser Art und Weise diese Mail gerechtfertigt hätte. Und deswegen bin ich bis heute noch sehr verärgert über die - - nicht nur die Art und Weise der Kommentierung, sondern auch über den enormen Verteiler, der dann ja auch dazu geführt hat - - Und, wie gesagt, das hatte ich ja schon bei anderen Berichten immer mit Sorge gesehen: dass Dinge, wenn sie breit in die Welt verteilt werden, dann dort landen, wo sie nicht landen sollten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist, glaube ich, verständlich. Ich würde aber trotzdem fragen: Wenn man das rückblickend betrachtet - und wir haben den Gesandten van Thiel hier gehört, wir haben auch manches über die Krisenstabssitzung gehört und die Einschätzung des BND und seine Einschätzung als jemand, der da vor Ort Verantwortung für seine Leute hatte -, dann mag man über die Form der Berichterstattung streiten. Aber muss man nicht doch sagen, dass die Lagebewertung am Ende realistischer gewesen ist als die anderer Stellen der Bundesregierung? Und andersrum gefragt: Hat das Auswärtige Amt nach Ihrer Einschätzung auf die Berichterstattung aus Kabul in der Sache angemessen reagiert?

Zeuge Miguel Berger: Das ist natürlich jetzt schwierig für mich, weil ich eigentlich das, was ab dem 24. Juli geschehen ist, nur noch von der Seitenlinie kommentieren kann, weil in dieser Zeit eben die Kollegin Frau Leendertse verantwortlich war. Ich würde sagen, in der Zeit, in der ich verantwortlich war, war das nicht nur unsere Einschätzung, sondern die allgemeine Einschätzung, dass es - - Und das war vielleicht - das sollte ich vielleicht doch noch mal erwähnen - - Was war unsere Erwartung? - Wir haben gesehen, dass der sogenannte Friedensprozess in Doha - - Der war für mich und für uns - - Eigentlich spätestens mit dem gescheiterten Gipfel in Istanbul war klar, dass der keine Ergebnisse mehr bringt. Wir haben alle damit gerechnet, dass es über den Spätsommer, Herbst zu intensiven Kampfhandlungen kommen wird. Wir haben das ja auch schon im Frühjahr gesehen, wie sich die Kampfhandlungen intensiviert haben. Wir haben mit einem Bürgerkrieg gerechnet, mit einem noch intensiveren Bürgerkrieg; aber niemand, weder wir noch vor allem nicht die Amerikaner, die ja die mit Abstand beste Einschätzung sowohl des Zustands der afghanischen Armee als auch die besten nachrichtendienstlichen Erkenntnisse hatten, niemand hat damit gerechnet, dass es vor dem Abzug dazu kommen könnte.

Und es gibt da eine sehr interessante Senatsanhörung vom September 21 des US-amerikanischen Generalstabschefs, wo er gesagt hat, dass sie keinerlei Erkenntnisse in dieser Richtung hatten,

dass sie damit gerechnet haben, dass es vielleicht gegen Jahresende - Spätherbst, Winter - zu einer Zuspitzung, zu einem möglichen Fall von Kabul kommen könnte, aber nicht vorher. Und das war natürlich die Grundlage, auf der wir und alle anderen gearbeitet haben. Das ist, rückblickend gesehen, nicht zutreffend gewesen. Und die Kernfrage ist eben für mich: Woran lag es, dass wir nicht den realistischen Eindruck über den Zustand der afghanischen Armee bekommen haben? Das ist für mich die entscheidende Frage.

Und wenn das nicht einmal die Amerikaner, die ja überall drin waren, die überall ihre Leute hatten, die die Offiziere kannten, die sie ausgebildet haben, die mit 1 600 Mann noch in der Botschaft waren bis kurz vor Abzug, wenn die das nicht hatten, dann: Wie sollten wir diese Informationen haben?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir hatten hier eine Anhörung auch im Untersuchungsausschuss von amerikanischen Sachverständigen. John Sopko zum Beispiel ist hier gewesen. Ich kann das jetzt nicht aus dem - - will das auch gar nicht wörtlich zitieren, sondern sinngemäß ist dort gesagt worden: Eigentlich hätte man wissen können, dass, wenn Amerika abzieht, wenn Amerika die Techniker abzieht zum Beispiel, das, was da an Luftfahrzeugen da ist, gar nicht bedient werden kann von Leuten, die weitgehend Analphabeten sind. Ich fasse das ein bisschen knapper zusammen, als hier vorgetragen worden ist. Das heißt, die Behauptung, die afghanischen Streitkräfte wären in der Lage gewesen, das zu ersetzen, sei völlig unrealistisch. Das ist, glaube ich, knapp die Quintessenz dessen, was uns die Experten hier aus den USA vorgetragen haben. Wie deckt sich das mit dem, was Sie gerade eben gesagt haben?

Zeuge Miguel Berger: Wen ich zitiert habe, ist immerhin der amerikanische Generalstabschef. Also, die Frage der Luftunterstützung war zentral. Und ich kann hier auch sagen, dass ich dem Leiter Resolute Support bei diesem Besuch Ende April ganz speziell die Frage auch gestellt habe nach der technischen Unterstützung der afghanischen Luftwaffe, weil natürlich klar war, dass die Ersatzteilversorgung von zentraler Bedeutung ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und er hat damals uns gegenüber darauf hingewiesen, dass das der amerikanischen Seite absolut bewusst sei und dass entsprechende Trainingsmaßnahmen stattfänden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich will noch mal zurückkommen auf das, wo wir gerade eben waren mit dem, was Sie zu der Kommunikation mit Herrn van Thiel gesagt hatten. In Ihrer Urlaubsabwesenheit, zu Ende, gab es ja dann auch die Krisenstabssitzung, zu der Ihre Vertreterin eingeladen hat. Daran haben Sie nicht teilgenommen, aber mich interessiert, was Sie darüber erfahren haben vor dem Hintergrund: Wir haben sehr unterschiedliche Darstellungen über diese Krisenstabssitzung gehört: dass der BND dort vorgetragen hat, dass gesagt worden ist von Zeugen: Jeder wusste, dass diese Einschätzung unrealistisch ist. - Andere wiederum haben gesagt, das sei maßgebend gewesen für das, was geschehen ist. Und es gab unterschiedliche Darstellungen darüber, ob Herr van Thiel da hinreichend zu Wort gekommen sei oder nicht, jedenfalls aber, dass er da eine andere Einschätzung vorgetragen hat, als sie von der Vizepräsidentin des BND vorgetragen wurde. Da ist so in knappstmöglicher Form das, was uns hier von verschiedenen Zeugen gesagt wurde.

Mich interessiert - erstens -, was Sie über diese Krisenstabssitzung wissen, was da an Informationen an Sie an Sie gelangt ist und welche Konsequenzen Sie daraus gezogen haben, denn Sie waren dann ab dem 16. August wieder im Dienst. Und da kommen wir gleich auch weiter dazu. Aber zunächst interessiert mich dieser Sachverhalt.

Zeuge Miguel Berger: Ich habe mich, glaube ich, am 14., an dem Samstag, unterrichten lassen, mündlich, über diese Sitzung. Ja, da mag es unterschiedliche Auffassungen zu dem geben, was der BND gesagt hat. Aber wenn man sich das genau ansieht, dann hat der BND ja eigentlich nichts anderes gesagt als das, was die USA ja auch vermutet haben: dass die Taliban kein Interesse daran haben, Kabul sofort einzunehmen. Und so, wie ich die BND-Aussage verstehe, war die ja nicht apodiktisch, sondern die war ja

durchaus so formuliert, dass sie an gewisse Parameter gebunden war. Und wenn man diese Parameter mit dazulegt, dann war die Aussage letztlich auf jeden Fall nicht falsch, des BND in dieser Sitzung. Zu diesem Ergebnis würde ich kommen.

Und wir wussten ja auch, dass die Amerikaner in Doha, aber auch vor Ort versuchen, Kontakte zu den Taliban aufzunehmen. Und es gab ja auch durchaus - dazu habe ich keine genauen Informationen - den Versuch, diese Einnahme und den Sturm auf Kabul zu verhindern, weil es ja auch Sorgen und Bedenken gab, dass das zu einem Blutbad führen könnte. Und so gesehen: Die Vermutung an dem 13., dass es vielleicht noch einige Wochen - vier Wochen, einen Monat - dauern könnte, war aus meiner Sicht eine durchaus valable Hypothese.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie waren dann am 16. August wieder regulär im Dienst. Wie war nach Ihrem Eindruck das Auswärtige Amt zu diesem Zeitpunkt aufgestellt, was den Umgang mit der Krisenlage angeht?

Zeuge Miguel Berger: Ich glaube, das Auswärtige Amt - - Ich erinnere mich jetzt nicht mehr ganz an die Details, aber ich glaube, wir waren sehr schnell sehr gut eingestellt. Wir haben sofort unseren Krisenstab verstärkt, wobei, ehrlich gesagt, diese 17 Tage - oder wie viele es waren -, das war für alle Beteiligten, glaube ich, eine Erfahrung, die alle an den Rand wirklich der Erschöpfung gebracht hat. Einige Kollegen mussten auch ausgetauscht werden, weil sie, glaube ich, auch über ihre Kräfte hinausgegangen sind. Wir haben sofort die entsprechenden auch Personalmaßnahmen ergriffen. Wann das jetzt, an welchem Tag umgesetzt wurde - -

Aber zusammenfassend würde ich sagen: Ich habe rückblickend den Eindruck, dass wir sehr schnell uns auf diese Situation eingestellt haben und das nötige Personal zur Verfügung gestellt haben und insbesondere eben auch Personal mit Afghanistan-Erfahrung. Und darauf haben wir ja auch Wert gelegt. Herr Zahneisen war ja dann auch dort, der ja lange in Afghanistan war. Und der hat auch sehr dafür gesorgt, dass wir Personal



Nur zur dienstlichen Verwendung

herangezogen haben mit absoluter Orts- und Landeskenntnis.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir haben durch ganz viele Zeugenbefragungen hier und auch viele Akten schon den Eindruck gewinnen können, dass bis zu diesem Zeitpunkt, über den wir jetzt hier reden, es zur Frage des Umgangs mit den gefährdeten Ortskräften reichlich Dissens innerhalb der Bundesregierung gegeben hat. Hatten Sie den Eindruck, dass mit Beginn der Evakuierungsoperation die Ressorts an einem Strang gezogen haben, oder war dieser Dissens immer noch merkbar?

Zeuge Miguel Berger: Ja, ist die Frage: Will man das „Dissens“ nennen? Also, es gab auf jeden Fall unterschiedliche Interessen. Ich würde es eher mal so nennen: unterschiedliche Interessen. Wir als Auswärtiges Amt mit unserer sehr begrenzten Zahl an Ortskräften: Unser Interesse war natürlich, ein tragfähiges Sicherheitskonzept zu haben für die Zeit nach dem Abzug, aber weiterarbeiten zu können.

Das Gleiche galt für das BMZ. Und ich habe, muss ich sagen, immer sehr viel Verständnis für Herrn Jäger gehabt und die Haltung des BMZ, weil wir ja auch wussten, dass das BMZ hier eine ganz zentrale Aufgabe erfüllt und durchaus auch in Gebieten aktiv ist, sagen wir mal, wo eine Talibanpräsenz ja schon seit längerer Zeit gegeben war. Und deswegen: Die Absicht, weiter in Afghanistan zu bleiben und aktiv zu sein, war etwas, was wir mit Blick natürlich auf das, was wir 20 Jahre lang aufgebaut haben, für richtig empfunden haben und was richtig war.

BMVg: Hatte ich ja schon erläutert, dass wir in einer enormen Kraftanstrengung vor dem 29. die Ortskräfte aus - - die damals eben 500 - ich glaube, 26 Gefährdete* plus Familien - mit Visa versorgt haben. Und wir hatten dann eben - - Das hat sich, glaube ich, im Laufe des Juli dann, die Diskussion, zugespitzt: Wie geht man mit den Ortskräften um, die eben ab 2013 vielleicht für die Bundeswehr gearbeitet haben? Und: Geht man eben über diese Zwei-Jahre-Regelung zurück? Und da hatten wir in der Tat, da würde ich wirklich sagen, einen Dissens, weil wir die Sorge

hatten: Was hat das für eine Auswirkung, insbesondere auf die hohe Zahl der Mitarbeiter des BMZ und der Durchführungsorganisationen, wenn wir jetzt quasi bei der Bundespolizei und beim BMVg diese Zwei-Jahre-Grenze infrage stellen?

Und dann ist das den richtigen Weg gegangen, nämlich zu einem Gespräch der Bundeskanzlerin mit den betroffenen Ressortministern. Dann gab es - und das war in diesem Fall das einzig Richtige - eine politische Entscheidung darüber, und die wurde dann auch umgesetzt.

Und spätestens - weil Sie das ja auch gefragt hatten - in dem Moment, in dem die Evakuierungsoperation begann, ging es uns ja nur noch darum, die Leute ausfliegen zu können, überhaupt in den Flughafen zu bekommen, was sich ja als extrem schwierig erwiesen hat angesichts der Situation vor Ort.

Aber was natürlich in dem gesamten Zeitraum über sechs, sieben Monate galt, war, dass wir eine unterschiedliche Herangehensweise hatten zwischen unserem ständigen Hinweis auf Visa bei Ankunft - Visa upon Arrival - und auf der anderen Seite - - Und, ich muss sagen, auch hier habe ich natürlich Verständnis für die Haltung des Kollegen Engelke und des BMI, dass dort gesagt wird: Wir müssen auch an die innere Sicherheit denken, wir wollen eine Sicherheitsüberprüfung und wollen eben, bevor hier die Visa ausgestellt werden, diese individuelle Überprüfung vornehmen.

Ich glaube, eine Sache ist noch mal sehr wichtig zu unterstreichen: dass wir eben aufgrund des Terroranschlags auf die Botschaft Kabul - ich glaube, das war 2017 - im Gegensatz zu anderen kein Konsulat mehr hatten; wir hatten kein Konsulat. Und ich habe in London natürlich auch mit den britischen Kollegen gesprochen, die das gemacht haben. Die hatten ein funktionierendes Konsulat. Und die haben ihre Ortskräfte damals im Juli ausgeflogen, weil sie die biometrischen Daten erfasst haben, die Sicherheitsüberprüfung gemacht haben, die Visa ausgestellt haben, und konnten Leute ins Flugzeug setzen mit dem kompletten Paket.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und deswegen ebendieser Dissens, dass wir gesagt haben, wenn es wirklich jetzt um die Sicherheit der Ortskräfte geht - und das sind ja Leute, die für uns gearbeitet haben, die wir kennen oder kennen sollten -, dass wir dann eben so frühzeitig wie möglich auf echte Visa upon Arrival umstellen. Und mit „echt“ meine ich wirklich, dass das Verfahren erst durchlaufen wird bei Ankunft in Deutschland und nicht erst nach einer mühsamen Sicherheitsüberprüfung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich wollte das eigentlich erst später fragen, aber Sie verlocken mich, das jetzt unmittelbar nachzufragen. Es gab ein Leitbild der Bundesregierung über den Umgang mit Ortskräften. Sind Sie der Meinung, dass die Bundesregierung ihrer Fürsorgepflicht für die Ortskräfte nachgekommen ist? Ich frage das mal vor dem Hintergrund Ihrer Beschreibung. Das hieß ja, wenn man ein Visum haben wollte, dass man nach Islamabad oder Neu-Delhi reist, zweimal, um sich das zur ... [akustisch unverständlich] wieder abzuholen. Das ist doch, ehrlich gesagt, eine nahezu unerfüllbare Situation, die de facto eigentlich - ich sage das mal ein bisschen zugespitzt - klingt wie: Katasteramt hat geöffnet von 11 bis 13 Uhr; wenn Sie später kommen oder früher, geht das leider nicht. - Hätte es nicht andere Möglichkeiten geben müssen, das anders zu regeln, als zu sagen: „Wir brauchen jahrelang, um das wieder aufzubauen“? Also, kurzum, entspricht das der Fürsorgepflicht für die Ortskräfte, die für Deutschland gearbeitet haben, wenn man ein solches Verfahren über so lange Zeit hat und sich streitet zwischen den Ressorts über die Frage, wie man das rechtlich zu bewerten hat?

Zeuge Miguel Berger: Also, ich hatte ja am Anfang darauf hingewiesen, dass wir - und das war ja erst einmal das Allerdrängendste mit dem Abzug der Bundeswehr - die damals festgestellten Gefährder und ihre Familien herausbekommen. Und wir haben damals, und deswegen hatte ich das auch explizit erwähnt eben - - wurden die entsprechenden biometrischen Erfassungsgeräte nach Masar gebracht, die Pässe, die Anträge wurden nach Deutschland geschickt, und die Kolleginnen und Kollegen im Auswärtigen Amt haben in nächtlichen Sonderschichten diese Visa ausgestellt. Also, wir haben, würde ich sagen - - bis

Ende Juni auf jeden Fall sind wir unserer Pflicht sicherlich nachgekommen.

Was aus meiner Sicht leider nicht funktioniert hat, war die Beauftragung von IOM, der Internationalen Migrationsorganisation. Das lag an technischen Fragen, das lag an Kapazitäten, das lag - - Da muss ich, glaube ich, auch IOM ein bisschen in Schutz nehmen, denn zum Beispiel die Briten haben ihre gesamte Evakuierung ihrer Ortskräfte über IOM organisiert und abgewickelt, und da hätten wir uns natürlich gerne ein anderes Verfahren gewünscht. Die einzige Alternative wäre gewesen: Visa upon Arrival. Das wäre die einzige Alternative gewesen, und das ist ja erst wirklich zugestanden worden in der Krisenstabsitzung am 15. August.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: War das ein rechtliches Problem aus Ihrer Sicht, Visa on Arrival nicht frühzeitig zuzulassen? Oder wo lag es - -

Zeuge Miguel Berger: Also, ich glaube, es war wirklich eine Abwägung, denn ich habe ja gesagt: Also, aus meiner Sicht durchaus Verständnis dafür, dass aus Sicht des Innenministeriums die Frage „Holen wir uns hier Gefährder ins Land?“, dass das natürlich eine sehr, sehr valable Frage ist; und dass man dann natürlich Sicherheitsüberprüfungen durchführen möchte, dafür habe ich Verständnis gehabt. Die Frage ist, bei welchem Zeitpunkt hätte man sagen müssen: „So, das Interesse an der Evakuierung der Ortskräfte hat Vorrang vor diesen Sicherheitsüberlegungen“? Und da könnte man sagen - - Natürlich immer hinterher ist man schlauer, aber ich glaube, so ab Mitte Juli hätte man sagen müssen: Also, vollständige Visa upon Arrival, keine falschen Visa upon Arrival, echte; wir fliegen die Leute aus.

Wir hatten aber zusätzlich das Problem - und das ist wirklich wichtig in diesem Zusammenhang zu sehen -, dass sehr, sehr viele Afghanen, auch diejenigen, die auf unsere Schutzlisten gekommen sind, keine Pässe hatten. Sie hatten keine Pässe. Und sie haben offenbar ihre eigene Gefährdungssituation nicht so eingeschätzt, dass sie sich Pässe besorgt haben. Wenn ich die Zahl noch richtig von damals im Kopf habe, waren ungefähr



Nur zur dienstlichen Verwendung

80 Prozent dieser Afghanen - - hatten keine Reisepässe.

Und wir haben dann ja Herrn Wieck, der von Herrn Potzel die Position übernommen hat - - ist nach Kabul gereist, hat sogar den Präsidenten gesehen und hat in unserem Auftrag darum gebeten, ob die afghanische Seite unsere Ersatzdokumente anerkennt, denn nur mit einem direkten Flug mit Ersatzdokumenten wäre es möglich gewesen. Ghani hat das verweigert - das war, glaube ich, am 29., 28. oder 29.07. - und hat stattdessen zugesagt, sich um eine Beschleunigung der Passausgabe zu kümmern. Und das war ein Verfahren, wie wir hinterher gesehen haben, das natürlich nicht realistisch handhabbar war, viel zu langsam war. Und da ist natürlich die Frage - und die würde ich durchaus auf den Zeitraum vor dem 27., also in meiner Anwesenheit, durchaus nehmen -, dass man da vielleicht hätte sagen müssen: Okay, wir setzen uns darüber hinweg und machen das trotzdem.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich will mal kommen auf die Situation am Flughafen. In der schwierigen Zeit, da hatten wir ja das Problem, dass die Kräfte des Auswärtigen Amtes, in der Bundeswehr vor Ort keine brauchbaren Listen hatten. Sie haben darauf schon hingewiesen. Und nun hatten wir hier einen auf dem Flughafen Kabul eingesetzten Oberstleutnant des KSK, ein fabelhafter Mann übrigens, der hier - - Bitte?

(Zuruf: Oberleutnant!)

- Oberleutnant, Entschuldigung, ja, Oberleutnant. Ich habe es nur zum Obergreifen gebracht, das merkt man.

(Heiterkeit)

Also Oberleutnant. „Fabelhaft“ deswegen, weil der uns die Schwierigkeiten auch geschildert hat, die es da gab, aber auch, mit welcher enormen Courage die Spielräume genutzt worden sind, die es da gab, und eben nicht auf Zuständigkeiten und Bürokratie abgestellt worden ist. Und dramatische Schilderungen von Zeugen, die uns geschildert haben, dass sie hier waren mit einer

Ausreisegenehmigung aus dem Verteidigungsministerium, wo dann aber irgendwie das angezweifelt worden ist, weil das nicht ausgedruckt war und Leute in große Gefahren geraten sind mit ihren Kindern - mehrere Zeugen dieser Art.

Und deswegen will ich Sie schon noch mal fragen: Was ist eigentlich unternommen worden, um das Problem schnell zu lösen? Und ist es nicht vielleicht doch so, dass in der Abwägung zwischen Bürokratie und Humanität die Deutschen andere Abwägungen getroffen haben als die Amerikaner zum Beispiel, die ja - - Vergleich vor allen Dingen? Das ist meine Frage aus vielen Zeugenbefragungen, die wir hier haben, und aus dem, was Sie eben gerade geschildert haben.

Zeuge Miguel Berger: Also, zunächst möchte ich diesem Eindruck von Ihnen absolut zustimmen. Wir hatten ja - - In den Krisenstabssitzungen war Herr van Thiel zugeschaltet, der Oberleutnant war zugeschaltet, und die haben wirklich in aller Deutlichkeit die absolut dramatische Situation vor diesen Toren, insbesondere dem North Gate, geschildert. Und auch muss ich sagen: Wirklich größte Bewunderung für diejenigen Kollegen, die vor dem Tor standen in dieser Situation und dann wirklich in Sekunden entscheiden mussten, ob das, was ihnen da vorgelegt wurde, in Ordnung ist oder nicht - extrem schwierig sicher für alle Beteiligten, extrem belastend.

Und wir haben im Krisenstab bei uns auch alle Möglichkeiten geprüft: Wie können wir - - Wir wussten ja, dass dieser Flughafen umgeben war von Tausenden, Tausenden Flüchtlingen, Binnenflüchtlingen, die nach Kabul gekommen waren, die nichts damit zu tun hatten, mit den Gruppen, die wir evakuieren wollten. Und die große, große Frage für uns war: Wie können wir es in dieser Umgebung, die dominiert wird eben von Leuten, die sich nach vorne drängen, von jungen Männern, wie können wir dort Familien, wie können wir die Antragsberechtigten durchbekommen? Und da gab es ja - das werden die Kollegen Ihnen geschildert haben - alle möglichen Ideen: mit Bundesflagge - das war, glaube ich, eine Idee von Minister Maas -, andere hatten rote Schals, dann gab es die Idee mit Sammelpunkten, dann haben wir Busse versucht. Wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben alles versucht, um möglichst viele Leute, von denen wir wussten, dass sie berechtigt sind, durchzubekommen. Das ist im Endeffekt, wenn man sich die Zahlen anschaut, nur zum Teil gelungen. Ja, ich würde nicht „Bürokratie“ sagen; also, ich würde sagen, in der Abwägung ist es wirklich die Frage: Sicherheitsüberprüfung versus Gefährdung und sofortige Evakuierung. Und da, wie gesagt, meine Einschätzung: Wir hätten eigentlich spätestens Mitte Juli den Hebel umlegen müssen und hätten die Leute auch so evakuieren müssen.

Aber - und das ist wirklich wichtig neben den fehlenden Pässen -: Die Briten haben nur Leute ausgeflogen, die ein Visum hatten. Die haben alle sicherheitsüberprüft und mit Visum und dann ausgeflogen. Und die Amerikaner hatten ja dieses SIV-Programm, ich glaube, Special Immigration Visa - dieses Programm, das unter Biden dann ja noch mal deutlich beschleunigt wurde -, und nach meiner Kenntnis haben die Amerikaner auch nur die Leute mitgenommen, bei denen sie eine Überprüfung vorgenommen haben. Wir haben ja dann auch bei der weiteren Evakuierung festgestellt, dass die Amerikaner sehr großen Wert darauf gelegt haben, ob jemand sicherheitsüberprüft ist oder nicht; denn sonst hätte man sich dieses Zwischenparken von Leuten in Kosovo und an anderen Orten ja schenken können. Das haben die Amerikaner gemacht, weil sie erst dann die Weiterreise in die USA erlauben wollten, nachdem sie die Sicherheitsüberprüfung vorgenommen haben. Also, so gesehen, zwei unserer zentralen Partner haben die Sicherheitsüberprüfung ganz oben angestellt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber ist es nicht so, dass gerade das, was Sie sagen, auch ein Hinweis ist, mit Ramstein - das haben Sie selbst geschildert -, mit Islamabad, mit Kosovo, dass das jedenfalls vielleicht nicht unmittelbar zu einem Flug nach Washington, New York geführt hat, aber doch immerhin aus der Gefahrenzone? Deswegen, sage ich mal, kann man das vielleicht nicht hundertprozentig vergleichen. Meine Frage ist schon, deswegen habe ich den Begriff „Bürokratie“ auch verwandt, Sicherheitsü- - Und der Staatssekretär Engelke hat uns das, glaube ich,

durchaus auch mit Selbstzweifeln und selbstkritisch hier dargelegt, will ich zwar nicht bestreiten, aber trotzdem, wenn man sich die Zahlen anguckt und, ich sage, noch mal das Leitbild anguckt, die Situation und das, was uns der Oberleutnant hier geschildert hat, wo dann individuell Verantwortung übernommen worden ist - - Aber ist es nicht strukturell doch so, dass dann am Ende zu viel Menschen in Gefahr gelassen worden sind in der Abwägung, man könnte vielleicht auch jemanden nach Deutschland holen, den man da nicht haben will? Ich frage das auch, weil ich zu den wenigen Abschlussfragen, die ich noch habe, gleich noch mal auf den Punkt kommen möchte, dass die Ressorts ja auch unterschiedliche Sichtweisen hatten, politische Sichtweisen. Also, deswegen meine Frage: Wenn Sie das so betrachten, zu welcher Schlussfolgerung kommen Sie?

Zeuge Miguel Berger: Ja, wenn Sie sagen, dass Staatssekretär Engelke das da auch durchaus mit Selbstzweifeln geäußert hat: Ja, deswegen habe ich ja auch gerade vorhin noch mal darauf hingewiesen, dass aus meiner Sicht eigentlich Mitte Juli der Punkt erreicht war, wo wir Visa upon Arrival - also authentische: in das Flugzeug setzen und nach Deutschland bringen - hätten machen sollen. Das sehe ich so. Und das bedeutet: Wir hätten etwas früher auf jeden Fall mit den Charterflügen beginnen sollen, und wir hätten eben auch Leute mitnehmen sollen, auch wenn sie diese Sicherheitsüberprüfung noch nicht durchlaufen haben. Das ist meine rückblickende Einschätzung.

Wir waren ja vor allem in einer anderen Situation, weil, ich glaube, das war am 16. Juli - - Ich glaube, es war am 16. Juli, dieses Randgespräch am Rande des Kabinetts mit der Kanzlerin, den betroffenen Ministern, wo dann ja gesagt wurde: Okay, wir erlauben für diese 350 - waren es, glaube ich - aus dem BMVg, die Gefährdungsanzeigen ab 2013 gestellt hatten, dass die eben auch dazukommen. - Und wir haben eben gesehen, dass sich die Antragsannahme - deswegen hatte ich das vorhin erwähnt - von IOM leider eben sehr verzögert hat. Und am Schluss waren das ja, glaube ich, 150 Pässe, die bei denen lagen, und knapp - ich weiß es nicht mehr genau -



Nur zur dienstlichen Verwendung

700 Gefährdungsanzeigen oder so. Also, da hätte man auf jeden Fall schneller sein können. Aber noch mal zur Relativierung: Wir sind Mitte Juli natürlich auch noch nicht davon ausgegangen, dass Kabul kollabiert und die afghanische Regierung innerhalb von sieben Tagen kollabiert. Also, wir hatten auf jeden Fall damals noch den Eindruck, dass wir bis - - auf jeden Fall in den Frühbis Spätherbst noch Zeit haben, das umzusetzen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Zwei Abschlussfragen habe ich noch. Die eine bezieht sich darauf: Inwiefern waren Sie im Auswärtigen Amt auch mit dem Thema der Abschiebungen nach Afghanistan, mit der Frage befasst? Und welche Rolle hat das aus Ihrer Sicht gespielt mit Blick auf die Haltung des Bundesinnenministers, der ja nun maßgeblich für das Visa-on-Arrival-Verfahren gewesen ist, aber eben auch zuständig war für das Thema Abschiebungen? Das hat ja eine Rolle - - Wir hatten Bundestagswahlkampf, und das Thema hat ja eine große Rolle gespielt in der Bundesregierung in den Jahren zuvor.

Zeuge Miguel Berger: Ja, also ich würde sagen, das Thema Rückführungen ist ein Thema, das aus meiner Sicht auf die politische Ebene gehört. Das war eine eminent politische Entscheidung. Ich war dazu mit Herrn Teichmann mehrfach in Kontakt. Und wir hatten - ich überlege jetzt, wann das war - - Ich glaube, Anfang/Mitte Juli hatten wir den Hinweis oder die Entscheidung des für Migration zuständigen afghanischen Ministeriums, dass die Rückführungen temporär ausgesetzt werden. Und damals hatte das Innenministerium einen Rückführungsflug geplant. Was uns dann völlig kalt erwischt hat - und da habe ich mich dann auch, glaube ich, bei Herrn Teichmann entsprechend eingelassen -, war, dass es einen Brief, glaube ich, mehrerer - - oder einen Briefentwurf mehrerer Innenminister gab, weil man sich unter den Innenministern in der EU einig war, dass das Gespräch mit der afghanischen Regierung gesucht werden soll, dass diese Rückführungen unbedingt weiterlaufen müssen.

Und ich war dann mit Herrn Teichmann, glaube ich, so verblieben, dass ich ihm gesagt habe: Herr Teichmann, bitte diesen Brief jetzt nicht unterzeichnen; unser neuer Sonderbeauftragter, Herr

Wieck, reist nach Afghanistan, er wird die Frage dort besprechen. - Und dann war, als er vor Ort war - und ich glaube, das war letztlich eine Initiative von Minister Seehofer und des österreichischen Innenministers - dieser Rückführungsflug dann umgewandelt worden, glaube ich, in eine Abschiebung von Straftätern. Wann dieser genaue Sprung war, ist mir jetzt nicht mehr wirklich in Erinnerung; aber ich glaube, Herr Wieck hat sich dann dafür eingesetzt, dass diese Rückführung der Straftäter erlaubt wird. Und dafür hat die afghanische Regierung auch das grüne Licht gegeben, hat gesagt: „Kleine Maschine, zehn Leute“, soweit ich das noch weiß. Und was dann folgte, war in meiner Abwesenheit - - mit diesem Bombenanschlag und dann der Aussetzung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Meine letzte Frage bezieht sich auf die Koordinierungsfunktion des Kanzleramts und der Bundeskanzlerin: Hatten Sie den Eindruck, dass das Kanzleramt bei ja unterschiedlichen Ressortsichten auf die Dinge - wir haben über ein paar Fragen miteinander gesprochen - eine Steuerungsfunktion wahrgenommen hat, und hätten Sie sich im Zweifelsfall die Anwendung der Richtlinienkompetenz durch die Kanzlerin gewünscht?

Zeuge Miguel Berger: Also, das Kanzleramt war natürlich in allen Sitzungen anwesend und hat - - Ich weiß natürlich - - Ich habe keinerlei Informationen über die Frage, wie die Kommunikation innerhalb des Kanzleramts gelaufen ist. Am Anfang war Jan Hecker mein Counterpart, bis zu dem Zeitpunkt seiner Versetzung nach Peking - ich glaube, das war irgendwann im Juli -, und mit ihm habe ich all diese Fragen intensiv aufgenommen. Aber da es sich ja um unterschiedliche Einschätzungen auf Ministerienebene gehandelt hat, insbesondere dann auch - - den Brief, den Minister Müller geschrieben hat an, ich glaube, Frau Kramp-Karrenbauer und an Innenminister Seehofer, als es darum ging, dass eine Ausweitung dieser Zweijahresfrist eine Sogwirkung haben könnte und die Fortsetzung der Arbeit gefährdet: Das wäre natürlich ein Punkt gewesen, und ich glaube, dass es dann auch Gespräche darüber gegeben hat, die dann, glaube ich, im Kabinett oder am Rande des Kabinetts besprochen wurden. Ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

möchte jetzt ungern die Frage oder die Rolle der Bundeskanzlerin in irgendeiner Art und Weise bewerten, aber wie gesagt: Ich hatte den Eindruck, das Kanzleramt - und ich vermute, damit auch die Bundeskanzlerin - war über alle Fragen informiert aus diesen Sitzungen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Zeuge. - Das Fragerecht geht an die Unionsfraktion. Herr Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Herr Botschafter, ganz herzlichen Dank, dass Sie uns heute als Zeuge zur Verfügung stehen. - Ich hätte am Anfang auch zwei, drei Fragen zur Zusammenarbeit und Koordination. Die erste Frage hat sich aus der Vernehmung Ihrer Kollegin ergeben, nämlich: Sie war ja während Ihres Urlaubs Anfang August 2021 mit allen Fragen, die unser Untersuchungsgegenstand beinhaltet, betraut. Inwieweit hat eigentlich vor dieser Urlaubsvertretung eine umfangreiche Erörterung zwischen Ihnen und Frau Leendertse über den derzeitigen Stand in Afghanistan, so eine Amtsübergabe, stattgefunden?

Zeuge Miguel Berger: Wichtiger Punkt. Ja, also, wie gesagt, zum einen haben wir uns ständig über diese Themen ausgetauscht, also nicht nur über Afghanistan, auch über andere Fragen, weil es natürlich auch eine große Schnittmenge gibt. Also, wenn Sie zum Beispiel die Rechtsfragen sehen, die Zusammenstellung der Listen, das Ortskräfteverfahren: Das lief ja in der Rechtsabteilung, und so gesehen hat es sich auch natürlich und automatisch ergeben. Ich hatte die Koordinierungsfunktion, ich war in den Staatssekretärsrunden; Frau Leendertse war vollumfänglich eingebunden, sie war auch frühere Politische Direktorin, hatte natürlich auch das absolute politische Verständnis über die Fragen, die bei Afghanistan relevant waren. Und so gesehen kann ich sagen - sie war ja immer dabei, wir haben immer gemeinsam mit Minister Maas diese Telefonate geführt -, dass das aus meiner Sicht sehr gut und sehr reibungslos mit ihr gelaufen ist.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich frage das deswegen, weil sie sozusagen etwas selbstkritisch rückblickend gesagt hat, mit dem Blick von heute würde sie sagen, sie fühlte sich im Hinblick auf

die Übernahme dieser Vertretungssituation „unterinformiert“. Das war ihr Wort. Können Sie den Eindruck von ihr bestätigen, dass vielleicht diese Vertretungssituation, gerade in dieser kritischen Phase, auch zum Informations- und Kompetenzverlust geführt hat?

Zeuge Miguel Berger: Also, mir gegenüber hat sie das nie geäußert.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie hat nicht geäußert „Kompetenzverlust“, sie hat nur den Begriff „unterinformiert“ benutzt.

Zeuge Miguel Berger: Ah ja, ja. Ja, wenn sie das so gesagt hat, dann ist das natürlich ihre Einschätzung, ihre zutreffende Einschätzung. Ich hatte eigentlich den Eindruck, dadurch, dass wir wirklich fortlaufend über diese Themen uns ständig ausgetauscht haben, nahezu auch zum Teil wirklich auf täglicher Grundlage - - dass ich eigentlich den Eindruck hatte, dass sie informiert ist. Und ich war ja nicht aus der Welt. Also, ich war ja, wie gesagt, im Libanon, ich war im westlichen Balkan, und ich war natürlich für jede Frage erreichbar. Aber, ehrlich gesagt, eine große Behörde wie das Auswärtige Amt: Da gab es Herrn Potzel, da gab es Frau Sigmund, da gab es die Abteilung. Also, eigentlich lagen alle Informationen jederzeit vor. Aber wenn sie das so gesagt hat, dann wird das schon so sein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann will ich mal - - Sie sagten, Sie seien erreichbar gewesen; deswegen noch mal meine kurze Frage: Haben Sie in dieser Phase, ich sage jetzt mal, um das Wochenende 13. August, also im Zeitraum von beispielsweise 11. bis 16. August, wo Sie ja dann wieder in den Dienst gekommen sind, auch aus dem Urlaub heraus sich um diese Angelegenheit gekümmert? Und, wenn ja, mit wem haben Sie über welche Sachverhalte gesprochen?

Zeuge Miguel Berger: Ja, absolut. Und ich war natürlich entsetzt, als ich gesehen habe - - also mit dem Fall der ersten Provinzhauptstadt, und habe natürlich mit den Kollegen dazu Rücksprache gehalten. Ich war noch nicht offiziell im Dienst, aber ich war sowohl den Samstag, den 14., als auch Sonntag, den 15., den kompletten



Nur zur dienstlichen Verwendung

Tag im Dienst, war in den Krisenstabssitzungen. Aber wir hatten eben ganz klar vereinbart und auch völlig zu Recht, dass Frau Leendertse in meiner offiziellen Abwesenheit, also bis Montag, den 16., hier die Führung hat. Und wenn wir irgendwas vermeiden wollten - und da waren wir uns beide einig -, war es eben, dass wir hier überlappende Kompetenzen haben. Ich habe, glaube ich, auch einen Mailaustausch mit der Kollegin Frau Haber gehabt; ich habe mit dem Kollegen Jäger, glaube ich, telefoniert. Also, ich habe aus dem Urlaub das eine oder andere Telefonat geführt - ich weiß nicht mehr, ob mit Herrn Potzel -, und habe mich dann aber erst am Samstag, den 14., wirklich noch mal unterrichten lassen über das komplette Lagebild.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun ist es so, dass die Funktion der Vertretung durch Frau Leendertse auch kritisiert worden ist. Sie sagten, Sie könnten sich nicht genau daran erinnern, ob Sie während Ihrer Abwesenheit auch mit Herrn Potzel gesprochen haben. Meine Frage: Hat Herr Potzel sich bei Ihnen über Frau Leendertse beschwert?

Zeuge Miguel Berger: Niemals. Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wir haben hier einen E-Mail-Verkehr. Das ist MAT A AA-2.30 VS-NfD, Blatt 167. Da schreibt Herr Potzel an STS-B-PREF O [REDACTED], M [REDACTED]:

„... ich weiß, Du bist noch im Urlaub. Aber ist ... Dein Chef ab Montag wieder da? StS'in L lädt jetzt quasi täglich zu AFG-Besprechungen ein. Das ist ja auch richtig, wichtig und angebracht. Allerdings lädt sie einen etwas merkwürdigen Personenkreis dazu: D2, D S, S-B-1, nicht aber RL AP05. ... Ich hoffe, das läuft dann wieder in den richtigen Bahnen, sobald StS B wieder da ist.“

Deswegen frage ich noch mal nach: Ist bei Ihnen Kritik an der Urlaubsvertretung durch Ihre Kollegin angekommen?

Zeuge Miguel Berger: Nein, ehrlich gesagt nicht. - Und die Frage, also aus meiner Sicht, ja, also die

Afghanistan-Referatsleiterin - - ist natürlich wichtig, die einzubeziehen. Das Gleiche gilt für Herrn Wieck, der die Nachfolge von Herrn Potzel angetreten hatte. Aber ich glaube, das war eine kleinere organisatorische Frage, wer jetzt in diesen Runden dabei ist, und Frau Leendertse wird ihre Gründe gehabt haben, warum die da so entschieden hat, und das möchte ich jetzt natürlich auch nicht kritisieren. Aber zu Ihrer Frage: Nein, mir ist nie zu Ohren gekommen und mir gegenüber ist nie geäußert worden, dass es da Kritik gab.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun würde ich gerne noch mal auf den Zeitraum im Frühjahr 2021 bis zur Eskalation im Sommer 2021 zu sprechen kommen. Nach unseren Unterlagen befand sich Deutschland und insbesondere das Auswärtige Amt ja immer in dem Spagat, auf der einen Seite doch noch zu versuchen, die Abzugsentscheidung nachträglich noch zu relativieren, zu beeinflussen, zu verzögern, von time-based zu condition-based usw.; und auf der anderen Seite stand natürlich die große Herausforderung, im Zusammenhang mit dem Abzug der Bundeswehr und der internationalen Gemeinschaft eben auch die Frage der Evakuierung der deutschen Staatsangehörigen und der mit Aufnahmezusage versehenen Ortskräfte zu organisieren. Uns begegnet dabei in den Akten öfter mal der Hinweis, man wolle kein falsches politisches Signal in das Land senden, indem man zu früh deutsche Staatsbürger auf Ausreisenerfordernisse hinweist, Ortskräfte - - Evakuierungsverfahren vorbereitet und Ähnliches. Können Sie uns kurz schildern, wie Sie diese Diskussion wahrgenommen haben und welchen Standpunkt das Auswärtige Amt in dieser Frage eingenommen hat?

Zeuge Miguel Berger: Ja, und wir können auch gerne noch mal genauer über diesen Conditions-based Ansatz reden, denn das war aus meiner Sicht doch eine sehr, sehr zentrale Frage der Umsetzung des Abzugsbeschlusses. Also, unsere große Sorge, die wir, glaube ich, alle geteilt haben in der Bundesregierung, war, dass wir als - ich glaube, wir hatten sogar mehr Truppen als die Briten, ich glaube, wir waren der zweitwichtigste Truppensteller - - dass wir nicht die ohnehin schon angeschlagene, unter massivem auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

psychologischem Druck, militärischem Druck stehende afghanische Regierung dadurch desavouieren wollten, indem wir sichtbar und gegen ihren Willen damit beginnen, Leute auszufliegen, weil wir die große Sorge hatten, dass das - und das ist das von Ihnen zitierte Signal - quasi empfunden werden könnte von der afghanischen Bevölkerung, von der Politik, von der Armee als: So, die gehen jetzt raus, die evakuieren jetzt, die ziehen jetzt ab und lassen uns hier alleine.

Und das Schlimmste, glaube ich, was wir hätten machen können, ist, dass ausgerechnet wir dieses Signal senden. Ich sage jetzt „ausgerechnet wir“, weil Deutschland natürlich in Afghanistan hohe Anerkennung dafür genoss, dass wir eben mit dem Petersberger Prozess ganz am Anfang absolut zentral dafür waren, dass nach dem 11. September und nach dem Sturz der Taliban eine Ordnung dort eingeführt wurde - - und wir deswegen großes, großes Ansehen genossen und sehr viele natürlich auf uns geschaut haben. Das war die Sorge. Und das war, würde ich sagen, auch der Appell, ich glaube, mindestens in zwei, drei Gesprächen von Staatspräsident Ghani, hier eben nicht Aufbruchssignale zu senden, wegen der demotivierenden Wirkung auf die eigene Armee und Bevölkerung.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Welche Kenntnis haben Sie denn - - Also, dass sozusagen das Auswärtige Amt dies verfolgt hat mit Condition-based-Approach, ist, glaube ich, unstrittig. Aber die Frage ist: Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt Signale und, wenn ja, von wem bekommen, dass es tatsächlich noch eine veränderte amerikanische Auffassung geben könnte?

Zeuge Miguel Berger: Es gab natürlich von uns auch den Versuch, andere NATO-Partner von diesem Conditions-based-Approach zu überzeugen. Und das begann sehr früh; deswegen hatte ich dieses NATO-Außenministertreffen im April 20 ja schon zitiert. Es gab dann - - Und dieser Review lief ja sehr lange; der lief ja im Grunde vom 20. Januar bis eben zu der Entscheidung von Präsident Biden. Und ich glaube, die Rückmeldungen, an die ich mich erinnere, sowohl aus den Telefonaten der Kanzlerin mit Präsident Biden als auch der Gespräche zwischen dem

Minister und seinem Counterpart Blinken, waren, dass die Amerikaner schon sehr offen prüfen, wie sie mit diesem Abzug umgehen. Und ich kann mich auch an eine Fundstelle jetzt erinnern, die ich bei der Lektüre wieder gesehen habe, wo auch gesagt wird, ja, Präsident Biden würde auch überlegen - - also bis hin zu einer Nachverhandlung des Abkommens. Also das wäre ja das Maximale gewesen, was man sich hätte vorstellen können.

Auf der anderen Seite, ehrlich gesagt, waren wir natürlich auch realistisch in dem Sinne, dass wir gesehen haben und auch aus der Kommunikation entnommen haben, dass es zwar unterschiedliche Interessen - insbesondere das Militär hätte gerne, glaube ich, diesen konditionierten Ansatz mitgemacht - - aber dass insbesondere der Präsident persönlich, glaube ich, auch derjenige war, der diesen Abzug vollziehen wollte.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Die Kehrseite der Medaille war ja, dass dann die Abzugsplannungen offensichtlich nicht, also, mein Eindruck jetzt, mit dem notwendigen Nachdruck verfolgt wurden. Deswegen nur eine kurze Frage: Hatten Sie Kenntnis davon, dass in der Abteilung 2 im Jahr 2020 eine Verstärkung der Visastelle in Teheran Gegenstand der Erörterung war und dass wegen des erwarteten Anstiegs von Visaanfragen dieses mit der Begründung „Wir wollen kein falsches politisches Signal senden“ am Ende nicht als Ministervorlage nach oben geschrieben worden ist?

Zeuge Miguel Berger: Nee, das sagt mir jetzt im Moment nichts. Aber das könnte natürlich auch sein, da das Personalfragen betraf, dass das auch im Wesentlichen bei Frau Leendertse gelaufen ist. Aber was Teheran angeht, war das natürlich immer ein extrem schwieriges Verhältnis. Und parallel zu der Reise, die Minister Maas Ende August in die Nachbarstaaten unternommen hat, hatten wir den Herrn Wieck gebeten, nach Teheran zu reisen, weil wir natürlich sicherstellen wollten, dass Personen, die über Herat den Weg in den Iran finden, ausreisen können. Und ich kann mich erinnern, dass die Iraner in einigen wenigen Fällen uns auch geholfen haben, Ausreisen von deutschen Staatsangehörigen, von



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ortskräften, von Schutzbedürftigen über Teheran zu ermöglichen. Das waren aber immer sehr geringe Zahlen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun hat im April 2021 das Auswärtige Amt die Reisehinweise verschärft, und Sie haben dazu in einer Stellungnahme sehr deutlich reagiert - das ist MAT A AA-8.107 VS-NfD, Blatt 108; Zitat -:

„... diese Anpassung hat mich jetzt völlig überrascht. Ist das wirklich angebracht? Wir wollen ja nicht das Signal zum allgemeinen Aufbruch geben.“

Zitat Ende. - Wieso hätte sozusagen eine Verschärfung der Reisehinweise Ihrer Ansicht nach ein Signal zum allgemeinen Aufbruch gesandt?

Zeuge Miguel Berger: Das kann ich Ihnen jetzt, ehrlich gesagt, nur beantworten, wenn ich den Gesamtzusammenhang sehe. Ich weiß nicht mehr genau, wie, denn ehrlich gesagt - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sollen wir Ihnen das vorlegen?

Zeuge Miguel Berger: Wir hatten doch schon lange - - Also, zeigen Sie mir das gerne, aber ich glaube - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. Dann würden wir es Ihnen einmal vorbringen.

Zeuge Miguel Berger: Ja, gerne, gerne. - Aber was ich noch sagen wollte, ist: Wir hatten ja eigentlich schon lange eine Reisewarnung vor Afghanistan - die muss, ehrlich gesagt, schon lange bestanden haben, die Reisewarnung. Ich kann mich jetzt aber nicht mehr erinnern, seit wann. Und wir hatten ja immer wieder - und das gilt ja auch für andere Krisen, wie heute im Libanon -, dass Leute trotz bestehender Reisewarnungen eben trotzdem in diese Länder reisen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich würde Sie bitten, sich das Dokument kurz anzuschauen.

Zeuge Miguel Berger: Ja, sehr gerne.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Danke.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Miguel Berger: Das würde ich Ihnen jetzt sehr gerne beantworten. Ich weiß nicht mehr genau, woran ich mich jetzt hier gestört habe, ob das das Datum 1. Mai war. Aber, wie gesagt, der Sache müsste man noch mal nachgehen. Aber aus meiner Sicht bestand ohnehin schon eine allgemeine Reisewarnung, und zwar, ehrlich gesagt, schon länger. Aber wir wussten ja, dass Leute trotzdem nach Afghanistan gereist sind.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Meine Frage war: Inwieweit hat diese Reisewarnung, nenne ich es jetzt mal - das ist ja eine Veröffentlichung einer Agenturmeldung -, denn das Signal zum allgemeinen Aufbruch gegeben, nach Ihrer Einschätzung?

Zeuge Miguel Berger: Ich vermute - - Ich kann es wirklich nur vermuten. Ich kann nur vermuten - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nee, das müssen Sie - - Das sollen Sie gerade nicht.

Zeuge Miguel Berger: Nee, ich weiß es ehrlich gesagt nicht mehr.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich frage Sie ja ... [akustisch unverständlich] wissen, weil Sie ja diesen Text geschrieben haben.

Zeuge Miguel Berger: Nein, nein, nein, nein, nein, nein, nein. Also - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und ich versuche, zu verstehen, was Sie damit gemeint haben. Aber Vermutungen sollten Sie über Ihr eigenes Wissen nicht anstellen, ja.

Zeuge Miguel Berger: Nee. Ehrlich gesagt, kann ich das jetzt nur wirklich präzise beantworten, wenn ich die bestehende Reisewarnung und den Text der Verschärfung sehe. Denn nur dann kann ich jetzt wirklich sehen: Was hat mich damals daran gestört?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber wie gesagt, unser - - Und das - - Sie fragen ja nach diesem Wort „Signal“. Also, unsere Sorge war eben allgemein, dass wir nicht den Eindruck erwecken wollten, weil ab dem 1. Mai ja der neu festgelegte Termin für den Abzug, den Beginn des Abzugs lag mit dem Ende 11. September, dass das der richtige Zeitpunkt war, um diese Reisewarnung zu machen. Das habe ich, glaube ich, damit hinterfragen wollen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Dann habe ich für diese Runde noch zu diesem Komplex eine abschließende Frage. Sie haben es vorhin auch schon angesprochen: Es ging auch um die Frage der Charterflieger. Und nach unseren Informationen war es so, dass Sie auch persönlich sehr lange gehadert haben damit, Charterflüge zu organisieren, auch nachdem die Bundeskanzlerin dies bereits sozusagen als „Empfehlung“ - in Anführungsstrichen - weitergegeben hatte. Was hat Sie eigentlich dazu bewogen, so spät erst Charterflüge zu organisieren, zumal Sie auf Visa on Arrival gesetzt haben?

Zeuge Miguel Berger: Ich kann mich jetzt nicht erinnern, dass das nach dem Hinweis der Kanzlerin kam; denn ich glaube, mich zu erinnern, dass wir ziemlich unmittelbar nach dieser, ich glaube, das war 16.07. - - dass wir damals gesagt haben: So, jetzt bitte vor Ort in Kabul Erfahrungen der Briten und - - insbesondere der Briten uns geben lassen, wie sie die Charterflüge, wie sie das abgewickelt und organisiert haben. - Und das war, wie gesagt, eben mit der Hilfe von IOM.

Ja, also, was - - Es gab zwei Punkte, und interessanterweise gelten die auch für andere Länder: nämlich dass bestehende Flugverbindungen existierten und wir deswegen eigentlich sehr gute Erfahrungen damit gesammelt haben, unauffällig - - dass die Leute, die von uns ein Visum haben, das Land verlassen können; und das war eben möglich über Linienflüge. Das war das, was wir mit dem BMVg diskutiert haben. Das BMVg hat dann kurz vor Abzug aus Masar überlegt: „Machen wir einen Charterflug?“, und hat das dann verworfen. Wenn ich mich an die Zitate aus den Unterlagen richtig erinnere, stand dort „mangels Masse“, weil wir von diesen 2 400 Ausreiseberechtigten - - waren 1 900 schon raus, und die

anderen hatten das offenbar zurückgestellt aus persönlichen Motiven.

Ich hatte dann mit Staatssekretär Engelke nach dem Abzug noch mal ein Gespräch darüber, wie er die Möglichkeit sieht zu einem Charterflug nach Masar. Und seine Einschätzung damals war: Das Risiko ist sehr groß; er will keinen Bundespolizisten dem Risiko aussetzen, dass ein Flugzeug, das ohne entsprechende Absicherung am Boden - - gestürmt werden kann und dass sich dort eine schwierige Situation entwickelt. - Wir waren der Meinung, dass wir erstens - und das ist der Punkt, den ich vorhin erwähnt hatte - keine falschen Signale senden wollten und zweitens die Linienflüge eigentlich bis kurz vor dem Kollaps funktioniert haben.

Und ja, wenn ich das noch vielleicht ergänzen darf: In dem Moment, in dem wir die Zusage gehabt hätten für echte Visa upon Arrival, dann hätte Charterflug Sinn gemacht, denn dann wäre das der einzige Weg gewesen, um die Leute direkt nach Deutschland zu fliegen. Das heißt, die Rechnung geht umgekehrt: erst die Zusage Visa upon Arrival, dann Charterflug.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das Fragerecht geht zu den Grünen. Frau Kollegin Nanni, bitte.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Berger! Ich würde anfangen mit noch mal ein, zwei Sachen aufholen, die Sie schon angesprochen haben. Sie hatten ja vorhin gesagt, es gab eine klare Abgrenzung, auch in der Zeit, wo Sie im Urlaub waren und dann ja auch trotzdem noch sich dienstlich betätigt haben. Da hätte ich jetzt eine erste Frage: Warum haben Sie Ihren Urlaub nicht abgebrochen?

Zeuge Miguel Berger: Ja, ich habe ihn ja beendet. Ich habe gesehen, die Situation spitzt sich zu. Ich bin am 13. zurückgereist und war deswegen am Wochenende - - habe ich gearbeitet, war im Dienst. Und die Staatssekretärin Leendertse war aber, wie gesagt, und so war das unsere Absprache, bis Sonntag einschließlich zuständig.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben in der Vorbereitung erst relativ spät verstanden, dass Sie im Urlaub waren, weil die Frequenz Ihrer Mails auch in Ihrer offiziellen Urlaubszeit so hoch war, dass es keinen Unterschied zu Präsenzzeit gemacht hat. Und deswegen noch mal die Frage: Warum haben Sie den Urlaub nicht früher abgebrochen, wo Sie ja schon so viel gearbeitet haben?

Zeuge Miguel Berger: Ja, gute Frage. Ich kann es Ihnen rückblickend nicht beantworten. Ich hätte natürlich ein paar Tage früher zurückkommen können, ich hätte vielleicht ab dem 06.07.* schon zurückkommen können; aber ich hatte den Eindruck, dass ich über mein Büro über die wesentlichen Dinge informiert bin und dass die Abläufe bei Frau Leendertse in sehr guter Hand sind. Und, ehrlich gesagt, wir hatten ja, wie gesagt, alle den Eindruck, dass eine Zuspitzung in Kabul nicht in den nächsten Tagen erfolgt. Und wir müssen ja noch mal rekapitulieren: Die Provinzhauptstädte sind innerhalb von sieben Tagen kollabiert. Wir reden hier über sieben Tage.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es tut mir sehr leid, Herr Berger. Ich werde Sie immer um eine kurze Antwort bitten, weil ich nur so wenig Zeit habe. Mit welchen Kolleg/-innen standen Sie denn dienstlich im Kontakt? Können Sie sich daran noch erinnern?

Zeuge Miguel Berger: Das war im Wesentlichen die Leiterin des gesamten Staatssekretärsbüros, Frau F. [REDACTED].

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und war allen Kolleg/-innen, mit denen Sie im Kontakt waren, klar, dass Sie eigentlich im Urlaub waren?

Zeuge Miguel Berger: Ja, natürlich, auch meinem persönlichen Referenten, Herrn O. [REDACTED].

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und hatten Sie in Ihrer Urlaubszeit auch dienstlichen Kontakt zu internationalen Partnern?

Zeuge Miguel Berger: Ich glaube, nicht, nein. Ich kann mich nicht daran erinnern, nein.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und keinen einzigen?

Zeuge Miguel Berger: Also, wenn sich was in den Akten findet, vielleicht. Aber ich kann mich jetzt nicht erinnern, nein.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dann suchen wir noch mal gleich. - Dann würde ich jetzt mit einer anderen Sache weitermachen. Ach so, genau, zu der Frage, wie Sie im Urlaub gearbeitet haben: Können Sie mir einmal darstellen, wie Ihre technische Ausstattung sich von Ihrer technischen Ausstattung unterschieden hat, die Sie in Ihrem Büro in Berlin vorfinden normalerweise?

Zeuge Miguel Berger: Ja, also die einzige technische Ausstattung, die ich hatte, war ein Handy.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und welchen Unterschied macht das zum Beispiel bei dem Zugang zu Laufwerken?

Zeuge Miguel Berger: Also, man hat den kompletten Zugang auf das eigene Mailpostfach. Das Einzige, was ich nicht hatte, war eben der Zugang auf abgelegte Dokumente. Aber letztlich alles, was aktuell reinkam, konnte ich über die Mail auf dem Handy lesen. Wir haben ja so einen sicheren Mailzugang, und darüber konnte ich alles lesen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie noch mal für den Ausschuss sagen, bis zu welcher Vertraulichkeitsstufe, bis zu welcher Einstufungsstufe per Mail die Sachen Sie erreichen im ... [akustisch unverständlich]?

Zeuge Miguel Berger: VS-NfD.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, VS-V kommt im Urlaub nicht an.

Zeuge Miguel Berger: Nein.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie haben auch berichtet von Ihrer Kommunikation mit Heiko Maas, dass Sie sich regelmäßig ausgetauscht haben, coronabedingt auch sehr



Nur zur dienstlichen Verwendung

häufig am Telefon. Welchen Einstufungsgrad konnten Sie am Telefon mit Heiko Maas besprechen?

Zeuge Miguel Berger: Wir haben das über die interne sichere Leitung gemacht. Und so gesehen konnte ich dort, ich würde mal sagen, es war vertretbar, bis VS-V zu gehen; aber im Wesentlichen waren die Inhalte VS-NfD. Hätten wir ein Geheimdokument zu besprechen gehabt, hätte ich darauf Wert gelegt, das persönlich zu machen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei VS-V?

Zeuge Miguel Berger: VS-V abhängig vom Inhalt, aber man kann ja auch in Sätzen so reden. Aber ich glaube, unsere Linie, die interne, die sichere Linie geht, glaube ich, sogar bis VS-V. Aber ich bin - - Ich will jetzt nichts Falsches sagen. Aber ich habe immer Wert darauf gelegt, wenn es um geheime Dokumente geht, dass ich mit dem Minister persönlich rede.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Jetzt ist es sehr schwierig, nicht suggestiv zu fragen.

(Heiterkeit)

Also, ich stelle mir das - - Ich mache es mal so: Sind Sie davon ausgegangen, dass, wenn Sie Gespräche mit Heiko Maas führen, es auch sein könnte, dass Sie abgehört werden?

Zeuge Miguel Berger: Nein. Kann man nie hundertprozentig ausschließen. Aber nein, das war nicht die Grundlage, auf der wir miteinander telefoniert haben.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Dann noch mal ein anderer Themenkomplex. Sie haben ja schon jetzt sehr viel über die verschiedenen Staatssekretärsrunden gesprochen. Ich würde mich jetzt beziehen auf die Staatssekretärsrunde Afghanistan-Mali, die dann später nur noch Afghanistan war. Können Sie mir einmal erläutern, was aus Ihrer Sicht die drei wichtigsten

Entscheidungen waren, die im Untersuchungszeitraum in diesen Staatssekretärsrunden getroffen worden sind?

Zeuge Miguel Berger: Das ist jetzt schwer, eine Rangfolge aufzustellen; aber wir haben natürlich sehr viele Entscheidungen zum Thema Ortskräfte getroffen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie konkrete Entscheidungen nennen, die Sie da getroffen haben?

Zeuge Miguel Berger: Gott, da müsste ich jetzt die Protokolle, ehrlich gesagt, noch mal durchschauen.

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Gloßner möchte dazu was sagen. Bitte schön.

VLR Andreas Gloßner (AA): Ja, vielen Dank. - Ich darf nur darauf verweisen, dass diese Bewertung natürlich auch nur aus damaliger Sicht erfolgen kann.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das weiß der Zeuge.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Sie damals wichtig fanden.

Zeuge Miguel Berger: Ja, also, es gab zum Beispiel Vereinbarungen über konkrete - - Die Bundeswehr hat berichtet über ihre konkreten Abzugspläne, und es wurde ein gemeinsames Verständnis über viele Dinge hergestellt, sei es die Abzugsplanung, seien es Gespräche, die geführt werden, seien es Lageeinschätzungen. Also, es ist ja nicht so, dass das Operative einer Staatssekretärsrunde sich daraus ergibt, dass man am Ende festhält: „Eins, zwei, drei“, sondern - - dass man miteinander spricht und ein gemeinsames Verständnis über eine Situation entwickelt. Und dafür war diese Staatssekretärsrunde essenziell.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm. - Können Sie sich daran erinnern, ob in



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Staatssekretärsrunde es auch mal Thema war, weil man sich nicht einigen konnte in einer Frage, dass man das noch eine Ebene höher gibt?

Zeuge Miguel Berger: Ja, absolut. Deswegen hatte ich, glaube ich, vorhin auch darauf hingewiesen, dass wir bei dem Wunsch der Ministerin Frau Kramp-Karrenbauer, die Gefährdungsanzeigen rückwirkend bis 2013, diese 350 Fälle - - dass das eine Frage war, wo wir im Staatssekretärskreis der Meinung waren: Das bekommen wir auf unserer Ebene nicht gelöst, das muss politisch entschieden werden. - Und das wurde es dann ja auch. Das wurde ans Kabinett weitergegeben, und dann fand am Rande des Kabinetts, ich glaube, 16.07., das Gespräch statt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn es Meinungsverschiedenheiten oder Sackgassen auch in diesem Gespräch zwischen den Staatssekretär/-innen gab, haben Sie das auch an Ihren Minister zurückgemeldet?

Zeuge Miguel Berger: Natürlich. Wenn es etwas ganz Wichtiges gab, habe ich umgehend nach der Staatssekretärsrunde das Ministerbüro informiert. Ansonsten gab es diese Vermerke, die Ihnen ja auch vorliegen, und die hat natürlich auch das Ministerbüro bekommen. Und in den wöchentlichen Telefonschalten mit dem Minister habe ich dann auch durchaus auf operative Fragen hingewiesen, die sich aus diesen Runden oder anderen Themen ergeben haben.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß jetzt natürlich nicht, wie Ihr Verhältnis zu Heiko Maas war, deswegen kann ich nicht so ganz einschätzen - - Aber nach unten sind Sie ja ganz locker drauf gewesen im Untersuchungszeitraum. Macht man dann auch mal so was wie: „Herr Bundesminister, ich glaube, das wäre ganz gut, wenn Sie mal mit Kollegin oder Kollege XY sprechen“?

Zeuge Miguel Berger: Ja, absolut.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ist dabei irgendwas rumgekommen? Weil man kann sich ja einerseits als Staatssekretärsrunde entscheiden: Wir wollen es jetzt gemeinsam nach

oben schieben. - Man kann aber auch als einzelner Staatssekretär entscheiden: Ich versuche jetzt mal, dass mein Minister das noch mal versucht bilateral zu klären, ohne dass jetzt alle wissen, dass ich glaube, dass man es höher - - hoch geben muss.

Zeuge Miguel Berger: Ja, absolut. Also, beide Fälle sind auch bei anderen Themen immer wieder vorgekommen. Und ich habe regelmäßig Minister Maas auch vorgeschlagen, Dinge am Rande des Kabinetts zu klären, um weiterzukommen inhaltlich in Themen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das erinnern, was das war in Bezug auf Afghanistan? Wir befragen ihn ja noch hier, dafür ist das wichtig.

Zeuge Miguel Berger: Also, auf jeden Fall die Frage ebendieser Rückwirkung - das war ja eine ganz essenzielle Frage - und natürlich auch der für alle sichtbare Dissens durch den Brief von Minister Müller an Minister Seehofer und Frau Kramp-Karrenbauer über die Frage des weiteren Umgangs. Und das war eine derart politische Frage, dass das natürlich nach oben gegeben wurde.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie die Blockade, das Innenministerium möchte, dass Sie einfach sich um die Visas kümmern, und Sie möchten, dass das Innenministerium einfach die Gruppenverfahren zulässt - - Haben Sie darüber mit dem Bundesminister gesprochen?

Zeuge Miguel Berger: Ja, natürlich. Und das galt insbesondere für die Zeit - ich würde sagen, für die zweite Hälfte der Evakuierungsoperation -, als wir begonnen haben, uns Gedanken zu machen darüber. Das war sogar schon die erste Hälfte, als wir uns darüber Gedanken gemacht haben: „Wie geht es danach weiter?“ und vor allem: „Wie gehen wir um mit den Schutzbedürftigen?“ Und da haben wir - - Also, ich glaube, mein Vorschlag an Minister Maas war, 10 000 aufzunehmen. Das war mein Vorschlag an Minister Maas. Wir haben ja parallel an den Listen ge-



Nur zur dienstlichen Verwendung

arbeitet, und natürlich war das gerade im Wahlkampf eine hochpolitische Frage. Das ist, glaube ich, ein ganz zentrales Beispiel, wo ich dem Minister signalisiert habe, dass wir hierzu eine politische Entscheidung brauchen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Fragerecht - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 10 000 mit oder ohne Familie?

Zeuge Miguel Berger: 10 000 insgesamt, mit Familien.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Fragerecht wechselt zur AfD.

Martin Reichardt (AfD): Schönen guten Abend, Herr Berger! Laut MAT A AA-9.134 VS-NfD, Blatt 55, kommentierten Sie am 8. März 2021 einen aus Doha gesandten Drahtbericht Markus Potzels zu jüngsten Initiativen der Biden-Administration in Afghanistan mit folgenden Worten - Zitat -:

„Was mich besonders ärgert, ist dass die USA eine wichtige Kurskorrektur in Sachen AFG machen, dies nicht mit uns und den anderen europäischen Verbündeten besprechen, dafür aber in Moskau am 18.03. ein Regionaltreffen ansetzen (ohne Teilnahme EU) und ausgerechnet Erdogan mit Verhandlungen in der TÜR aufwerten. Die gleichen Alleingänge wie unter Trump.“

Zitat Ende. - Frage: Welche Rückschlüsse zogen Sie im Auswärtigen Amt für die weitere Zusammenarbeit mit den USA im Afghanistan-Feld aus dem Umstand, dass die Biden-USA im Frühjahr 2021 an Deutschland und dem Doha-Format vorbei afghanische Friedensverhandlungen ohne deutsche Begleitung organisierten?

Zeuge Miguel Berger: Ja, also das bezog sich ganz konkret auf den Afghanistan-Beauftragten der amerikanischen Regierung, Herrn Khalilzad, der

ja auch derjenige war, der dieses Doha-Abkommen zu verantworten hat. Er hat damals im März einen - - Er wollte den Prozess beschleunigen und hat einen eigenen Entwurf auf den Tisch gelegt, der mit uns in keinsten Weise abgestimmt war; und deswegen haben wir uns völlig zu Recht darüber echauffiert. Er hat dann auch noch diese Regionaldiskussion in Moskau geführt. Und für uns war natürlich wichtig, gerade wegen unserer Rolle in dem politischen Prozess - wir haben ja in Doha jetzt eindeutig zu den führenden Ländern gehört, die diesen Prozess unterstützt haben -, dass da in Moskau ein Treffen ohne uns stattfindet. Das hat uns sehr geärgert, in der Tat.

Martin Reichardt (AfD): Herr Berger, können Sie uns sagen, ob Sie bzw. das Auswärtige Amt gegenüber der Biden-Administration Ihrem Ärger über dieses Vorgehen Luft gemacht haben und wie die amerikanische Reaktion ausgefallen ist?

Zeuge Miguel Berger: Ja, haben wir gemacht. Und wir haben auch eingefordert, dass wir an dem damals geplanten Istanbul-Treffen - das haben ja Katar, Türkei und die UN, UNAMA, wollten das organisieren - - haben wir gefordert: Wir wollen dabei sein, und zwar möglichst als Co-Organisator. - Das haben wir mit Vehemenz in den USA eingefordert.

Martin Reichardt (AfD): Danke. - Nächste Frage, Herr Berger. Laut MAT A AA-9.136 VS-NfD, Blatt 88, erhielten Sie am Abend des 12. April 2021 einen Vermerk über das Gespräch, das Ihr Minister soeben mit [REDACTED] geführt hatte. Aus diesem geht hervor, dass [REDACTED] Heiko Maas darüber informierte, dass sich Präsident Biden für einen Time-based Abzug aus Afghanistan entschieden habe. Sie kommentierten diese Entscheidung wörtlich - Zitat aus genannter MAT-Nummer -:

„Wieder einmal keine Konsultation, wir bekommen das Ergebnis präsentiert.“

Frage: Hat man deutscherseits im Nachgang an die Biden-Entscheidung den USA zu verstehen gegeben, dass man sich zuvor eine Konsultation gewünscht hatte, und, wenn ja, wurde darauf geantwortet?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Miguel Berger: Absolut, ja. Also, wir haben mehrfach während dieses Review-Prozesses darauf hingewiesen, dass wir natürlich - und da sind wir wieder bei diesem Punkt Conditions-based Ansatz - darauf drängen, dass die Verweigerungshaltung der Taliban in den Verhandlungen dazu führen muss, dass der Prozess und das Abzugsdatum sich entsprechend anpasst. Darauf haben wir konsequent hingedrängt und haben das eingefordert, und natürlich war die Frustration in der Bundesregierung groß. Und wenn Sie sich noch mal den Vermerk anschauen über das Gespräch von Minister Maas mit Frau Kramp-Karrenbauer - ich weiß gar nicht mehr, wer von den beiden das gesagt hat, aber da steht wörtlich drin: „**Schlag ins Kontor**“, weil wir natürlich wirklich darauf gesetzt hatten, dass hier eine Konditionierung erfolgt, weil wir gesehen haben: Dieser Prozess geht den Bach runter.

Martin Reichardt (AfD): Wenn ich noch kurz nachfragen darf: Wurde von den USA denn auf Ihr mögliches Ansinnen dort geantwortet?

Zeuge Miguel Berger: Also, es gab in dieser Phase des Review, der relativ lange lief, natürlich zahlreiche Gespräche in der NATO, im NATO-Rat, in Washington usw. Aber am Ende, und das ist natürlich üblich bei einem Land wie den USA, entscheidet der Präsident und entscheidet der Inneradministrationsabstimmungsprozess, sodass wir am Ende natürlich nicht mehr einbezogen waren, sondern das Ergebnis präsentiert bekommen haben.

Martin Reichardt (AfD): Danke. - Herr Berger, uns liegt auf MAT A AA-9.140 VS-NfD, Blatt 13 bis 15, der Entwurf eines Drahtberichts vor, den Botschafter Zeidler über Ihre Ende April 2021 mit dem Minister unternommene Afghanistan-Reise verfasste. Hierin ist auch von Ihrer Begegnung mit General Miller die Rede. Ich zitiere aus MAT A AA-9.140 VS-NfD, Blatt 15: Miller „äußerte Zweifel an der Durchhaltefähigkeit und dem Zusammenhalt der ANDSF“. It „(can go very bad very fast)“.

Hierzu meine Frage, Herr Berger. Inzwischen wissen wir, dass General Miller die Lage damals

richtig eingeschätzt hat. Welche Schlussfolgerungen zogen Sie und Minister Maas damals aus diesen Worten des Generals Miller für Ihre weitere Arbeit im Afghanistan-Sektor?

Zeuge Miguel Berger: Wir haben daraus die, glaube ich, richtige Konsequenz gezogen, dass wir die Lage auch entsprechend seinen Aussagen, die natürlich sehr, sehr wichtig waren - und das können Sie auch nachlesen in den dann folgenden Sicherheitspolitischen Jours fixes - - Wenn wir vorgetragen haben, haben wir die Lage ja sehr deutlich bezeichnet als alarmierend, als gefährlich, als zugespitzt. Aber - und das ist der wichtige Punkt - diese Zuspitzung und das, was hinterher passiert ist, haben wir auf keinen Fall, wie die Amerikaner auch, für ein Datum erwartet, solange die Truppen noch da sind. Wir haben gedacht: Das passiert im Herbst, gegen Jahresende; es wird einen intensiven Bürgerkrieg geben. - Natürlich war uns das bewusst. Und das andere, was wir mit dem General besprochen haben, war ebendiese Gefährdung der Truppen in der letzten Abzugsphase, auf die ich vorhin hingewiesen habe.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das Fragerecht wechselt und geht zur FDP.

Peter Heidt (FDP): Ja, danke. - Guten Abend, Herr Botschafter! Vielen Dank, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen. - Ich habe aus den ganz vielen Fragen hier zwei kleine Nachfragen. Meinen Sie nicht auch, das ist im Nachhinein ein Fehler gewesen, dass das Konsulat seit 2017 nicht wieder instand gesetzt - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Können wir das anders fragen, Herr Kollege, bitte?

Peter Heidt (FDP): Ja, stimmt, da haben Sie recht, Entschuldigung. - Das Konsulat ist ja immer noch, wie Sie gesagt haben, eine Baustelle gewesen. Das ist uns ein bisschen auf die Füße gefallen, dass man so lange das dann gebaut hat. Oder wie sehen Sie das?

Zeuge Miguel Berger: Also, zumindest war es so - - Ich war, wie gesagt, nicht zuständig für



Nur zur dienstlichen Verwendung

diese Fragen. Mein Eindruck war, dass die Situation, die Sicherheitssituation und insbesondere auch die räumliche Anordnung, uns nur erlaubt hätte, so etwas zu öffnen, bei erheblichem Risiko für die eigenen Beschäftigten. Und, ich glaube, es wurde ja auch sicherheitsüberprüft, dass die Wiedereinrichtung eines Konsulats umfangreiche Baumaßnahmen erfordert hätte.

Peter Heidt (FDP): Sie haben dann unter anderem erwähnt, dass es ein fatales Signal gewesen wäre, wenn wir sozusagen öffentlich das Zurückholen unserer Leute propagiert hätten. Ich habe das jetzt schon häufiger hier in der Runde gehört. Ich habe mich irgendwann mal gefragt: Alle anderen Länder - nicht alle, aber doch einige andere Länder - machen das ja längst. Und überschätzen wir Deutsche uns da nicht selbst, wenn bei uns das sozusagen das schlimme Signal ist, und alle anderen machen es, aber da ist es kein schlimmes Signal?

Zeuge Miguel Berger: Also, ehrlich gesagt, würde ich diese Signalwirkung natürlich auch bei den Briten sehen und bei anderen. Also bei ganz wenigen. Bei den Franzosen nicht, weil sie in Afghanistan seit den Toten, die sie am Anfang hatten, und dem Abzug unter Sarkozy nicht mehr wirklich präsent waren. Aber der große Unterschied lag darin, dass die Briten - das hatte ich vorhin schon gesagt - alle Leute, die ausgeflogen wurden - das Gleiche gilt für die Amerikaner - - alle ausgeflogen wurden mit Sicherheitsüberprüfung und Visum. Und das, was wir ja diskutiert haben, war die Frage: Wann würde man umstellen müssen auf Visa upon Arrival und Ausfliegen von Leuten, die vielleicht keine Pässe haben und keine Sicherheitsüberprüfung? Aber die Signalwirkung würde ich für alle gelten lassen, nicht nur für Deutschland.

Peter Heidt (FDP): Ich persönlich bin der Auffassung, das ist ganz dasselbe, egal ob man ein Visum hat oder nicht, für die Menschen dort vor Ort. Die sehen dann nur: Die Leute gehen raus. Insofern - -

Zeuge Miguel Berger: Ja, vielleicht. Aber man kann zumindest argumentieren, warum jemand mit einem Visum geht. Aber das Signal - - Ja,

deswegen habe ich ja gesagt: Die Signalwirkung hätte ich in jedem Fall gesehen. Und ich hatte vorhin ja auch erwähnt, dass es natürlich einen Punkt gab - - Und rückblickend ist man sowieso schlauer; aber man hätte vielleicht schon eben Mitte Juli darauf umschalten sollen und sagen: Wir fliegen aus, auch wenn wir keine Zustimmung der afghanischen Regierung dafür haben.

Peter Heidt (FDP): Dem Ausschuss sind ja alle Aktenvorgänge, E-Mails, die Sie persönlich zu Afghanistan bekommen haben, vorgelegt worden. Haben Sie darüber hinaus Kommunikationswege und -mittel im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand genutzt?

Zeuge Miguel Berger: Was meinen Sie damit?

Peter Heidt (FDP): Telefonate, E-Mails, Whatsapp. Die Frage ist natürlich dann: Sind die dann dokumentiert worden im Nachhinein?

Zeuge Miguel Berger: Telefonate, ja klar. Es hat viele Telefonate gegeben. Und wenn etwas Relevantes in einem Telefonat war, wurde das auch immer dokumentiert in einer Mail oder wie auch immer. Whatsapp habe ich nie benutzt, also weder SMS noch Whatsapp für irgendwelche dienstlichen Inhalte.

Peter Heidt (FDP): Wenn Sie telefoniert haben, sind dort wesentliche Entscheidungen getroffen oder Aufträge erteilt worden?

Zeuge Miguel Berger: Aufträge, ja. Und das findet sich ja auch durchweg, wenn Sie die Akten durchschauen, immer wieder - was weiß ich -: Ich habe mit Herrn Teichmann telefoniert, und jetzt machen wir dieses oder jenes. - Also das regelmäßig, ja.

Peter Heidt (FDP): Wer hat denn dann die Veraktung vorgenommen? Eine persönliche SMS kann ja nur selbst veraktet werden im Prinzip.

Zeuge Miguel Berger: Nee, das waren keine SMS. Das waren dienstliche Telefonate. Ich habe nichts Dienstliches über SMS oder Whatsapp gemacht, grundsätzlich. Aber wenn Telefonate angefallen sind, hat entweder der persönliche Referent, der



Nur zur dienstlichen Verwendung

zugehört hat, das umgesetzt oder - und das ist eben meine Neigung, gerne in die Tasten zu greifen - habe ich selber eine Mail geschrieben.

Peter Heidt (FDP): Um nur mal sicherzugehen: Also, Sie haben niemals SMS, Whatsapp oder irgendeinen anderen Kurznachrichtendienst benutzt?

Zeuge Miguel Berger: Höchstens, um einen Termin zu vereinbaren. Keine dienstlichen Inhalte.

Peter Heidt (FDP): Okay. Weil wir durch Potzel Erkenntnisse haben, dass Sie mit ihm über Kurznachrichten in Kontakt waren.

Zeuge Miguel Berger: Ist mir nicht in Erinnerung. Dann ging es vielleicht um Terminfragen, aber nie um Inhalte.

Peter Heidt (FDP): Okay. - Vielleicht können Sie uns noch mal ein bisschen darlegen, an welchen Staatssekretärsrunden zu Afghanistan Sie im Untersuchungszeitraum teilgenommen haben.

Zeuge Miguel Berger: Ich glaube, eine einzige hat Frau Leendertse wahrgenommen, ansonsten bis zum 27. Juli an allen.

Peter Heidt (FDP): Haben Sie da immer selbst teilgenommen, oder haben Sie sich, abgesehen von dem einen Mal, vertreten lassen? Nur das eine Mal?

Zeuge Miguel Berger: Ja, ich glaube, einmal wurde ich vertreten. Und ansonsten habe ich die Staatssekretärsrunden zusammen mit dem Vertreter des Bundeskanzleramts auch geleitet. Also, in der Regel hat er mir auch die Leitung überlassen, der Herr Hecker.

Peter Heidt (FDP): Wie sind Sie darauf vorbereitet worden, auf diese Runden?

Zeuge Miguel Berger: In der Regel mit Unterlagen zu den Themen, die relevant waren, und im persönlichen Gespräch, in der Regel mit Herrn Potzel; denn Herr Potzel als Beauftragter der Bundesregierung hat ja auch über die politische

Einschätzung in diesen Runden zu Beginn vorgebracht.

Peter Heidt (FDP): Wie wurde dann der Wissenstransfer aus der Staatssekretärsrunde zurück in die Arbeitsebene gewährleistet?

Zeuge Miguel Berger: Der wurde gewährleistet über den Vermerk. Oder wenn es ganz wichtige operative Fragen gab, dann habe ich das zum Beispiel - und das finden Sie sicher in den Unterlagen - auch mal an das Ministerbüro oder an andere geschrieben mit Dingen, die dort gesagt wurden oder auf die wir achten müssen.

Peter Heidt (FDP): Wie würden Sie diese Runden zu Afghanistan charakterisieren: eher als Sachstandsrounden oder als Entscheidungsfindungsrounden?

Zeuge Miguel Berger: Ganz eindeutig als Entscheidungsfindungsrounden, als Abstimmungsrounden und als absolut essenzielles Instrument, um mit der ganzen Entwicklung in Afghanistan und insbesondere dem Abzug der Bundeswehr umzugehen. Und, ich glaube, alle Kolleginnen und Kollegen, die dort waren, haben das genauso gesehen, dass das absolut essenziell war, dass wir diese Staatssekretärsrunde eingerichtet haben.

Peter Heidt (FDP): Können Sie sich an wichtige Entscheidungen erinnern, die da gefällt worden sind?

Zeuge Miguel Berger: Ja, also, wie gesagt, wir haben mehrfach über Fragen des Abzugs gesprochen, wir haben über Ortskräftethemen gesprochen. Aber wann, welche Entscheidung, dazu müsste ich die einzelnen Vermerke noch mal sehen. Aber, wie gesagt, es war essenziell, und alle relevanten Fragen - es sei denn, wir wären zu der Überzeugung gekommen, das muss auf Ministerebene oder höher entschieden werden - haben wir auch versucht, in diesem Kreis voranzubringen.

Peter Heidt (FDP): Können Sie sich an strategische Diskussionen erinnern, die sich da ergeben haben in den Runden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Miguel Berger: Ja, es gab durchaus strategische Diskussionen. Und wir haben natürlich - - Insbesondere der erste Teil war ja immer die Lagebesprechung. Und ich hatte vorhin gesagt, der BND hat als Erstes vorgetragen, dann Herr Potzel. Und dann gab es natürlich oft auch eine Diskussion darüber: Wie schätzen wir die Situation ein, und was folgt daraus?

Peter Heidt (FDP): Gab es bei Fachdiskussionen der Staatssekretärsrunde auch eine Rolle für die Fachebene?

Zeuge Miguel Berger: Ja, immer wieder wurde die Fachebene auch gebeten, zu ergänzen oder ihre Punkte vorzutragen. Ja, absolut. Die waren ja auch dabei.

Peter Heidt (FDP): Was haben Sie dann gemacht, wenn Sie sich dann nicht geeinigt haben innerhalb der Staatssekretärsrunde?

Zeuge Miguel Berger: Also, wir haben immer wieder - und das müsste sich auch in den Akten so finden - dann gesagt, zum Beispiel beim Ortskräfteverfahren: So, wir müssen jetzt unsere Experten bitten, sich zu dieser oder jener Frage noch mal zusammzusetzen und uns bis zur nächsten Sitzung dazu zu berichten. - Also, wir haben immer wieder - - Wenn wir das Gefühl hatten: „Das ist jetzt zu spezialisiert“ oder: „Das kriegen wir jetzt in dieser gebotenen Zeit nicht mehr gelöst“, haben wir das immer dann - - entsprechende Aufträge vergeben.

Peter Heidt (FDP): Also wieder nach unten gegeben?

Zeuge Miguel Berger: Nach unten und nach oben. Nach oben haben wir ja auch gegeben. Das war diese Frage mit der Rückwirkung bei den zwei Jahren.

Peter Heidt (FDP): War das der einzige Fall, wo dann Minister entschieden haben, oder gab es noch mehr Fälle, wo Sie das an den Minister gegeben haben, an die Minister?

Zeuge Miguel Berger: Will ich jetzt nichts Falsches sagen. Also das ist zumindest die Entscheidung, die mir am nachdrücklichsten in Erinnerung geblieben ist. Aber natürlich habe ich den Minister auch befasst nach diesem Brief von Minister Müller, dem offenen Dissens, dem schriftlichen, zwischen BMZ auf der einen und BMVg und BMI auf der anderen - - Das war natürlich eine Ministerfrage dann auch.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So. Dann sind wir am Ende Ihrer Fragerunde. Und auf Bitten sozusagen aus der Runde würde ich jetzt unterbrechen für 15 Minuten.

Wir fahren dann fort mit dem Ende dieser Runde, mit der SPD-Fraktion sozusagen.

(Unterbrechung von
20.09 bis 20.25 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So, dann fahren wir fort. - Der letzte Beitrag in der Runde eins kommt von der SPD-Fraktion. Herr Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Zeuge, auch von meiner Seite! Ich würde Sie gern in den ersten Fragen zu den Erwartungen der Bundesregierung und ganz speziell des Auswärtigen Amtes befragen, wie der innerafghanische Friedensprozess und die Involviertheit der amerikanischen Seite sich in der Zukunft hätten gestalten sollen nach Ihren Erwartungen. Ich darf mich dabei beziehen auf eine Nachricht, die Sie an die Frau Botschafterin Haber am 12. August 21 geschrieben haben; MAT A AA-9.07 VS-NfD, Blatt 35. Sie fragen in dieser Nachricht Frau Haber nach der Stimmungslage in Washington und ob es Chancen gebe, dass die USA doch noch einmal eingreifen würde, um den Vormarsch der Taliban zu stoppen. Frau Haber antwortet auf diese Nachricht, dass sie das für ausgeschlossen halte. Was war Ihre Motivation, was waren Ihre Informationen, was war Ihre Absicht, die dahinterstand, diese Frage zu stellen? Und gab es tatsächlich Anhaltspunkte, nach denen Sie hätten davon ausgehen können, dass die USA zu einem weiteren Eingreifen in Afghanistan bereit gewesen seien?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Miguel Berger: Ja, ehrlich gesagt, war das mehr eine rhetorische Frage an die liebe Kollegin Haber. Es gab natürlich amerikanische Luftangriffe; die gab es ja. In der letzten Phase haben die ja durchaus eingegriffen und haben Talibanstellungen angegriffen. Ich habe da keine genauen Daten, aber es gab ja auch Presseberichte darüber, dass sie das gemacht haben. So gesehen, gut, hatte ich, wenn ich mal so sagen darf, eine Resthoffnung, dass man in den USA daran denkt, vielleicht diesen dramatischen Vormarsch doch noch zu stoppen. Aber die Antwort von Frau Haber war ja da sehr eindeutig.

Jörg Nürnberger (SPD): War das dann für Sie der Schlusspunkt im Hinblick darauf, Ihre diplomatische Arbeit darauf auszurichten, dass es zu einer Verzögerung des Abzuges der amerikanischen Truppen oder, wie Sie es gerade geschildert haben, zu einem weiteren Eingreifen der US-Truppen gegen die Taliban kommen würde?

Zeuge Miguel Berger: Ja. Ich glaube, ja, absolut. Wir waren ja da schon am 12. August. Und ich hatte vorhin auch schon gesagt: Also, was den Doha-Prozess angeht, wo es uns natürlich auch darum ging, da eine zentrale Rolle zu spielen, aber wir natürlich auch immer die Diskussion unter uns hatten: „Wie zuverlässig sind die Taliban in diesen Verhandlungen? Wen schicken sie überhaupt dorthin? Wie verhalten die sich zu dem Emir von Kandahar?“ - - Und mein Eindruck, unser Eindruck, glaube ich, war, dass eigentlich spätestens mit dem Fehlschlag in Istanbul, in dieser Sondersitzung das Ganze noch mal zu beschleunigen - - spätestens als klar war: „Die Taliban verweigern sich dem“, war eigentlich, jetzt rückblickend für mich, klar: Aus diesem Prozess wird nichts mehr.

Jörg Nürnberger (SPD): Das war jetzt das große Bild über die mögliche Entwicklung in Afghanistan. Wenn wir uns dann auf die tatsächliche Entwicklung der Sicherheitslage fokussieren - und der letzte Termin Ihres Gespräches mit Frau Haber war der 12. August -, gab es am 14. August eine Verschärfung der Sicherheitslage. Und der Sicherheitsbeauftragte der deutschen Auslandsvertretungen - ein Bundespolizist, der bei uns

unter dem Namen „Fisch“ geführt wird - berichtet, dass er aus den Reihen der US-Botschaft die Nachricht erhielt, diese würde in den nächsten 72 Stunden die Green Zone - - die Botschaft verlassen werden; ich beziehe mich hier auf MAT A AA-9.84 VS-NfD, Blatt 35.

Dann wird weiter mitgeteilt, dass die Botschaft weiter intensiv die Verlegung an den militärischen Teil des Hamid Karzai International Airport prüft. Später teilen Sie jedoch mit, dass Sie die „klare Rückmeldung aus Washington“ haben, dass die „USA weiterhin die Sicherung der Green Zone übernehmen“ werden; hier ist der Bezugspunkt MAT A AA-8.133 VS-NfD, die Blätter 18 bis 21.

Jetzt stellen sich diese beiden Einschätzungen als diametral widersprüchlich dar. Können Sie uns daher erläutern, woher Sie Ihre Informationen bezogen haben und wie Sie zu einer Abwägung gekommen sind, dass die Informationen des Zeugen „Fisch“ gegenüber den von Ihnen erlangten Informationen nicht Ihr Meinungsbild endgültig beeinflussen konnten?

Zeuge Miguel Berger: Den letzten Punkt würde ich gar nicht so sehen, sondern wir haben einfach an diesem irrsinnig chaotischen Samstag, den 14., alle Informationen zusammengetragen natürlich, alle Informationssplitter, die reingekommen sind. Ich hatte telefoniert mit [REDACTED], und [REDACTED] hat mir gesagt, dass - - also, von [REDACTED] hatte ich diese Informationen. Und es gibt auch eine Mail von Frau Haber von diesem Tag, die ja noch mal deutlich macht, dass an diesem Tag [REDACTED] alles drunter und drüber ging und die eine Seite nicht wusste, was die andere macht. Und deswegen haben wir einfach an diesem Tag widersprüchliche Informationen bekommen. Aber es ist auf keinen Fall so, dass diese Info, die ich zwar von hoher Stelle hatte - - aber dass die für uns jetzt wirklich, glaube ich, alleine maßgeblich gewesen wäre, sondern wir haben alle Informationen zusammengetragen. Und, wie gesagt, ich war am 14. und 15. noch nicht wieder in charge bei der Sache, sondern das war Frau Leendertse. Aber ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

habe natürlich mit dazu - - geholfen, die Informationen und das Bild so komplett wie möglich zu machen.

Jörg Nürnberger (SPD): In dieses Bild, das Sie jetzt beschreiben, passt eigentlich ganz gut hinein, dass Herr Potzel unter anderem Ihnen um 21.27 Uhr am gleichen Tag - MAT A AA-8.133 VS-NfD, die Blätter 18 und 19 - schreibt, dass der US- [REDACTED] klar mitteilt, dass die US-Botschaft Kabul an den Flughafen verlegt. Dieser stellt dann die rhetorische Frage, warum die USA in dieser Situation weiter die Green Zone sichern sollten. - Hatten Sie auch zu diesem Zeitpunkt noch die Erwartung, dass die USA weiterhin die Green Zone sichern werden, oder sind bei Ihnen da auch ernsthafte Zweifel bereits vorhanden gewesen?

Zeuge Miguel Berger: Wie gesagt, ich muss immer bei dem 14. darauf hinweisen, dass ich nicht in charge war und gerade erst zurückgekommen war und natürlich dabei war, mein Informationsbild zu vervollständigen. Soweit ich weiß, waren die Amerikaner trotz Ausdünnung immer noch mit, ich glaube, 1 600 Mann in ihrer Botschaft. Und deswegen war natürlich auch klar, dass sie - - Also, wenn ich jetzt hier nicht eine falsche Zahl erinnere; aber es war auf jeden Fall eine sehr hohe Zahl, die sie trotz Ausdünnung immer noch dort hatten. Und deswegen war natürlich schon klar, dass dieser Verlegungsprozess relativ lange dauern würde - also, ich will jetzt keine Zahlen nennen; aber vielleicht plus/minus 24 Stunden oder noch länger -, bis alle verlegt werden konnten. Und deswegen war für uns jetzt einfach offen: Ist die Green Zone gesichert oder nicht? Also, ich glaube, niemand von uns konnte da eine abschließende Einschätzung haben. Aber ich will wirklich darauf hinweisen: Alles, was ich dazu sage, mit großer Vorsicht, weil ich nicht in charge war.

Jörg Nürnberger (SPD): Ja, das habe ich verstanden. Dennoch sind Sie ja offensichtlich minutlich quasi in die Informationsflüsse miteingebunden und haben nach unseren Unterlagen sehr viele Informationen erhalten, die Sie ja offensichtlich - und das ergeben ja Ihre bisherigen Aussagen - auch reflektiert haben.

Ein weiterer Informationsschnipsel war dann noch mal eine knappe Stunde später. Um 22.23 Uhr schreibt Ihnen dann Ole Diehl - MAT A AA-9.07 VS-NfD, die Blätter 194 bis 196 - in einer Mail:

„ICH“

- also er, Ole van Thiel [sic!] -

„werde morgen stark dafür plädieren, uns nicht auf etwaige Ankündigungen/Zusagen der Usa zu verlassen sondern davon auszugehen“

dass sie die Green Zone nur so lange geschützt wird, wie sie selbst noch drin sind.

„Unsere AV“

- Auslandsvertretung -

„berichtet sie seien schon weg
Potzel berichtet, sie gehen morgen...“

Zeuge Miguel Berger: Ja, das war ja dann auch so. Ich weiß gar nicht mehr genau, wann die Amerikaner uns diesen Hinweis gegeben haben mit, ich glaube, den letzten 24 Stunden oder 72 Stunden und dann ja auch die deutliche Aufforderung kam. So. Wir haben ja dieses Memorandum, diese Vereinbarung, gehabt mit den USA über die Hubschrauberevakuierungen. Und die Amerikaner haben gesagt: So, jetzt gehen wir raus, und ihr könnt mitfliegen. - Und es kam zusätzlich hinzu, dass wir ja auf dem Flughafen in Kabul nicht mehr personell präsent waren. Da gab es diese Container, da gab es ein kleines Gebäude. Das haben die Amerikaner natürlich - - und die Briten und andere hatten sich da schon natürlich entsprechend eingerichtet.

Ich glaube, die Botschaft hatte ja auch noch mal in dem Krisenstab am 14., glaube ich, darauf hingewiesen, dass wir jetzt so schnell wie möglich auch herausfinden müssen: Welche Möglichkeiten haben wir am Flughafen? Denn wir waren natürlich auch daran interessiert, möglichst zahlreich am Flughafen bleiben zu können. Und, ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

glaube, die Antwort, die wir dann bekommen haben, war, dass fünf, sechs, sieben Leute, aber nicht mehr, bleiben können. Und deswegen ist der Rest ja dann auch ausgeflogen worden. Also, ich glaube, wir hatten am 14. noch eine große Unsicherheit darüber: Bekommen wir überhaupt einen Platz am Flughafen, mit dem wir arbeiten können?

Jörg Nürnberger (SPD): Kann ich nachvollziehen. - Tatsächlich ist die Situation am Morgen des 15. offensichtlich so, dass die von Ihnen erwähnten, in Stärke einer halben Brigade oder von drei Bataillonen anwesenden US-Kräfte - 1 600 Soldaten war die Zahl, die Sie erwähnt haben - plötzlich über Nacht verschwunden waren. Wann haben Sie von dieser Information zum ersten Mal erfahren? Oder wann hat sich bei Ihnen dieses Lagebild, dass die Green Zone nicht mehr gesichert ist, konkretisiert?

Zeuge Miguel Berger: Oh. Also, ich glaube, konkret - Also, endgültig konkretisiert hat sich das an dem Morgen des - ich glaube, es war der 15. - - am Morgen des 15. Die Botschaft hatte ja auch schon alle Voraussetzungen, alle Schritte eingeleitet für die Evakuierung. Und dann ging das ja auch sehr schnell. 10 Uhr irgendwas gab es ja dann diese Mail mit dem grünen Licht für die Evakuierung. Und die Amerikaner - - Ich kann mich jetzt nicht mehr genau erinnern, wann die Amerikaner gesagt haben: So, wir sind jetzt dabei, die Letzten zu verlegen. Jetzt könnt ihr mitfliegen, und das ist das Zeitfenster. Ihr müsst jetzt euch bewegen. - Und das haben wir ja dann auch sofort gemacht.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt hat Ihre Kollegin Leendertse in ihrer Vernehmung, wenn ich mich recht erinnere, vorhin ausgeführt, dass die Entscheidung, die Botschaft zu evakuieren, bereits am 14. abends getroffen worden ist, es aber dennoch am 15. noch Nachfragen aus der Botschaft aus Afghanistan gegeben hätte, ob diese Anweisung jetzt tatsächlich bestünde und ob man sie zu befolgen habe. Jetzt waren Sie natürlich nicht - - noch quasi im Urlaub. Können Sie uns diesen Sachverhalt noch erläutern?

Zeuge Miguel Berger: Nee, da kann ich leider jetzt nicht allzu viel dazu beitragen, außer - - Also, ich kann mich jetzt nicht erinnern, dass explizit am 14. - - Ich war in dem Krisenstab, oder ich war zumindest zugeschaltet, glaube ich, als Zuhörer am 14. Und ich kann mich nicht erinnern, dass ich mitbekommen hätte, dass es eine klare Anweisung gegeben hat. Aber wenn Frau Leendertse das gesagt hat, dann wird das so gewesen sein. Noch mal: Für mich - - Ich habe dann erst am 15. morgens diese Mail gesehen: So, wir müssen jetzt raus, 10 Uhr irgendwas und dann das grüne Licht. Da ist Frau Leendertse gefragt worden, da bin ich gefragt worden, und wir haben natürlich sofort gesagt: Jetzt raus.

Jörg Nürnberger (SPD): Mhm. - Haben Sie in der Folge an dem Morgen des 15. noch mal versucht, mit amerikanischen Stellen Kontakt aufzunehmen, um die Lage selber zu eruieren, was sich in Kabul dort tut?

Zeuge Miguel Berger: Kann ich mich jetzt nicht erinnern, ob das am 15. der Fall war. Aber wir haben, glaube ich, spätestens - - Ich weiß nicht, da gab es natürlich mehrere Stränge: das, was in Washington lief, es gab natürlich vor Ort die Kontakte auch zu dem US-Botschafter, ich glaube, Herr Potzel war ja auch im Kontakt. Also, da gab es mehrere Stränge. Ich glaube, ich habe kein Gespräch am 15. geführt. Also, ich kann mich jetzt nicht daran erinnern.

Jörg Nürnberger (SPD): Wurde Ihnen später, nach dem 15., jemals von der amerikanischen Seite eine Erklärung gegeben, warum sich der ursprünglich auf 72 Stunden angekündigte Abzugs- - das Zeitfenster derart verkürzt hat, dass in der Nacht vom 14. auf 15. der Abzug offensichtlich erfolgt ist?

Zeuge Miguel Berger: Ich bin jetzt, ehrlich gesagt, nicht sicher - aber ich habe da ein unvollständiges Informationsbild -, ob die Amerikaner wirklich alle raus waren am 14. Da habe ich große Zweifel. Denn sonst - - Für wen hätten die Hubschrauberflüge denn sonst noch stattgefunden? Also, ich glaube, dass die Amerikaner auch im Laufe des 15. noch an den Flughafen verlegt haben. Das war zumindest - - Oder das ist mein



Nur zur dienstlichen Verwendung

Eindruck aus dem, was mir bekannt ist. Aber ich würde dafür nicht die Hand ins Feuer legen. Und ich weiß, ehrlich gesagt, auch nicht, wann der letzte Amerikaner da das Licht ausgemacht hat in der Botschaft.

Jörg Nürnberger (SPD): Gut. Wird sich vielleicht auch nicht aufklären lassen mit unseren Mitteln hier. - Wenn ich mir dann die Evakuierungsoperation selbst anschau und die Problematik der Beurteilung von Anspruchsberechtigten, Nichtanspruchsberechtigten - die Erstellung dieser ELEFAND-Liste wurde bereits vom Vorsitzenden in seinen Fragen angesprochen - - Aber es geht ja auch darum: Wie lang kann so eine Operation aufrechterhalten werden? Und Sie berichten dazu am 18. August laut Protokoll im Krisenstab - MAT A BKAm-3.14 VS-NfD, Blatt 161 f. -, dass die USA noch 15 000 bis 20 000 Schutzberechtigte evakuieren wollten, am darauffolgenden Tag - einige Seiten später, MAT A BKAm-3.14 VS-NfD, 197 bis 199 -, dass weiterhin mit einem Ende der Operation bis zum 31.08. zu rechnen ist. Welche Signale haben Sie denn von den USA zur Länge der Operation erhalten?

Zeuge Miguel Berger: Dazu gab es natürlich - -

Jörg Nürnberger (SPD): Und wann wurde Ihnen klar, dass die Operation - - das Zeitfenster sich dem Ende neigt und sich schließt?

Zeuge Miguel Berger: Ja, dazu gab es ja hochrangige Telefonate sowohl der Bundeskanzlerin mit dem Präsidenten - - Minister Maas, Frau Ministerin Kramp-Karrenbauer. Da gab es auf allen Ebenen natürlich Gespräche, und das haben wir dann zusammengetragen. Das war natürlich immer abhängig von der Lageentwicklung. Und es hat sich relativ schnell herauskristallisiert, dass die Amerikaner spätestens am 31. zumachen. Sie haben uns auch frühzeitig signalisiert, dass, wenn sie am 31. zumachen, sie dann auch, glaube ich, drei Tage oder so benötigen, um selber abzubauen, sodass für die Partner, glaube ich, der 26. oder 27. der letzte Tag war.

Ich kann mich an eine Unterlage erinnern, dass die Bundeskanzlerin auch bei Präsident Biden noch mal versucht hat, dafür zu werben, ob man

diese Frist nicht etwas verlängern kann. Und Sie werden in den Unterlagen auch finden, dass ich vor allem auch Wert darauf gelegt habe - und das war am Anfang ja nicht selbstverständlich -, dass wir bei den Evakuierungsflügen auch die Ortskräfte mitnehmen dürfen. Denn am Anfang haben die Amerikaner gesagt: nur deutsche Staatsangehörige. Wir haben natürlich sofort darauf gedrängt, dass auch Ortskräfte mitgenommen werden dürfen.

Jörg Nürnberger (SPD): Dazu noch eine konkrete Frage: Wurden auch Kontakte in Richtung NATO und EU aufgenommen, um den Weiterbetrieb des Flughafens über den 31.08. hinaus sicherzustellen, und vielleicht auch mit NATO-Mitgliedstaaten, die aber nicht EU-Mitglieder sind?

Zeuge Miguel Berger: Ja, genau. Da gibt es einen NATO-Staat, der kein EU-Mitglied ist, der uns, ehrlich gesagt, drei oder vier Monate lang immer wieder darauf hingewiesen hat, dass er möglicherweise bereit ist, die Kontrolle des Flughafens zu übernehmen. Das war die Türkei. Es gab endlose Gespräche zwischen den Amerikanern und Türken. Und ich will hier einfach noch mal darauf hinweisen - ist Ihnen sicherlich alles klar -, dass natürlich die Sicherheit des Flughafens absolut essenziell war für alles, was wir danach vorhatten.

Es gab drei, vier Grundbedingungen für das Aufrechterhalten sowohl der Botschaft als auch unserer Entwicklungszusammenarbeit, und dazu gehörte der Flughafen ganz essenziell. Und am Ende, wie wir wissen, nach vier Monaten Überlegen, haben die Taliban gesagt: Nein, wir akzeptieren keine Türken. Wir akzeptieren keine türkische Sicherheitspräsenz. - Dann haben die Türken einen Rückzieher gemacht, und dann - deswegen müssen wir Katar wirklich extrem dankbar sein - haben die Kataris Techniker reingebracht, dann auch Sicherheitspersonal und haben dann den Weiterbetrieb des Flughafens - mit primitivsten Mitteln, aber den Weiterbetrieb gesichert.

Jörg Nürnberger (SPD): Aus den Unterlagen ergibt es sich auch - MAT A AA-9.02 -, dass Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

eine besonders kreative Idee hatten, den Flughafen weiterzubetreiben. Können Sie dazu kurz zwei Sätze sagen?

Zeuge Miguel Berger: Auf welche kreative Idee spielen Sie da an?

Jörg Nürnberger (SPD): Die Idee, die Firma Fraport in Frankfurt zu fragen, ob es überhaupt möglich wäre, den Flughafen zu betreiben.

Zeuge Miguel Berger: Ja, genau. Die Diskussion war damals - - Weil natürlich alles zerstört war, war die Frage, unter welchen Sicherheitsstandards - - Also werden auch zum Beispiel Versicherungen Flüge überhaupt versichern nach Kabul, wenn die Mindeststandards der ICAO, also der internationalen Luftverkehrsgesellschaft, nicht eingehalten werden? Und da hatten wir eben zwischendurch überlegt: Könnten nicht Experten der Fraport hinfliegen, anschauen, was fehlt, und dass wir vielleicht technisches Equipment leisten können? Aber das haben am Ende alles die Kataris übernommen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Damit sind wir am Ende dieser Runde, eröffnen die nächste. Und diesmal fängt es andersrum an. - Herr Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Also darf ich weitermachen. Das ist sehr schön. - Ein Detail dieser Evakuierungsoperation war auch die Absicht der Bundeswehr, zwei leichte Hubschrauber nach Kabul zu verbringen. Wir wissen aus den Unterlagen - und das hat ja auch ein gewisses mediales Echo ausgelöst -, dass diese Hubschrauber am Ende nicht eingesetzt worden sind und unsere Evakuierungen an dem Flughafen, wie Sie es auch geschildert haben, mit amerikanischen Hubschraubern durchgeführt wurden. Können Sie uns erläutern, welchen Informationsstand Sie zu dieser geplanten Hubschrauberevakuierung durch deutsche Kräfte haben? Und gab es dazu Kontakte von Ihrer Seite mit der amerikanischen Administration? Und die abschließende Frage: Wissen Sie, was die Gründe für die Entscheidung waren, am Ende diesen Hubschraubereinsatz nicht durchzuführen?

Zeuge Miguel Berger: Also, die Entscheidung damals hat uns etwas überrascht. Ich glaube, das war eine BMVg-interne Entscheidung, diese beiden Hubschrauber runterzubringen. Ich kann mich erinnern: Es gab ja quasi täglich diese sogenannten Partner-Calls, geleitet durch den US-Verantwortlichen am Flughafen in Kabul. Und die Amerikaner hatten ja größere Hubschrauber. Ich glaube, in unsere haben relativ wenig Personen reingepasst. Aber es gab natürlich auch sehr viele Nachfragen; weil wir wussten durch Mails, durch Hinweise, dass deutsche Staatsangehörige, Deutsch-Afghanen, Schutzbedürftige an gewissen Punkten in Kabul saßen und natürlich gerne per Hubschrauber evakuiert worden wären. Nach meinem Erinnerungsstand haben die Amerikaner - und da gibt es, glaube ich, auch eine Unterlage zu - uns mitgeteilt, dass die Taliban jeden Einsatz eines Hubschraubers als feindlichen Akt interpretieren würden. Und, ich glaube, am Anfang haben die Amerikaner den ein oder anderen Einsatz geflogen mit ihren großen Hubschraubern und haben auch, glaube ich, die eine oder andere Familie reingeflogen. Aber ab einem gewissen Zeitpunkt war Schluss, und sie haben ihre eigenen Hubschrauber auch nicht mehr eingesetzt.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt wissen wir, dass natürlich auch nach dem Ende dieser ersten Phase der - - oder nach dem Ende der Evakuierungsoperation es notwendig war, weitere Ortskräfte, die weiterhin in Afghanistan vor Ort waren - - notwendig gewesen ist. Können Sie uns erläutern, welche Maßnahmen das AA angedacht, vorbereitet und durchgeführt hat, um solche Menschen aus Afghanistan zu evakuieren? Ich denke insbesondere an die Betroffenen aus der Menschenrechtsliste mit besonders schutzbedürftigen Personen, die offensichtlich nach unseren Unterlagen vor dem 31. August bereits ein Schutzersuchen an das AA übermittelt hatten. Können Sie uns das Verfahren und die Vorgänge dort im Zusammenhang erläutern?

Zeuge Miguel Berger: Ja, sehr gerne, weil uns das natürlich auch ein extrem wichtiges Anliegen war. Ich hatte vorhin schon geschildert, dass ich Minister Maas vorgeschlagen hatte, gegenüber dem Innenminister uns 10 000 - also 10 000 als Richtzahl - Aufnahmen zuzugestehen. Wir hatten



Nur zur dienstlichen Verwendung

ja parallel - - Seit diesem Bericht aus Kabul vom, ich glaube, 21. oder 22. war angefangen worden, diese Listen zu erstellen. Und das war ein fortlaufender Prozess, weil wir natürlich unglaublich viele Hinweise von unzähligen NGOs, einzelnen Personen, Ressorts usw. bekommen haben auf Partner und Schutzbedürftige. Das heißt, wir haben fortlaufend diese Listen aktualisiert, zusammengestellt, zusammengefasst, Doppelungen herausgenommen, hatten die Zusage, glaube ich, dann für 8 000 Personen und haben an diesen Listen gearbeitet. Wir haben dann relativ schnell festgestellt, dass ungefähr 80 Prozent dieser Leute keine Pässe hatte, was die Situation verschärft hat.

Wir haben noch während der Evakuierungsoperation zusammen mit den afghanistanerfahrenen Kollegen im Krisenstab die sogenannte Phase-2-Planung - - Da haben wir eine Matrix aufgesetzt, wo wir gesagt haben: So, wir haben zwei Routen, zwei Kernrouten. Das eine ist: Wir machen ein Team Luft und ein Team Land. Das Team Luft war im Wesentlichen der Dialog mit Katar und die fantastische Hilfe von Katar, deutsche Staatsangehörige nach der rudimentären Wiederherstellung des Flughafens auszufliegen; sehr, sehr hilfreich. Und das Zweite war: Mit Verbliebenen - und das waren, glaube ich, im Wesentlichen auch GIZ-Sicherheitsortskräfte - haben wir dann eben sehr schnell getestet: Wie ist die Möglichkeit, mit Bussen möglichst unauffällig kleine Gruppen - ein, zwei Kleinbusse zusammen - in Richtung Pakistan zu fahren? Und da gab es - das findet sich ja in den Unterlagen - - Da haben verschiedene Gruppen - die Mitarbeiter des ZDF, die Mitarbeiter der Deutschen Welle, die Mitarbeiter der GIZ - - haben wir verschiedene Konvois dieser Art zusammengesetzt. Die sind zur afghanisch-pakistanischen Grenze, und wir haben dann eben, muss ich sagen, wirklich großzügig von Pakistan die Erlaubnis erhalten - auch wenn die Leute kein Visum, oft auch keinen Personalausweis, keinen Reisepass hatten -, dass sie auf Grundlage der von uns übermittelten Listen nach Pakistan hineingelassen wurden.

Und im Grunde: Das, was wir mit dieser Phase zwei, mit dieser Matrix aufgesetzt haben, war auch dann, ehrlich gesagt, die Grundlage für alles

Weitere in den ganzen kommenden Monaten. Wir hatten - das war natürlich auch noch wichtig - den Versuch, auch durch die Reise von Minister Maas, die Nachbarländer zu bitten: Lasst doch die Leute rein. Wir garantieren, dass wir sie übernehmen. - Und ich hatte vorhin schon geschildert: Iran hat ein paar Leute durchgehen lassen, Usbekistan war sehr zögerlich, Tadschikistan war sehr besorgt über die eigene Sicherheit. Alle zentralasiatischen Länder insgesamt haben die große Sorge gehabt, dass sie sich Destabilisierung oder den Ärger der Taliban einhandeln. Und letztlich das einzige Land, das uns konsequent erlaubt hat, Ortskräfte und Schutzbefohlene rauszuholen, war Pakistan.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielleicht noch einen Schritt zurück. Auch die Aufstellung dieser Liste war ja offensichtlich ein eher länger dauernder Prozess. Ich darf darauf hinweisen, dass Sie am 23. September Staatssekretär Teichmann im BMI nach MAT A AA-9.122 VS-NfD, Blatt 169 bis 170, geschrieben haben, dass es auf der Menschenrechtsliste wegen verschiedener Schreibweisen - die üblichen Schwierigkeiten - zu Doppelungen gekommen ist, und bitten, weitere 30 bis 40 Personen aufzunehmen. Die Antwort von Herrn Teichmann war, dass dagegen keine Bedenken bestehen, sofern eine Größenordnung von 2 639 Personen bleibt. Jetzt ist es mathematisch ein bisschen schwierig, die Anzahl gleichzuhalten, wenn es Doppelungen gibt. Bitte versuchen Sie, mir das zu erläutern. Mussten Sie um jeden einzelnen Schutzbefohlenen in Abstimmung mit dem BMI treten, ob der auf diese Liste draufkommen kann, ob er schutzberechtigt ist?

Zeuge Miguel Berger: Ja, es gab diese politische Verständigung über die 8 000. Und natürlich gab es da viele Doppelungen. Die Kolleginnen und Kollegen haben immer dann fortlaufend versucht, diese Listen zu bereinigen. Hinzu kam, dass wir natürlich auch mit anderen Ländern gesprochen haben, die sich insbesondere im Menschenrechtsbereich engagiert haben - Norwegen, Schweden, andere -, und haben uns auch versucht zu verständigen nach dem Motto: „Wenn jemand in Norwegen ist, kann er aus unserer Liste raus“. Also, wir haben natürlich auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

gesehen: Wie kann man das auch unter den uns nahestehenden Ländern ein bisschen aufteilen?

Und mein Anliegen war, dass wir natürlich jeden Spielraum in der Liste nutzen wollten, um weitere Personen draufzunehmen innerhalb dieser abgestimmten Obergrenze. Ich weiß jetzt nicht mehr genau, welchen Multiplikator wir für die Kernfamilien angewendet haben; aber deswegen sind wir so bei 2 600 irgendwas rausgekommen. Herr Teichmann - und genauso Herr Engelke - war da sehr zuvorkommend und hat da eigentlich auch immer positiv reagiert, wenn wir gesagt haben: So, wir wollen innerhalb dieses Rahmens diese und jene noch nachschieben.

Jörg Nürnberger (SPD): Harter Bruch: Alle diese Entwicklungen, die Sie uns jetzt beschrieben haben - mit der tatsächlich durchgeführten Evakuierungsoperation, mit den nachfolgenden Bemühungen, auch andere Schutzberechtigte aus Afghanistan ausreisen lassen zu können -, hängen ja auch mit einer Ihrer Rollen zusammen, die Sie im Auswärtigen Amt als Staatssekretär versehen haben. Sie waren nämlich auch für den Krisenbeauftragten und damit für die Funktionsfähigkeit des Krisenreaktionszentrums verantwortlich. Können Sie uns hier kurz darstellen, wie sich hier das dienstliche Verhältnis, die Zuständigkeiten mit dem jeweiligen Krisenbeauftragten Herrn Jokisch und dem Leiter des Krisenreaktionszentrums dargestellt haben?

Zeuge Miguel Berger: Ja, das war natürlich in diesen Tagen ein extrem enges Arbeitsverhältnis.

Jörg Nürnberger (SPD): Entschuldigung, dass kein Missverständnis besteht: Ich möchte hier in der Zeit mindestens ein halbes Jahr zurückgehen ins Frühjahr 2021, also noch bevor diese Krise dann kulminiert ist.

Zeuge Miguel Berger: Ah, genau. Also, ich glaube, wir hatten im März eine Krisenvorsorge-reise, und dann gab es eine mehrseitige Analyse, die sicher in Ihren Unterlagen ist, wo wir im Grunde - - Damals hat das Krisenvorsorgeteam quasi festgestellt - und das war mir natürlich wichtig -: Unter welchen Voraussetzungen können wir in Kabul weiterarbeiten? Das wird dort

aufgelistet. Und da gab es einfach Grundbedingungen, die, wenn sie nicht erfüllt wären, uns eine Weiterarbeit unmöglich gemacht hätten. Das eine war der funktionierende Flughafen. Das Zweite war die medizinische Evakuierung. Das Dritte war eben der Schutz der Green Zone. Und das Vierte war, dass es eine sogenannte Quick Reaction Force gibt, also wenn wir unter militärischen Druck, Angriffe kommen, dass jemand da ist, der eingeflogen werden kann - was weiß ich: die Amerikaner aus Katar oder woher auch immer - und uns dann dort rausholen kann. Das waren Grundbedingungen, die definiert wurden für den weiteren Betrieb der Botschaft und natürlich auch der Entwicklungszusammenarbeit. Denn wir hätten keine Internationalen mehr haben können, wenn nach dem Abzug der internationalen Truppen diese Grundbedingungen nicht erfüllt worden wären. Und dafür hatte ich das Krisenvorsorgeteam gebeten, hinzureisen.

Jörg Nürnberger (SPD): Anderthalb Monate später erreichen Sie dann über Markus Potzel - MAT A AA-9.13 VS-NfD, Blatt 129 f. - Informationen darüber, dass ein weiterer Verbündeter, nämlich Großbritannien, prüfe, ob mit dem Abzug der letzten britischen Soldaten aus Afghanistan auch die britische Botschaft evakuiert werden soll. Zumindest diese theoretische Überlegung stand im Raum. Etwas Ähnliches hat auch bereits Australien vorher geprüft. Wie haben Sie auf diese Informationen reagiert, dass befreundete Nationen in ähnlicher Situation solche Erwägungen anstellen?

Zeuge Miguel Berger: Sehr beunruhigt, sehr beunruhigt. Ich glaube, die Australier waren in relativer Nähe zu uns. Die Briten waren unsere unmittelbaren Nachbarn zusammen mit Japan, glaube ich, und anderen. Natürlich waren wir wahnsinnig beunruhigt, weil jeder Abzug auch bedeuten kann, dass da quasi die Flanke für mögliche Terroranschläge oder so geöffnet werden könnte. Und, ich glaube, die Briten waren insgesamt mit der amerikanischen Politik da ziemlich frustriert und hatten das in der Tat überlegt.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie sich dann proaktiv mit britischen oder auch australischen Stel-



Nur zur dienstlichen Verwendung

len in Verbindung gesetzt und eruiert, wie plausibel, wie glaubwürdig diese Überlegungen sind und ob sie tatsächlich zum Abschluss kommen werden?

Zeuge Miguel Berger: Absolut, ja. Ich glaube, ich habe es nicht persönlich gemacht, aber über Herrn Potzel, über die Botschaft [REDACTED]. Also, wir haben natürlich sofort mit den Briten gesprochen. Ich glaube, das Gleiche gilt für das BMVg. Und ich vermute, aber ich habe da jetzt keinen Beleg mehr für, dass das auch zwischen den Ministern eine Rolle gespielt hat, weil es natürlich hier auch einfach um die Frage der Sicherheit für uns alle ging.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben ja Herrn Potzel angesprochen, dass er da involviert war. Der schreibt Ihnen nämlich dann am 4. Juni 2021; MAT A AA-9.13 VS-NfD, Blatt 161 und 162. Und in dieser Nachricht wird deutlich, dass Großbritannien nicht zu 100 Prozent überzeugt sei, dass die USA unter allen Umständen in Kabul blieben und andere Botschaften unterstützen würden. Ich habe es ja vorhin schon mal ähnlich gefragt, aber auch in diesem Zusammenhang noch mal die Frage: Schürten derartige Nachrichten bei Ihnen Zweifel, dass die Unterstützungszusagen, die die USA ja gegenüber der deutschen Seite gegeben haben, vielleicht im konkreten Fall dann trotzdem nicht vollständig eingehalten werden würden?

Zeuge Miguel Berger: Also, ehrlich gesagt, hat mich diese [REDACTED] Aussage damals sehr überrascht, gerade mit Blick auf das [REDACTED] und den USA. Das hat uns natürlich schon zu denken gegeben. Ehrlich gesagt war unsere Einschätzung: Wir können uns auf die USA verlassen; aber wir verlassen uns nicht nur auf die USA. Denn wir hatten ja, glaube ich, auch mit einem privaten Dienstleister einen Hubschrauberevakuierungsvertrag, wenn ich mich recht erinnere. Aber, ehrlich gesagt, hatten wir keinen Grund, daran zu zweifeln, dass die USA ihre Zusagen einhalten. Und es gab auf politischer Ebene in mehreren Telefonaten auch da klare Versicherungen. Blinken hat ja auch mehrfach gesagt zu Minister Maas: Wenn irgendwas ist, ruf mich an. Wir

stehen zu - - Also, es gab klare Rückversicherungen von amerikanischer Seite. Und unsere Sorgen waren - und da hatten Sie ja vorhin zu Recht drauf hingewiesen - - Es gab natürlich einfach in diesen letzten 24, 48 Stunden eine vollkommene Konfusion darüber, wer jetzt was macht und wie weit die Amerikaner schon raus sind. Aber wir haben keinen Zweifel daran gehabt, dass die Amerikaner - - uns da im Regen stehen lassen. Wir waren sicher, dass sie uns mit rausnehmen.

Jörg Nürnberger (SPD): Ein weiterer Austausch von Mails zwischen Ihnen und Herrn Plötner vom 7. Juni 2021 - zu finden wieder unter MAT A AA-9.13, diesmal Seite 174 - - werden Sie von Herrn Plötner gefragt:

„... sind wir für den Sommer auf den worst-case vorbereitet? TLB überrennen eine Reg.position nach der anderen, Kabul fällt?“

Ihre Antwort darf ich zitieren:

„Für so ein Extremszenario sicherlich nicht. Sollten die TLB nach dem Abzug die Verhandlungen abbrechen und auf eine militärische Lösung setzen, stellt sich mir schnell die Frage der Luftunterstützung von außerhalb. Wichtig [ist,] dass wir jetzt ein tragfähiges Sicherheitskonzept für Kabul bekommen.“

Schildern Sie mir doch bitte, worin Ihre Bewertung bestand oder welche Punkte Teil Ihrer Bewertung waren, dass ein Extremszenario eben so nicht ausreichend vorbereitet war aus deutscher Sicht und wo die Defizite waren. Was hätte noch unternommen werden müssen, um ein solches Extremszenario besser beherrschen zu können?

Zeuge Miguel Berger: Ja. Also, das war vor allem unsere Sorge; deswegen im Nebensatz ja auch dieser Hinweis auf das Sicherheitskonzept. Das waren die von mir genannten vier, fünf Punkte vorhin. Wir mussten eben ein Konzept haben, ein tragfähiges, was den Weiterbetrieb des Flughafens und die anderen Elemente garantiert hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und das war die Frage. Deswegen habe ich ihm darauf in dieser Art und Weise geantwortet.

Und, ich glaube, der erste - Sie hatten es ja vorgelesen - - Ich hatte ja gesagt: nach dem Abzug. Das zeigt ja noch mal - - Also, wir haben damals natürlich - - Wenn wir über Worst Case gesprochen haben - und wir haben natürlich die ganze Zeit eine Bandbreite an möglichen Szenarien vor uns gehabt -, dann ging es natürlich darum: Wie schnell - - oder wie intensiv wird dieser Bürgerkrieg? Wie geht dieser Bürgerkrieg aus? Bedeutet dieser Bürgerkrieg, dass letztlich die afghanische Regierung einer Lösung zustimmen muss, die all das, was wir in den 20 Jahren aufgebaut haben, gefährdet? Das waren die Fragen, die wir im Rahmen einer Worst-Case-Überlegung angestellt haben. Aber es ging nicht darum, dass wir in irgendeiner Weise antizipiert hätten, dass vor dem Abzug es zu einem Kollaps kommen könnte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das Fragerecht geht an den Kollegen Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Herr Berger, ich kann da unmittelbar anschließen, weil das jetzt auch der nächste Komplex gewesen wäre, zu dem ich Fragen stellen wollte. Der Bericht, der Ihrer Mail zugrunde lag, war ja ein Bericht des damaligen Gesandten, also des Vorgängers von Herrn van Thiel, den wir hier auch schon als Zeugen gehört haben. Und in diesem Bericht - das ist MAT A AA-9.13 VS-NfD, Blatt 174 ff.; der ist da angehängt - heißt es ja unter anderem - Zitat -:

„Die Szenarien „Emirat 2.0“ oder der „Sturm auf Kabul“ gelten als unwahrscheinlich in den nächsten Monaten.“

Also 7. Juni 2021, ja?

„Wahrscheinlicher dürfte eine Intensivierung von Aktivitäten in von ihnen dominierten Provinzen sein.“

Meine Frage jetzt: Diese Einschätzung des damaligen Gesandten, entsprach das auch der Bewertung in Ihrem Hause?

Zeuge Miguel Berger: Ich würde sagen, grundsätzlich ja. Ich hätte es vielleicht - - Ich war doch etwas besorgter, als der Bericht von Herrn Bledjian das vielleicht zum Ausdruck bringt. Aber wir wissen ja jetzt rückblickend, dass die Taliban Mitte Juni ungefähr 100 Distrikte unter Kontrolle oder Teilkontrolle hatten. Und so gesehen war die Aussage damals - - entsprach eigentlich der militärischen und, glaube ich, nachrichtendienstlichen Einschätzung im Wesentlichen. Das war ja noch Anfang Juni. Es gab ja dann noch mal eine weitere Verschärfung. Und Emirat 2.0 war natürlich immer ein mögliches Szenario. Es gibt ja auch eine interessante Analyse, die der BND gemacht hatte - ich muss jetzt noch mal überlegen, wann das war; ich glaube, im Januar 2021 -, wo mal ganz theoretisch die Szenarien dargelegt waren. Und da war ja ein mögliches Ergebnis eines Bürgerkriegs eben, dass die Taliban wieder an die Macht kommen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, aber trotzdem muss das ja in Ihrem Kopf etwas ausgelöst haben, weil Sie ja nicht einfach nur einen Haken drangemacht haben und den Bericht zur Kenntnis genommen haben, sondern den zum Anlass einer Nachfrage genommen haben, nämlich „Extrem Szenario“. Deswegen jetzt noch mal meine Frage: Gab es damals unterschiedliche Bewertungen über die Szenarien oder die Wahrscheinlichkeit von Szenarien im Auswärtigen Amt zwischen den damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, oder gab es eine abgestimmte Meinung?

Zeuge Miguel Berger: Nein, ist mir jetzt, ehrlich gesagt, so nicht in Erinnerung, weil wir ja natürlich einfach versucht haben, aus allen uns zur Verfügung stehenden Quellen die Informationen zusammenzutragen. Und 7. Juni, damals war die Bundeswehr ja noch vor Ort. Wir hatten auch eigene Erkenntnisse, wir hatten auch eigene nachrichtendienstliche Erkenntnisse. Also, wir haben natürlich schon immer versucht, da ein möglichst einheitliches Lagebild zu schaffen. Aber, wie gesagt, wenn Sie sich die Jours fixes, die Vermerke, anschauen, war unsere Sorge die sich immer weiter verschlechternde Sicherheitslage; die kommt dort ja auch deutlich zum Ausdruck. Aber, ich glaube, das, was Herr Bledjian



Nur zur dienstlichen Verwendung

da geschildert hat für den 7. Juni, entsprach eigentlich auch unserer grundsätzlichen Einschätzung.

Und, wie gesagt, das große Problem war ja, dass wir einfach keine präzise Information darüber hatten: Wie sieht es jetzt wirklich in den Distrikten aus? Und da hatten wir auch Diskussionen in den Jours fixes, dass gesagt wurde von einigen Kollegen: Ja, die Taliban sind gut in der Propaganda, übertreiben das vielleicht. - Letztlich konnte keiner richtig einschätzen: Was bedeutet jetzt Distriktkontrolle, und was bedeutet Präsenz, und wie sieht die Lage am Boden wirklich aus? Da gab es einfach eine große Grauzone.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Aber Sie scheinen ja zumindest die Frage gehabt zu haben, ob wir auf ein solches Worst-Case-Szenario vorbereitet gewesen sind. Und die Antwort von Ihnen lautet - Zitat -: Für so ein Extremszenario sicherlich nicht. - Das ist natürlich für einen unbefangenen Leser wie mich erst mal überraschend, dass Sie einräumen, dass wir nicht vorbereitet sind auf ein bestimmtes Szenario.

Deswegen meine Frage - Sie sagen dann ja auch: wichtig ist jetzt, dass wir ein tragfähiges Sicherheitskonzept für Kabul hinbekommen -: Was meinten Sie denn mit einem Sicherheitskonzept für Kabul? Also, Flughafen haben Sie eben, glaube ich, schon mal genannt. Aber was bedeutete das insbesondere für die Botschaft? Und haben Sie sich in diesem Zusammenhang auch über die Frage Ortskräfte noch mal Gedanken gemacht?

Zeuge Miguel Berger: Ja, das ist natürlich so eine Mail, die beantwortet man morgens, wenn man die auf dem Schreibtisch hat. Aber, ich meine, der Kernpunkt, der ja auch aus meiner Antwort deutlich wird, ist, dass wir natürlich in großer Sorge waren über dieses tragfähige Sicherheitskonzept. Erstens. Flughafen - das war damals diese Diskussion mit der Türkei -: Hätte die Türkei den Flughafen übernommen, hätten wir gesagt: Fantastisch, damit ist die Sicherheit gewährleistet. - Medizinische Evakuierung und diese Eingreiftruppe plus der Schutz der Green Zone.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Entschuldigung, „medizinische Evakuierung“ haben Sie gesagt?

Zeuge Miguel Berger: Ja, medizinische Evakuierung. Wir mussten sicherstellen für alle unsere Kräfte - sonst wäre es nicht verantwortbar gewesen - - auch nur einen dort zu lassen, wenn diese medizinische Evakuierung nicht sichergestellt gewesen wäre. Das war damit gemeint.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Haben Sie also mit Ihrer Reaktion - - Oder frage ich andersrum: Ihre Reaktion, inwieweit ist Ihre Reaktion so zu verstehen, dass Sie, anders als das Papier von Herrn Bledjian, doch von einer höheren Wahrscheinlichkeit des Emirats 2.0 ausgegangen sind?

Zeuge Miguel Berger: Ich würde da gar keine große Differenz sehen; denn wir reden ja über die Frage der Entwicklung auf der Zeitschiene. Und wir hatten immer eigentlich erwartet, dass es im Nachgang zum Abzug zu intensivsten Kampfhandlungen kommen würde - das war die Erwartung im September, Oktober - und dass es dann eben um die Frage geht: Hält sich die afghanische Regierung? Welche Art von Kompromiss wird geschlossen? Wie viel von dem Erreichten - Verfassung, Menschenrechte - kann gerettet werden? Und das war die Spannbreite, über die wir geredet haben. Aber, wie gesagt, immer eigentlich in der Erwartung: Worst Case war jetzt in dem Fall, dass das eben passieren würde.

Und ich glaube, Herr Bledjian - - oder der Bericht darf jetzt nicht so verstanden werden, dass die Kollegen das anders gesehen hätten. Ich glaube, er wollte einfach nur hinweisen: So ist die Sicherheitslage jetzt am 7. Juni. - Das ist seine jetzige Einschätzung. Aber die Dinge haben sich ja dann auch sehr schnell anders entwickelt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun würde ich gerne noch mal auf die erste Runde kurz zu sprechen kommen, wo wir ja geendet sind mit der Frage „Visa on Arrival“. Und vorher war die Frage zwischen uns beiden erörtert worden: Was wäre eigentlich das politische Signal: „Wir verlassen das Land“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich kriege das noch nicht so ganz für mich auf die Reihe, und vielleicht können Sie da noch mal etwas dazu sagen. Auf der einen Seite sagen Sie: Wir wollten nicht durch eine zu konkrete Ausreiseaufforderung oder eine verschärfte Ausreiseaufforderung an die deutschen Staatsangehörigen und wir wollten auch nicht durch ein sozusagen intensiviertes Ortskräfteverfahren irgendwie eine falsche Stimmung im Land erzeugen. - Auf der anderen Seite sagen Sie: „Na ja, spätestens im Juli hätten wir mit Charterflügen“ - so habe ich Sie verstanden - „im Visa-on-Arrival-Verfahren Ortskräfte evakuieren sollen.“ Deswegen noch mal meine Frage: Das wäre ja sozusagen, würde ich jetzt mal sagen - - Das schlimmstmögliche Signal - „Wir verlassen das Land“ - wäre doch Visa on Arrival, also ein Massenverfahren mit Charterfliegern nach Deutschland. Das kriege ich für mich nicht auf die Reihe, dass Sie auf der einen Seite sagen: „Wir wollen kein falsches Signal senden“, aber auf der anderen Seite sagen: „Eigentlich wären zu diesem Zeitpunkt schon Charterflug und Visa on Arrival richtig gewesen.“ Vielleicht können Sie mir das noch mal versuchen, diesen Widerspruch, zu erklären.

Zeuge Miguel Berger: Ja, also, das ist natürlich jetzt die rückwirkende Betrachtung. Wenn man sich die Entwicklung der Sicherheitslage anschaut, ist die Frage: Wann ist die Notwendigkeit der Evakuierung mit Visa upon Arrival - - überwiegt unsere Sorge vor der falschen Signalwirkung? Da würde ich jetzt eben rückwirkend sagen: So um Mitte Juli wäre aus meiner rückwirkenden Sicht der richtige Moment gewesen, den Hebel umzulegen. - Aber damals, weil wir natürlich nicht wussten, wie das weitergeht, haben wir eben gedacht, dass wir noch deutlich mehr Zeit hätten, um diese Verfahren durchzuführen. Und Visa upon Arrival hätte eben bedeutet, dass Leute mitgenommen werden können, die a) keine Sicherheitsüberprüfung haben und b) in 80 oder soundsoviel Prozent der Fälle auch keine gültigen Papiere. Und das ist natürlich ein großer Schritt. Das muss man sich gut überlegen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Deswegen frage ich an dem Schritt auch noch mal nach, weil ich stelle mir vor: Das wäre ja nicht unmerklich geblieben im Land, also weder von der

Regierung, also von der afghanischen Regierung, noch von der Bevölkerung, wenn Deutschland seine Ortskräfte auffordert, mit Chartermaschinen ohne Visum das Land zu verlassen. Deswegen wollte ich noch mal fragen: Sind Sie wirklich - - Also, jetzt, natürlich betreiben wir hier retrospektive Klugscheißerei - ist völlig klar -, aber sind Sie wirklich der Auffassung, dass im Juli 2021 es das richtige Signal gewesen wäre? Oder - das ist jetzt suggestiv gefragt - inwieweit wäre das das richtige Signal 2021 gewesen, auch in Anbetracht dieser Lage, die wir jetzt eben für Juni noch beschrieben haben, wo Sie eigentlich nicht vom Emirat 2.0 ausgegangen sind, im Auswärtigen Amt? Deswegen noch mal die Frage, was - -

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Zeuge Miguel Berger: Nee, sehr berechtigte - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Gloßner hat - - Die Bundesregierung, bitte.

VLR Andreas Gloßner (AA): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich will nur sozusagen darauf hinweisen, dass dieselbe Frage ja schon zweimal vorher gestellt wurde und der Zeuge da jetzt irgendwie gezwungen wird, sich in Widersprüche zu verwickeln. Er hat ja schon sehr erschöpfend geantwortet. - Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Ich glaube, da der Zeuge den Vorhalt nicht vorliegen hat, sieht er nicht, dass sozusagen der Bericht ja aus dem Juni ist, und hier ist nach dem Juli gefragt. Genau, also das vielleicht auch noch dazu.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Habe ich aber gesagt, dass das Juni und Juli sind.

Zeuge Miguel Berger: Aber ich will noch mal präzisieren. Wir haben ja Mitte Juli eine Diskussion gehabt mit der Kanzlerin und den Ministern über die Bitte des BMVg „rückwirkende Auswirkungen“. Das waren 350 Ortskräfte mit Familien. Das heißt, selbst wenn wir das damals gemacht hätten, wäre das eine sehr überschaubare Zahl gewesen. Und wir haben ja auch festgestellt -



Nur zur dienstlichen Verwendung

oder es wurde festgestellt - - auf dieser politischen Ebene zu sagen: Wir bleiben dabei, dass wir natürlich ausgehen davon, dass wir länger in Afghanistan verbleiben werden, wollten wir die EZ fortsetzen, wollten die Arbeit des Auswärtigen Amtes fortsetzen. - Das heißt, wenn ich jetzt hier davon rede, dass wir vielleicht diesen einen oder anderen Flug gemacht hätten, dann bezieht sich das auf diese sehr überschaubare Zahl, aber nicht das allgemeine Signal: Wir brechen jetzt die EZ ab. - Denn das wäre ja eine Antizipation von etwas gewesen, was überhaupt nicht absehbar war. Also, das hätte ich vielleicht noch mal deutlicher sagen müssen: Ich habe das ganz klar bezogen auf die Diskussion mit der Kanzlerin: 350 Ortskräfte plus Familien.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also die BMVg-Ortskräfte, habe ich Sie da richtig - -

Zeuge Miguel Berger: Richtig.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay, dann war das das Missverständnis zwischen uns. - Haben Sie denn jetzt im Nachhinein Erkenntnisse darüber, dass diese 350 Ortskräfte am Ende das Land haben nicht verlassen können? Also im normalen OKV bis - - Also, die Bundeswehr ist ja dann - - hat im Juni das Land verlassen. Wir reden jetzt über den Zusammenbruch und die Evakuierungsmission Ende August, also Mitte bis Ende August. Deswegen meine Frage: Von diesen 350, sind die eigentlich so außer Landes gekommen?

Zeuge Miguel Berger: Müsste man das BMVg fragen. Ich habe leider keinen Überblick, habe auch in den Unterlagen nichts mehr dazu gesehen, wie viele auf dem Land- oder Luftweg ausgereist sind.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Weil Herr Gloßner eben gesagt hat: „Juni und Juli“, will ich es ausdrücklich noch mal sagen: Also, wir haben eben über Juni und den Lagebericht gesprochen.

Jetzt würde ich mit Ihnen gerne noch mal über einen Vorgang aus dem Juli reden. Und zwar haben Sie am 22. Juli Herrn Wieck angewiesen,

dass dieser verhindern soll, dass Kabul in eine „Panikberichterstattung“ ver falle. Anlass war auch hier ein Bericht von Herrn van - - war in diesem Fall von Herrn van Thiel - da gab es den Stabswechsel - zum Thema - in Anführungsstrichen -: Modernes Afghanistan in Gefahr, Rufe nach Schutz werden immer lauter. Das ist unsere Fundstelle MAT A AA-8.653 VS-NfD, Blatt 54 und 55. Wieso haben Sie eigentlich den Bericht aus Kabul aus Juli 2021 dann als Panikberichterstattung klassifiziert?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Lieber Herr Kollege, die Frage ist wörtlich von mir in der ersten Runde gestellt worden -

(Sara Nanni (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN): Die hatten
wir schon!)

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - und auch beantwortet worden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann habe ich die leider nicht gehört. Das tut mir leid.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich glaube, da waren Sie gerade draußen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Da war ich gerade draußen. Sorry, ziehe die Frage zurück. - Trotzdem würden mich sozusagen die Vorbehalte der Führung des Auswärtigen Amtes gegenüber dem Amtsträger Herrn van Thiel schon noch mal interessieren. Einen Teil der Fragen des Vorsitzenden habe ich vorhin mitbekommen. Hatten Sie eigentlich vor dem Amtsantritt ein persönliches Gespräch mit Herrn van Thiel?

Zeuge Miguel Berger: Nein, hatte ich nicht. Und ich bin mir auch nicht sicher, wann ich wirklich mitbekommen hatte, dass Herr Bledjian gegangen war und Herr van Thiel - - Ich habe das, glaube ich, zum ersten Mal gesehen, als dann von ihm ein unterschriebener Bericht kam. Ich hatte kein Gespräch vorher.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich hatte aber danach ein ausführliches Gespräch mit ihm. Und ich hatte den Eindruck, auch mit Blick auf die Evakuierung, dass die Kolleginnen und Kollegen der Botschaft Kabul sich sehr gut bei ihm aufgehoben gefühlt haben, dass er die Gruppe da wirklich sehr gut angeleitet hat. Und wir haben dann auch überlegt - - Während des Einsatzes am Flughafen haben wir ja so ein bisschen angefangen, durchzurotieren, weil ich natürlich schon besorgt war über die psychologische Wirkung dieser Bilder und dieser Eindrücke auf die Kolleginnen und Kollegen. Und Herr van Thiel hat mich dann darum gebeten, dass er bitte bleiben darf. Das habe ich dann besprochen und hatte den Eindruck, dass er stabil ist und dass er das machen kann, dass er die Erfahrung mitbringt. Und deswegen habe ich dann auch das grüne Licht gegeben, dass er bis zum letzten Tag dableiben kann.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Haben Sie in diesem Zusammenhang - - Oder frage ich anders: Mir ist etwas ungewöhnlich aufgestoßen, dass Sie vielleicht angewiesen haben, alle Berichte von Herrn van Thiel direkt vorgelegt zu bekommen. Gab es so eine Anweisung?

Zeuge Miguel Berger: Nein, nein, weil Berichte würde ich automatisch immer vorgelegt bekommen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Miguel Berger: Also die sogenannten - - diese DKORs, also die schriftlichen Berichte, würde ich automatisch bekommen. Bei Mails kommt es immer auf den Verteiler an.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): War Ihnen bekannt, dass Botschafter Potzel seinen Stellvertreter als jemanden beschrieben hat, der - in Anführungsstrichen - „verbrannte Erde“ bei seinen Einsätzen hinterlässt?

Zeuge Miguel Berger: Nein, war mir nicht bekannt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): War Ihnen bekannt, ob Botschafter Potzel, der Referatsleiter AP 05 und der Beauftragte der Bundesregierung

für Afghanistan massive Zweifel an der fachlichen und persönlichen Eignung von Herrn van Thiel hatten?

Zeuge Miguel Berger: Nein, ist mir gegenüber nicht thematisiert worden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das heißt, Sie haben praktisch keine Störungen im Verhältnis - - Oder haben Sie Störungen im Verhältnis zwischen ihnen und Herrn van Thiel während dieser Zeit wahrgenommen?

Zeuge Miguel Berger: Also, ich habe Störungen dann natürlich wahrgenommen, das ist richtig. Und natürlich hätte es eigentlich so sein sollen, dass dieser Übergang von Herrn Zeidler zu Herrn Potzel unmittelbar erfolgt und dass es da gar kein Interregnum gibt, sondern dass ein erfahrener Kollege wie Herr Potzel dann eben sofort die Leitung übernommen hat. Aber wir hatten natürlich alle Verständnis dafür.

Und wie gesagt: Wir haben mit den Kämpfen und dem Bürgerkrieg dann danach gerechnet, und deswegen war Herr Potzel im Urlaub und hätte dann eben nach Kabul ausreisen sollen. Wir haben dann zwischendurch überlegt, während der Evakuierungsoperation, ob Herr Potzel die Leitung am Flughafen Kabul übernehmen sollte, haben das aber wieder verworfen, weil, wie gesagt, ich auch den Eindruck hatte, dass Herr van Thiel zusammen mit Herrn Arlt das wunderbar und auch sehr harmonisch untereinander gemanagt haben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Die Wahrnehmung von Herrn van Thiel hat er beschrieben in einer Kommissionsdrucksache für die Enquete-Kommission. Das ist die Drucksache 20(28)26, nur Blatt 5. Und da schreibt er - Zitat -:

„Im Auswärtigen Amt wurden unsere Einschätzungen weder zur Notwendigkeit noch zur Dringlichkeit zu ergreifender Maßnahmen geteilt. Die Beispiele anderer alliierter Nationen wurden als für uns nicht maßgebend verworfen.“

Weiter schreibt er:



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Aus der Hauptstadt“

- gemeint ist Berlin -

„gab es immer wieder die Rückmeldung, wir lassen uns nicht drängen, wir haben die Zeit, die wir brauchen. Wir wollen die „Republik“ nicht schwächen. Während Afghanistan und die wichtigsten unserer Partner in den Krisenmodus und Notbetrieb wechselten, versuchten wir den krisenfreien Normalbetrieb zu simulieren.“

Meine Frage ist: Inwieweit teilen Sie diese Wahrnehmung und Einschätzung von Herrn van Thiel?

Zeuge Miguel Berger: Ich teile sie nicht. Ich teile sie nicht, und wir hatten ja vorhin auch schon mal so die Frage zu anderen Formulierungen von Herrn van Thiel, die in Mails gemacht wurden, die nicht an mich gingen. Und ich würde, ehrlich gesagt, gerne wissen, worauf er das konkret bezieht. Aber an mich ist das nicht herangetragen worden, und ich kann diesen Eindruck beim besten Willen nicht teilen, also wundere mich sehr über das, was er da gesagt hat.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir - -

Zeuge Miguel Berger: Aber es kann natürlich auch sein, dass er sich auf Vorgänge bezieht - ich weiß es nicht -, die in meiner Abwesenheit waren. Aber ich verstehe nicht, was er damit sagen will. Damit unterstellt er ja den Kolleginnen und Kollegen, dass sie die Gefährdungssituation nicht ernst genommen hätten, und das kann ich nicht akzeptieren und nachvollziehen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bevor wir wechseln, will ich den organisatorischen Hinweis geben, dass unser Versorgungsunternehmen da draußen jetzt abbaut. Wer also noch dringende Bedarfe hat, müsste das unmittelbar regeln, sonst ist mit Nachschub Schluss.

Gut, dann wechseln wir jetzt zu den Grünen. Frau Kollegin Nanni, bitte.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr Berger, Sie haben jetzt ja auch gerade noch mal von dem Gespräch, was Sie mit Emily Haber geführt haben, am 12.08. erzählt. Und Sie haben auch E-Mails mit ihr geschrieben. Eine wurde, glaube ich, hier auch schon zitiert - ich wiederhole es zur Sicherheit trotzdem noch mal; das ist MAT A AA-9.07 VS-NfD, Blatt 35 -, vom 12.08., und da schreibt sie unter anderem: „Sieh Dir meinen VS-V-Bericht von Montag an.“ Waren Sie am 12.08. in der Lage, sich den VS-V-Bericht von Montag anzugucken?

Zeuge Miguel Berger: Nein. Das war der Punkt, den wir vorhin besprochen hatten. Also, über mein Postfach auf dem Handy kann ich nur VS-NfD bekommen, also auf keinen Fall ein VS-V-Bericht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wusste Emily Haber das nicht? Oder - -

Zeuge Miguel Berger: Ich vermute, sie wusste das nicht. Sie wusste wahrscheinlich nicht, dass ich an dem Tag nicht in Berlin war - vermute ich, ich weiß es nicht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Das ist interessant, weil ich hatte Sie ja vorhin gefragt, ob die Kolleg/-innen, mit denen Sie im Gespräch waren während Ihrer Urlaubszeit, wissen konnten, dass Sie im Urlaub sind. Daraufhin haben Sie hier geantwortet: Ja.

Zeuge Miguel Berger: Also in Berlin, ja. Ob das jetzt an jeder Auslandsvertretung der Fall war, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber in Berlin natürlich ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Habe ich jetzt nicht verstanden.

Zeuge Miguel Berger: Ja, die Leute, mit denen ich unmittelbaren Kontakt habe in Berlin, die wussten natürlich, dass Frau Staatssekretärin Leendertse die Zuständigkeit übernommen hatte während meiner Abwesenheit. Die wussten das. Ob Frau Haber das wusste, entzieht sich meiner Kenntnis.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr technische Frage: Haben Sie in Ihrer Urlaubszeit eine Abwesenheitsnotiz eingestellt?

Zeuge Miguel Berger: Gute Frage. Als Staatssekretär vielleicht nicht unbedingt, nein. Also, ich vermute mal: Nein, hatte ich wahrscheinlich nicht. Aber ich weiß es, ehrlich gesagt, nicht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie verstehen wahrscheinlich, warum mich das so doll interessiert, so Kleinigkeiten: weil natürlich die Frage: „Weiß mein Gegenüber, ob ich Zugriff habe auf Informationen, die unter VS-V sind, oder nicht?“, ja auch einen Einfluss darauf haben kann, wie das Gegenüber mit mir kommuniziert und wir ja gerade so ein bisschen schon an verschiedenen Stellen versucht haben, rauszufinden, wie das Krisenmanagement im AA denn damals aussah.

Zeuge Miguel Berger: Soll ich dazu was sagen?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Miguel Berger: Ja. Wobei, ehrlich gesagt, ist das ein Nebenschauplatz; denn das Entscheidende ist, dass diejenige, die in der Verantwortung stand, die Kollegin Leendertse, diesen Bericht kannte und dann entsprechend agiert hat. Ob ich, der ich im Urlaub war, den erst am Montag gesehen habe, wie es wahrscheinlich war, war ja operativ irrelevant.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. - Weil jetzt haben Sie auch eine Einschätzung abgegeben; das wurde hier ja gerade auch schon zitiert. Ich muss halt leider trotzdem noch mal darauf eingehen. Das ist MAT A AA-9.07 VS-NfD, Blatt 169. Das ist die E-Mail von Ihnen unter anderem an Jokisch, Krüger, Potzel, Wieck und Sigmund. Und da heißt es dann - - Da geht es darum, dass die - - Ich lese einfach mal vor:

„Auch [REDACTED] war nicht aufs dem letzten Stand. Wir haben klare Rückmeldung aus Washington dass USA weiterhin die Sicherung der Green Zone übernehmen. Diese Info dürfte in den nächsten

Stunden auch in Kabul ankommen.“

Und das war ja am 14.08. Da waren Sie also offiziell noch nicht, wie Sie das immer so schön sagen, in charge und haben ja anscheinend mit einem Counterpart in den USA telefoniert. Und die E-Mail ging aber jetzt zum Beispiel nicht an Frau Leendertse.

Zeuge Miguel Berger: Ja, da wir direkt nebeneinandersitzen, habe ich ihr das wahrscheinlich mündlich gesagt. Und ich hatte vorhin ausgeführt: Wenn ich mich recht erinnere, war diese Information von meinem [REDACTED] Und es gab ja - und das ergibt sich ja auch aus der Mail von Frau Haber vom gleichen Tag - da endlose Sitzungen [REDACTED] und ziemliche Konfusionen, glaube ich, zwischen Washington und der amerikanischen Botschaft in Kabul. Ich glaube, da gingen die Informationen drunter und drüber. Wir sehen ja auch an dem, was mir mitgeteilt wurde, dass da kein kohärenter Informationsstand in Washington zu diesem Zeitpunkt vorlag.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wobei jetzt sich aus Ihrer E-Mail nicht ergibt, dass Sie zu dem damaligen Zeitpunkt einen nicht kohärenten Informationsstand wahrgenommen haben, sondern - ich zitiere noch mal: „Diese Info dürfte in den nächsten Stunden auch in Kabul ankommen“ - davon ausgehen, dass Washington die, ich sage mal, Joker-Infolage hat. Also, Washington sticht Kabul in dem Fall.

Zeuge Miguel Berger: Washington sticht Kabul. Und mir wurde in diesem Telefonat gesagt: Die Info wird jetzt in Kabul ankommen. - Und dann haben wir ja später - - Es gibt ja da unzählige Mails von diesem Tag und verschiedene Informationssplitter. Und daraus hat sich ja dann sehr schnell ergeben, dass diese Information aus Washington bestenfalls teilweise zutreffend war. Und das hat mich dazu geführt, zu sagen: Da gab es eine Konfusion zwischen der Botschaft in Kabul, der amerikanischen, und dem Weißen Haus und dem State Department.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn Sie jetzt - - Das darf ich nicht. Wir sind schon gut erzogen hier nach zwei Jahren, Herr Stegner.

(Heiterkeit)

Na ja, ich werde die Frage dann im Abschlussbericht vielleicht noch mal anbringen, und da darf man doch bestimmt spekulieren.

(Heiterkeit)

Eine konkrete Frage: Hatten Sie vor, während und nach der Evakuierungsoperation auch persönlichen Kontakt zu Herrn van Thiel?

Zeuge Miguel Berger: Ja, natürlich. Also, wenn Sie unter - - Wir hatten ihn ja zugeschaltet, in jedem Krisenstab, und er hat mit Herrn Arlt ja da sehr plastisch jeden Tag berichtet, wie die Situation aussieht. Und nach dem Abschluss der Operation ist er ja nach Berlin gekommen. Frau Leendertse, glaube ich, hat die ganze Mannschaft in Berlin am Flughafen begrüßt, und ich habe dann relativ zeitnah mich zu einem langen Gespräch mit ihm zusammengesetzt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben ja im Prinzip im Urlaub schon, sage ich jetzt mal, sich noch mal wieder ein bisschen eingearbeitet und auf aktuellen Stand gebracht, sodass Sie dann ab Montag sofort komplett einsatzfähig sind. So verstehe ich jetzt auch Ihre Aktivität. War ein Teil dieser Einarbeitung ein Gespräch mit dem Herrn van Thiel, der sich ja in Kabul noch aufhielt, also bevor die Evakuierungsoperation dann losging?

Zeuge Miguel Berger: Kein gesondertes Gespräch. Aber wir hatten ja, wie gesagt, am 14. und 15. die Krisenstäbe, wo Herr van Thiel ja aktuell berichtet hat, wie die Situation aussieht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - So, über dieses mündlich „eine auf die Nuss geben“ haben wir vorhin schon gesprochen. Die MAT-Nummer kann ich gerne auch noch mal nennen oder auch nicht, aber die ist bekannt. Herr Wieck hat Ihnen dann damals geantwortet:

„Mache ich (wird nicht die erste „Nuss“ sein...).“ Können Sie das mal erläutern, wie Sie das verstanden haben, die Antwort?

Zeuge Miguel Berger: Mir war nicht klar, worauf er sich da konkret bezieht. Aber ich habe dieser Mail entnommen, dass er offenbar mit gewissen Vorgängen oder Diskussionen mit Herrn van Thiel nicht zufrieden war. Aber worauf er sich konkret bezogen hat, war mir in diesem Moment nicht klar. Ich habe ihn, ehrlich gesagt, auch nicht mehr danach gefragt, weil so viel anderes los war.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie das damals in Betracht gezogen, dass die Tatsache, dass man schon mehrfach einen auf die Nuss bekommen hat, auch dazu beiträgt, dass man vielleicht nicht mehr so viel sagt?

Zeuge Miguel Berger: Also, ich glaube, die Gefahr bestand bei Herrn van Thiel nicht.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum glauben Sie das?

Zeuge Miguel Berger: Wenn Sie sich seine Mails ansehen, hatte er eigentlich immer sehr deutlich gesagt, was er denkt. Deswegen wäre ich jetzt da nicht besorgt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mein Eindruck ist ein bisschen - das sei mir erlaubt; Sie müssen dann auch das nicht kommentieren -, dass auch in Berlin die Vorstellung herrschte, dass Berlin Kabul sticht, was die Informationslage angeht, und wir ja dann doch im weiteren Verlauf gesehen haben, dass das nicht so ganzinhaut.

So, dann machen wir jetzt - -

Zeuge Miguel Berger: Nee, nee, da will ich aber doch noch mal sagen: Ich glaube, es wäre falsch, jetzt wirklich wegen einzelnen Äußerungen einen Gegensatz zwischen Berlin und Kabul zu schlussfolgern, sondern das ist natürlich immer so in einer Krisensituation, dass man zum einen



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Eindrücke vor Ort hat und zum anderen natürlich das Informationsbild aus vielen anderen Quellen in Berlin ergänzt. Das können nachrichtendienstliche Gespräche mit den Amerikanern, Informationen aus der NATO - - Und deswegen ist natürlich das, was aus einem Krisenposten kommt, ein ganz zentrales Element einer Lageeinschätzung, aber natürlich nicht das einzige, und so würde ich das, ehrlich gesagt, interpretieren.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja auch am Anfang ausgeführt, dass der Informationsfluss aus Kabul - jetzt haben Sie es verglichen mit den Informationen bis auf die taktische Ebene, die man zur Ukraine bekommt -, dass der Informationsfluss aus Afghanistan durch den Abzug der Bundeswehr deutlich schlechter geworden - - Dann würde ich da jetzt doch noch mal die Frage anschließen: Also, worin bestand denn zum Zeitpunkt Juli, August die wesentliche, ich sag mal, Sensorik, in dem Fall menschliche Sensorik, der Bundesrepublik Deutschland?

Zeuge Miguel Berger: Ja, das ist eine sehr valable Frage. Ich weiß jetzt natürlich nicht - - Es gab ja BND-Kollegen vor Ort, die haben natürlich ihre Zugänge und Informationen gehabt, die auch immer sehr wertvoll waren. Ich würde sagen, der wesentliche Informationsgewinn hätte über die USA kommen müssen; denn alleine die USA - - Die Briten natürlich auch, die waren ja auch sehr nah an den afghanischen Truppen, die waren ja auch in einer der schwierigsten Provinzen, in Helmand, waren nah dran, aber natürlich vor allem die Amerikaner.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und welche Amerikaner?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind wieder am Ende.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gab ja welche in Washington und welche in Kabul.

Zeuge Miguel Berger: Nee, nee. Ja, und da wird ja das Informationsbild auch zusammengetragen. Also, das hätte über die NATO kommen können, das hätte über Washington kommen können, das

hätte - - Denn im Grunde ist die Kernfrage für mich: Welches Informationsbild lag den Amerikanern vor? Was wussten wir davon? Was haben wir bekommen? Aber unter dem Strich ist der Unterschied zwischen dem, was heutzutage bei der Ukraine vorliegt, und dem, was zu Afghanistan vorliegt, wie Tag und Nacht. Also, da sind gigantische Unterschiede in der Vorlage von nachrichtendienstlichen Einschätzungen und Informationen. Heute, wie gesagt, kann man ja zu jedem Dorf in der Ukraine finden, was dort gerade passiert. Und das war in Afghanistan alles eine graue Zone, wo wir nur sehr vage Angaben hatten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und nun wechselt das Fragerecht zur AfD.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Botschafter, wie ist die Kondition?

Zeuge Miguel Berger: Gut. Danke schön.

Joachim Wundrak (AfD): Dann machen wir weiter. - Herr Berger, laut MAT A AA-9.141 VS-NfD, Blatt 8, sandten Sie am 3. Juni 2021 eine E-Mail an die Leiterin des Ministerbüros im AA - ich zitiere -:

„Bei den AFG-Verhandlungen deutet ... sich die Möglichkeit eines kleinen, vertraulichen Treffens in Deutschland an. ... Die USA kennen die Überlegungen, sind nicht ablehnend, ... Wenn Heiko

- der Bundesminister -

keine Einwände hat, würde Herr Potzel dazu nächste Woche weitere Gespräche in Doha führen.“

Das ist Blatt 8 auch der genannten MAT A. Zitat Ende.

Und aus dem gleichen Papier ein weiteres Zitat:

„Ein **diskretes, informelles Treffen hochrangiger Vertreter der**



Nur zur dienstlichen Verwendung

Afghanischen Republik und der Taliban in oder in der Nähe von Berlin ...“

„- bilaterale Termine TLB, nicht oberhalb Ebene StS“

- Staatssekretärebene -

„(1 Tag);“

- Gleichzeitig ist anzunehmen, dass eine Einladung der Taliban nach DEU auch dem **Schutz deutscher Interessen** in AFG dienlich wäre.“

Risiko:

„**Die Wahrnehmung ... der Öffentlichkeit könnte kritisch** sein.“

Etwa:

„(„Taliban werden in Berlin empfangen, während ... gleichzeitig Aufnahmeprogramme für die von ihnen verfolgte OK anlaufen“).“

Zitat Ende. - Aus welchen Gründen - vielleicht können Sie uns das klarer erläutern - ging man damals im Auswärtigen Amt davon aus, dass eine Einladung der Taliban nach Deutschland dem Schutz deutscher Interessen dienlich wäre?

Zeuge Miguel Berger: Ja, da will ich doch ein bisschen breiter ausholen, weil es natürlich in dem gesamten Prozess uns darum ging, dass wir dieses unglaublich positive Image, das die Petersberger Gespräche nach dem 11. September, der Beginn in Afghanistan - - dieses positive Image zu nutzen für den Friedensbereich. Und Präsident Ghani hat uns mehrfach gebeten; der Außenminister hat mit Minister Maas gesprochen; die Afghanen haben uns mehrfach gebeten, eine aktive Rolle zu spielen. Wir haben das immer angeboten.

Und, ich glaube, die Hauptsorge damals im Juni, wenn ich mich recht erinnere, war natürlich auch die Frage „Covid“, was für eine Rolle das gespielt hätte. Aber wir haben natürlich gedacht: Wir befinden uns in einer extrem schwierigen

Phase; Istanbul ist in die Hose gegangen. Können wir in diesem Prozess noch was retten? Und können wir dazu einen Beitrag leisten? - Und dann haben wir gesagt: Wenn wir dazu einen Beitrag leisten können, dann sind wir gerne bereit, das zu machen. - Und ja, was ist der positive Effekt? Wenn die Taliban in Deutschland sind, ist natürlich dann auch die Beziehung zu den Taliban etwas positiver, und das kann man natürlich auch im weiteren Verfahren nutzen. Das waren die Überlegungen. Aber unsere Hauptmotivation war, dem Friedensprozess, dem scheiternden, noch einen Impuls zu geben.

Joachim Wundrak (AfD): Können Sie uns sagen, ob dieses Treffen dann so auch stattgefunden hat in Deutschland oder in Berlin oder Brandenburg?

Zeuge Miguel Berger: Nee. Wir hatten alles schon organisiert in Neuhardenberg Es hat nicht stattgefunden. Nein, es hat sich zerschlagen.

Joachim Wundrak (AfD): Können Sie die Gründe nennen, warum es sich zerschlagen hat?

Zeuge Miguel Berger: Nein, ich kann mich nicht mehr genau erinnern. Aber letztlich gab es, wenn ich mich erinnere, keinen Konsens darüber. Und ich glaube, die Amerikaner waren auch nicht daran interessiert, den Prozess in andere Orte zu verlegen. Ich glaube, die Amerikaner waren diejenigen, die gesagt haben: „Lasst das jetzt in Doha“ und: „Lasst uns hier noch mal Druck machen; aber nachdem Istanbul schon danebengegangen war, jetzt nicht noch eine andere Stadt.“

Joachim Wundrak (AfD): Also die - im Risiko - befürchtete falsche Wahrnehmung in der Öffentlichkeit war nicht der Grund, dass es nicht stattgefunden hat.

Zeuge Miguel Berger: Nein, nein, nein, das war nicht der Grund. Also, es war - - Wenn ich mich da recht erinnere, waren das die Amerikaner, die gesagt haben: Lasst uns jetzt mal in Doha noch einen letzten Versuch unternehmen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Joachim Wundrak (AfD): Ja. - Nächste Frage. Herr Berger, bekanntlich wurde der US-Sonderbeauftragte Khalilzad im Januar 2021 durch Joe Biden in seinem Amt bestätigt. Laut MAT A AA-4.51 VS-NfD, Blatt 170, sandte ein Mitarbeiter der deutschen Botschaft aus Washington am 23. Juli 2021 eine E-Mail an Botschafterin Haber - Zitat -:

„... Folgende Infos ... aus Berlin:“

„- **AFG SRAP**“

- Afghanistan, Sonderbeauftragtentreffen -

„in Rom diese Woche sei „gloom und doom“ gewesen. Khalilzad habe ... Wieck gefragt, wie wir mit dem „TLB-Emirat“ zusammenarbeiten könnten?“

Zitat Ende. - Wie nahm man im Auswärtigen Amt diese Fragestellung des US-Sonderbeauftragten auf? Hat man den USA auf diese Frage hin dargestellt, wie man aus deutscher Sicht mit einem Taliban-Emirat zusammenarbeiten wollte?

Zeuge Miguel Berger: Welches Datum war das noch mal?

Joachim Wundrak (AfD): 23. Juli 2021.

Zeuge Miguel Berger: Ja, also zu Herrn Khalilzad ist es, glaube ich, doch noch mal wichtig, darauf hinzuweisen, dass Herr Khalilzad in inniger Abneigung mit Herrn Ghani verbunden war und wir uns, ehrlich gesagt, gewünscht hätten, dass Präsident Biden mit einem anderen Afghanistan-Beauftragten einen Neuanfang unternimmt. Er hat sich dagegen entschieden, weil er offenbar auf die Kontakte, die Herr Khalilzad zu den Taliban hatte, Wert gelegt hat.

Aber ich habe vorhin ja schon gesagt, wie desaströs dieses Doha-Abkommen war. Und, ich glaube, sehr viel von dem, was passiert ist, ist auf dieses Doha-Abkommen mit den Taliban zurückzuführen. So gesehen war Herr Khalilzad natürlich immer auch ein Gesprächspartner, den wir mit, will ich mal sagen, spitzen Fingern angefasst

haben. Ich weiß jetzt nicht mehr genau, worauf er sich darauf bezogen hat; aber ich glaube, es ging im Wesentlichen um die Frage: Wenn es im weiteren Prozess - und das hatte Khalilzad ja noch mal - - In seinen Beschleunigungsversuchen hat er ja den Taliban immer mehr angeboten. Und das war ja schon eine sehr weitgehende Machtbeteiligung, die er ihnen angeboten hatte im Juli, und das hat er wahrscheinlich gemeint: Wie würdet ihr mit einer Regierung umgehen, in der die Taliban eben maßgebliche Positionen besetzen? - Und das ist für die Bundesregierung ja nicht ganz neu. Wir haben ja im Libanon auch Situationen gehabt, wo Terroristen in Regierungen sitzen und wir auch Wege gefunden haben, damit umzugehen; aber ich vermute, das hat er gemeint.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Damit wechseln wir zur FDP. Frau Kollegin.

Anikó Glogowski-Merten (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, auch von mir! Herr Botschafter, wir würden gerne zum Beginn noch mal ergänzend zu dem, was wir in der ersten Runde gefragt haben zur Bedeutung von Staatssekretärsrunden, Bezug nehmen auf eine Aussage zu einer Befragung des Staatssekretärs Jäger aus dem BMZ. Jäger hatte gesagt über die Afghanistan-Staatssekretärsrunde, nachzulesen im vorläufigen Stenografischen Protokoll, 20/87, Seite 46 - Zitat -:

„Das war ein informelles Gremium. Das ist nicht ein Gremium wie die Staatssekretärsrunde am Montag, wo alle beieinandersitzen und formal bindend eine Tagesordnung für das Kabinett verabschiedet wird. Das hat einen ganz anderen Charakter.“

Zitat Ende. - Das würde ja bedeuten, dass da nichts entschieden wird bzw. nicht verbindlich ist. Es widerspricht sich mit dem, was Sie gesagt haben, dass dort schon Entscheidungen getroffen wurden.

Zeuge Miguel Berger: Ich finde, die beiden Sachen lassen sich einfach überhaupt nicht vergleichen. Die Staatssekretärsrunde vor dem Kabinett



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist dazu da, dass die Kabinettvorlagen abschließend gebilligt werden, damit sie am Mittwoch ins Kabinett gehen können. Das ist eine ganz andere Situation als eine Staatssekretärsrunde zu einer politischen Situation. Und so gesehen ist es ein bisschen Äpfel mit Birnen vergleichen.

Anikó Glogowski-Merten (FDP): Dann noch eine Nachfrage zum Thema Evakuierung. Es sind circa 270 Ortskräfte evakuiert worden, plus Familien. Sie betonten jetzt in den ersten Runden die ganze Zeit was von 350 plus Familien. Kaum welche seien - - Würde es dann bedeuten, dass die Bundesregierung kaum Ortskräfte evakuiert hat?

Zeuge Miguel Berger: Wir hatten ja bis zum Abzug der Bundeswehr - das Verfahren hatte ich ja geschildert - mit unglaublichem Aufwand - BMVg, BMI, AA - sichergestellt, dass die gesamten 526 gefährdeten Ortskräfte plus ihre Familienangehörigen alle Visa erhalten haben, 2 410 oder so was. Das haben wir gemacht.

Die andere Frage bezog sich eben auf die Bitte oder den Vorschlag der Ministerin Frau Kramp-Karrenbauer Mitte Juli - oder am 10. Juli -, zu sagen: Wir wollen auch zurückgehen auf 2013. - Und sie kam dann mit der Zahl weiterer 350 Ortskräfte.

Anikó Glogowski-Merten (FDP): Dann wechseln wir jetzt noch mal auf das Thema Conditions-based Ansatz. Sie haben ausgesagt, dass Sie sich intensiv für so einen Ansatz eingesetzt haben. Das deckt sich auch mit dem, was wir in den Unterlagen haben. Es stellen sich aber immer noch Fragen, und zwar: Welche Konditionen hätten aus Ihrer Sicht einen Conditions-based Ansatz haben sollen? Es gibt ja im Doha-Abkommen für die Taliban zwei Dinge: ergebnisoffene Verhandlungen mit der afghanischen Regierung sowie keine Angriffe auf die Koalition. Und beides war immer erfüllt. Was hätte es sonst für Konditionen geben sollen Ihrer Meinung nach?

Zeuge Miguel Berger: Die Konditionierung bezog sich auf Sachen, die eben ärgerlicherweise im Doha-Abkommen nicht enthalten waren. Das wesentliche Element war die Verknüpfung des

Abzugs an einen ernsthaften Verhandlungsprozess. Und der allererste Fehler lag zum Beispiel schon darin, dass nicht gesagt wurde: Das Abzugsdatum wird gekoppelt an den Beginn der Verhandlungen. Die hätten beginnen sollen am 10. März 2020. Sie haben begonnen am 12. September 2020. Die Taliban haben dann gnadenlos monatelang über Tagesordnungen - - Also, das Signal war klar: Die Taliban sind eigentlich nicht bereit, ernsthaft zu verhandeln. Und das war die Kernverknüpfung, die wir gerne gesehen hätten, dass wir gesagt hätten: Wir ziehen erst dann ab, wenn hier ernsthaft verhandelt wird und eine Lösung gefunden wird. - Das wäre aus meiner Sicht eine ideale Konditionalität gewesen.

Anikó Glogowski-Merten (FDP): War dann davon auszugehen, dass die Taliban solche neuen Konditionen hinnehmen würden?

Zeuge Miguel Berger: Das ist eine gute Frage. Vielleicht wäre es dann zu Kampfhandlungen gekommen. Das ist nicht auszuschließen. Das war natürlich auch die große Schwierigkeit, glaube ich, vor der die Administration, die neue unter Präsident Biden, stand, dass unter Trump die Zahl auf ein absolutes Minimum reduziert wurde und er für eine Konditionierung zumindest einer temporären gewissen Erhöhung der Truppenzahl hätte zustimmen müssen. Dazu war man politisch eben nicht willens, das zu machen. Das hat letztlich dazu geführt, dass der konditionierte Ansatz nicht umgesetzt wurde. Sehr bedauerlich; denn ich bin persönlich der Meinung: Mit einer gewissen Zahl an Truppen hätte man es schaffen können, diese Republik Afghanistan am Leben zu erhalten und die Taliban zu ernsthaften Verhandlungen zu zwingen.

Anikó Glogowski-Merten (FDP): Wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, war jetzt die Aussage, dass die neue Administration unter Biden und die USA dann also nicht wieder bereit gewesen wären, in Kampfhandlungen einzutreten.

Zeuge Miguel Berger: Ja, genau. Das war die Schlussfolgerung, die wir aus der Ankündigung am 14. April gezogen haben, dass diese Bereitschaft nicht bestand und deswegen ja auch der sehr symbolische Beginn des Abzugs auf den



Nur zur dienstlichen Verwendung

1. Mai gelegt wurde, damit man gerade noch so die Brücke schlagen kann zu dem Doha-Abkommen. Aber die Amerikaner waren durchaus besorgt, dass die Taliban eben gerade in der letzten Phase des Abzugs, wenn die militärische Abwehrfähigkeit maximal reduziert ist, dann noch mal zuschlagen könnten. Das war eine ernste Sorge.

Peter Heidt (FDP): Man hätte ja den Spieß umdrehen können. Sie hätten ja sagen können: Ich suche jetzt mir eine Mehrheit, dass unter Führung der Deutschen weitergekämpft wird. - Es wäre spannend gewesen, was - - Also erstens: Haben Sie das mal überlegt, mit den Briten zum Beispiel zu reden? Und das Zweite ist: Eventuell hätte man dann die Amerikaner gezwungen, zu agieren und zu kämpfen.

Zeuge Miguel Berger: Wäre völlig unmöglich gewesen, weil - - Und das waren ja auch durch den gesamten Prozess die sogenannten Critical Enabler. Also das, was ja auch dazu geführt hat - - Die Unterstützung, Luftunterstützung, Versorgung, all das, was von den Amerikanern geleistet wurde - - Ohne Amerikaner wäre überhaupt nichts möglich gewesen, überhaupt nichts. Wir hätten ja auch die Evakuierungsoperation alleine, die Europäer ohne die Amerikaner, so nicht hinbekommen.

Anikó Glogowski-Merten (FDP): Ich würde gerne noch was anderes fragen, und zwar: Wir haben in den Befragungen geschildert bekommen, auch von Staatssekretärin Leendertse, was für einen außergewöhnlichen Job doch van Thiel am Flughafen gemacht hat, unter welchen Bedingungen das stattgefunden hat. Und auch Sie, Herr Berger, haben ja diese Leistung lobend erwähnt. Sie haben gesagt: „Wunderbar gemanagt“ - ich zitiere da -, und deswegen würde ich gerne noch mal fragen - - In MAT A AA-9.121 VS-NfD, Blatt 148 bis 151, liegt uns ein Ordensvorschlag des Personalrats des AA vor, in dem unter anderem „Fisch“ und van Thiel für den Verdienstorden der Bundesrepublik vorgeschlagen werden. Zudem findet sich im selben MAT auf Blatt 153 ein Entwurf eines Begleitschreibens zu diesem Vor-

schlag, in welchem Sie diesen Vorschlag befürworten. Wurde dieser Brief letztlich an das Bundespräsidialamt versandt?

Zeuge Miguel Berger: Wurde der versandt? - Ich glaube, ja. Ich bin mir nicht sicher. Ich bin mir nicht sicher. Aber wir haben auf jeden Fall - - Ja, ich habe das befürwortet, aber, glaube ich, nicht nur für ihn, sondern eigentlich diejenigen, die die Leistung erbracht haben. Aber die Sache wurde nicht weiterverfolgt. Ich glaube, das wurde erst mal zurückgestellt. Ich glaube, die Entscheidung war, mit Blick auf den Untersuchungsausschuss, erst die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses abzuwarten. Und so gesehen, würde ich, ehrlich gesagt, vermuten, dass diese Sache wieder auflebt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende dieser Runde. - Und wenn es am Untersuchungsausschuss liegt, würde ich übrigens meinen, dass wir es, glaube ich, gut fänden, wenn es solche Anerkennungen gäbe, unabhängig von unseren Ergebnissen. Wir haben ja verschiedentlich auch übermittelt, dass wir das so betrachten.

Dann würde ich jetzt eine kurze Pause machen und die Obleute kurz mal zu mir bitten.

(Unterbrechung von
21.53 bis 21.57 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir bitten die Öffentlichkeit und den Zeugen, kurz vor die Tür zu gehen.

(Unterbrechung des
Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Öffentlich:
21.57 Uhr - Folgt
Beratungssitzung)

(Wiederbeginn des
Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Öffentlich:
22.13 Uhr)

**Fortsetzung der
Vernehmung des Zeugen
Miguel Berger**



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kampfkraft ist wiederhergestellt.

(Mechthilde Wittmann
(CDU/CSU): Ja, ich bin da!)

- Wenn die CDU/CSU da ist, sind alle da.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Okay, dann fahren wir fort. - Es geht weiter mit der SPD-Fraktion und dem Kollegen Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Die Kolleginnen und Kollegen von der FDP haben jetzt auch sehr intensiv nach den innerafghanischen Friedensverhandlungen gefragt. Ich möchte darauf gerne noch mal eingehen und aber in der Zeit noch mal zurückgehen. Kurz nach dem Abschluss des Doha-Vertrages bzw. am 19. Mai 2020 gab es eine Vorlage an den Bundesminister zur Rolle Deutschlands im afghanischen Friedensprozess; MAT A AA-8.514 VS-NfD, Blatt 19 bis 22. Dort steht auch in relativ allgemeinen Worten, dass Deutschland „eine aktive Rolle“ spielen möge, dass die Verhandlungen in Deutschland durchgeführt werden sollen. - Sind alles Zitate daraus. Ein Mittel, das die deutsche Diplomatie eingesetzt hat, war auch, die Berghof Stiftung in diesen Prozess einzubinden. Und darauf möchte ich jetzt hinaus. Können Sie mir die Beweggründe für die Einschaltung der Berghof Stiftung, deren Aufgabe und Rolle etwas näher erläutern, bitte?

Zeuge Miguel Berger: Ja, sehr gerne. Wir hatten ja bei diesen Verhandlungen - - Erst gab es ja ein langes Hin und Her: Wo wird überhaupt verhandelt? Dann war die Festlegung auf Doha. Und dann ging es ja auch um die Frage: Wer ist überhaupt im Raum? Wer ist anwesend? Wer spielt eine Rolle? Und uns war natürlich unglaublich wichtig, dass wir auch mit, wie gesagt, Blick auf unsere Vorgeschichte, Petersberg, dass wir da eine zentrale Rolle einnehmen.

Und wir haben - ich weiß nicht mehr genau, wann wir damit begonnen haben - - Aber wir haben uns eben gesagt: Was können wir tun, wenn

wir keine ganz direkte Rolle haben? Dann können wir wenigstens die Delegation der afghanischen Regierung coachen. Und, ich glaube, wenn ich mich recht erinnere, war das der Ausgangspunkt für die Berghof Stiftung, als wir gesagt haben: Wir wollen denen eine Unterstützung geben und wollen eine professionelle Unterstützung für diese Mediation geben. Und ich habe, glaube ich, die Berghof Stiftung, die Leute, ein-, zweimal persönlich gesehen und war auch von deren Arbeit wirklich sehr angetan. Und ich glaube, es ist uns auch mit Hilfe der Berghof Stiftung gelungen, diese wichtige Rolle auch in Doha einzunehmen.

Jörg Nürnberger (SPD): Dieser Vorwurf stand bei früheren Vernehmungen gelegentlich im Raum, dass die Berghof Stiftung auch dazu genutzt wurde, dass das Auswärtige Amt exklusiv Informationen aus den - - hinsichtlich der Motivationslage der Einstellungen des Vorgehens der afghanischen Regierungsdelegation erhalten sollte. Gab es solche Rückkopplungen, oder gab es sie nicht?

Zeuge Miguel Berger: Ich kann mich jetzt an keine konkrete Rückkopplung erinnern; aber es gab natürlich Delegationen, insbesondere Katar als Gastgeber, die USA, die natürlich einen privilegierten Zugang hatten, sowohl zur afghanischen Regierung als auch zu den Taliban. Und wir waren natürlich schon interessiert, dass wir auf allen Wegen etwas zur Motivationslage, zu den Absichten und natürlich auch zu der Frage - - damit für uns Informationen gewinnen, wie wir diesen Prozess so effizient und effektiv wie möglich organisieren können.

Jörg Nürnberger (SPD): Die Frage war ja danach, ob die Berghof Stiftung einer dieser Informationsgeber war.

Zeuge Miguel Berger: Das mag sein, will ich nicht ausschließen. Ich bin damit nie befasst worden, mit der Frage. Aber, ehrlich gesagt, würde mich nicht überraschen, wenn wir natürlich auch von der Berghof Stiftung Rückkopplungen bekommen hätten zu, was weiß ich, geplanten Vorstößen oder Themenstellungen usw. Das wäre aus meiner Sicht auch völlig in Ordnung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Gut, die Verhandlungen - wir haben ja gerade gehört - begannen am - - Beziehungsweise: Am 12. September begannen offiziell die Verhandlungen. Es hat ja insgesamt dann trotzdem seit dem Mai, als diese Vorlage gebilligt wurde, noch vier Monate gedauert. Es gibt dann kurz nach dem Beginn eine weitere Ministervorlage - MAT A AA-8.480, Blatt 5 bis 8 -, wo der aktuelle Stand der Friedensverhandlungen und die Erfolgsaussichten beschrieben werden. Sie haben diese Vorlage mit gebilligt. Ich darf daraus zitieren:

„Angesichts der weit divergierenden Interessen der Konfliktseiten, der widersprüchlichen Ziele auch innerhalb der beiden Konfliktparteien, sowie der fortgesetzten Unterstützung für die Taliban besonders durch PAK und die v.a. durch innenpolitische Ziele getriebene US-Politik stehen die Chancen für dieses Ziel gegenwärtig nicht gut. Gleichwohl ist der Versuch aktuell ohne vernünftige Alternative.“

Darf ich daraus schließen, dass es das Bestreben der deutschen Außenpolitik war, jeden Strohalm, und sei er noch so schwierig greifbar, zu versuchen zu erreichen, um diese Friedensverhandlungen zu unterstützen?

Zeuge Miguel Berger: Ja, absolut. Und ich hatte ja vorherhin geschildert, wie sehr besorgt wir waren, dass der Beginn, der ja unmittelbar nach Doha hätte liegen sollen, im März - - dass sich das ein halbes Jahr verzögert hat, weil man sich nicht auf die Tagesordnung verständigt hat.

Also, wir haben von Anfang an natürlich zu kämpfen gehabt mit einer Situation, in der die Taliban sichtlich auf Zeit gespielt hatten. Der Verhandlungsleiter aufseiten der Regierung war ja der unterlegene Präsidentschaftskandidat Abdullah; das heißt, da gab es auch Friktionen zwischen Ghani und Herrn Abdullah und - Sie haben ja da zitiert - mit dem pakistanischen Geheimdienst. Und natürlich haben da alle möglichen versucht, die Finger reinzubekommen. Der Prozess lief nicht rund. Und unser Interesse war,

alles dafür zu tun, um möglichst in die Substanz der Verhandlungen zu kommen.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn ich diese Vorlage weiter zitieren darf, gibt es ab Blatt 7 eine Definition, was aus Sicht der Bundesregierung als Ergebnis der Friedensverhandlungen akzeptierbar gewesen wäre. Dort werden als entscheidende Punkte das Ende des bewaffneten Kampfes und dass aus Afghanistan keine terroristische Bedrohung mehr ausgeht, genannt, auch noch mal das ursprünglichste Ziel des Einsatzes in Afghanistan. Dann heißt es - ich zitiere -:

„Ein tragfähiger politischer Kompromiss ist - wenn überhaupt - nur als **Ergebnis eines langen Prozesses** denkbar.“

Die Kompromisslinie könne auch eine „sunnitische Variante“ orientiert am politischen System des Iran sein. Genannt wird dann auch eine Richtschnur mit verschiedenen Kriterien. - Können Sie diese Zielvorstellung mir noch einmal näher erläutern: Was ist mit einer „sunnitischen Variante“ des politischen Systems im Iran gemeint? Und wurde innerhalb des AA gelegentlich reflektiert, ob diese Ziele in diesem Umfang überhaupt erreichbar sind?

Gab es - und das ist noch die Frage zur vorherigen Frage - tatsächlich keine Alternativen, die diskutiert wurden, weil Sie ja in dem Zitat zu Ende dieses ursprünglichen Vortrags davon sprachen: „Es gab keine aktuell vernünftige Alternative“?

Zeuge Miguel Berger: Nee, es gab in der Tat aus unserer Sicht keine vernünftige gangbare Alternative, weil das eben - und die Art und Weise, wie dieser Prozess aufgezo-gen wurde - das Ergebnis der Vereinbarung zwischen Herrn Khalilzad und den Taliban war, mit all den Mängeln behaftet, die bekannt sind.

Was ist mit dieser „sunnitischen Variante“ gemeint? - Also, damit ist gemeint das iranische System mit einem Religionsführer, der die politischen, grundlegenden Richtlinienentscheidungen trifft, so wie das Herr Khamenei im Iran



Nur zur dienstlichen Verwendung

macht. Und das ist die schiitische Variante. Die „sunnitische Variante“ haben wir de facto ja jetzt bekommen mit dem Emir von Kandahar, der ja auch letztlich die Richtlinienentscheidungen über die Talibanpolitik trifft. Und es gibt ja da durchaus - das ist ja keine monolithische Bewegung - unterschiedliche Ansatzpunkte. Und das war damit gemeint.

Was die Kriterien angeht, würde ich vielleicht sagen: Da ist das, was Sie zitiert haben, vielleicht eine verkürzte Darstellung. Wir hatten in der Europäischen Union Ratsschlussfolgerungen 2019, 2020, die versucht haben, so Mindestbedingungen zu definieren, was wir uns eigentlich von einem zukünftigen Afghanistan erwarten. Und dazu waren natürlich Wahlen, verfassungsmäßige Ordnung, Schutz der Menschenrechte - - Das waren die drei zentralen Elemente, die wir gerne am Ende eines solchen Prozesses gesehen hätten.

Jörg Nürnberger (SPD): Der Verhandlungsprozess schreitet dann fort. Und im Dezember 2020 erbeten Sie eine Kurzanalyse zu den Agendavorschlägen der beiden Verhandlungsparteien. Und ich darf aus MAT A AA-8.494, Blätter 4 bis 8, zitieren. Da wird unter anderem festgehalten:

„... dass die Republik bei sensiblen Themen, wie z.B. Verfassung, Frauenrechte usw. nicht in ihren Agendavorschlag aufgenommen hat, birgt Risiken:

- Die Republik läuft Gefahr, den TLB die Rahmensetzung zu überlassen.“

Können Sie uns das erläutern, ob es hier tatsächlich solche Defizite aufseiten der afghanischen Regierung gegeben hat, und was die Gründe dafür waren, dass es nicht gelungen ist, eigene Themen vonseiten der afghanischen Regierung in diesen Verhandlungsprozess zu platzieren?

Zeuge Miguel Berger: Ich weiß nicht mehr genau - - Wann war das, diese Vorlage, von welchem Datum?

Jörg Nürnberger (SPD): Dezember 2020.

Zeuge Miguel Berger: Genau. Und da hat sich natürlich was verschoben, weil wir im November diesen unsäglichen Tweet von Trump hatten: Ich hole alle heim bis Weihnachten. - Und das war natürlich für die Taliban ein Geschenk in diesem Prozess, weil sie gesehen haben: So, diese Amerikaner, zumindest solange Trump da ist, werden sich in diesem Prozess nicht mehr ernsthaft engagieren. - Und wir haben natürlich schon klar gespürt, dass das die Gewichte zulasten der Regierungsdelegation verschoben hat, weil damit der Eindruck natürlich vermittelt wurde, die Taliban können jetzt hier die Zeit ablaufen lassen und können auf Zeit spielen. Und die Positionierung der Regierung wurde nachhaltig geschwächt. Und da war natürlich unsere Sorge, dass die Regierungsdelegation unter diesem Druck dann eben bereit sein könnte, zentrale Errungenschaften aufzugeben.

Jörg Nürnberger (SPD): Ein Vierteljahr später, am 16. März 2021, gibt es eine ebenfalls von Ihnen gebilligte und auch kommentierte Ministervorlage unter MAT A AA-8.522 VS-NfD, Blatt 41 bis 45. Darin informiert das Referat AP 05 über eine amerikanische Initiative im Friedensprozess. Auf Seite 4 steht:

„Wir erwarten von den USA, uns **über Entscheidungen** mit Auswirkungen auf unsere militärische Präsenz und unser diplomatisches/ziviles Engagement **vor Unterrichtung der Öffentlichkeit zu informieren.**“

Sie haben dann Ihren Kommentar hinzugefügt, den Begriff „informieren“ haben Sie ergänzt:

„Nicht nur informieren, auch konzeptionell einbinden.“

Was haben Sie unternommen, um dieses Ziel zu erreichen, von den USA besser eingebunden und zumindest informiert zu werden?

Zeuge Miguel Berger: Wir haben es regelmäßig angesprochen gegenüber Herrn Khalilzad vor Ort, gegenüber der amerikanischen Delegation. Wir haben es politisch angesprochen. Ich glaube, diese damalige Darstellung bezieht sich auf den



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorstöß von Khalilzad, der damals - - Weil er gesehen hat, dass das Ganze entgleitet, hat er einen eigenen Kompromissvorschlag auf den Tisch gelegt. Ich weiß nicht mehr genau, wie der hieß, aber irgendwas mit islamischer Republik oder was, und der war weder mit uns abgestimmt noch mit irgendeinem sonstigen Verbündeten. Und Khalilzad hat das im Alleingang auf den Tisch gelegt. Und das hat uns damals doch nachhaltig verärgert, und das ist auch so angesprochen worden.

Jörg Nürnberger (SPD): Um diesen Themenkomplex zum Abschluss zu bringen, bleibt zu konstatieren, dass am Ende die innerafghanischen Friedensverhandlungen gescheitert sind. Es gab auf den letzten Metern offensichtlich noch einen Versuch, ein Powersharing Agreement zu erreichen.

Aber wenn Sie, um diesen Komplex abzuschließen, noch einmal kurz darstellen, was aus Ihrer Sicht zum Ende dieses Prozesses - aus Ihrer damaligen Sicht - die Hauptgründe waren, dass es diesen Friedensprozess nicht erfolgreich geben konnte.

Zeuge Miguel Berger: Ganz eindeutige Antwort: Der gesamte Konstruktionsfehler lag in dem Doha-Abkommen, in der fehlenden Konditionierung, in der Nichteinbeziehung der afghanischen Regierung in dieses Doha-Abkommen mit den Taliban und dass eben der Abzug nicht gekoppelt wurde an einen erfolgreichen Abschluss. Und damit plus noch obendrauf den Taliban das Geschenk gemacht wurde, dass die Republik 5 000 gefangene Taliban freilassen musste. Also, im Grunde eine Vermischung, die fatal letztlich für die afghanische Regierung war. Und diese fehlende Balance in dem gesamten Prozess war nicht mehr auszugleichen, trotz aller unserer und anderer Länderversuche, da noch etwas draus zu machen.

Jörg Nürnberger (SPD): Gab es bei Ihnen im Hause nach dem offensichtlichen Scheitern, sofern es die Zeit überhaupt zugelassen hat, eine Art Evaluierung des eigenen Vorgehens, eine Reflexion, was das Auswärtige Amt hätte vielleicht

noch anders unternehmen können, um diese aktive Rolle noch zu verstärken?

Zeuge Miguel Berger: Nicht in einer schriftlichen Evaluierung. Wir haben natürlich laufend darüber gesprochen, wie sich dieser Prozess entwickelt und was wir machen können. Aber, ehrlich gesagt, war für uns - - Nach zwei wesentlichen Ereignissen war klar, dass nix mehr draus wird. Das eine war die Entscheidung von Präsident Biden vom 14. April, rauszugehen mit einem festen Enddatum; damit war die Konditionierung weg vom Tisch. Und dann eben auch diese Freilassung, plus da gab es ja auch noch die Aufhebung von einigen Sanktionen in den Vereinten Nationen. Also, das Gesamte, wenn man so will - - Der Eindruck, der bei den Taliban entstehen musste und auch entstanden ist, war: Sie müssen keine Kompromisse mehr machen, die Zeit läuft für sie, und ganz egal, ob sie bereit sind, sich auf ernsthafte Verhandlungen einzulassen oder nicht: Die NATO, die Amerikaner, werden abziehen.

Und damit war letztlich - - Genau, das war der andere Punkt: Als wir gesehen haben, dass dieser letzte Rettungsversuch - Istanbul - nicht mal mehr zustande gekommen ist - und das wurde ja versucht zwischen April, Mai bis Anfang Juni -, dann war endgültig klar, dass aus dem Prozess nix mehr wird.

Jörg Nürnberger (SPD): Eine abschließende Frage mit der Bitte um eine persönliche Einschätzung: Was sind für Sie aus Ihrer Sicht Konsequenzen, die wir als Bundesrepublik Deutschland für künftige Einsätze, Auslandseinsätze ziehen müssten, um solche Entwicklungen besser beeinflussen zu können, um - ich möchte den Anspruch nicht so hoch treiben - vielleicht positivere Ergebnisse zu erzielen?

Zeuge Miguel Berger: Also wenn ich jetzt mal eine ganz hohe Flughöhe einnehme, dann ist, glaube ich, einfach mit diesem Abzug in aller Deutlichkeit und Schärfe klar geworden, dass man abhängt von der Lead Nation, und das war etwas, was ich vorhin ja noch mal erwähnt habe. Es war zwar immer die Rede von „in together, out together“, aber letztlich entscheidet die Lead-



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nation, die Führungsnation, und die USA haben für sich den Hebel umgelegt, und dann blieb für die anderen auch nichts anderes mehr übrig. Und das ist, glaube ich, etwas, da muss man sich einfach darüber im Klaren sein: Wenn man sich auf so einen Einsatz einlässt, der von einer dominierenden Führungsnation durchgeführt wird, dann ist das das Ergebnis.

Der zweite Punkt und dritte Punkt - die würde ich zusammennehmen - ist: Die Lektion für mich ist: Wenn man in einen Einsatz geht, wobei ich auch nicht mehr glaube, dass sich so was wie Afghanistan in der Form noch mal wiederholen wird, aber wenn man in so einen Einsatz geht, dann muss man vor Beginn die Ziele präzise definieren und die Ziele verbinden mit einer eigenen Ausstiegsstrategie. Und wir hatten Ziele bei Afghanistan, die sich über die Zeit verschoben haben. Und Biden ist in seiner Abschlussrede ja noch mal zurückgekommen auf diese Ziel „Terrorismus“, aber zwischendurch hatte sich das Ganze ja in Richtung Nation Building komplett verschoben. Man muss gemeinsame Ziele definieren. Und was halt vollkommen gefehlt hat, war eine Strategie, wie wir aus Afghanistan wieder abziehen, und eben mit einem halbwegs funktionierenden Gemeinwesen. Diese Exit-Strategie hat gefehlt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Damit sind wir auch am Ende der Runde.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank für Ihre Zeit. Wir wären mit den Fragen am Ende.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir wechseln zur Union. Herr Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Herr Berger, dann würde ich Sie bitten, noch mal wieder auf meine Flughöhe zu sinken.

(Peter Heidt (FDP): Ein bescheidener CDU-Kollege!)

Ich würde ganz gern noch mal über die Visa on Arrival für die 350 Bundeswehrkräfte reden. Ich habe hier MAT A AA-9.13 VS-NfD, Blatt 215,

vorliegen. Da schreibt 01-L unter anderem an Sie am 16. Juni 2021:

„Gespräch mit Engelke, AKK, BKin und BM:

- 1) Die 350 zusätzlichen Ortskräfte aus dem Verantwortungsbereich des BMVG werden aufgenommen. Mit Familien ca 2000 Menschen.
- 2) BMI sagt Visa on Arrival Verfahren zu. Die 350 Ortskräfte werden nun kontaktiert; unklar, ob noch alle erreichbar sind.
- 3) Darüberhinaus soll es keine weiteren Aufnahmen/Ausnahmen geben, insbesondere nicht für Ortskräfte der EZ und IAO (BMZ-Bereich).“

Deswegen wollte ich noch mal sagen: Also, offensichtlich war Visa on Arrival für diese Ortskräfte seit dem 16. Juni 2021 kein Hindernis mehr, um das zu organisieren. Und wie kann ich dann Ihre Einlassung verstehen, dass man schon früher hätte Visa-on-Arrival-Verfahren implementieren können, um hier entsprechend eine größere Anzahl von Ortskräften zu evakuieren?

Zeuge Miguel Berger: Ich glaube, ich hatte nicht gesagt „früher“, sondern „ab diesem Zeitpunkt“, also mit dieser Entscheidung. Aber ich glaube, es gibt auch einige Belege dann über die weitere Diskussion, die deutlich machen, dass wir hier trotzdem noch eine unterschiedliche Einschätzung zu dem haben, was Visa upon Arrival bedeutet. Also, mein Verständnis und meine Erinnerung sind so, dass vom Innenministerium weiterhin Wert gelegt wurde, dass, bevor irgendjemand nach Deutschland kommt, auf jeden Fall eine individuelle, einzelfallbezogene Sicherheitsüberprüfung stattfindet. Das ist, glaube ich, nicht zu interpretieren als: Der kann jetzt ins Flugzeug steigen, und dann schauen wir uns den Fall an, sobald er in Deutschland ist.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank. - Ich habe ein kleines Potpourri an Fragen jetzt noch: Das Zweite ist auch noch mal zum



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thema „Doha-Friedensverhandlungen“. Kollege Nürnberger hat ja schon dazu gefragt. Da würde ich Ihnen gerne vorhalten eine Aussage von dem Zeugen Gießmann, der ja für die Berghof Foundation an den Friedensverhandlungen beteiligt war; endgültiges Stenografisches Protokoll 20/54 I, Seite 17 und 18, hier Seite 18. Da sagte er hier vor dem Untersuchungsausschuss aus:

„Und in dieser Situation ... wurde uns berichtet, dass sowohl von afghanischer Seite als auch von den USA an die Taliban der Wunsch herangetragen wurde, einzurücken nach Kabul, weil sich dort kriminelle Gangs betätigten und ein absolutes Chaos drohte. Das heißt also, die Aufforderung an die Taliban, die, soweit sie berichteten, eigentlich sich darauf eingelassen hatten, die Stadt nicht zu erobern, sondern an den Grenzen auszuharren, diese Vereinbarung wurde durch die Aufforderung, nach Kabul einzurücken, quasi aufgehoben.“

Meine Frage ist jetzt: Hatten Sie Kenntnis davon, dass die USA an die Taliban den Wunsch herangetragen haben, nach Kabul einzurücken?

Zeuge Miguel Berger: Auf welches Datum bezieht sich der Herr Gießmann da?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das ist leider nicht so genau - - Es muss ja vor dem 16. August gewesen sein. Also, es war an dem Wochenende, denke ich mal, da wurde ja in Doha noch lebhaft verhandelt. Wir vermuten, um den 15. herum, also auf jeden Fall um diesen Zeitpunkt herum. Deswegen noch mal meine Frage: Haben Sie das zu diesem Zeitpunkt oder später erfahren, dass es ein solches Gespräch gegeben hat?

Zeuge Miguel Berger: Nein, klares Nein, und ehrlich gesagt, habe ich Zweifel, ob diese Information richtig sein kann, weil wir ja im Gegenteil gehört haben, dass die Amerikaner ja auch mit den Taliban darüber gesprochen haben, dass es eben nicht zur unmittelbaren Einnahme kommen soll. Und es gibt ja auch Belege aus verschiedenen anderen Gesprächen, die deutlich machen,

dass die Taliban auch nicht unbedingt sofort vorhatten, Kabul zu besetzen. Also so gesehen widerspricht diese Aussage eigentlich allen anderen Einschätzungen, macht aus meiner Sicht keinen wirklichen Sinn.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. Also Sie hatten keine Kenntnis. Haben Sie nachträglich von einem solchen Vorgang gehört?

Zeuge Miguel Berger: Nein, nein. Höre ich zum ersten Mal, was Sie da vorgelesen haben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Gut. - Dann würde ich ein weiteres Thema kurz ansprechen, was auch schon Gegenstand Ihrer Befragung heute gewesen ist, nämlich die Frage, ob die deutsche Botschafterin in Washington nach Berlin reisen sollte oder nicht. Nach unseren Informationen hatte Staatssekretärin Leendertse ihr bereits mitgeteilt, es sei nicht erforderlich, in Washington zu bleiben, und kurz darauf sollen Sie aus Ihrem Urlaub per E-Mail Frau Haber angewiesen haben, ihren Urlaub nun doch abzusagen und in Washington zu bleiben. Was erinnern Sie noch zu diesem Vorgang? Also wie haben Sie von dem Vorgang in Ihrem Urlaub überhaupt Kenntnis bekommen, und was hat Sie veranlasst, diese entsprechende Anweisung zu erteilen?

Zeuge Miguel Berger: Also ich habe wahrscheinlich Kenntnis davon erhalten über das Staatssekretärsbüro. Zuständig natürlich für die Entscheidungen, wie gesagt, bis zum 15. war Frau Leendertse. Sie war auch für Personal grundsätzlich zuständig, und so gesehen: Sie war dafür, der für die USA zuständige Politische Direktor war dafür, dass sie in Urlaub gehen kann. Ich muss sagen, mir war unwohl dabei. Ich hätte sie gerne dort behalten, aber ich habe mich dann dem Votum der anderen beiden gefügt, und letztlich war ich auch nicht abschließend zuständig für Personalfragen. Ich glaube, im Endeffekt war es okay. Ich hätte natürlich einfach wegen der enormen Erfahrung von Frau Haber sie gerne noch länger vor Ort gehabt. Aber da sich natürlich dann die gesamte Kommunikation sehr stark verlagert hat auf den täglichen Partner-Call mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

dem amerikanischen Kommandanten am Flughafen und es ja auch ständige Kontakte auch zwischen mir und meiner amerikanischen Counterpartnerin gab, ist uns jetzt, glaube ich, dadurch nichts Wesentliches verloren gegangen. Aber ich war nicht ganz glücklich darüber.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun haben Sie in Ihren Befragungen oder in Ihren Antworten vorhin öfter gesagt, wann Sie in charge waren und nicht in charge waren. Also hier waren Sie erkennbar nicht in charge und kümmern sich trotzdem darum, ob jemand Urlaub nimmt oder nicht. Und deswegen meine Frage: Nach welchen Kriterien haben Sie sich eigentlich aus dem Urlaub heraus um Sachverhalte gekümmert und nach welchen Kriterien nicht?

Zeuge Miguel Berger: Ja, ich habe natürlich schon versucht, bei Dingen, wo ich das Gefühl hatte: „Okay, das ist wichtig“, mich in die Diskussion einzubringen, und dazu gehört eben auch die Frage, ob Frau Haber unmittelbar in Urlaub geht. Und ich war eben nicht überzeugt davon, dass das jetzt eine gute Idee ist, habe mich aber dann von den anderen Kollegen entsprechend überstimmen lassen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann würde ich gern einen anderen Sachverhalt noch mit Ihnen erörtern. Die klassische militärische Evakuierungsoperation durch die Bundeswehr umfasst ja an sich nur deutsche Staatsangehörige bzw. besondere Vertreter noch zusätzlich. Sie haben aber Anlass gesehen - das ist MAT A AA-8.133 VS-NfD, Blatt 190 -, am Abend des 14. August gegenüber dem Krisenbeauftragten folgende Äußerung zu tätigen, die ich zitiere:

„BW“

- also Bundeswehr -

„muss auf jeden Fall auch OK“

- also Ortskräfte -

„evakuieren. Darauf müssen wir morgen hinwirken.“

Zitat Ende. - Was war der Anlass für diesen Hinweis? Also, war zu diesem Zeitpunkt unklar, ob die Bundeswehr auch Ortskräfte evakuieren würde, oder wer ist eigentlich dafür verantwortlich, festzulegen, wer zum Kreis der zu evakuierenden Personen gehört?

Zeuge Miguel Berger: Nee, in der Tat, das war mir sehr, sehr wichtig, und es bezog sich auf die Information, dass die Amerikaner in dieser schwierigen Anfangssituation am Flughafen, wo auch nur relativ wenige Flüge gingen in den ersten zwei, drei Tagen - - dass von amerikanischer Seite die Einschränkung kam: Nur Staatsangehörige. - Und deswegen habe ich gesagt: Bitte, darauf drängen, dass wir natürlich auch Ortskräfte mitnehmen können. - Was unsere Linie dort angeht, ist es bei Evakuierungen in der Regel so, dass wir uns nicht nur beschränken auf deutsche Staatsangehörige. Also wenn ich zum Beispiel an die große Libanon-Evakuierung denke, 2006, da haben wir auch Leute, die schutzbedürftig waren - - wir haben auch andere mitgenommen. Also eigentlich ist die Linie immer: „Man hilft sich da gegenseitig aus“, und wir haben ja auch andere Staatsangehörige mitgenommen. Also das bezog sich rein auf die USA.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay, vielen Dank für diese Klarstellung. Das ist auf jeden Fall noch mal hilfreich gewesen. - Nun würde ich Ihnen gerne noch zwei weitere Fragen aus der Zusammenarbeit mit dem damaligen Finanzministerium stellen. Uns liegt hier vor eine E-Mail von Ihrem Kollegen Schmidt aus dem BMF vom 18. April 2021. Das ist MAT A AA-9.13 VS-NfD, Blatt 68. Und zwar ist hier weitergeleitet worden eine Meldung dpa mit der Überschrift: „Kramp-Karrenbauer will afghanische Ortskräfte in Sicherheit bringen“, und Ihnen schreibt Staatssekretär Schmidt am 18. April 21 ausweislich dieser Mail mit dem Betreff: „Passt Ihr da mit auf? Danke, w (AFG-Ortskräfte)“ - Zitat Mail -:

„Olaf bat darum:“

- Ich vermute, Olaf ist der Finanzminister. -

(Der Zeuge nickt)



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Können wir sicherstellen, dass es aus den A-Ressorts keine Bedenken gibt?“

Zitat Ende. - Wir können Ihnen das sonst auch gerne vorlegen, aber das ist der wesentliche Inhalt dieser Mail. Meine Frage dazu ist jetzt: Ist das normal, dass Sie auf dieser Ebene Wünsche des Finanzministers übermittelt bekommen haben, und gab es Anlass für die Sorge von Olaf, dass es aus den A-Ressorts Bedenken gibt?

Zeuge Miguel Berger: Welches Datum war das noch mal?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das war am 18. April 2021.

Zeuge Miguel Berger: Nee, da gab es eigentlich keinen Anlass. Ich glaube, ich war auch etwas überrascht über die Frage. Und nee, da gab es keinen Anlass für. Ist das häufiger vorgekommen? - Ich würde sagen, relativ selten. Ich hatte einmal eine Mail von Herrn Klingbeil, aber ich hatte natürlich dann auch zig andere Mails. Aber es kam relativ selten vor.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Haben Sie daraufhin irgendwas veranlasst im Hause des Auswärtigen Amtes?

Zeuge Miguel Berger: Nee.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Dann gibt es einen weiteren Vorgang, und zwar betrifft der die Kabul Luftbrücke. Und da würde ich auch gerne mit Ihnen drüber sprechen. Das ist MAT A AA-8.357 VS-NfD, Blatt 59. - Nee, Entschuldigung, falsche Fundstelle. Das ist MAT A AA-9.81 VS-NfD, Blatt 30 f. Da wird Ihnen weitergeleitet eine E-Mail-Korrespondenz zwischen dem Auswärtigen Amt, in diesem Fall 0-10, und dem Innenministerium. Also, da geht es um einen Briefentwurf, und da heißt es - legen wir Ihnen sonst auch gleich vor - - Also da schreibt 0-10 an einen weiteren Verteiler, unter anderem auch an Leitung Auswärtiges Amt, und da heißt es:

„BM hat ferner noch einmal darum gebeten, den im Ressortkreis so empfundenen AA-Widerstand gegen

Charterflüge endlich aufzugeben; BM Scholz hatte ihn darauf angesprochen. Dazu haben wir ja heute gesprochen ...“

Entschuldigung, es geht nicht um Afghanistan - muss ich noch mal eben korrigieren, ich bin ein bisschen durcheinander -, hier geht es noch mal um Charterflüge. Entschuldigung. Und da schreibt Herr Rössel:

„BM hat ferner noch einmal darum gebeten, den im Ressortkreis so empfundenen AA-Widerstand gegen Charterflüge endlich aufzugeben; BM Scholz hatte ihn darauf angesprochen.“

Haben Sie von diesem Vorgang Kenntnis, dass Ihr Minister vom Bundeskanzler - - also vom Bundesminister angesprochen worden sei, dass es Widerstand gegen Charterflüge gegeben habe? Die Mail ist vom 27. Juli 2021.

Zeuge Miguel Berger: Nee, an dem Tag war ich ja schon im Libanon. Nee, sagt mir jetzt nichts. Nein. Nein, sagt mir nichts.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. Von der Mail haben Sie keine Kenntnis.

Zeuge Miguel Berger: Nee, von der Mail habe ich keine Kenntnis. Aber ich vermute, es bezieht sich auf Sitzungen, die stattgefunden haben im Innenministerium um diesen Dreh herum, als es um das Thema „Charterflüge“ ging; aber da war ich dann, wie gesagt, schon im Libanon.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Na ja, eigentlich geht es um Rückführungsflüge. Es ging eigentlich um Rückführungsflüge, und deswegen überrascht es mich - -

„BM ist damit einverstanden, dass wir dem BMI signalisieren, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

wir die Durchführung eines einmaligen DEU-AUT Abschiebefluges“

usw. - - ermöglichen.

Und dann kommt überraschenderweise so der Seitenhinweis:

„BM hat ferner noch einmal darum gebeten, den im Ressortkreis so empfundenen AA-Widerstand gegen Charterflüge endlich aufzugeben ...“

Meine Frage ist jetzt: Hatten Sie Kenntnis, dass es im Ressortkreis die Empfindung gab, dass es Widerstand Ihres Hauses gegen Charterflüge gibt, und hatten Sie Kenntnis davon, dass der Bundesminister Scholz Ihren Bundesminister auf dieses Thema angesprochen hat?

Zeuge Miguel Berger: Ich vermute, mit Charterflug ist jetzt der Rückführungsflug gemeint, ne? Das ist damit gemeint, und da gab es durchaus unterschiedliche Haltungen, ich glaube, in der SPD-Fraktion, beim Fraktionsvorsitzenden, ob das wirklich angemessen ist. Und ich vermute, darauf bezieht sich das, ja. Das bezieht sich nicht auf die Charterflüge, die wir sonst besprechen, sondern es ging da eindeutig um den Rückführungsflug.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Gut. - Dann komme ich jetzt - Entschuldigung, dass ich eben gesprungen bin - noch mal zu der Kabul Luftbrücke. Das ist jetzt MAT A AA-9.78 VS-NfD, Blatt 102 f. Da leitet Ihnen Staatssekretär Schmidt, also Ihr Kollege, E-Mail-Kommunikation zwischen ihm und Herrn Teichmann und der Kabul Luftbrücke weiter. Und da heißt es in der Mail, in der Ursprungsmail, die Staatssekretär Schmidt an Staatssekretär Teichmann geschrieben hat:

„... ich melde mich mit einer ungewöhnlichen Bitte. Ich hatte in den Tagen der Evakuierung über den Flughafen Kabul Kontakt mit einigen Mitgliedern der Luftbrü-

cke. Ich weiß, dass es einige Vorbehalte gibt, insbesondere gegenüber ...“

- geschwärzt. -

„Ich habe allerdings mit den Leuten aus dem Bereich Journalismus Kontakt gehabt, die sich aus meiner Sicht in sehr beeindruckender Weise für z.B. Ortskräfte deutscher Medien einsetzen.“

Dann geht es weiter:

„Meine herzliche Bitte wäre, ob du dich/Sie sich der Sache annehmen und da helfen könnten. Sie bitten sehr herzlich um eine Aufnahmezusage des BMI. Dann könnten sie die Evakuierungsbemühungen fortsetzen.“

Zitat Ende. - Und dann prüft das BMI ein bisschen, und dann entsteht bei Herrn Staatssekretär Schmidt offensichtlich der Eindruck, dass es doch am Ende von einer Entscheidung Ihres Hauses abhängig sei, und er schreibt dann am 16. September 2021 an Sie:

„Lieber Miguel,

Könntest du hier helfen? Offenbar müssen die Leute von euch OK“

- also ich nehme an, das heißt jetzt nicht Ortskräfte, sondern okay -

„gezeichnet werden, damit dann das BMI eine Aufnahmezusage geben kann...“

Meine Frage ist jetzt: Können Sie sich an diesen Vorgang erinnern? Was war der Anlass, und was haben Sie veranlasst?

Zeuge Miguel Berger: Ich vermute, dass es darum ging, dass die Luftbrücke Kabul Listen erstellt hat, die vielleicht nicht ganz deckungsgleich waren mit unseren Listen, und da ist es einfach noch mal wichtig, zu erwähnen, dass die Luftbrücke Kabul ja im Wesentlichen auch diese Listen so wie wir über Katar weitergegeben hat. Und



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Kataris saßen ja in diesem Serena Hotel und waren deswegen durch ihre Kontakte zu den Taliban überhaupt in der Lage, uns da helfen zu können. Und wir wollten natürlich sicherstellen - und das hat sich - - Nicht nur bei dieser Mail, sondern generell ging es uns darum: Wir waren besorgt darum, dass wir eine einheitliche Kommunikationslinie herstellen. Wir wollten sicherstellen, dass das, was an Katar geht, eine Linie ist, eine Liste der Bundesregierung, und wir wollten keine Konfusion bei Katar haben.

Da gab es auch immer wieder Rückfragen, und ich vermute, dass es dann um Personen ging. Mir sagt der Einzelvorgang jetzt nichts mehr, aber ich vermute, dass es um Personen ging, die auf unseren Listen nicht standen, aber auf den Listen der Luftbrücke und wo da eben drum gebeten wurde, sie noch beim BMI draufzunehmen. Ob das geschehen ist, weiß ich nicht. Aber ich hatte ja vorhin schon gesagt: Wir haben ja quasi täglich aus allen möglichen Richtungen und NGOs und Resorts und Einzelpersonen Hinweise bekommen auf schutzbedürftige Personen, die wir dann in diese Listen integriert haben. So gesehen war das ein laufender Vorgang und ging dann natürlich auch ans Innenministerium.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann wechseln wir zu den Grünen. Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Es tut mir sehr leid, dass ich jetzt noch mal so springen muss; aber ich würde gerne noch mal auf die Beziehungen zu den USA eingehen. Das war ja eine turbulente Zeit in dem Übergang zwischen der Trump- und der Biden-Regierung, und mich würde interessieren, weil Sie ja auch für transatlantische Beziehungen zuständig waren, welche Hinweise Sie vor der Wahl und vor der Amtsübernahme hatten, dass es unter Biden eine Änderung bei der Umsetzung des US-Taliban-Abkommens geben könnte?

Zeuge Miguel Berger: Also zunächst unsere enorme Sorge, die ich vorhin ja geschildert hatte, dass Trump es noch schaffen könnte, vor seinem Abgang wirklich diesen Abzug durchzusetzen. Das ist ja dann gestoppt worden. Die Amerikaner

haben auf 2 500 reduziert. In Wirklichkeit waren mindestens 3 500 vor Ort.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß, es ist schon spät. Es tut mir sehr leid, Herr Berger, aber ich habe nicht mehr so viel Zeit.

Zeuge Miguel Berger: Entschuldigung.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage war, welche Hinweise - -

Zeuge Miguel Berger: Also, ganz präzise: -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, ja.

Zeuge Miguel Berger: - Es gab natürlich Gespräche, vorbereitende Gespräche vor dem Amtsantritt einer Administration, wie das immer ist, und da haben wir klare Zusagen bekommen der Amerikaner, dass sie bereit sind zu diesem Review: Und wenn Sie sich auch die Protokolle anschauen, Telefonat der Bundeskanzlerin mit Präsident Biden, hat er das dort auch noch mal bestätigt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, also Review war auf jeden Fall angekündigt. Ich würde Ihnen dann einmal einen Vorhalt machen - MAT A AA-4.39 VS-NfD, Blatt 76/77 -; das ist eine E-Mail von Emily Haber an Sie, Plötner, Bellmann, R■■■■ usw. vom 13.01.21, und da geht es auch eben genau um diese Frage. Ich zitiere:

„In Bezug auf Afghanistan habe das Biden-Team noch keine Festlegungen getroffen. Biden sei grundsätzlich entschlossen, „*to continue toward zero*“. Aber viele damit zusammenhängende Fragen seien noch offen, insbesondere wie sich die Doha-Gespräche entwickelten. Die Trump'sche Entscheidung zum Rückzug sei daher noch „*under review*“.“

Wenn es heißt: „*to continue towards zero*“, das werden die Taliban ja auch mitbekommen haben, dass Biden nicht wieder „*all in*“ geht. Und mich



Nur zur dienstlichen Verwendung

würde mal interessieren, wie Sie vor der Entscheidung von Biden, zum 11. September rauszugehen, und auch danach darüber nachgedacht haben im Auswärtigen Amt, was denn der Anreiz der Taliban sein sollte, sich noch mal auf eine Condition-based Variante einzulassen

Zeuge Miguel Berger: Erstens. Ich glaube nicht, dass die Taliban das mitbekommen haben, denn das war eine interne Kommunikation. Ich glaube nicht, dass Biden sich öffentlich in der Richtung festgelegt hatte, aber vielleicht täusche ich mich da. Und deswegen war ja unser zentraler Punkt: Knüpfung des politischen Prozesses an das Abzugsdatum. - Und eben mit dem 14. April war klar: Das macht Biden nicht. - Und wir hatten ja mehrere Hinweise, über die unzähligen Gespräche auf Ministerebene, Kanzlerin, dass es einen ernsthaften Review der Amerikaner gibt, wo wirklich alle Optionen intern geprüft werden. Das war die Zusicherung, die wir mehrfach bekommen hatten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde Ihnen noch mal einen Vorhalt machen. Das ist MAT A AA-4.39 VS-NfD, Blatt 74/75. Da geht es um den Afghanistan-Politik-Referenten an der Botschaft in Washington, der den Auftrag hatte, diese Bitte aus Berlin, die Sie ja hier auch schon mehrfach formuliert haben - - noch mal zu überlegen, wie man damit umgehen könnte. Und der schreibt dann ganz am Ende:

**- Erwartungsmanagement ggü
Berlin (sorry, weniger operativ):**

- o Wir müssen Berlin aber vlt. auch klar machen, dass es eben auch unter Demokraten viele Befürworter des „ending the endless wars“ Ansatzes gibt. Fast 20 Jahre lang COIN“

- Counterinsurgency -

„hinterlasse hier Spuren, die Veteranen werden zu kostspieligen Problembären. Der unten aufgedröselte Punkt ist vlt. auch mal etwas für die ML“

- Morgenlage -

„mit Leitung. Erst recht nach dem 6.1.“

Also, ich muss Ihnen, ganz ehrlich gesagt, sagen: Wir haben ja auch eine Vernehmung eines internationalen Mediators hier gehabt, der Herr Caro, der auch zwischendurch in Doha dann sich die Verhandlungen angeguckt hat, und der hat uns gesagt, dass die strukturellen Bedingungen, die mit dem US-Taliban-Abkommen festgelegt worden sind, eigentlich gar keinen Spielraum mehr für die Amerikaner gelassen haben. Wann ist Ihnen das klar geworden? Sie haben es ja hier auch heute schon so gesagt.

Zeuge Miguel Berger: Genau, ich habe das ja auch genauso gesagt, dass der Spielraum von Biden durch dieses Talibanabkommen, durch Trumps Politik massiv eingeschränkt war. Und er hätte das nur anders machen können, wenn er entschieden hätte: Okay, wenn wir diesen konditionierten Ansatz machen, dann sind wir auch bereit, temporär mehr Truppen wieder nach Afghanistan zu schicken. - Ich kann das nicht beurteilen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und auch wieder in den Konflikt mit den Taliban einzutreten.

Zeuge Miguel Berger: Und auch wieder in den Konflikt mit den Taliban eintreten zu müssen, wobei es ja immer bis zum letzten Tag die Sorge gegeben hat, dass die Taliban aus Rache auch die letzten Wochen nutzen würden, um noch mal Angriffe zu starten. Diese Sorge hat sich immer durchgezogen. Also es war ganz klar: Wenn wir wirklich auf eine harte Koppelung gehen, dann muss man sich darauf einstellen, dass das mit weiteren Kämpfen verbunden ist.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja auch hier gerade noch mal - - Also ich habe immer noch nicht ganz verstanden, warum Sie dachten, dass die Amerikaner dann noch mal harte Kämpfe in Kauf nehmen würden. Aber gut.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Miguel Berger: Nee, das habe ich ja nicht - - Natürlich wussten wir, dass das für die Amerikaner extrem schwierig ist. Also, wir haben uns da keine Illusionen gemacht, aber selbst, wenn man weiß, dass eine Option vielleicht eine relativ überschaubare Realisierungsmöglichkeit hat, setzt man sich natürlich trotzdem dafür ein. Also, wir haben versucht, diesen konditionierten Ansatz wirklich mit Nachdruck zu vertreten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das kann man auch in den Dokumenten sehr gut nachlesen. Was man in den Dokumenten nicht so gut nachlesen kann, ist, wie Sie sich auf die Möglichkeit eingestellt haben, dass das nicht funktioniert - vor der Entscheidung aus April. Das kann man in Dokumenten nicht nachlesen. Und was man auch nicht nachlesen kann, ist, wie Sie sich nach April darauf vorbereitet haben, jenseits des Abzugs der Bundeswehr, der ja unterm Strich dann noch ganz okay gelaufen ist, mit Blick auf die ganzen Fragen, die wir hier auch schon hoch und runter beschrieben haben, und deswegen habe ich da so nach.

Sie haben jetzt auch in der Befragung heute noch mal gesagt: Die Taliban haben ja den Eindruck gehabt, sie müssten gar keine Kompromisse mehr machen. Und trotzdem hat ja die Bundesregierung auch an der Unterstützung der innerafghanischen Friedensverhandlungen festgehalten. Da noch mal ganz konkret die Frage: Was war denn der Pfad hin zu einem Handschlag, also einem Abschluss - dass die da sitzen bleiben, macht ja Sinn -, aber was war der gedankliche Pfad, den Sie vor Augen hatten, wie es dazu kommen kann, dass die Taliban noch sagen: „Okay, wir lassen uns jetzt auf eine Teilung der Macht ein“?

Zeuge Miguel Berger: Das hatte ich ja geschildert, dass mit jedem Schritt die Wahrscheinlichkeit dafür geringer wurde - dass die Taliban das aussetzen wollten. Das ist ja deutlich geworden.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mir einmal sagen, wie der gedankliche Pfad war dahin, dass sie es nicht aussitzen, sondern dass sie sich einigen?

Zeuge Miguel Berger: Ja, das wäre - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Denn Sie müssen sich ja etwas dabei gedacht haben.

Zeuge Miguel Berger: Nee, nee, nee, das hatte ich ja vorhin gesagt, dass wir im Grunde davon ausgegangen sind, dass es über den Spätsommer, Spätherbst bis zur üblichen Kampfpause zu einem intensiven Bürgerkrieg kommen könnte und dass eigentlich nur auf militärischem Weg eine Machtteilung möglich wäre. Das war unsere Hypothese, weil alles andere ja ganz eindeutig in die Richtung gezeigt hat: Die Hebel werden immer geringer, auf dem Verhandlungsweg in Doha etwas zu erreichen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Jetzt haben Sie gesagt, die Hebel werden geringer. Nennen Sie mir einen Hebel. Also, Sie haben ja jetzt von mehreren Hebeln gesprochen, die weniger werden. Was war denn ein Hebel? Sagen Sie mir einen Hebel, der auf dem Tisch lag.

Zeuge Miguel Berger: Der entscheidende Hebel war der unkonditionierte Abzug. Das war der entscheidende Hebel. Hätten die USA gesagt: „Nein, wir verlängern jetzt den Zeitraum“, wären die Taliban ganz anders unter Druck gekommen, ernsthaft verhandeln zu müssen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, und das war ja schon spätestens mit der Entscheidung von Biden im April weg. Also das war ja dann nicht weniger Hebel, sondern null. Oder?

Zeuge Miguel Berger: Ich würde mal sagen: weniger Hebel; denn die Amerikaner haben ja, wie gesagt - hatten wir vorhin ja auch schon festgestellt -, auch Luftangriffe noch geflogen. Also sie haben ja schon auch Aktivitäten gezeigt, die deutlich gemacht haben, dass sie die afghanische Regierung weiter unterstützen. Aber spätestens mit dem Fehlschlag von Istanbul war klar, dass aus diesem Prozess nichts mehr wird. Aber, ehrlich gesagt, es ist ja nicht so, dass man sagt: Okay, wir haben jetzt immer weniger Möglichkeiten, und deswegen beenden wir jetzt unserer Unterstützung für den Friedensprozess. - Als Auswärtiges Amt - - Und unsere diplomatische Rolle ist: Wir versuchen, etwas zu retten, bis es wirklich nicht mehr geht. - Und das war unser Ansatz.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und natürlich haben wir alle gesehen, dass die Möglichkeiten immer schwieriger werden, und haben gedacht: Okay, dann geht das eben in die militärische Auseinandersetzung im Herbst, und da kann am Ende vielleicht doch so etwas wie eine Machtteilung herauskommen.

Es gab ja auch die ganze Zeit die Frage: Wie sind diese Taliban? Haben sie etwas gelernt aus ihrer ersten Amtszeit? Geht es ihnen nicht auch darum, internationale Anerkennung zu finden? - Das heißt, jenseits der militärischen Lage hätte es bei den Taliban ja auch den Eindruck geben können: Okay, wir wollen in Zukunft eine Regierung stellen oder an einer Regierung beteiligt sein, und deswegen haben wir ein Interesse daran, in einem geordneten Prozess die Macht zu übernehmen. - Das war durchaus eine valable Hypothese, die auch hätte eintreten können, wenn die Machtverhältnisse bei den Taliban anders gewesen wären. Wie wir am Ende festgestellt haben, waren sie nicht. Aber das wäre natürlich auch mit Blick auf die spätere Anerkennung einer Talibanmitregierung oder -regierung auch ein valabler oder möglicher Weg gewesen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir wechseln zur AfD-Fraktion.

Joachim Wundrak (AfD): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Berger, ich komme noch mal zurück auf diese Veranstaltung in Rom - „gloom and doom“ - mit Khalilzad. Er hat Wieck gefragt, wie wir mit dem Taliban-Emirat zusammenarbeiten können. Sie haben eben gesagt, mit einer gemischten Regierung; aber wenn ich „Taliban-Emirat“ lese, dann würde ich wirklich Emirat 2.0 sehen, also eine ausschließliche Talibanherrschaft. Was hat dann Wieck geantwortet, oder was haben Sie Wieck dann auf diese Frage hin geantwortet?

Zeuge Miguel Berger: Was für ein Datum war das noch mal? Rom?

Joachim Wundrak (AfD): Das war 23. Juli 2021.

Zeuge Miguel Berger: Also, ich glaube, bei dieser Hypothese - - Das hat ja auch Khalilzad noch mal

versucht. Mit dem allerletzten Versuch, den Taliban maximal entgegenzukommen, hat er ja quasi eine Art Emirat angeboten, aber mit gewissen, sagen wir mal, Elementen aus der früheren Verfassung. Also, er wollte sie ja überzeugen, dass sie Wahlen zulassen, dass sie Menschenrechte noch garantieren. Also er hat ja schon den Versuch gemacht, das zwar als Emirat für die Taliban darstellbar zu haben, aber doch gewisse Leitplanken einzuziehen. Das war damit gemeint. Und die Frage: Wie gehen wir damit um, mit einer Regierung, die vielleicht nach außen überwiegend ein Emirat darstellt - und das wäre ja nicht das einzige auf der Welt -, aber trotzdem eben gewisse Standards hat und vielleicht auch Leute weiterhin beschäftigt, die aus der früheren afghanischen Regierung kommen? - Das war, glaube ich, damals die Gesprächssituation, und da haben wir natürlich Modelle, wie gesagt, Libanon mit Hisbollah und andere, wo wir natürlich auch Erfahrungen mit diesen Fragen gesammelt haben.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank. - Ich springe jetzt auch ein bisschen in den Themen. Wir haben MAT A AA-8.324 VS-NfD, Blatt 413. Daraus geht hervor, dass ein Großteil der von der Bundeswehr evakuierten Personen Afghanen waren, die keinerlei Deutschlandbezug hatten, also weder Ortskräfte waren noch zur Kategorie der besonders Schutzbedürftigen gehörten. Es liegt uns vor auf MAT A BMVg-5.20 VS-NfD, Blatt 18 ff., eine am 11. August 2021 - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Abgeordneter, darf ich Sie unterbrechen? Erstens ist das genau in dieser Form hier schon mal vorgetragen worden. Zweitens habe ich es auch da schon gerügt, weil das, was daraus hervorgeht, Ihre Interpretation ist und insofern das so nicht gefragt werden kann - - und die Frage nicht zugelassen hatte, weil sie schon mal gestellt worden ist. Nun mache ich das auch beim zweiten Mal nicht und merke das auch noch kurz vor Mitternacht. Also insofern: Wenn Sie so freundlich wären, eine andere Frage zu wählen.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, dann setze ich neu an. Sorry. - Laut MAT A AA-9.07 VS-NfD, Blatt 158, erhielten auch Sie eine E-Mail von



Nur zur dienstlichen Verwendung

Emily Haber, die sie am Abend des 12. August an das Auswärtige Amt schrieb. Haber berichtet darin von einem Abendessen mit einer sehr hochrangigen amerikanischen Sicherheitsbeamten. Haber gab deren Aussage wie folgt wieder - Zitat -:

█
dass die Taleban zwar Kabul einnehmen wollen, dabei aber ...“

auf einen Kampf um Kabul verzichten wollen.



Zitat Ende.

Am Abend des 13. August sandte dann Jan van Thiel laut MAT A AA-8.120 VS-NfD, Blatt 202, an das Auswärtige Amt dann eine Meldung, in der von einem Doha-Friedensdeal die Rede ist. Aus diesem Dokument geht hervor, wie der amerikanische Versuch, „to broker the transfer“, konkret ausgesehen hat. Demnach sollten die Taliban einen sechsmonatigen Waffenstillstand akzeptieren. Im Gegenzug sollten die USA die diplomatische Anerkennung eines zweiten Talibanregimes und die Fortsetzung der US-Entwicklungshilfe zugesagt haben. - Wie hat damals das Auswärtige Amt auf diese Meldung, die Bereitschaft der Amerikaner reagiert, ein zweites Talibanregime anzuerkennen?

Zeuge Miguel Berger: Sagen wir mal so - - Und deswegen hatte mich vorhin eben die Aussage von Herrn Gießmann so gewundert, weil wir eben diesen Beleg, den Sie vorgelesen haben, und andere hatten, und das entsprach ja auch der Interessenlage, dass man - das war ja auch zum Teil zu befürchten - ein Blutbad vielleicht in Kabul verhindern wollte.

Also ein geordneter Übergang: Sechs Monate, ehrlich gesagt, habe ich nicht für realistisch gehalten. Ich glaube, es ging eher um die Frage „drei, vier Wochen für einen geordneten Übergang“. Aber wir hatten ja, glaube ich, auch Hinweise, auch nachrichtendienstliche Hinweise, dass die Taliban gar nicht unbedingt jetzt am nächsten Tag nach Kabul hineingehen wollten. So gesehen hatten wir mehrere Hinweise, die in die Richtung gingen: Es gibt Gespräche der Amerikaner, die im Wesentlichen in Doha geführt werden, wo sie versuchen, einen geregelten Übergang hinzubekommen. Das war die, sagen wir mal, verdichtete Informationslage, die wir hatten.

Joachim Wundrak (AfD): Hat es denn Gespräche, Konsultationen zwischen Berlin und Washington gegeben, dahin gehend, dass die Bundesrepublik eben halt auch dieser diplomatischen Anerkennung eines zweiten Talibanregimes zustimmen könnte? Hat es da Zusagen gegeben?

Zeuge Miguel Berger: Also, ich habe da, ehrlich gesagt, Zweifel, was diese Anerkennung angeht, weil das ja eigentlich der zentrale Hebel ist. Und wenn Sie sich das anschauen: Bis heute ist die Taliban-Regierung ja nicht anerkannt, und deswegen habe ich, ehrlich gesagt, Zweifel, dass die Amerikaner jemals so eine Zusage gemacht hätten, denn diesen Hebel gibt man nicht leichtfertig aus der Hand. Und wie gesagt, bis heute - - Selbst die Russen haben die Taliban nicht anerkannt.

Joachim Wundrak (AfD): Okay. - Ich zitiere Dr. Wieck aus dem vorläufigen Protokoll der Ausschusssitzung vom 21.03.2024, Seite 144 und 145 - Zitat -:

„Die vorherrschende Meinung ... war, dass sich die Republik ... nicht halten wird. Unser ganzes Engagement bezog sich ja darauf ..., dass die Taliban an der Regierung beteiligt werden. Und zu welchem Grad, ob sie sozusagen fifty-fifty oder 75 zu 25 oder sogar ganz die Macht übernehmen, haben wir offengelassen. ...

Also das hatten wir alles auf dem Radar; aber die Frage ist dann ... eher die Schlussfolgerung: Heißt



Nur zur dienstlichen Verwendung

das, dass wir uns und ... alle Ortskräfte und Listen von Schutzbedürftigen, ob wir sie alle aus dem Land holen ...?“

Mehrere Fragezeichen.

“... dieser Meinung waren wir nicht.“

- Also das ist Wieck. -

„Wir haben seit 2009 Kontakte zu den Taliban aufgenommen ... um eine politische Lösung zu erreichen ...

... und dadurch, dass wir über Jahre dieses Verhältnis zu den Taliban aufgebaut hatten, konnte ja nicht unsere Schlussfolgerung sein, dass, wenn das Realität wird, für das wir uns seit zehn Jahren eingesetzt hatten, dazu führt, dass nicht nur wir unsere Botschaft schließen, sondern auch noch alle Ortskräfte rausholen und Listen von Schutzbedürftigen rausholen. Das ist ja völlig - -“

- Punkt, Punkt, Punkt -

„Das macht ja keinen Sinn.“

Zitat Ende. - Herr Berger, können Sie mich bitte aufklären: Aus welchen Gründen wurde dann doch am 15. August die Botschaft geschlossen und sind in den Folgetagen Ortskräfte und andere Afghanen aus Afghanistan ausgeflogen worden, wenn doch laut Jasper Wieck genau dieses Vorgehen gegen das gesamte jahrzehntelange Vorgehen verstieß?

Zeuge Miguel Berger: Also, was Sie jetzt zitiert haben, war aus der Zeugenaussage von Herrn Wieck? Habe ich das richtig verstanden?

Joachim Wundrak (AfD): Genau.

Zeuge Miguel Berger: Können Sie mir das mal zeigen? Also, es sagt mir natürlich jetzt nichts.

Joachim Wundrak (AfD): Es ist unterwegs.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Miguel Berger: Herr Vorsitzender, ich weiß, ich müsste jetzt das alles noch mal durchlesen. Aber ich würde vielleicht sonst einfach generell dazu sagen, dass Herr Wieck natürlich da absolut richtig liegt, dass unser ganzes Engagement darauf bezogen war, gerade in dieser Endphase eben eine Lösung hinzubekommen, die eben Reste dessen bewahrt, was unter der afghanischen Regierung erreicht wurde, mit Verfassung, Wahlen usw., eine irgendwie geartete Machtteilung. Und das war in der Tat unser Bestreben.

Also das ist jetzt der erste Abschnitt, den Rest habe ich jetzt noch nicht geschafft komplett zu lesen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich glaube auch nicht, dass das erforderlich ist. So viel Zeit haben wir auch gar nicht, wir sind eh schon über die Zeit hinweg mit der Frage. Insofern haben Sie, glaube ich, das gemacht, was Sie konnten.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank, Herr Berger.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Außerdem müssen Zeugen hier nicht die Zeugenaussagen von anderen Zeugen kommentieren. Das ist nicht zwingend erforderlich. Aber zwingend erforderlich ist, dass die FDP das Wort nimmt. Also, Herr Kollege Heidt, Sie haben das Wort.

Peter Heidt (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Wir müssen irgendwie noch mal zu der Frage „Condition-based Ansatz“ zurückkommen, weil Sie haben gesagt, im April nach der Entscheidung von Biden war irgendwie klar: Die USA kehren nicht zu Kampfhandlungen zurück, also gibt es auch keinen Condition-based Ansatz. Der ist tot. - Jetzt haben Sie - - Anfang August 2021 fielen innerhalb kürzester Zeit mehrere Provinzhauptstädte an die Taliban. Am 9. August schrieben Sie in Reaktion darauf eine Mail an einen Referatsleiter im AA, Zitat aus MAT A AA-9.53 VS-NfD, Blatt 19:



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Wir müssten mE mit den USA bzw den engsten Likeminded diskutieren was man dem Vormarsch der Taliban entgegensetzen kann. Ich bin eher bei Röttgen:“

- gemeint ist wohl Röttgen -

„Der Westen sollte weiter aktiv gegen die TLB eingreifen und diese an den Verhandlungstisch zwingen. Der überstürzte US-Abzug war ein Fehler und hat jeden Druck aus den Verhandlungen genommen.“

Zu diesem Zeitpunkt waren ja im Prinzip die wesentlichen Truppen abgezogen. Wie haben Sie sich dieses Eingreifen der „Likeminded“ vorgestellt?

Zeuge Miguel Berger: Also, das war natürlich ein gewisses Wunschdenken. Ich hätte mir das so vorgestellt, dass man mit Luftangriffen den Vormarsch der Taliban zumindest einschränkt, behindert, ihnen deutlich macht, dass man diesem Fall und Zerfall etwas entgegensetzt. Hätte das letztlich am Ergebnis etwas geändert? Hätte das die Situation in Kabul vielleicht doch wieder etwas stabilisiert? - Wir wissen es nicht, aber diese Bereitschaft bestand ja offenbar nicht, und wenn ich mir das Ergebnis anschau, war das, glaube ich, schon noch mal eine valable Überlegung, ob das nicht besser gewesen wäre.

Peter Heidt (FDP): Aber haben Sie denn, abgesehen von der E-Mail, mit jemand darüber auch konkret gesprochen, vielleicht unter vier Augen mal mit Amerikanern, mit Briten oder mit wem auch immer?

Zeuge Miguel Berger: Nee, das war ja ein Kommentar aus dem Urlaub heraus - am 12., ne? Genau. Ja.

Peter Heidt (FDP): Okay.

Zeuge Miguel Berger: Es gab ja eine sehr deutliche Einschätzung von Frau Haber: Keine Chance, das machen die nicht mehr.

Peter Heidt (FDP): Ich will Ihnen mal eins sagen: Mir hat mal ein englischer hoher Offizier gesagt, der lange in Afghanistan war, er bedaure das, dass niemand auf ihn zugekommen ist, weil er hätte das gerne gemacht, genau das, was Sie hier schreiben.

Zeuge Miguel Berger: Haben mir andere englische Offiziere auch gesagt, dass man mit einer gewissen Präsenz vor Ort die afghanische Regierung hätte stabilisieren können.

Peter Heidt (FDP): Dann, Herr Berger: In MAT A AA-9.13 VS-NfD, Blatt 189, liegt uns eine Mail vom 9. Juni 2021 von Ihnen an Herrn Potzel vor. Darin schreiben Sie - mit der damaligen Abteilungsleiterin AP im cc -:

„... wenn wir uns jetzt dem Abzugsdatum nähern, sollten wir BM ... in einer Vorlage unsere Erwartungen an die weitere Entwicklung skizzieren. Gerne auch in 2-3 Szenarien mit unterschiedlichen Graustufen.“

Können Sie uns an der Stelle mehr sagen, wie der durch Sie an den Minister gelangte Informationsstand zur Lage in Afghanistan zu diesem Zeitpunkt etwa aussah?

Zeuge Miguel Berger: Ich hoffe, das ergibt sich aus der Vorlage, aber - - Nein, ich kann es jetzt so aus dem Stand, ohne das zu sehen, das Dokument, nicht mehr sagen, was wir damals am 9. genau geschrieben haben. Aber wir haben uns natürlich Gedanken gemacht, wie das weitergehen wird. Ja, absolut, und vor allem, weil wir ja gesehen haben, dass sich die Fristen immer weiter verkürzen. Die Amerikaner sind ja vom 11. September dann abgerückt und immer näher an den August herangekommen und - -

Peter Heidt (FDP): Herr Berger, also ein bisschen - - Es geht mir auch darum, wie Sie das gemacht haben mit dem Minister. Wie intensiv haben Sie ihn gebrieft? Das ist so ein bisschen meine Frage.

Zeuge Miguel Berger: Ach so. Also, wir haben natürlich zwei Kommunikationswege gehabt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn aus dem Haus eine Analyse kommt, dann geht das über eine offizielle Vorlage an den Minister. Das bekommt er schriftlich. Und in Ergänzung eben können es Mails sein zu wichtigen Ergebnissen aus den Staatssekretärsrunden und ansonsten die von mir erwähnten wöchentlichen Telefonate, wo ich ihn immer auf die Dinge angesprochen habe, die aus meiner Sicht für ihn als Minister wichtig waren.

Peter Heidt (FDP): Und das war in dem ganzen Untersuchungszeitraum durchgängig so?

Zeuge Miguel Berger: Durchgängig, immer, immer. Ja. Und ich bin natürlich da auch - - Wir sind alle - und davon kann man auch ausgehen, dass natürlich auch Kommunikation, die das Ministerbüro erreicht - - Davon wird natürlich jetzt nicht alles an den Minister telquel weitergegeben, aber alle relevanten Vorgänge werden natürlich auch dem Minister zur Kenntnis gegeben.

Peter Heidt (FDP): Sie haben gemäß MAT A AA-8.450 VS-NfD, Blatt 62, Ende 2020 im AA den Auftrag für eine wissenschaftliche Szenarioanalyse gegeben. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Miguel Berger: Ja, genau.

Peter Heidt (FDP): Warum haben Sie das gemacht, diesen Auftrag?

Zeuge Miguel Berger: Weil ich das für sinnvoll erachtet habe, dass wir uns mal ganz detailliert einer Szenarienplanung widmen, und wir hatten damals ein Unternehmen, das uns immer sehr schöne Zusammenfassungen, Analysen gegeben hat, die Oxford Analytica, nicht zu verwechseln mit Cambridge Analytica.

Peter Heidt (FDP): Ja, das ist richtig.

Zeuge Miguel Berger: Und wir haben damals - - Ich weiß nicht mehr genau, wann das war, aber ich glaube, wir haben im Frühjahr dann auch so einen richtigen Workshop gehabt.

Peter Heidt (FDP): Genau. Das war Mitte/Ende März 21. Im Mai 21 gab es einen eintägigen

Workshop und ein Non-Paper. Also Ihnen ist der Vorgang noch bekannt?

Zeuge Miguel Berger: Ja, ja, genau. Ja, ich glaube, ich war auch zum Teil dabei, wenn ich mich recht erinnere.

Peter Heidt (FDP): Zu dieser Vorlage existiert eine vorherige Version. In dieser wird explizit auf die Überlegungen des ressortabgestimmten Non-Papers inklusive der dort entwickelten Handlungsoptionen verwiesen und zudem gefordert, die Staatssekretärsrunde zu Afghanistan fortzusetzen und dort hochrangig erforderliche grundlegende Anpassungen des deutschen Engagements zu diskutieren und zu beschließen. Auf Ebene der beteiligten Referatsleiter wurde jedoch darauf hingewirkt, der Führungsebene die Existenz und den Inhalt des Non-Papers zu verschweigen, da man Sorge habe, dass dieses Paper sonst an die Öffentlichkeit gelangen könnte. Ist Ihnen das auch noch bekannt?

Zeuge Miguel Berger: Nee, war mir nicht bekannt, aber habe ich jetzt in der Vorbereitung gelesen. Aber ich glaube, da steht ja auch drin, dass am Ende gesagt wurde: Ja, wegen der Sensibilität des Themas wird das einfach in, ich glaube, einem Exemplar oder so in vertraulicher Form weitergeleitet. - Aber ansonsten waren mir der Vorgang und die Überlegung unter den Kollegen überhaupt nicht bekannt.

Peter Heidt (FDP): Ist das ein einmaliger Vorgang, oder kennen Sie noch mehr Vorgänge, wo die Arbeitsebene gesagt hat: „Nee, das zeigen wir denen da oben nicht“?

Zeuge Miguel Berger: Also, ich glaube, es ging denen gar nicht so sehr darum: „Das sollen die nicht lesen“, sondern die Sorge war eher: Kann das irgendwo landen, wo es nicht landen sollte? - Aber nein, eigentlich erwarte ich - - Es kann natürlich immer passieren, überhaupt keine Frage; aber ich erwarte natürlich schon und wir erwarten alle, dass zuständige Referatsleiter, auch Unterabteilungsleiter, Abteilungsleiter die Informationen nach oben geben, die für die Leitung relevant sind. Das ist eine Führungsaufgabe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Peter Heidt (FDP): War denn die Sorge berechtigt? Ich hätte jetzt mal flapsig gesagt: Beim BMVg würde ich sagen: Jawohl, da ist die Sorge berechtigt. Beim AA war mein Eindruck bisher, die Sorge ist nicht so sehr berechtigt.

Zeuge Miguel Berger: Nee, also, ich kann mich jetzt auch an keinen Fall erinnern, wo mir hinterher jetzt irgendwas bekannt wurde, wo ich gesagt hätte: Wie kann das sein, dass ich das nicht wusste? - Also, kann ab und zu mal passieren, aber nicht wirklich in systematischer Art und Weise.

Peter Heidt (FDP): Es gab immer wieder Kontakte zwischen Ihnen und US-Vertretern, davon auch telefonisch viele. Auch im Rahmen der sich verschlechternden Lage suchten Sie den Austausch mit dem State Department. Können Sie uns einmal schildern, wie Sie den Informationsgehalt dieser Gespräche bewertet haben?

Zeuge Miguel Berger: Also, der Informationsgehalt war sehr wichtig für uns, insbesondere dann aus Kabul dieser sogenannte Partner Call, der von dem Kommandeur vor Ort durchgeführt wurde. Ich komme jetzt nicht mehr auf den Namen. Aber das war sehr hilfreich auch natürlich in Ergänzung zu unseren Krisenschalten, und ich habe immer wieder natürlich auch mit amerikanischen Kollegen gesprochen. In der Regel war das natürlich für uns eine wahnsinnig wichtige Information, aber natürlich immer auch ergänzt durch den ständigen Kontakt, den die Botschaft Washington ins Weiße Haus, ins State Department und Pentagon hatte. Also es hat sich eher einfach ein Gesamtbild daraus gefügt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Danke schön. - Dann sind wir hier am Ende der Runde und kommen jetzt zu der Kategorie Restfragen. Und die SPD hat davon keine mehr. Die Union?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. - Herr Berger, aber jetzt auch wirklich die letzte Runde. Wir haben eben kurz schon mal über die Kabul Luftbrücke gesprochen. Nun gab es einen weiteren Vorgang in unseren Akten. Das ist MAT A AA-9.01 VS-NfD, Blatt 243. Da geht es um einen tatsächlichen Evakuierungsflug, der von Kabul

aus starten sollte und von der Kabul Luftbrücke offensichtlich initiiert und organisiert worden ist. In dem Zusammenhang gab es wohl Schwierigkeiten in der Abwicklung. Und Sie schreiben in einer Mail an 01-0, nachdem Sie in Kenntnis davon gesetzt worden sind, dass der Luftbrückenflieger jetzt doch abgehoben sei:

„BM sollte das lesen. Es ist unerträglich wie Marquardt und seine Luftbrücke agieren und unsere Evakuierungsbemühungen erschweren.“

Können Sie kurz dem Ausschuss berichten, inwieweit die Tätigkeiten der Kabul Luftbrücke und im Besonderen von Herrn Marquardt die Evakuierungsbemühungen erschwert haben?

Zeuge Miguel Berger: Sehr gerne, wobei ich natürlich auch dazusagen will: Das, was die Kabul Luftbrücke gemacht hat und versucht hat - und ich habe mich hinterher mit denen, nach dem Abschluss der Evakuierungen, auch zusammengesetzt -: Absolut ehrenwert, überhaupt keine Frage.

Was uns extrem genervt hat, war, dass ein Flugzeug gelandet ist auf dem Flughafen ohne jede Planung, ich glaube, fünf oder sechs Stunden mit den laufenden Motoren, das die Landebahn blockiert hat. Die Amerikaner waren extrem verärgert, und diese unabgestimmte Vorgehensweise hat die Evakuierung de facto behindert. Und das hat uns alle extrem geärgert; denn wir waren so schon absolut am Anschlag dessen, was geleistet werden kann, und dann noch obendrein damit umgehen zu müssen, war für alle dann doch etwas viel.

Und ich habe dann die Weisung gegeben im Krisenstab, dass wir eine Person benennen, die mit der Kabul Luftbrücke spricht, um das alles möglichst in geordnete Bahnen zu lenken, weil wir natürlich auch zig Anrufe bei verschiedensten Leuten hatten und das Ganze eigentlich eher eine Behinderung war als eine Unterstützung. Und dann, ab dem Moment, glaube ich, als wir das kanalisiert hatten und da auch mehrere Gespräche stattfanden, hat es besser funktioniert. Aber es



Nur zur dienstlichen Verwendung

gab auch einen weiteren Flug, der uns auch sehr geärgert hat, als, ich glaube, Ortskräfte aus Portugal oder so einfach nach Georgien geflogen wurden und da abgesetzt wurden, ohne jegliche Vorwarnung. Also mehrere Böcke wurden da geschossen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Warum sollte der Bundesminister diesen Vorgang lesen?

Zeuge Miguel Berger: Weil der Bundesminister auch von Herrn Marquardt so wie viele andere Minister angerufen wurde und ich doch sicherstellen wollte, dass er diese Information zur Kenntnis nimmt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wissen Sie, ob das erfolgt ist?

Zeuge Miguel Berger: Ich habe ihn nicht gefragt, aber ich gehe davon aus. Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und haben Sie ein Feedback vom Bundesminister dazu bekommen?

Zeuge Miguel Berger: Nein, ich glaube nicht. Nee.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Gut. - Ein weiterer Sachverhalt ist auch schon mal angeklungen, aber ich wollte es noch mal sagen. Ein ganz wesentlicher Aspekt für den Erfolg der Evakuierungsmission ist die Verfügbarkeit und die Qualität von Listen der zu evakuierenden Personen. Wir wissen aus bisherigen Vernehmungen insbesondere der Soldatinnen und Soldaten, die auch am Flughafen selbst damit befasst waren, dass es für sie schwer war, aussagefähige Listen zu bekommen über die berechtigten Personen. Können Sie uns dazu sagen, wie Sie aus Ihrer Position heraus diesen Vorgang wahrgenommen haben, insbesondere vor dem Hintergrund, dass erst auf Ihre Weisung am 21. August eine ELEFAND-Liste übermittelt wurde und auch danach die Qualität der Listen für die Evakuierungsoperationen nicht hilfreich waren?

Zeuge Miguel Berger: Also, ich kann mir nicht vorstellen, dass die ELEFAND-Liste - - Die war ja

in Kabul vorrätig. Das Problem, was wir einfach hatten, war: ELEFAND ist ja ein freiwilliges System, und wir haben in dieser Krise - und das ist leider in vielen Krisen so - - Die Leute tragen sich einfach nicht ein und registrieren sich nicht. - Und wir haben dann mit jedem Tag der Evakuierungsoperation festgestellt: Die Zahl steigt, und wir hatten ja dann auch noch Zigtausende Mails, wo wir dann mit Suchfunktionen versucht haben, zu identifizieren, ob es Deutsche gibt. Ich hatte dann auch noch mal drum gebeten, ein extra Laufwerk einzurichten, die Leute auch noch mal abzufragen: Seid ihr überhaupt im Land? - Also, so gesehen war das ein fortlaufender Prozess, diese ELEFAND-Liste zu aktualisieren. Aber ich gehe fest davon aus, dass die ständig vor Ort verfügbar war.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sind Ihnen denn persönlich Umstände bekannt, dass diese Liste oder auch die Liste der zu evakuierenden Personen außerhalb der deutschen Staatsangehörigkeit, also außerhalb der ELEFAND-Liste, vor Ort schwierig zu handhaben waren?

Zeuge Miguel Berger: Also weniger wegen der Liste, sondern einfach - und das haben Herr Arlt und Herr van Thiel ja auch immer eindrücklich geschildert - wegen der unglaublich schwierigen Situation am Tor. Und unser Bemühen war ja: Wie bekommen wir die Leute überhaupt so nah an unsere Leute heran, damit man überhaupt prüfen kann? - Und dann hatten wir eben alle möglichen Ideen von roten Schals bis sonst was, wie Leute sich in der Menge identifizierbar machen können. Das war die große Herausforderung aus meiner Sicht. Also, so ist es bei mir auf jeden Fall angekommen. Und wir haben ja am Ergebnis gesehen, dass die Allerwenigsten - und insbesondere Familien - es überhaupt geschafft haben, in diesem vollständigen Chaos nach vorne durchzukommen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Na ja, Sie haben es jetzt eben schon mal angesprochen; E-Mails ist auch mein nächstes Thema. Wir wissen, dass das Krisenreaktionszentrum mit der Bearbeitung sozusagen der eingehenden Informationen sowohl an der Hotline, aber eben auch im Rahmen der E-Mail-Zuschriften überfordert gewesen ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wie konnte es aus Ihrer Sicht dazu kommen, und warum konnte keine Abhilfe geschaffen werden?

Zeuge Miguel Berger: Nee, das war ja ein absoluter Mail-Tsunami. Also, ich weiß nicht, wie viel Tausend Leute wir hätten dransetzen müssen, um diese irrsinnigen Berge durchzulesen. Und deswegen: Was wir gemacht haben, war eben, mit entsprechenden Stichworten und Suchfunktionen zu versuchen, die Deutschen dort herauszufiltern. Aber das waren ja unglaubliche Mengen. Ich weiß jetzt nicht mehr, am Ende waren es, glaube ich, fast eine halbe Million Mails, die dort angekommen sind, und wir hatten ja massenweise Verstärkung im Krisenstab. Die haben wirklich da rund um die Uhr beste Arbeit geleistet. Aber ehrlich gesagt sind wir da in bester Gesellschaft auch mit dem britischen Krisenzentrum, die genau das gleiche Problem hatten, dass sie vollkommen zugedeckt waren mit Hunderttausenden Mails.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wenn Sie das im Nachhinein betrachten, wäre es klüger gewesen, schon früher solche Angebote wie E-Mail und Hotline zur Verfügung zu stellen?

Zeuge Miguel Berger: Ganz schwierig, weil, ehrlich gesagt, ist das sehr, sehr kompliziert; denn in dem Moment, in dem man eine Hotline zur Verfügung stellt oder eine Mailadresse in so einer Krise, das spricht sich in Windeseile herum, und dann wird ganz - - Wir haben das ja versucht, dass wir gesagt haben: So, lasst uns jetzt mal mit diesen - - Wir hatten damals, glaube ich, so knapp 400 Deutsche identifiziert. Schreiben wir die noch mal getrennt an. Wir richten ein anderes Postfach ein. - Und wir haben jeden Tag im Grunde versucht, nachzulegen, andere Wege zu schaffen. Aber das hat sich sofort in Windeseile rumgesprochen und hat dann zur Verstopfung des nächsten Weges geführt. Ich glaube, das war de facto einfach nicht lösbar, vielleicht heutzutage mit künstlicher Intelligenz; aber das war nicht lösbar.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Dann habe ich noch einen kleinen Nachbrenner zu dem Verhältnis von Herrn van Thiel zum Auswärtigen Amt. Tut mir leid, dass ich da noch mal

drauf hinkommen muss. Vorläufiges Stenografisches Protokoll der 66. Sitzung, also 20/66, Seite 84 bis 85. Da hat Herr van Thiel hier ausgesagt, dass er vor seiner Abreise nach Kabul aufgefordert worden sei, nicht in Form von Drahtberichten, sondern per Mail zu berichten. - Haben Sie davon Kenntnis, warum er nicht ganz normal über Drahtbericht, sondern gesondert über Mail berichten sollte?

Zeuge Miguel Berger: Nein, überhaupt nicht. Und es gab ja weiter Drahtberichte. Es gab ja Drahtberichte bis zum, ich weiß nicht, 22., 23. Also es gab ja weiter Drahtberichte. Deswegen wundert mich die Aussage sehr.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und Kenntnis haben Sie selber davon nicht?

Zeuge Miguel Berger: Nein, keine Kenntnis. Und ich hatte ja, wie gesagt, mit ihm auch nicht vor Ausreise gesprochen, wusste auch nicht, wann Herr Bledjian geht und er dort aufschlägt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Im August 2021 hat es dann eine öffentliche Debatte schon darüber gegeben, ob und inwieweit der Zusammenbruch Kabuls vorhersehbar war und ob und welche Maßnahmen man hätte ergreifen können, um das entsprechend besser zu organisieren. In dem Zusammenhang haben Sie an der AG „Außen“ der SPD-Fraktion am 17. August 2021 teilgenommen, und uns liegt dazu ein Vermerk vor; das ist MAT A AA-9.80 VS-NfD, Blatt 40. Nach diesem Bericht sah die AG „Außen“ der SPD-Fraktion den - in Anführungsstrichen - „Schwarzen Peter“ und die Verantwortung vor allem beim Auswärtigen Amt abgeladen. Zitat:

„Dennoch werde weitere Entwicklung der Situation direkt auf das AA zurückfallen („schwarzer Peter liegt beim AA“).“

Meine Frage kurz: Wurden Sie über diese Einschätzung der AG „Außen“ informiert? Also wussten Sie, dass in der AG „Außen“ der SPD-Fraktion zu diesem Zeitpunkt am 17. August 2021 darüber nachgedacht wurde, wen man als



Nur zur dienstlichen Verwendung

Verantwortlichen identifizieren könne, wer den Schwarzen Peter habe und wie man das verhindern könne?

Zeuge Miguel Berger: Dann in den unmittelbaren Tagen des Zusammenbruchs gab es natürlich die Frage, wer - - Und die wurde in den Medien ja auch sehr aktiv gestellt. Und ich muss sagen, ich habe damals doch bewundert, dass Minister Maas sehr, sehr schnell an die Presse gegangen ist und seine eigene Fehleinschätzung eingeräumt hat. Am gleichen Tag ist dann Frau Kramp-Karrenbauer, glaube ich, auch an die Presse gegangen. Und so gesehen, glaube ich, haben wir auch nach außen deutlich gemacht, dass wir hier als Bundesregierung auftreten. Dass natürlich im politischen Alltag dann gesehen wird, wer kriegt hier welchen Schwarzen Peter, ist auch, glaube ich, wiederum völlig normal. Aber unser Bestreben, zumindest auf meiner Ebene - Staatssekretäre -, war, dass wir hier als Ressorts einheitlich auftreten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Es wurde da nach Ihrem Bericht unter anderem auch - nee, er war wohl nicht von Ihnen, also Sie haben ja nicht selber die Gesprächszusammenfassung gemacht - - wurde auch erwogen, den Bundesinnenminister in den Innenausschuss vorzuladen, um dadurch das Scheinwerferlicht umzulenken. Können Sie sich an diese Diskussion erinnern?

Zeuge Miguel Berger: Ja, ja, ja. Das war Teil eben dieser ganzen Diskussion: Wer ist für was verantwortlich? - Und ich glaube, manche Abgeordnete waren eben der Meinung, der Fokus liegt zu stark auf dem Auswärtigen Amt, und jetzt muss man sich auch noch mal anschauen, was beim Innenminister entschieden oder nicht entschieden wurde.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Haben diese Sorgen der Abgeordneten Ihr Verhalten in den folgenden Tagen beeinflusst?

Zeuge Miguel Berger: Nein, nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Gut. - Also mit „gut“ meine ich: Danke für die Antwort.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Interessant.

(Heiterkeit)

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann habe ich noch eine abschließende Frage, Herr Berger. Der Bundesminister Maas wird auf der Internetseite - die Quelle hatten wir heute schon mal: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2477656> - zitiert:

„Die Entscheidungen, die aufgrund dieser fehlerhaften Berichte“

- des BND -

„getroffen wurden, sind nach bestem Wissen und Gewissen gefallen. Aber sie waren im Ergebnis falsch, mit katastrophalen Folgen.“

Zitat Ende. - Meine Frage ist: Haben Sie Kenntnis von fehlerhaften Berichten des BND?

Zeuge Miguel Berger: Also, ich will natürlich jetzt hier nichts zu dem früheren Minister sagen; aber ich habe ja vorhin schon ausgesagt, dass aus meiner Sicht die Darstellung der BND-Äußerung in dieser Krisenstabsitzung am 13. verkürzt wiedergegeben wurde. Und natürlich hat der BND - und das entsprach ja auch den Diskussionen der Amerikaner mit den Taliban - darauf hingewiesen, dass das noch einen Monat dauern könnte. Aber er hat eben, wie gesagt, auch darauf hingewiesen, dass es andere Faktoren gibt. Ich glaube, also ich würde sagen, meine Einschätzung wäre, wenn irgendjemand uns die Informationen, die wir gebraucht hätten, nicht gegeben hat oder sie vielleicht auch gar nicht hatte - ich kann es nicht beurteilen -, dann sind das eher die USA. Also von mir gibt es keine Kritik am BND.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Dann bin ich natürlich darüber gestolpert, dass es heißt -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist die letzte Frage.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - der letzte Komplex, - dass die Entscheidungen falsch gewesen seien. Also, ich will das Zitat noch mal sagen:

„Die Entscheidungen, die aufgrund dieser fehlerhaften Berichte getroffen wurden, sind nach bestem Wissen und Gewissen gefallen. Aber sie waren im Ergebnis falsch ...“

Können Sie mir sagen, aus Ihrer Bewertung heraus, welche Entscheidungen, die getroffen worden sind, falsch waren?

Zeuge Miguel Berger: Ich weiß jetzt nicht genau, worauf er sich da bezogen hat. Also, man kann sagen, Informationen waren unzutreffend, und aufgrund unzutreffender Informationen sind dann natürlich Entscheidungen anders getroffen worden, als sie ausgefallen wären mit komplettem Bild. Hätten wir, sagen wir mal, Mitte Juli einen klaren Eindruck vermittelt bekommen von den USA oder wem auch immer, wie es im Inneren der afghanischen Armee aussieht und der Sicherheitskräfte und wie die Stimmungslage ist, wie die Kampfbereitschaft ist, dann hätte man vielleicht Dinge anders gemacht. Also das ist vielleicht damit gemeint. Aber ich habe am Anfang ja zitiert den amerikanischen Generalstabschef bei der Anhörung im Senat, wo er ja auch gesagt hat, es habe keine Information dieser Art gegeben. So gesehen ist das letztlich, glaube ich, eine rhetorische Frage.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Meine Frage war ja: Entscheidungen falsch? Haben Sie eine falsche Entscheidung getroffen?

Zeuge Miguel Berger: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Das war es. Ganz herzlichen Dank, dass Sie so ausführlich geantwortet haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich schließe da noch mal

ganz kurz an. Wie haben Sie denn aus den ND-Lagen, an denen Sie teilgenommen haben, die Informationen ins Haus getragen? Können Sie das kurz ausführen? Also an wen haben Sie ND-Lage-Informationen ins Haus zurückgebracht?

Zeuge Miguel Berger: ND-Lage-Informationen habe ich in der Regel mündlich an die Leiterin des Ministerbüros und nur bei absolut notwendiger Betroffenheit an die zuständigen Abteilungsleiter mündlich weitergegeben; denn es macht ja keinen Sinn, wenn man eine nachrichtendienstlich eingestufte Lage hat, das dann schriftlich durch die Gegend zu schicken. Deswegen war das nur mündlich.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie haben jetzt gerade gesagt, dass die Einschätzungen zu den ANDSF nicht korrekt waren. Ich kann das jetzt hier in der nicht eingestuften Sitzung nicht mit Belegen sozusagen unterfüttern, was mein Eindruck ist, aber vielleicht: In der Substanz habe ich den Eindruck nicht, dass der BND entsprechende Informationen nicht zumindest hatte. Und deswegen wäre für mich so ein bisschen die Frage: Haben Sie zu dem Themenbereich „Wie kampfkraftig ist die ANDSF?“ denn explizit auch mal ND-Lage angefordert auf Ihrer Ebene?

Zeuge Miguel Berger: Also, wir hatten - - Es gab ja, wie gesagt, in diesen Staatssekretärsrunden immer die Aufforderung an den BND - und er war immer der Erste, der vorgetragen hat - zu den Informationen, die es gab, zu berichten. Es gab ja auch weitere Unterrichtungen, mündliche, schriftliche.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das war ja jetzt schon sehr präzise, meine Frage. Haben Sie auch mal explizit ein Briefing eingefordert zum Thema „Kampfkraft ANDSF“?

Zeuge Miguel Berger: Ich kann mich nicht daran erinnern. Nein.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Ja, wir haben es auch nicht gefunden. Von daher: Das wäre jetzt ein richtiger Skandal, ehrlich gesagt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Miguel Berger: Nee, das weise ich wirklich zurück. Das ist kein Skandal.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein.

Zeuge Miguel Berger: Letztlich hatten wir ja doch -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Berger - -

Zeuge Miguel Berger: - eine fortlaufende Unterrichtung - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Berger!

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich habe jetzt mal das Wort, und die Bundesregierung hat sich gemeldet.

VLR Andreas Gloßner (AA): Ich will nur darauf hinweisen: Auch wenn jetzt die Stunde spät ist, hat der Zeuge doch ein Recht, auf die Frage vollumfänglich zu antworten. Das ist ihm hier nicht ermöglicht worden, und entsprechend ist der Sachverhalt, glaube ich, jetzt verkürzt stehen geblieben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte.

Zeuge Miguel Berger: Ja. Ich hatte ja, wie gesagt, darauf hingewiesen, dass das aus meiner Sicht kein Skandal ist, sondern dass es absolut übliche Praxis ist, dass eben regelmäßig informiert wird, und dass natürlich auch eine gewisse Pflicht besteht, dass derjenige, der diese Informationen hat, in dem Fall der Bundesnachrichtendienst, der sie analysiert, der sie zusammenbringt, dass der die Bundesregierung informiert. Hätte man im Rückblick sich mal im Detail diese Informationen geben lassen können? - Ja, hätte man machen können. Hätte der BND diese Informationen gehabt? - Das ist die große Frage, ne? Haben die Amerikaner diese Informationen gehabt? - Ich weiß es nicht, ich kann es nicht beantworten. Ich kann

nur eben immer wieder zitieren, dass der Generalstabschef gesagt hat: Nein, diese Informationen lagen den USA nicht vor.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will nur einmal kurz das Missverständnis aufräumen. Wenn Sie jetzt eine BND-Unterrichtung angefragt hätten und ich hätte die nicht in den Dokumenten gehabt, dann hätte das geheißen, dass das Auswärtige Amt uns das nicht zur Verfügung gestellt hätte. Das wäre der Skandal.

Zeuge Miguel Berger: So, nein, nein, nein. Um Gottes willen!

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das möchte ich einmal nur richtigstellen, weil ich, glaube ich, das gerade ein bisschen weggenschelt habe.

Dann möchte ich noch mal zurückkommen auf meine erste Befragungsrunde. Da haben wir aufgehört mit Ihrem Vorschlag, dass 10 000 schutzbedürftige Personen, also inklusive Familie, doch nach Deutschland geholt werden könnten. Können Sie uns noch mal erzählen, wie es zu dem Vorschlag gekommen ist und warum man auch dann am 31. August die Liste der potenziell Schutzbedürftigen schließen wollte?

Zeuge Miguel Berger: Ja, der Vorschlag ergab sich aus einem ungefähren Überschlag der Personen, mit denen wir gerechnet haben. Und, wie gesagt, jede Botschaft hat ja Listen der Partner, der engen Partner im Menschenrechtsbereich, im Medienbereich, in der Politik. Und deswegen war mein Vorschlag: 10 000. - Am Ende sind wir, glaube ich, bei 8 000 gelandet. Warum haben wir das geschlossen? - „Geschlossen“ hat ja nicht bedeutet, dass Anträge nicht kommen können, sondern dass wir gesagt haben, es gab eine Einigung auf diese Höhe, und letztlich war das am Ende eine politische Entscheidung, ob man ein weiteres Aufnahmeprogramm macht, und das gab es ja dann auch später. Da wurden weitere Aufnahmeprogramme beschlossen. Aber der Punkt war, dass - und die Listen wurden ja fortlaufend aktualisiert - weitere Anträge, die gekommen sind, dass die - und das war das Verfahren, das wir mit dem Innenministerium besprochen hatten - dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

in Einzelbegründung eben nachgereicht werden. Und ich kann mich auch erinnern, dass das Innenministerium zugesagt hatte, diese Dinge positiv zu prüfen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich auch erinnern, welche Position die verschiedenen Ressorts eingenommen haben zu der Frage, ob das eine angemessene Höhe ist oder zu viel oder zu wenig?

Zeuge Miguel Berger: Ich glaube, das hat relativ schnell Zustimmung gefunden. Also, ich kann mich nicht an kontroverse Diskussionen über die Höhe erinnern, und ich habe ja extra relativ hoch angesetzt. Uns war halt nur wichtig bei denen, die danach gekommen sind - - Das war natürlich ein erhöhter Aufwand, weil jede Einzelbegründung natürlich noch mal etwas anderes ist, wie wenn man Leute auf Listen schreiben kann. Und so war natürlich der Aufwand für uns im Auswärtigen Amt größer, weil wir dann jeweils eine kurze Begründung auch liefern mussten, warum jetzt jemand noch nachträglich kommt. Aber dieses Schließen der Listen darf auf keinen Fall so verstanden werden, nach dem Motto: So, jetzt ist Schluss, und jeder, der jetzt kommt, hat keine Chance mehr, aufgenommen zu werden. - Das war nicht der Fall.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich muss leider noch einmal mit Ihnen springen. - Danke erst mal für die Antworten. - Sie hatten ja auch schon ausgeführt zu dem Temporary Relocation Transit Agreement zwischen Deutschland und den USA und auch bisschen schon, wie das zustande gekommen ist. Wie hat das BMI das damals bewertet?

Zeuge Miguel Berger: Also, ich habe damals, weil die Amerikaner das unglaublich dringend gemacht haben wegen des Überlaufens in Katar - - hat das Innenministerium, Herr Engelke, sofort zugestimmt. Also, ich hatte wirklich in einer Rekordzeit von 24 Stunden Kanzleramt - - Alle Ressorts haben zugestimmt. Wir hatten die amerikanischen Flüge ein paar Stunden angehalten. Ich habe gewartet, bis das Ding vereinbart und unterschrieben ist, und dann in der Nacht gingen schon die ersten 12 Flüge nach Ramstein. Und,

wie gesagt, die Amerika waren unglaublich dankbar dafür, dass wir damit wirklich Tausenden, Zehntausenden Ortskräften die Ausreise mit erleichtert haben.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mir noch mal kurz erklären, wie die Rechtsgrundlage für die Afghan/-innen war, die sich dann in Deutschland aufgehalten haben?

Zeuge Miguel Berger: Sie meinen, auf der amerikanischen Basis?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm. - Was waren die denn dann, juristisch gesehen?

Zeuge Miguel Berger: Oh, Gott! Da überfragen Sie mich jetzt, ehrlich gesagt. Also die Amerikaner haben gesagt, sie sind in ihrer Obhut, und sie werden - - Das heißt, es war eine reine Transitfrage. Wir haben ja auch zehn Tage Limit reingeschrieben, und so gesehen war Ramstein etwas ganz anderes als die Unterbringung zum Beispiel im Kosovo oder in anderen Lagern, wo die Amerikaner von Anfang an klar gesagt haben: Diese Leute schauen wir uns erst an. - Bei denen in Ramstein war klar: Die fliegen entweder weiter in die USA, oder sie werden irgendwo noch geparkt. Und so gesehen war das eine reine Transit-sache, Aufenthalt auf dem amerikanischen Stützpunkt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und hat das hingehauen mit den zehn Tagen?

Zeuge Miguel Berger: Es hat hingehauen mit zwei Ausnahmen. Das eine ging um Masern, und da hat die amerikanische Disease Control gesagt: Die Leute kommen nicht in die USA rein. - Und ich habe gesagt: Wenn sie Masern haben, warum sollen sie dann die Masern bei uns haben? Dann können sie sie auch in den USA haben. - Also, das Argument hat mich nicht überzeugt, aber wir haben letztlich dann zugestanden: 21 Tage, und wir haben den USA geholfen bei der Impfung.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie viele Asylanträge wurden dann trotzdem in Deutschland gestellt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Miguel Berger: Es war überschaubar. Ich weiß nicht mehr, wie viel. 150, 200, irgendwie so was.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie hat das BMI darauf reagiert?

Zeuge Miguel Berger: Ich glaube, die waren eher besorgt, dass - - Ich glaube, die Hauptsorge, ehrlich gesagt, war jetzt gar nicht Ramstein, sondern die Hauptsorge war der Westbalkan, und darüber haben wir ja auch mehrfach mit den Amerikanern gesprochen, weil wir da die Sorge hatten: Diese Leute sind monatelang da; darunter gibt es vielleicht Leute, die die Amerikaner als Gefährder einstufen, die nicht in die USA weiterreisen können und die dann vielleicht den nächsten Bus nach Deutschland nehmen. - Das war unsere wirkliche Sorge.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und hat sich die realisiert?

Zeuge Miguel Berger: Nach meiner Kenntnis hat sie sich zum Glück nicht realisiert. Aber da müsste man das Innenministerium fragen, ob es da noch Erkenntnisse gibt. Mir liegen sie nicht vor.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann habe ich noch einen letzten Komplex. - Herr Stegner seufzt schon. - Und das bezieht sich auf - -

(Zuruf des Abg.
Peter Heide (FDP))

- Ja, vielleicht kannst du es ja weitermachen. - Russland hat nämlich Hilfe bei der Evakuierung aus Afghanistan angeboten. Können Sie uns einmal kurz darstellen, was Sie zu dem Sachverhalt wissen?

Zeuge Miguel Berger: Ja, das war eine Idee des Kanzleramts, von dem verstorbenen Jan Hecker, der gesagt hat: Lasst uns alle Möglichkeiten prüfen. - Da haben wir gesagt: Okay, kann man machen. - Hintergrund war ja, dass die Russen ihre Botschaft - die gehörten ja zu den wenigen Ländern, die ihre Botschaft offen gehalten haben

neben Pakistan und zwei, drei anderen - - Und dann gab es Gespräche mit den Russen darüber, ob so etwas realisierbar wäre. Aber letztlich waren die Russen nicht bereit - - Oder ich weiß nicht mehr, an welcher Technik es gescheitert ist. Aber letztlich war unsere Erwartung nicht kompatibel mit dem, was die Russen uns anbieten konnten, und dann haben wir das relativ schnell verworfen. Ich glaube, das war eine Sache von 24 bis 48 Stunden, dass wir gesagt haben und das Kanzleramt das dann auch so gesehen hat, dass das kein gangbarer Weg wäre.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln wir zur AfD noch mal.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Berger, ein BND-Zeuge hat hier laut vorläufigem Stenografischen Protokoll 20/22 II, Seite 44 und 50, folgendermaßen vorgetragen - Zitat -:

„... hier in Kabul hat eine Person ... entschieden, die Green Zone zu räumen. Das hat für die Sicherheitskräfte in Kabul, für Ghani, für ganz Afghanistan das Signal gegeben: Die internationale Gemeinschaft gibt uns auf.

... solange diese Unterstützung da gewesen wäre, wäre Ghani auch dageblieben. Aber mit dem Abzug der Botschaft war ... für Ghani und fürs ganze Land praktisch die Messe gelesen ...

Wären die 900 US-Soldaten in der Green Zone geblieben und die US-Botschaft, dann wäre es auch am 15. nicht zum Fall Kabuls gekommen.“

Zitat Ende. - Präsident Ghani hat selbst in einem Interview mit dem Sender CNN seine Flucht aus Kabul mit dem Verweis auf die Evakuierung der US-Botschaft am Morgen des 15.08.2021 begründet. - Für das Sekretariat: Das ist Seite 1 und 5 der Anlage 42. - Herr Berger, haben Sie weitere Erkenntnisse oder Indizien dafür, dass nicht die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Flucht Ghanis, sondern die Aufgabe der Green Zone durch die USA zum schnellen Fall von Kabul geführt hat? Können Sie Ihre Wahrnehmung bitte schildern?

Zeuge Miguel Berger: Also meine Wahrnehmung geht eigentlich - - Gut, die Amerikaner haben aus ihren eigenen Sicherheitserwägungen heraus gehandelt, und natürlich war - - Wenn die amerikanische Botschaft geräumt ist, macht es auch keinen Sinn mehr, da die Green Zone zu schützen. Also, ich kann dazu nur sagen: Ich habe mit dem Außenminister - ich glaube, Außenminister war er - Atmar, der ja auch dann nach Deutschland gekommen ist, so zwei, drei Wochen nach dem Fall gesprochen, und der hat mir in sehr deutlichen Worten gesagt, was diese Flucht von Ghani aus seiner Sicht für eine schändliche Entscheidung gewesen sei. Also der war extrem kritisch, was diese Flucht angeht, wobei ich bei Abstrichen doch sagen muss: Klar, wir können jetzt auch nicht erwarten, dass Herr Ghani zum Märtyrer wird. Aber militärisch war da eh nichts mehr zu holen. Es ging jetzt nur noch um die Frage, ob es den USA gelingt, sagen wir mal, einen geordneten Übergang in Kabul hinzubekommen. Aber militärisch und damit auch für Ghani war da nichts mehr zu gewinnen. Aber sein eigenes Kabinett hat das extrem kritisch gesehen, diese Flucht im Hubschrauber.

Joachim Wundrak (AfD): Ich wechsle den Fragenkomplex. Laut MAT A AA-9.08 VS-NfD, Blatt 138, erhielten Sie am 19. August 2021 eine E-Mail aus dem BMI. Hierin heißt es wörtlich - Zitat -:

„... gerade Anruf von ...“

- der Name ist geschwärzt -

„(Zentralrat der Muslime) ... Es gibt wohl einen „Zugang“ zu einem hochrangigen Talibanführer in Kabul. Zugang über deutschen StA mit kurdischem Hintergrund. Talibanführer in Kabul könne Zugangskorridore mit freiem Geleit zum Airport zusichern. Bedingungen sind finanzieller Natur ...

Zentralrat und ...“

- Name geschwärzt -

„sind durch ihre Vernetzung mit Saudi-Arabien, Golfstaaten ... stets gut verdrahtet.“

Zitat Ende. - Können Sie sich an dieses Angebot erinnern? Wie sind Sie damals auf das - -

Zeuge Miguel Berger: Dunkel. - Ja, also, es sagt mir so ein bisschen was, aber, ehrlich gesagt, diese Angebote sind sehr dubios, und wir haben es auch nicht gebraucht, weil wir die Kataris ja hatten in dem Hotel Serena, die für uns auf der Grundlage der übermittelten Listen versucht haben, da Gruppen zusammenzustellen. Und so gesehen bestand auch keine Notwendigkeit, irgendjemandem Geld dafür zu geben, dass er uns angeblich hilft.

Joachim Wundrak (AfD): Eine Sekunde, bitte. - Laut MAT A AA-8.142 VS-NfD, Blatt 19, schrieb Jan van Thiel aus Kabul am 21. August 2021 von - Zitat - „kostenträchtigen Deals mit den TLB“.

Laut MAT A AA-8.143 VS-NfD, Blatt 94, sandte Jan van Thiel am Vormittag des 23. August eine dann an Sie weitergeleitete Lageaktualisierung an das Auswärtige Amt:

„- Wir haben heute nach entschlossenen Interventionen am Morgen zwei Zeitfenster für Busoperationen. Bitte geheim halten ... Die TLB sind auch ansonsten sehr geschäftstüchtig, nicht nur Busfahrten ... sondern auch Wasser, Erfrischungsgetränke, Zuckerwatte, Nüsse, Süßigkeiten und Maten haben sie in ihrem Verkaufsangeboten rund um den HKIA.“

Zur Antwort auf seine Lageaktualisierung erhielt van Thiel dann laut MAT A AA-8.143 VS-NfD, Blatt 94, aus dem Krisenreaktionszentrum des Auswärtigen Amtes - Zitat -:



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Kurze Bitte von uns: zu der geheimen Busoperation bitte nicht auf diesem Verteiler, wir hatten es auch in einem Sachstand angerissen und StS“

- das ist Ihre Person -

„ist sehr besorgt wenn es sich rumspricht. ...“

StS wollte auch BM vorschlagen, das im Krisenstab heute wenn überhaupt nur ... generisch anzusprechen.“

Also, ich lese aus den eben zitierten Mails heraus, dass Deutschland den Taliban Geld für Busoperationen, durch die deutsche Wunschpersonen mit Wissen der Taliban in den Kabuler Flughafen gefahren worden sind, gezahlt hat. Können Sie uns bitte sagen, wie viel Gelder deutscherseits damals den Taliban für welche Dienstleistungen gezahlt worden sind? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Miguel Berger: Also, ich bin nie mit irgendwelchen Geldzahlungen konfrontiert worden. Ich bin mir auch, ehrlich gesagt, überhaupt nicht sicher, ob es da irgendwas gegeben hat. Dass manche Posten vielleicht Bakschisch haben wollten, um jemand durchzulassen, das ist immer möglich. Diese Operation war quasi, nachdem wir alles andere versucht hatten, wirklich ein letzter Versuch, über diese geheim gehaltene, aber sehr gut organisierte von, glaube ich, Sicherheitskräften, die noch vor Ort waren, der GIZ - - dass man an einem gewissen Sammelpunkt sich trifft und dann Busse zusammenstellt und in das Südtor des Flughafens fährt. Das musste natürlich absolut geheim gehalten werden.

Wir waren nicht die Einzigen, die das gemacht haben, und ich kann mich erinnern - - Und das hat uns dann quasi die ganze Nacht beschäftigt, ob das klappt, und das hat stundenlang gedauert, bis dann die ersten Busse drin waren. Beim ersten Mal, glaube ich, wenn ich mich recht erinnere, hat es funktioniert, in der Folgenacht dann nicht mehr; dann hatte sich das rumgesprochen. Und dann war einer der Busse oder zwei, die wir irgendwo stehen hatten - - wurden dann quasi

überlaufen von Leuten, die auch gerettet werden wollten, und dann ist die ganze Operation leider, leider - - Also nach diesem einen erfolgreichen Mal, wenn ich mich recht erinnere, konnten wir es nicht mehr fortsetzen. Aber von Zahlungen ist mir absolut nichts bekannt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So, dann wechseln wir jetzt last but not least zur FDP.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank, Herr Berger.

Peter Heidt (FDP): Ja, vielen Dank. - Wir hatten ja schon über die Kontakte USA gesprochen. In MAT A AA-9.07 VS-NfD, Blatt 169, liegt uns vom 14. August 2021 ein Mailwechsel von Ihnen mit der damaligen Botschafterin in Washington, Haber, vor. Daraus geht hervor, dass US-Vertreter etwas kryptisch am Telefon informiert haben:

„Auf weitere Sicht hin plane man natürlich mit dem Flughafen.“

Dann weiter:

„Gleichzeitig bereite man aus Vorsicht eine Situation völliger Evakuierung vor: Shreddern, Reduktion des Personals.“

Dazu kommt die Information, dass die Leitung nicht verschlüsselt war. - Inwieweit hat es im AA eine Interpretation der Information aus den USA hinsichtlich der Möglichkeit gegeben, dass US-Vertreter aufgrund ungeschützter Kommunikation Warnungen, Informationen nur verklausuliert und abstrakt aussprechen können?

Zeuge Miguel Berger: Wann war das genau?

Peter Heidt (FDP): 14. August 21.

Zeuge Miguel Berger: Ja. Und Sie wollen wissen, wie wir umgegangen sind mit der Frage, dass das nicht verschlüsselt war.

Peter Heidt (FDP): Ob Sie dann diese Information interpretiert haben auch, weil da natürlich vielleicht das nicht klar ausgesprochen worden ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Miguel Berger: Ist das denn wirklich mit mir oder mit Frau Leendertse - - Ich kann mich jetzt an - -

Peter Heidt (FDP): Die E-Mail war mit Ihnen; aber die Telefonate waren mit der Frau Haber.

Zeuge Miguel Berger: Ja, kann mich jetzt konkret daran nicht erinnern.

Peter Heidt (FDP): Okay.

Zeuge Miguel Berger: Und da ging es auch um die Frage, dass die Amerikaner anfangen, ihre Unterlagen zu schreddern. Ja, das hatten wir zu dem Zeitpunkt ja schon lange gemacht.

Peter Heidt (FDP): Okay.

Zeuge Miguel Berger: Genau.

Peter Heidt (FDP): Wie würden Sie insgesamt in kurzen Worten die Situation Informationsaustausch USA-Deutschland bezeichnen?

Zeuge Miguel Berger: Ja, also, ich würde sagen, während der gesamten Evakuierungsoperation eigentlich sehr gut, sehr eng, sehr vertrauenswürdig. Wie gesagt, die Amerikaner haben sich sehr bemüht, jeden Tag diesen Partner Call zu organisieren.

Wo ich mir deutlich mehr Informationen gewünscht hätte, war bei manchen Alleingängen von Herrn Khalilzad bei den Verhandlungen. Das hätte enger sein können. - Ja, also so würde ich das im Grunde charakterisieren.

Aber alles in allem war halt für mich die Kernfrage: Hatten wir wirklich alle nachrichtendienstlichen Erkenntnisse vorliegen, über die die Amerikaner verfügt haben? Haben sie die wirklich weitergegeben oder nicht? Und das kann ich nicht abschließend beantworten, außer eben noch mal auf diese Senatsanhörung zu verweisen.

Peter Heidt (FDP): Nach dem Doha-Abkommen ist ja immer wieder auch in deutschen Regierungskreisen von einer Folgemission gesprochen worden. Bis wann haben Sie selbst eine solche

RS-Folgemission aus dem Kreis der NATO oder EU für möglich gehalten?

Zeuge Miguel Berger: Ich habe die relativ früh für nicht sehr wahrscheinlich gehalten, weil wir ja auch gesehen haben, wie scharf die Taliban reagiert haben selbst bei einem muslimischen Land wie der Türkei, eine überschaubare Zahl von Soldaten den Flughafen weiter sichern zu lassen. Also, dass im Konsens mit den Taliban über eine weitere Mission da eine Zustimmung zu erreichen war, habe ich relativ früh für unwahrscheinlich gehalten.

Peter Heidt (FDP): Dann noch: In MAT A BND-3.148 VS-NfD, Blatt 81, ein Vermerk des BND mit dem Betreff: „**Stimmungsbild ... von NATO-Partnern zum Abzug aus AFG**“ von Dezember 2020 - - Darin berichtet der BND über eine mögliche RS-Folgemission - Zitat -:

- Die Gesprächspartner ... halten eine **Teilnahme** an einer möglichen NATO-„**Nachfolge-Mission**“ durch ihre Staaten für **unwahrscheinlich**.
- Ein **Interesse** der jeweiligen Nationen **an einer weitere#n Präsenz** ihrer Streitkräfte in AFG ist überwiegend **nicht erkennbar**.
- Der voranschreitende **Truppenabzug der USA wird als Katalysator** gesehen ..., den eigenen Abzug einzuleiten und hierbei **nicht Letzter zu sein**.“

Zitat Ende. - In dem Schreiben ist ebenfalls die Absicht erwähnt, diese Informationen in Form einer „Sondermeldung an die an der StS-Runde AFG/MLI beteiligten Ressorts“ weiterzuleiten. - War Ihnen diese Meldung bekannt?

Zeuge Miguel Berger: Ganz spezifisch nicht, aber dass es natürlich im Dezember 20 noch Überlegungen über eine Folgemission gegeben hat, ja. Also, das war damals, glaube ich, auch nicht endgültig ausgeschlossen, weil wir ja damals noch vor dem ganzen Review-Prozess standen und da-



Nur zur dienstlichen Verwendung

mals auch noch, sagen wir mal, gewisse Resthoffnungen hatten mit Blick auf den politischen Prozess. Also damals war es nicht vollständig auszuschließen.

Peter Heidt (FDP): Dann von mir auch sehr vielen Dank. - Vielleicht zwei Sätze. Haben Sie so ein persönliches „Lessons learned“ aus der ganzen Afghanistan-Kiste mitgenommen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das hat der Kollege Nürnberger vorhin gefragt, und so ist es auch beantwortet worden von dem Zeugen. Wir wollen die Frage auch zu später Stunde nicht noch mal wiederholen.

Peter Heidt (FDP): Okay, dann war ich vielleicht gerade draußen, oder ich habe geredet.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber das Protokoll wird Ihnen das verraten.

Peter Heidt (FDP): Das ist okay. Nürnberger vertraue ich.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. Das tue ich auch. Sehen Sie, das ist doch ein guter Schluss, finde ich.

Dann darf ich mich bei Ihnen bedanken. Damit ist die Zeugenbefragung nicht endgültig abgeschlossen, sondern nur für heute. Sie kriegen das Protokoll, haben 14 Tage Gelegenheit, Korrekturen vorzunehmen. Und erst dann stellt der Ausschuss endgültig das Ende der Befragung fest.

Ich bedanke mich bei allen Beteiligten und schließe die Sitzung um 0.05 Uhr.

Zeuge Miguel Berger: Danke schön.

(Schluss: 0.05 Uhr)

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen Miguel Berger

Kommentare des Zeugen Miguel Berger zum Auszug aus dem Stenografischen Protokoll der 89. Sitzung des 1. Untersuchungsausschuss S. 101 – 182

| Seite | Originalzitat | Kommentar |
|--------------------------|--|---|
| 107, rechte Spalte | Also, beim Jour fixe muss der BND dabei gewesen sein. Da müsste ich mich jetzt ganz gewaltig täuschen. Also, eigentlich war es immer so, dass der BND zu Beginn vorgetragen hat | Hinweis: Gemeint damit waren u.a. die Staatssekretärsrunden zu Afghanistan/Mali, bei denen der BND vertreten war. |
| 115, linke Spalte | „...- die damals eben 500 - ich glaube, 26 Gefährdete...“ | „...die damals 500, ich glaube, 526 Gefährdete...“ |
| 125, linke Spalte | „: Ja, gute Frage. Ich kann es Ihnen rückblickend nicht beantworten. Ich hätte natürlich ein paar Tage früher zurückkommen können, ich hätte vielleicht ab dem 06.07. schon zurückkommen können;...“ | „Ja, gute Frage. Ich kann es Ihnen rückblickend nicht beantworten. Ich hätte natürlich ein paar Tage früher zurückkommen können, ich hätte vielleicht ab dem 06.08. schon zurückkommen können;...“ |